Bat Ye'or

Europa und das kommende Kalifat

Der Islam und die Radikalisierung der Demokratie

Übersetzung, Hintergründe und Kommentierung

von Hans-Peter Raddatz

Duncker & Humblot · Berlin

BAT YE'OR

Europa und das kommende Kalifat

Europa und das kommende Kalifat

Der Islam und die Radikalisierung der Demokratie

Von

Bat Ye'or

Übersetzung, Hintergründe und Kommentierung

von Hans-Peter Raddatz

Duncker & Humblot • Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Die englischsprachige Ausgabe erschien 2011
im Verlag Fairleigh Dickinson University Press, Madison/Teaneck
unter dem Titel „Europe, Globalization, and the Coming
Universal Caliphate"

© Bat Ye or, 2012

Für die deutsche Ausgabe alle Rechte vorbehalten
© 2013 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: L101 Mediengestaltung, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISBN 978-3-428-13831-9 (Print)
ISBN 978-3-428-53831-7 (E-Book)
ISBN 978-3-428-83831-8 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 @

Internet: http://www.duncker-humblot.de

Für David,
meinen Gefährten im Leben und Schaffen

Inhalt

Systemische Hintergründe zum Buch: Warum ein Kalifat in Europa?
Von Hans-Peter Raddatz IX

Vorbemerkung der Autorin 1

I. Die Europäische Union und die Organisation der Islamischen Konferenz - Ein gemeinsamer Kampf 3

1. Verborgenes Wissen 3
2. Die zentrale Rolle Israels in den islamisch-christlichen Beziehungen .. 9
3. Von Europa nach Eurabia 13
4. Eurabias Ursprung 16
5. Das Kernproblem 22
6. Europäische Innenpolitik 24
7. EU-Außenpolitik: die arabische Welt 26
8. Terrorismus und Europas Mittelmeerpolitik 30
9. Die Palästinisierung der EU-Politik 35
10. Politische Zweideutigkeiten der Gemeinsamen Mittelmeer-Strategie .. 38
11. Die Europäische Union, Multilateralismus und internationale Organisationen 41
12. Europäische Union und Vereinte Nationen: Globale Herrschaft 43
13. OIC-Politik: Dialog und Da'wa 45
14. OIC: Der Marsch ins universale Kalifat 49
15. OIC-Vorschriften als Basis für interne westliche Regeln 53
16. Die OIC-Konferenzen: Djidda (2006), Dakar (2008), Kampala (2008) 57

II. Multikulturalismus 67

1. Innenpolitik der EU 67
2. Europäische Kultur im Dienste der Da'wa 71
3. Multikulturalismus und die Anna-Lindh-Stiftung 78
4. Multikulturalismus und Islamophobie im UN-Menschenrechtsrat (Genf) 86

III. Multikulturalismus, die OIC und die Allianz der Zivilisationen 98

1. Multikulturalismus und die Allianz der Zivilisationen 98
2. Ein Kontinent ohne Einwohner: die Strategie der Partnerschaft 106
3. ISESCO und der Medienplan gegen Israel 115
4. Die Medienstrategie gegen Israel: Infiltration des Westens 118

IV. Die Zerstörung der Nationen Europas **130**
1. Das Verschwinden der Demokratie 130
2. Innenpolitische Konvergenz der EU und OIC 132
3. Zweiter Observationsbericht der OIC über Islamophobie (2008-2009) 141
4. Die EU-OIC-Konvergenz in der Außenpolitik 145
5. Gemeinsame Themen der EU und OIC 147
6. Folgerungen aus der EG/EU-Mittelmeerpolitik 160

V. Netzwerke der globalen Herrschaft **161**
1. Die Rolle der European Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation (PAEAC) 161
2. Die Anna-Lindh-Stiftung 164
3. Die Allianz der Zivilisationen (AZ) 165
4. Das moderne Kalifat 172
5. Al-Quds - Sitz des Kalifats 177
6. Eurabia: der jingoistische Aufruhr 180
7. Schluss 192

Vorwort der englischen Ausgabe. Von Michael Curtis 195

Nachwort zum Text und zur Autorin. Von Hans-Peter Raddatz 202

Bibliographie 205

Personenregister **215**

Ortsregister 220

Register der Begriffe und Institutionen 223

Zur Autorin 228

Systemische Hintergründe zum Buch: Warum ein Kalifat in Europa?

Von *Hans-Peter Raddatz*

1. Der europäische Muftismus

Bat Ye'ors *Kommendes Kalifat* öffnet den Blick auf eine politische und kulturelle Realität, die so verdeckt wie schonungslos auf die Bürger der Europäischen Union zukommt. Allerdings wurde sie bislang durch ein der Öffentlichkeit kaum bewusstes Meinungsdiktat in den Institutionen verhüllt, in denen gleichgerichtete Medien eine zentrale Rolle spielen. Wichtig ist der persönliche und akademische Hintergrund der Autorin, der im Vorwort zur englischen Version beschrieben ist. Der Übersetzer fügt wesentliche Hintergründe dieses Trends hinzu, die die enorme politische Tragweite und Plausibilität ihrer Aussagen durch die Einfügung in den Prozess der Moderne und deren aktuelle Diskurszwänge unterstützen. Letztere suchen ihre gut belegten Inhalte oft als „Verschwörungsdenken" oder Schlimmeres zu diffamieren, was den Bedarf an einer etwas ausführlicheren, systemischen Einordnung erhöht. Hinzu kommt, dass sie Angriffen aus Medien und Internet ausgesetzt war und ist, die sich konkret auch gegen ihre Person richten und eine deutsche, öffentlich-rechtliche TV-Anstalt bewogen, einschlägig Interessierten den Weg zu ihrem Haus zu beschreiben.

Das vorliegende Buch bildet eine Zusammenfassung, Aktualisierung und erweiterte Bewertung von Vorgängen, die sie teilweise in ihrem Werk *Eurabia - The Euro-Arab Axis*[1] dargestellt hat, eine Bezeichnung, die schon lange zuvor in der US-Diplomatie kursierte.[2] Es geht um die Islamisierung Europas, die spätestens ab etwa 1970 fast alleiniges Thema der so genannten *interkulturellen bzw. interreligiösen Dialoge* ist, in denen der Islam als Religion der Friedensfülle, Toleranz und ethischen Zivilisation vermarktet wird. Die zentralen Institutionen der Euro-Demokratien - Wirtschaft, Politik, Universitäten, Justiz, Stiftungen, Kirchen und die Medien - vermitteln bzw. oktroyieren der Öffentlichkeit die islamischen Forderungen nach Ausbreitung und Dominanz des eigenen Rechts (Scharia) mit einem Nachdruck,

[1] Madison N. J. 2005.
[2] US Embassy Madrid, Doc. 05880/1974.

der diese Politreligion, begleitet von rasant expandierender Immigration und Moscheevernetzung, zu einem Faktor von entsprechend zunehmender, politsozialer Bedeutung heranreifen ließ.

Dieser Formprozess ist so tief in die Volkspädagogik des *Dialogs,* in die Alltagsarbeit der Institutionen und in das Bewusstsein der Führungsebenen eingesunken, dass der Islam nicht nur „zu Deutschland gehört", wie immer mehr Dialogakteure betonen, sondern nach Maßgabe der EU-Kommission sogar als „Miteigner Europas" zu sehen ist. Zweifellos wird der historische Antagonist über den Hebel der Zuwanderung nun zu einem den Europäern diktierten, nicht minder aktuellen Bestandteil ihres sozialen, politischen, intellektuellen und kulturellen Lebens. Dabei spielen die einschlägigen Sprachregelungen eine entscheidende Rolle, die den Bürger auf eine umfassende *Toleranz* und Einhaltung unbeschränkter *Religionsfreiheit* für den Islam verpflichtet.

Bat Ye'ors Buch erweist sich als unwiderlegbare Chronik, die diesen Vorgang als Massenbetrug durch die Eliten beschreibt. Sie dokumentiert eine mit Immigration erpresste Totaltoleranz, deren Unbegrenzbarkeit den Kompromiss als Weg zur Unterwerfung sieht, bis der „Frieden des Islam", die völlige Konformität mit dessen Regeln, erreicht ist. Ansprüche des Bürgers auf Grundrechte wie Freiheiten der Meinung, der Person und nichtislamischer Religionen gelten als „Intoleranz", weil sie mit dem universalen Dominanzanspruch des Islam kollidieren. Mithin erscheint es „gerecht", dass die Protagonisten, ob Muslime oder nicht, gegen solche Dissidenten mit *Schlag*-Worten wie *Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus,* vor allem mit dem Systembegriff der *Islamophobie* vorgehen. Dessen totalitäres Potential erfordert eine entsprechend *systemgerechte* Einführung in die für viele ungewohnte Thematik. Es muss verstanden sein, dass keine Macht den Regeln folgt, die sie dem Volk verordnet, dass die treibenden Kräfte der Weltbilder ihrerseits Getriebene sind, die heute den islamozentrischen Wandel bewirken, ohne Rücksicht auf die Zukunft der Nichtmuslime zu nehmen. Im Missbrauch ihrer Ämter tauschen sie Verfassungen und Leitkulturen nutzenbedingt aus, wobei sie in einer gezielten Täuschungssprache von Freiheit und Demokratie reden, aber faktisch Diktatur und Zwang einführen. Indem die Totalität des Trends das Vordringen des Islamrechts absichert, setzen die aggressiven Dialogschablonen die Propagandatradition der linksrechten Extreme fort, die mit von Drohungen begleiteten Meinungsimpulsen und Maßnahmen zugunsten islamischer Interessen den Schleicheffekt einer neuen Leitkultur erzielen.

Am Beispiel des islamisch induzierten Antisemitismus hat der Übersetzer bereits die Mechanismen aufgezeigt, welche die Eliten Europas in eine

offenbar unaufhaltsame Islamisierung führen.[3] Der *interkulturelle Dialog* steht dabei für eine Strategie, die sich unter der Ägide der UNO in wuchernden Netzwerken der EU, ihrer Staaten und der islamischen Welt selbstreflexiv antreibt. Die UNO stand ab 1947 ihrerseits unter arabischem Einfluss, nachdem die Briten ihr das Palästina-Mandat übergeben hatten. So konnten sich auf höchster Ebene die Nazi-Islam-Seilschaften fortsetzen, die im anschließenden Linkstrend der europäischen Nachkriegszeit zu einer *Nazifizierung der Sozialisten* führten und bei Bat Ye'or eine große Rolle spielen. Es ist diese Links-Rechts-Fusion, deren gemeinsame Nomenklatur in der europäischen Einigung die Staaten entdemokratisierte, d.h. die Mitbestimmung des Volkes auf Felder reduzierte, die keinen Einfluss auf die um 1970 anlaufende Islamexpansion hatten.

Der undemokratische Transfer der Souveränität bzw. Hoheitsrechte von EU-Staaten auf die nicht gewählte Brüsseler Oligarchie schob eine imperiale Reichsbildung der Union an, die sich vom republikanischen Prinzip entfernte und diktatorische Züge annahm. Über den Hebel der multikulturellen Toleranz erhob dieser Prozess den Islam zur Leitkultur des ultimativen „Friedens", weil er mit Öl, Geld, Menschen und Importkraft das größte „interkulturelle" Potential versprach. Mit dem zusätzlichen Impetus der *Organization of the Islamic Conference/Cooperation* (OIC - s.u.) verstärkte sich die einseitige UNO-Tendenz, die sich mit arabischer Lobbyarbeit für den koranischen Feindkanon gegen Juden und Christen solidarisierte. Dieser Vorgang hat seine Tradition, denn Antisemitismus, Kirchenfeindschaft und Islamophilie gehören zum Gründungserbe der Aufklärung.

Im anthropologischen Machtgefälle zwischen Elite und Masse spielt seit Urzeiten die zentrale Rolle, wer die Deutung der Welt bestimmt. Dabei gibt es keine Form von Herrschaft, die nicht die Geschichte gefälscht hätte, um sich selbst von allen Zweifeln zu reinigen und je nach Sachlage die Konkurrenz ins Abseits des Abweichenden, Unreinen, Tierhaften oder schlicht Bösen zu rücken. Dies gilt gerade auch für die Demokratie und die „schillernden" Demokraten, bei denen schon Platon Ähnliches ausmachte: „das regellose Spektakel der Volksverführung … ein kleiner, gefährlich unmerklicher Schritt von der Demokratie in die Tyrannei".[4] Auch wenn die Moderne sich ihre liberale Säkularität zugutehält, so ist auch sie, wie ihre totalitären Ausbrüche zeigen, gegen solche Tendenzen keineswegs gefeit, wobei ihre Selbstreinigung sich speziell im Tausch von Täter und Opfer ausdrückt. Marx und Lenin bzw. Hitler und Rosenberg machten die Arbeiter und die Deutschen zu Opfern des Kapitals bzw. des militanten, „jüdischen" Libera-

[3] *Hans-Peter Raddatz,* Allah und die Juden. Berlin 2009.
[4] *Juliane Rebentisch,* Kunst der Freiheit. Frankfurt 2013, S. 14.

lismus und erhöhten sie zu Herren aller Klassen bzw. Rassen, was wie jede andere Machtphase der Geschichte den Eliten diente.

Ebenso funktionierten ihre rotbraunen Nachfolger in der Nachkriegszeit die Muslime zu Opfern des europäischen Kolonialismus um, deren Leiden nur durch unbegrenzte Immigration zu lindern waren. Im Brennglas dieser Sichtweise, die den kritischen Nichtmuslimen den Straftatbestand der *Islamophobie* ankündigt und den Bürgerkrieg in Europa in Kauf nimmt, erscheint Israel als Megakolonialist, der die Palästinenser zum ultimativen Sündenbock und Opfervolk der Weltgeschichte degradiert - ein seit der Balfour-Erklärung zum Projekt Israel (1917) kultivierter, antizionistischer Mythos. Er wandelt Palästina - eine von Klanherrschaften traditionell ruinierte Region - zum Stammland der Araber und die Palästinenser zu einem angeblich dort seit einem Jahrtausend ansässigen Volk um. Mit der Islamexpansion in Europa entstand ein Palästina-Kult, eine euro-islamische Ersatzreligion, die Gaza zum Wallfahrtsort und die Palästinenser zum erwählten Volk kürte. Es breitete sich ein Verfolgungsdenken aus, das in Israels Selbstverteidigung - mit einem Tausendstel der Weltbevölkerung - eine globale Bedrohung sieht. Primär durch die Agitation arabischer Delegationen zieht der „Terrorstaat" ein Drittel der UNO-Resolutionen sowie die Bombenattentate und Raketen der Palästinenser auf sich,[5] wesentlich finanziert aus Steuergeldern der Europäer, deren Verteilung die neofeudale Führung des EU-Imperiums bestimmt. Ihre verdeckte, ins Mafiose tendierende Kollaboration mit den Eliten des Islam steht im Zentrum der unbequemen Bat-Ye'or-These vom *Kommenden Kalifat.*

Doppelter Pilot für diese Drift ins Totalitäre ist das islamische Terrortandem Mufti Amin al-Husayni (1893-1974) und dessen Zögling Yassir Arafat (gest. 2004). Als Helfer Hitlers profitierte ersterer vom Respekt der Kriegsgegner Deutschland und Großbritannien und entkam dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal nur auf Intervention Amerikas und Frankreichs. Arafat war begehrter Partner scheinbar so unterschiedlicher Mitspieler wie der UNO, der Weltmacht Amerika, der rechts-links-gewirkten EU-Oligarchie und beider Kirchen. Sein bewaffneter Einmarsch in die UNO 1974, der Nobelpreis, den man ihm 1994 für sein Friedenswerk verlieh, seine vielfachen Besuche bei Papst Johannes Paul II., der keinen Unterschied zwischen Christen und Muslimen sah, und seine Rolle als Vater des modernen Terrors wiesen ihn als kongeniale Integrationsfigur der euro-islamischen Führungsebenen aus.

Wie oben angedeutet, lässt sich daraus der Begriff des *Muftismus* ableiten, der den *interkulturellen Dialog* als islamisch erweiterte Tendenz in ei-

[5] Vgl. *Pedro Sanjuan,* Die UN-Gang. Springe 2006.

nen neuen Totalitarismus umschreibt, indem er sich unter dem antijüdischen Druck islamischer Interessen ausbreitet. Dieser langfristige Trend drückt seine radikale Energie in zunehmender Bürgerferne, Steuerbelastung, Zensur und Rechtsbeugung aus und erzwingt einen schleichenden, sich allmählich beschleunigenden Strukturwandel von der Demokratie zur Diktatur. Indem die traditionelle Nazi-Ideologie Anleihen beim Sozialismus und Koran aufnimmt, driftet sie in eine multikulturelle, islamisch dominierte Politreligion, die mit Menschen, Scharia und Kapital den demokratischen Rechtsstaat und die jüdisch-christliche Kultur verdrängt. Arafats Credo - „Für uns bedeutet Frieden die Zerstörung Israels" - infiltrierte nach UNO und EU weitere globale Organisationen, vor allem die UNESCO, sowie zahlreiche NGO's, die als „Krakenarme" (Bat Ye'or) der EU konzertierte Anti-Israel-Propaganda betreiben.

2. *Dhimmitum gegen Islamophobie*

Im wissenschaftlichen, ideologisch unabhängigen Diskurs wird dieser Kontext ohne Wirkung diskutiert, weil das Meinungsdiktat des muftistischen *Dialogs* die Heilsvision des Islam zwanghaft weiter entwickelt und als Spitze der Zivilisationen gegen Kritik und Analyse aggressiv schützt. Großen informatorischen Wert erlangen hier Bat Ye'ors detaillierte Dokumentationen und Kommentare, mit denen sie die laufende Kollaboration zwischen Islam und Westen sowie die realnazistische, linksliberal maskierte Radikalität der Euro-Eliten aufzeigt. Mehrheitlich entstammen sie den antibürgerlichen Kräften der Linken und Rechten bzw. leisten ihnen Vorschub, setzen gewachsene Nazi-Orient-Vernetzungen fort, schaffen über islamisch beherrschte, multivölkische Immigration rasch wachsende Muslimgemeinden und Moscheenetze in Europa und bauen zugleich die christlich-säkularen Kerne der europäischen Freiheitstradition ab. Unter Führung der Muslimbruderschaft (MB) verstärkte sich derweil die Gewalttradition des Islam, die ihn mit der koranischen Feindschaft gegen Juden und Christen (9/29) zum natürlichen Partner der EU-Oligarchie werden ließ.

Nach *Simon Wiesenthal* ließen die Europäer am zeithistorischen Terrortandem ihre *Amnestiementalität für Massenmörder* erkennen. Indem ein „mächtiges Imperium … Absolution für geschehene und kommende Ereignisse erteilt" und sich feindlichen Kräften unterwirft, die ihr Recht außer Kraft setzen, scheinen diese „ein passender Führer zu sein".[6] Dies erwies sich als durchaus seherisch, denn der islamozentrische Gehorsam verband

[6] *Simon Wiesenthal,* Der Großmufti: Großagent der Achse. Salzburg/Wien 1947, S. 2.

sich mit der konstanten Tendenz der Moderne zum Massenmord, die selbst der Holocaust nicht hinderte, sondern eher ermunterte, ihre Opfer in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiter zu steigern.[7] Dieser Dynamik konnte und wollte sich auch der *Kulturdialog* nicht entziehen. Massive Zuwanderung als *Befruchtung,* die Ansiedlung autonomer Ghettos als *Bereicherung* und fehlenden *Respekt* vor islamischer Gewalt als *Islamophobie* zu verstehen, hat sich längst als obligatorischer Kodex in den islamisch korrekten Institutionen Europas verankert. Dass sich darin nicht nur die „Tradition" des links-rechten Elitenrassismus gegenüber der Masse, sondern auch des Machtrechts auf die Klassen- und Rassendefinition selbst fortschreibt, lässt sich beim Sozialisten Karl Kautsky (1854—1938) nachlesen. Nach ihm ist nur der privilegierten Klasse, heute konkret der islamischen Immigration, in Phasen der modern bedingten, technischen Entvölkerung das Recht, wenn nicht die „sittliche Forderung" nach der „freiesten Kinderzeugung" zuzuweisen, woraus sich die „Krönung der Enteignung der unterdrückten Klassen" ergebe, vorliegend also der nichtmuslimischen Bevölkerung.[8]

Der weniger informierte bzw. von Regierung und Verwaltung desinformierte Bürger kann zwar zur Kenntnis nehmen, dass seine Lebensumstände unter islamischen Druck geraten, doch dazu auch die Frage stellen, warum es die von ihm selbst gewählten Volksvertreter sind, die solche problematischen Verhältnisse gegen seine Interessen schaffen. Und die Frage darüber hinaus ist nicht nur, warum sie es tun, sondern *warum sie es systematisch tun,* ohne Rücksicht auf die Freiheitsrechte der Bevölkerung zu nehmen. Beiden Fragekomplexen rückt Bat Ye'ors höchst brisante Dokumentation zu Leibe, die daher den Interessen des Islam, der Euro-Helfer und den Pfründen der Dialogindustrie, der zahllosen Beauftragten, Referenten und sonstigen „Experten" durchaus gefährlich wird. So zieht sie deren Angriffsreflexe auf sich - *Rechtsradikalismus, Islamophobie, Rassismus etc.* - vor allem aber die Krone totalitären Denkens, die *Amnestiementalität des Massenmords.* Hier sind es natürlich nicht die anti-jüdisch-christlichen Gemeinsamkeiten des Islam und Euroextremismus, sondern die Schriften der Autorin, welche die Aggression der Muslime und anderer „provozieren". Dabei lenkt der befohlene und gut alimentierte *Blick nach rechts* sehr effizient vom eigenen Rassismus ab, ein den Illusionisten abgeschauter Bühnentrick, der Piatons „Spektakel der Völksverführung" bestätigt (s.o).

Die zentrale Begrifflichkeit des Buches trifft den Lebensnerv des Islam und damit auch ins Herz der interkulturellen Propaganda. Vom *Dhimmi,* dem arabischen Wort für den jüdisch-christlichen Ungläubigen, der unter

[7] *Daniel Goldhagen,* Schlimmer als Krieg. München 2009.

[8] *Karl Kautsky,* Rassenhygiene, in: Günter Altner (Hrsg.), Der Darwinismus. Darmstadt 1981, S. 244.

dem Islam ein dürftiges Dasein fristet und für sein den Unterdrückern geschuldetes Überleben demütigen Tribut zu leisten hat,[9] leitet die Autorin ihren programmatischen Terminus *dhimmitude* ab, hier mit *Dhimmitum* übersetzt (s.u. S. 3 f.). Er bedeutet einen unterwürfigen Gehorsam, der auch die heutigen Dialogführer kennzeichnet und die historische Eliminierung der Juden und Christen unter islamischer Herrschaft als aktuelle Schleichversion in der Gegenwart fortsetzt. Daraus ersteht die Realutopie des „palästinensischen Volkes", die moderne Umkehrung in einen universalen Fetischglauben, der den Geist des islamischen Friedens beschwört. Mit seiner Magie sollen sich Judenhass und Kreuzzüge des Christenklerus in den Djihad gegen Israel und die Christen wenden.

Zwar ist Jesus in der islamischen Lehre schon längst Muhammads prophetischer Vorgänger, der im Jüngsten Gericht alle Christen, Schweine und Kreuze vernichtet, doch soll er auch im Diesseits sein Wesen treiben. Gemeinsam mit der UNESCO verfolgt deren Islam-Pendant ISESCO (s.u. S. 115 ff.) Pläne, nach denen Jesus im Zuge des Palästina-Kults nun auch zum palästinensischen Messias werden soll. Erneut zeichnet sich das Nazimuster ab, indem Hitler vom „arischen Jesus" sprach und seine willigen Theologen die Bibel vom ‚jüdischen Einfluss" befreiten, ein Ablauf, der sich in Bat Ye'ors Chronik von der jüdisch-christlichen Islamisierung auffallend wiederholt. Eine Zustimmung des Vatikan hatte sich am 6. Mai 2000 in der Azhar-Visite Johannes Pauls II. angebahnt, in der er sich gegenüber Ägypten-Mufti Tantawi (1935-2011) positiv zur Prophetenrolle Jesu äußerte. Und da die Medien selbst Teil des Systems sind, verschweigen sie die psychophysische Doppelstrategie, in der die UN/EU/OIC-Allianz mit Bomben und Boykotten Israel zermürbt, seine geistig-spirituellen Wurzeln beseitigt und mit Hasspropaganda in den Schulbüchern eine neue, gegen Juden und Christen programmierte Djihadgeneration heranzüchtet.

Detailliert beschreibt die Autorin, wie sich eine zwanghafte Islamisierung Europas entfaltet, die mit der systematischen Täuschung der Bevölkerungen einhergeht. Beginnend mit der Unterwerfung unter Yassir Arafats Terrorerpressung Anfang der 1970er Jahre, verstärkte sich die aufklärerische Verehrung eines esoterischen Palastislam nach Goethe-Art zu einem politreligiösen Faktor, der allmählich zur umfassenden Gestaltungskraft aufstieg. So wie sich die rechts-linksextremen Kader einst den Staaten überstülpten, so

[9] Wörtlich heißt es im Koran (9/29), dem Verfassungstext aller islamischer Staaten (außer Türkei und Tunesien): „Bekämpft diejenigen der Schriftbesitzer, welche nicht an Allah und den Jüngsten Tag glauben und die das nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und sich nicht zur wahren Religion bekennen, so lange, bis sie ihren Tribut in Demut entrichten" (und sich unterwerfen) - Übersetzung Ludwig Ulimann, 153, München 1959.

zwingen sich nun die Aktivisten des *Dialogs* den restdemokratischen Institutionen auf - speziell den wirtschaftsgesteuerten Medien, Parteien und Unternehmensstiftungen. Da die Eliten des „Hauses Europa" unter dem Dach des diktierten *Friedens* und auf dem Fundament des ebenso diktierten *Euro* agieren, folgen sie einem kombinierten Zwang der islamozentrischen Globalisierung.

Denn neben der Euroskepsis müssen sie vor allem den Zweifel am Islam bekämpfen, dies nicht nur aus den genannten ideologischen, sondern auch finanziellen Gründen, die in der rasch wachsenden Beteiligung islamischer Großinvestoren an globalen Konzernen und Refinanzierung der EU-Staatsbudgets zu finden sind. Dieser Logik muss jeder Widerstand als psychische Störung erscheinen, als jene *Islamophobie*, die die kritische Analyse zur strafbaren Handlung und jeden proislamischen Akteur zum Richter über Nichtmuslime macht. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Begründung zum „Kopftuchurteil" von 2005 schon ausgeführt, dass die Muslime in Deutschland „ihren imperativen Glaubenssätzen" gemäß leben, also das Rechtssystem der Scharia in geeigneter Weise den Rechtsstaat ersetzen soll.

Die Anpassung der Euro-Eliten an die islamische Normalität des terrorbesetzten Gewaltdenkens, die bereits in der Europäischen Gemeinschaft der Neun die Grundrechte des Basisvolks benachteiligte, gab sich erste Institutionen mit den Gründungen des *Euro-Arabischen Dialogs* (EAD - 1973) und der *Parliamentary Association for the Euro-Arab Cooperation* (PAEAC - 1974), die in zahlreichen, von der Autorin dokumentierten Konferenzen, Resolutionen und sonstigen Beschlüssen sowohl die UNO als auch die EG bzw. EU unterwandern. In den Folgejahrzehnten waren es die Schlüsselkonferenzen von Venedig (1980), Barcelona (1995) und Neapel (2003), in denen man mit Impulsen der EU-Verfassung, der Maastricht- und Barcelona-Abkommen unter der Rubrik einer *Mittelmeer-Union* die Vereinigung der euro-islamischen Anrainerstaaten festlegte. Dieser Verbund gilt als Renaissance der vor einem Jahrtausend versunkenen Cordoba-Kultur, die mit den Katalysatoren der Palästina-Religion und der Hauptstadt *Al-Quds* (Jerusalem) das neue Kalifat als realutopisches Friedensreich der Moderne erstehen lassen soll. Darin wirkt die Insolvenzneigung des PIGS-Südens (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) als monetärer Störenfried, der sich mit dem islamischen Schweinebegriff für die polithygienische Ablehnung der westlichen Zivilisation umso ironischer deckt, als er für die *Mittelmeer-Union* (s. u. S. 38 ff.) als Kern des Neokalifats besonders gebraucht wird.

Unter der Wirkung von Öl, Geld, Immigration und Palästina-Kult vollzogen sich die Dialog-Vernetzungen zwischen der EU und ihren Staaten unter zunehmender Mitwirkung und Kontrolle durch die islamischen Haupt-

akteure, die OIC (*Organization of the Islamic Conference* - seit 2011 *Co-operation)* und die ISESCO (*Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization).* Dabei entwickelten die vereinten EU/OIC-Organisationen wachsende Animositäten gegen die Weltmacht Amerika, die allerdings schon seit langem auch Kennzeichen des Antipoden Frankreich waren. Bald nach Ende des Zweiten Weltkriegs hatte General de Gaulle eine Reaktivierung der proislamischen Orientpolitik eingeleitet, in die sich graduell auch Deutschland einschaltete, wobei sich dessen Verantwortung für Israel gleichermaßen verflüchtigte.

Die Glaubensregeln des Islam zementieren eine rassistische Weltsicht, indem sie den Muslimen zusichern, zur besten aller Gemeinschaften zu gehören (3/111), wenn sie sich im täglichen Mehrfachgebet dieser Lehre versichern, sie konsequent verbreiten und die minderwertigen Völker, speziell die der jüdisch-christlichen Zivilisation, korangemäß unterwerfen. Dies entspricht wiederum dem vereinten Rassismus der rotbraun schattierten EU-Nachfolgepolitik, die das Wertesystem der europäischen Altkultur dem *Dhimmitum* ausliefert. Hier setzen sich Hitler-Stalin-Muster fort, die mit der Spaltwirkung der undifferenzierten Religionsfreiheit für den Islam nicht nur Systemgegner wie das Christentum und die Demokratie aushöhlen,[10] sondern auch den stets latenten Antisemitismus reaktivieren.

Daraus erneuert sich ein radikaler Trend, der den Eliten die multikulturell maskierte Chance gibt, Europa in einen dritten, nun islamisch begründeten Totalitarismus zu führen, der sich durch eine historisch bewährte und unverändert berechenbare Verlässlichkeit auszeichnet." Wer hier an der jüdisch-christlichen Existenzform mit individuellem Denken, freier Wissenschaft und demokratischer Politik festhält, denkt nicht totalitär, also islamisch unkorrekt und befindet sich als *islamophober* Abweichler in der Strafplanung der EU-OIC-Autokraten. Gemäß dem Dogma des islamischen Friedens, der durch Beseitigung des Nichtislam entsteht, sieht die *Selbsterziehung des Dialogs* (statt der eher polemischen *Dressur*) ihr Heilsobjekt auf dem Weg in eine andere, in die „radikale Demokratie" (Jürgen Habermas). Hier heben sich Verfassung sowie demokratische Trennung von Staat und Religion auf und erteilen den Muslimen einen virtuellen Freibrief zu Gewalt, der sich in dem Maße realisiert, in dem die muftistischen Euro-Eliten Demokratie und Rechtsstaat verdrängen.

[10] Vgl. *K. A. Schachtschneider,* Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam. Berlin 2011.

[11] Der Koran lässt keinerlei Zweifel an der Verbindlichkeit der islamischen Ideologie: „Es ziemt den gläubigen Männern und Frauen nicht, wenn Allah und sein Gesandter irgendeine Sache beschlossen haben, sich die Freiheit herauszunehmen, anders zu wählen …" (33/37).

Dazu kommt die „Schuld" des westlichen Kolonialismus, den Orient wirtschaftlich und in einem historischen Wissenstransfer auch geistig ausgebeutet zu haben, eine Behauptung, die sich nun eher in der Umkehrung zur islamischen Euro-Kolonisierung verwirklicht. Da die Täuschung als Machtfunktion nicht nur in Bühnentricks, sondern auch im Unterdrücken bzw. Verdrehen von Sprachbedeutungen besteht (s.u.), muss nicht unbedingt offen bleiben, wer eigentlich was an wen übertragen hat, was den Raum und die Zeit für den Abbau der Altkultur und den Transfer des Dhimmitums nach Europa schafft. Denn es sind die immer gleichen Mechanismen asymmetrischer Machtausübung, deren Eliten Geschichte machen, indem sie sich über Kulturen, Religionen und Bevölkerungen hinweg arrangieren. Ob als Kalif oder Papst, als König oder Politiker bzw. als deren nachgeordnete Hofschreiber und Intellektuelle - als zeitlose Spezies besetzen sie die Definitionshoheit und sagen den Menschen, was sie jeweils unter Recht und Unrecht, Gut und Böse, Tugend und Laster, Gott und Teufel etc. zu verstehen haben. Daraus folgt als praktische Konsequenz, dass sich die moderne Säkularität unter dem Druck ihrer innovativen Beschleunigung des kohärenten Denkens entledigt und zur vormodernen Religion rückabwickelt.

3. Radikale Demokratie und islamischer Teufel

Die Langzeitwirkung der islamozentrischen Wortmühlen, des sozialtechnischen Umbaus in Recht und Verwaltung sowie der Begleitpropaganda in Film, Fernsehen und Internet lässt die fortschreitende Anpassung der Altkultur immer plausibler erscheinen, wobei die Unruhen in den islamischen Mittelmeerstaaten eine wichtige Wegmarke bilden. Die Medienfloskeln vom „arabischen Frühling" und „Ausbruch der Demokratie" garnierten den Machtanspruch der Muslimbruderschaft, die schon vor der Gründung der Mittelmeer-Union (2005) die Kandidatenstaaten von Algerien bis Ägypten und deren Rechtsprechung unterwandert hatte. Eine teilweise Ausnahme bildete Syrien, das mit einer alewitischen Herrschaftsfamilie und Verbindungen zum schiitischen Iran, dessen Hizbullah-Vorposten im Libanon und der Hamas-Zentrale in Damaskus nicht direkt in das Schema der sunnitischen Muslimbrüder passt, aber vom mediterranen „Frühling" ebenso profitiert. Aus *Dialog*-Sicht handelt es sich hier um einen historischen Glücksfall, der deutlich mache, wie die halbe arabische Welt den „friedlichen Umsturz" zur der ihr immanenten Demokratie vollziehe. Da unklar ist, wieso der Frieden des Islam nur Despotien erzeugen und seinen demokratischen Kern nicht realisieren konnte, legt die Islamozentrik der undemokratischen EU-Führer nahe, dass sich die zivilisatorische Überlegenheit des Islam auf dessen Effizienz in totalitärer Massendressur bezieht. Hier liegt die wurzel-

hafte Familienähnlichkeit der Euro-Islam-Eliten, die in Bat Ye'ors *Kommendem Kalifat* dokumentarisch belegt und religiös erklärt, aber insofern nicht politisch analysiert wird, als die Islamisierung „zu Europa gehört", weil sie Teil des der Moderne immanenten Totalitarismus ist.

Denn was sich im Zeitraffer des „Frühlings" abspielte, hatten die EU-Staaten unter deutsch-französischer Ägide faktisch schon vorexerziert, nämlich den Weg in die *radikale Demokratie,* der die Annäherung an den Islam vorzeichnet. Dieser Begriff, der von Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) stammt und von den Jakobinern, den rigorosen Vollstreckern der Französischen Revolution, übernommen wurde, spielt bei Vordenkern wie Jürgen Habermas eine zentrale Rolle. Er gab ihn einer prozessualen Staatsidee vor, um den Demokratieschwund in Deutschland und Europa zugunsten der Parteienherrschaft als Dekadenzform des Rechtsstaats zu verschleiern. Mit Anleihen bei Hegels elitärer Staatstheorie überführte er das Einzelbewusstsein in ein kollektives, *kommunikatives Handeln* im Sinne einer automatischen Prozedur.[12] Hier sollen die Subjekte nicht als *einsame Beobachter* agieren, sondern sich aus der Interaktion mit dem Anderen definieren, eine Position, mit der er sich gegen die Kritische Theorie von *Max Horkheimer und Theodor Adorno* zu profilieren wusste.

Ihm missfällt die Deutlichkeit, mit der die beiden Aufklärungsskeptiker die Vernunft als Machtinstrument dechiffrieren, die sich der monetären Geltungsnorm unterwirft und mithin zu schlichter Gleichschaltung degeneriert. Indem Habermas diesen Aspekt abschwächt, kann das Individuum seiner optimierten Zweckverwendung nicht mehr entgehen: „Wohl verstärkt sich mit kapitalistischer Wirtschaft und modernem Staat auch die Tendenz, alle Geltungsfragen in den beschränkten Horizont der Zweckrationalität sich selbst erhaltender Subjekte oder bestanderhaltender Systeme einzuziehen. Mit dieser Neigung zur gesellschaftlichen Regression der Vernunft konkurriert aber der unverächtliche, durch die Rationalisierung von Weltbildern und Lebenswelten induzierte Zwang zu fortschreitender Differenzierung einer Vernunft, die darüber eine prozedurale Gestalt annimmt". Diese Sätze aus dem zitierten Werk umschreiben die Problematik zutreffend: Habermas' *kommunikatives Handeln* enthüllt sich als *Bestanderhalt in der Regression der Vernunft,* die im Kulturdialog der Selbstdressur prompt zum Diktat gerät. Dieser *induzierte Zwang* kann nun den „beschränkten", weil *islamophoben* Horizont der Subjekte in der *prozeduralen Gestalt* der oktroyierten, aber *unverächtlichen,* also kritikimmunen Islamisierung aufgehen lassen. Im Fortschritt der Differenzierung kombinieren sich der Abbau von öffentlicher Diskussion und der Aufbau medialer Zensur zu einem

[12] *Jürgen Habermas,* Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt 1988.

Zwangsdenken, das seine islamische Parallele in der Formel des „kein Zwang im Glauben" hat.[13]

Indem sich das individuell unabhängige Denken auflöst, bekommt die Rede vom „Verschwinden des Subjekts" ihren Sinn, die seit den *Cultural* und *Linguistic Turns* der 1970er Jahre die westlichen Universitäten beherrscht. Die *Zweckrationalität,* die das *normativ richtige Bewusstsein* (Habermas) im von der Islamophobie gereinigten Denken sieht, macht immer wieder die unveränderbare Verbrauchsdynamik der fortschreitenden Differenzierung erkennbar, die auch als *Pathologie der Moderne* gelten kann. Denn die pluralistische Geldnormierung zwingt sich der denkenden Existenz des Menschen als *prozedurale Gestalt* auf und durchdringt das individuelle Bewusstsein, um es den Netzwerken der globalen Produktivität nutzbar zu machen. So ist ein zunehmend auf Arbeit, Konsum, Entertainment, Islam, Esoterik codiertes Massendenken kaum fähig, die enorme Dimension der EU/OIC-Strukturmanipulation zu erkennen, geschweige denn systemexterne Reaktionen hervorzubringen.

Kaum jemand hat dies klarer erkannt als der Habermas-Konkurrent *Niklas Luhmann* (1927-1998). Nach dessen Konzept nährt sich die selbstbezügliche Dynamik der Gesellschaft am damit verbundenen Denkschwund, der das Verschwinden des Subjekts und Entstehen des Massenbewusstseins durch die laufende *Autopoiese* (Selbstschaffung) der sozialen Aufsplitterung bewirkt. Diese Zirkelschleife erzeugt sein Credo, das in der *Erfassung und Reduktion von Weltkomplexität* besteht, *die in einer moralfreien, universell soziologischen Supertheorie der Tatsache gerecht werden, dass mit dem Fortschritt des Wissensgewinns auch der Betrag des Unwissens ansteigt, gleichwohl vom begrenzten Begriffsvermögen des Menschen erfassbar bleiben müsse.*[14] Daraus folgt, dass sich machttechnischer Asymmetrie gemäß das Wissen bei den Eliten und die Unwissenheit beim Volk konzentrieren, wobei mit „Mensch" zunächst der elitäre Mensch gemeint ist. Hier erlangt Luhmanns Differenzkonzept des Denkschwunds eine Dauerfunktion, welche die machtgünstige Kultivierung des Unwissens bedingt und im *Kulturdialog* totalitäre Züge annimmt, weil sie das Denken und Wissen dem Primat des islamischen Nutzenkalküls unterstellt.[15]

[13] In 2/257 heißt es: „Zwingt keinen zum Glauben, da die wahre Lehre vom Irrglauben ja deutlich zu unterscheiden ist", wobei der Zwang in dem Maße entfallen kann, in dem der Gläubige sich in das Regelwerk der täglichen Religionsvorschriften einpasst. Aus islamischer Sicht entsteht daraus die Höchstform der Freiheit, ganz ähnlich Hegel, der sie in der „Einsicht in die Notwendigkeit" erkennt.

[14] *Detlef Horster,* Niklas Luhmann. München 2005, S. 52.

[15] *Luhmann,* Beobachtungen der Moderne. Wiesbaden 2006, S. 163.

Da Luhmanns Selbstreflexivität „keine Menschen, sondern Funktionen" braucht, trägt sie ganz erheblich zum Verschwinden der menschlichen Existenz alter Art bei. Sie fördert die Prozessschleife der politkulturellen Schrumpfspirale und nährt den attraktiven *Dialog* im wachsenden Heer akademischer Beobachter und „Experten", die wiederum der sogenannten *Exzellenz* folgen, den wirtschaftsgesteuerten Förder- und Bildungsplänen der Universitäten. Mit der Differenz zwischen System und Umwelt, deren Kommunikation die Räume der *Toleranz, Effizienz und Exzellenz* fortwährend umformuliert, gehen Selbst- und Fremdbeobachtungen einher, die den archimedischen Bezug des Systems erzeugen, den paradoxen Endloszirkel bzw. *Blinden Fleck* der sich selbst beobachtenden Beobachtung. Sie sind der komplexe Motor des *relativistischen Multikulturalismus,* der mit einseitiger Zwangstoleranz die Demokratie radikalisiert. Gleichwohl soll dies alles der *Beobachter zweiter Ordnung* bewältigen, dessen Rolle freilich der Systemwissende übernimmt und somit system-„gerecht" die Elite begünstigt. Sie wird immer wissender, aber auch immer anonymer und bildet jene Instanz, die Bat Ye'or mit der aufgezwungenen Islamisierung Europas sowie dessen kultureller und biologischer Schwund-Prozedur erkennbar macht.

Die selbstreflexive Differenzdynamik „emanzipiert" die Kommunikation graduell vom Menschen und macht den sozialen Prozess zur funktionalen Fließbandproduktion einheitlicher Bewusstseine, die sich als kompatibler „Rohstoff in die geldnormierte Realität der Arbeits- und Konsumwelt einspeisen. Luhmanns Einschätzung, dass „Recht ist, was das Recht als Recht bestimmt", hat ihr „Recht" im Geld als erstem Kriterium, auf das auch das Recht der Scharia mit Öl und Investment ein „Recht" hat. Das Konzept kann offenbar an der Wirklichkeit nicht scheitern, denn welche Maschinenmoral diese Differenztechnik auch immer erzeugt - das „Recht" dient regelmäßig der effizientesten Deutung, die sich als klassisches Recht des Stärksten, als darwinistisches Ergebnis der *Emergenz* aus der Wechselwirkung zwischen den Teilsystemen und ihrer jeweiligen *Leitkultur* - Klasse, Rasse, Islam - herausfiltert.

Die monetäre Wirkmacht setzt sich ohnehin durch, weil sich die Euro-Islamisierung und EU-OIC-Fusion an den Differenzachsen Akzeptanz-Ausgrenzung, Demokratie-Dhimmitum, Recht-Unrecht, Palästina-Israel vollziehen, die mit Bürgertäuschung, Rechtsbeugung, Steuerschraube, Korruption und Utopie reflexive Ergebnisse des Strukturwandels sind. So bestätigen sich auch die „Rettungsschirme" der Eurozone als Zeugen der Geldnorm, die den Status Quo globaler Großinvestoren als politische Mitregenten und den Aktienbesitz des islamischen „Miteigners" (s.o.) absichern.

In diesem zentralen, machtrelevanten Punkt löst der Makrosoziologe Luhmann den Praxisanspruch seiner Theorie scheinbar nicht ein, sorgt aber für

überraschende, weil metaphysische Aufklärung. Das Defizit wird durch die Nichtbeobachtbarkeit seines Differenzsystems erkennbar, die er mit der paradoxen Umkehrung in einen „diabolischen Beobachter" überbrückt. Luhmann benennt ihn streng logisch mit *Iblis,* dem islamischen Teufel. Er ist in Allahs Gegenentwurf zum Juden- und Christentum der systemische Ungehorsame, der die Gottheit zu „Ränke" und „Verschwörung",[16] zumindest jedoch zur Täuschung der Gläubigen zwingt, um nicht von der Befolgung seines Regelwerks, sozusagen vom Wohlwollen der Menschen abhängig zu werden.

Iblis ist auch der Lenker der *Djinnen* (Geister im Islam), die ihn im Völksislam zum Verführer, aber auch Verbündeten der Gläubigen machen, weil sie das Reich der Magie öffnen und von den täglichen Vorschriften entlasten. Mit gleicher Logik ließe sich auch der Gegengott der Gnosis benennen, der nach der Renaissance, Reformation und Aufklärung aktuell die Spätmoderne beflügelt und auch als Vorlage für Luhmanns Differenzspirale dient. Allgemeiner als der Islam ist er das Antiprinzip - die *gnostische Differenz* - zur (jüdisch-christlich) geschaffenen Welt und Seinsform, das allen Privilegierten die Lizenz zur radikalen Umgestaltung bzw. Vernichtung und Neuschöpfung von Welt, Werten und Menschen liefert (s.u.).[17]

Die so „kommunikativ Handelnden", d.h. die Teilnehmer der konditionierten Arbeits- und Konsumwelten, können sich den Prozessen selbstreflexiver Anpassung und funktionaler Vernetzung nicht entziehen - die moderne Magie der Massenlenkung durch Denkdifferenzierung, die man auch *Multioptionalität* nennt. Diese systemische Konformierung reduziert Wissen auf nutzenbedingte Reflexe sowie Menschen auf ebenso nützliche Automaten und - Luhmanns Umschreibung des Totalitarismus - „entsprechend hat das als wahr bezeichnete Wissen eine selbstreinigende Kraft - so wie das Geld". Die säkulare Soziologie driftet hier in eine Metaphysik, die nur spärlich kommentiert wird.[18] Mit dem Gnosisgott in den Kulissen steht der Islamteufel auf der Bühne der Systembeobachtung, der die Islamisierung

[16] In zahlreichen Koranversen ist von der Ränke der Ungläubigen die Rede, die jedoch an Allahs Weltplan nicht nur wirkungslos verpuffen, sondern letztlich auf sie selbst zurückschlagen wird, weil Allahs Ränke sie turmhoch übertrifft und sowohl im Diesseits als auch im Jenseits an ihnen Rache üben wird. Nahezu synonym werden Begriffe wie List, Ränke, Plan, Anschlag, Verschwörung verwendet, um die Unberechenbarkeit des Islamgottes zu verdeutlichen, die freilich nicht nur den Ungläubigen zu schaffen macht, sondern auch die Muslime selbst verunsichert. Denn sie können auch bei größter Glaubenstreue nur sehr bedingt auf die Treue ihrer Gottheit zählen: „Allah ist der beste Verschwörer" (Koran, 8/31, Übers. Ullmann, 145 Anm. 12).

[17] Vgl. *Raddatz,* Von Allah zum Terror? München 2002, S. 322 ff.

[18] *Günter Schulte,* Der blinde Fleck in Luhmanns Systemtheorie. Frankfurt 1993.

Europas zum *Blinden Fleck* macht, aber durch Bat Ye'ors Studie zur Preisgabe seines Mysteriums gezwungen wird. So zieht sie die Aggression der Dialogakteure auf sich, die mehrheitlich nicht wissen, dass sie selbst nur unbewusste Aktionselemente, nützlicher Treibstoff für eine *totalitäre Apparatur* (Karl Jaspers) sind.

4. Machttradition im Wuchernetzwerk

Im interkulturellen Diskurs scheint auch die bewusst-unbewusste Ignoranz in Bezug auf orientalische Herrschaftsformen eine nicht unerhebliche Rolle zu spielen. In den derzeitigen Imperiumstheorien fällt auf, dass neben den Römern die Chinesen, Achämeniden, Mongolen, Spanier und Engländer erwähnt werden, zuweilen auch die Juden als „Weltverschwörung", das osmanische Sultanat selten und das muslimische Kalifat nie. Dabei bildete gerade das Kalifat mit traditionell schwachen Kalifen eine Parallele zur heute aktuellen, dezentralen Netzwerkdynamik. Mit Nachdruck sorgten die Teilfürsten für die rigorose Durchsetzung der schariatischen Rechtsregeln, weil sie ihre vom Kalifen formal legitimierte Herrschaftsbasis bildeten.[19] Indem die Scharia untrennbar im Zentrum islamischer Existenz steht, muss sich der *Kulturdialog* in Erfüllung korangerechten Dhimmitums mindestens zwei Schweigegebote verordnen - das erste über den Gewaltkodex der Scharia, speziell das Gebet und den weiblichen Sexualgehorsam als die zwei Säulen des Djihad, und das zweite über die schleichende Ermächtigung der wuchernden UN-OIC-Netzwerke durch die Führer Europas - seit Obama auch der USA - als Teilfürsten des *Kommenden Kalifats.*

Umso konkreter kommt die totalitäre Tendenz in der US-gestützten Empire-Ideologie zur Geltung, die sich explizit auf die Systemdynamik der *transhumanen Pluralität* bezieht, vereinfacht auch *Massenintellekt* bzw. *Schwarmdenken* genannt. Hier geht es um die Dynamik der Globalisierung, die sich in der optimierten Ausbeutung des *Netzgeistes,* d.h. der Geldpotentiale einer *biopolitischen Machtmaschine* ausdrückt. Erste Impulse gaben Baruch Spinoza (1632-1677) und Karl Marx, deren technische Sozialkonzepte die Basis für Luhmanns Reflexivität und Michel Foucaults *Biopolitik* bilden (s.u.). Dazu gehört eine *transzendente Kontrollsystematik,* welche die weltweite Verteilung von Netztreibstoffen - Kapital, Rohstoff, Wissen, Menschen - selbsttätig regelt und überwacht. Mit der Kontrolle von Geld, Medien und Bombe durch eine *Geldaristokratie* soll sie einen „Bruch mit der Seinsordnung" und den Weg in die *radikale Demokratie* verwirklichen, indem kulturökonomisch optimierte Menschen ihren Codierungen in der

[19] Vgl. *Raddatz,* Von Gott zu Allah? München 2001, S. 116 ff.

Differenzspirale des Netzgeistes folgen, ob eher gnostisch oder islamisch gepolt. In jedem Falle vollzieht sich ein *anthropologischer Exodus,* in dem altkulturelle Basisschranken entfallen, es „keine Grenzen zwischen Mensch und Tier, Mensch und Maschine, Männlich und Weiblich etc." gibt.[20]

Solche Menschheitsbrüche würde man als Utopie abtun, wenn es faktisch nicht den *biopolitischen Netzgeist* der Islamexpansion und die OIC-getriebene *Machtmaschine* der Investment- und Moscheevernetzungen gäbe, und auch kein staatlich gestützter *Gender Mainstream* aufkäme, der das Format eines *anthropologischen Exodus* annimmt. Mit detaillierter Planung und zunehmend korrupten Euro-Eliten liefert das *Kommende Kalifat* ein Anschauungsbeispiel für einen epochalen Strukturwandel, der im Pentagramm sich selbst verstärkender Kräfte der Luhmannschen Sozialtechnik, des linksrechten Altextremismus, der *Empire*-Ideologie, der Handlungsdogmen des Islam (Koran und Tradition) und der weltweiten Deregulierung offenbar unaufhaltsam voranschreitet, weil es zu diesem Geschehen „keine Alternative" geben soll.

Da sich damit auch das Elite-Masse-Gefälle weiter verstärkt, ist Bat Ye'ors *Eurabia* als Schauplatz radikaler Umwälzungen ohne Raum für interkulturelle Harmonie zu erwarten. Vielmehr steuert das islamische Heilsziel den Kontinent eher in einen dhimmitümlichen Rechts- und Existenzverzicht, der auf eine harte Endlösung statt den Endfrieden hindeutet. Damit zieht sich das altreligiöse Erlösungskonzept des Einzelmenschen zurück, das dem gnostischen Antiprinzip der Massenerlösung durch Zerstörung und Neuschöpfung der Welt weicht und so die Basis für die anti-jüdisch-christlichen Radikalismen der Euro-Altextreme, des ethikfreien Kapitalismus und des orthodoxen Islam bereitstellt. Die Eliten aller Zeiten sind sich dabei einig, dass sie das jeweilige Paradies für sich selbst ins Diesseits vorverlegen. Dem entspricht ihre Freiheit von jeglichem Risiko, da sie Folgen von Fehlverhalten und Überlastung der Masse den Menschen selbst anlasten, wobei deren Demut den Herrschenden einen ebenso belastbaren Wahrheitsbonus erteilt, den man auch Lügenprivileg nennt.

So muss sich jede Machtform, gerade auch die globalisierte Oligarchie, in trügerisch theaterhaften Inszenierungen präsentieren, kann sich aber in der elektronischen Datenfülle der Nachprüfbarkeit entziehen. Die Transzendenz der Machtmaschine hat ihr modernes Pendant in der unendlichen Wort-, Ton- und Bilderflut, deren offen zutage liegende *Nichtbeobachtbarkeit* das pluralistische Paradox des *Blinden Flecks* zum Vorschein bringt. Insofern liegt nahe, dass die Moderne, indem sie die Altreligion obsessiv abwehrt, nun selbst zur Religionsprothese wird. Mit dem Computer als „magi-

[20] *M. Hardt/A. Negri,* Empire. Cambridge (US) 2000, S. 215.

schem Beobachter" (Jacques Baudrillard) lässt sich das „Schwarmdenken" der Masse durch von analog zu digital verfeinerte Kontrolltechniken und Protokollarchive für „Vorratsdaten" in einer Art elektronisch kollektivierter Zwangsbeichte erfassen.

Mit dem Vorläufer der Kirche greift sie auf die Tradition esoterischer Machtorden zurück, die Orient und Okzident verbinden. Sie beruhen auf okkulten Varianten der Personenkontrolle und Datenspeicherung, die sich aus uralten Praktiken der alchemistischen Materiebearbeitung ergeben und auf die Lenkung des kollektiven Denkens übertragen wurden.[21] Das übergreifende Prinzip ist das *Wucherwachstum,* die Verästelung und Detaillierung der Kontrolle, die Bewusstsein und Gesellschaft durchdringt. Sie lässt das Konzept der EU/OIC-Allianz als Kopie der Jesuiten und Illuminaten erscheinen, die darin zu hoher Blüte gelangten und von Lenin, Hitler und ihren muftistischen Epigonen nachgeahmt wurden.[22] Heute wirken die Netzwerke im Kulturdialog und Palästina-Mythos, in Entertainment, Esoterik und Gentechnik als moderne *Soft Power* (Joseph Nye), deren *Leadership* den Anschein von Demokratie und objektiver Wissenschaft nutzt. Mit den Codierungen in Arbeit, Konsum und Kultur produziert sie eine „öffentliche Meinung", deren wesentliche Aufgabe darin besteht, einer denkschwachen Masse zu suggerieren, was sie wollen soll. Hier bildet der Islam die wichtigste Priorität, die Europa zum archimedischen Punkt seiner Außen- und Innenpolitik und sich selbst - nach gängiger Definition - zur „Subeinheit eines Imperiums" (Michael Doyle), vorliegend natürlich des Kommenden Kalifats macht.[23]

Dabei wiederholt sich die kontrolltechnische Machttradition auffallend genau in den Dokumenten, Konzepten und Zitaten der von Bat Ye'or aufgereihten, islamischen Herrschaftskader, deren unentwegtes Reden über die „restlose Durchdringung" von den *Quibus-Licet-* Protokollen eines Adam Weishaupt (1748-1830) inspiriert sein könnten. Dies hat nichts mit Religion, geschweige denn Moral, aber umso mehr mit totalitärer Systemtechnik zu tun, die mit intellektueller Verarmung und kultureller Verrohung einhergeht. In der liberalen Aufklärung als *Pöbelherrschaft* bezeichnet, drückt sich diese Dekadenzfolge heute in der Inflation zunehmend eingeschränkter „Experten" aus. Auf interessengeleitete Stereotypen reduziert, regeln sie die Makrothemen Euro, Islam, Klima, Umwelt etc. auf pauschal geschützte Bereiche herunter, in denen objektive Diskurse erstickt und Kritiker entsprechend diffamiert werden. Mit den Machtschwankungen wiederholen sich

[21] C. *G. Jung,* Psychologie und Alchemie, S. 336.
[22] *Agethen,* Geheimbund und Utopie. München 1984, S. 195 f.
[23] *Ulrich Leitner,* Imperium. Frankfurt 2011, S. 48.

diese Muster, die schon frühere Beobachter wie Theodor Adorno als „Beginn der Barbarisierung" sahen.

Sie bilden den plebejischen Unterbau der Gegenkraft zu René Descartes, dessen *Cogito* als janusköpfiger Impuls die moderne Mathematisierung und Säkularisierung des Denkens antreibt. Zugleich übt er indessen einen systemischen Bremseffekt auf die Machtdynamik aus; er befähigt den Menschen, mit dem Geist der Unterscheidung die Welt zu *beobachten* und die Täuschungsfunktion der Macht zu erkennen. Diese nennt er „Betrügergott", nichts anderes als Luhmanns „teuflischen Beobachter", dem wiederum die organisierte Esoterik begegnet, indem sie mit dem Herrschaftsbonus die Demut des machtgläubigen Volkes gegen Abweichungen und damit sich selbst schützt. Diese Mechanik entging auch Descartes nicht, der die kirchliche Zensur seiner Zeit ironisch anvisierte: „Gut hat gelebt, wer sich zu verbergen wusste".

Indem der Cartesianismus die Erkenntnis des Menschen ins Zentrum seiner Existenz stellt, wurde er neben Kirche und Adel zum dritten Feindbild der Aufklärer und provoziert aufgrund seiner Modernität alle Vertreter radikaler Systeme, weil sie nicht die geistige Ordnung des freien Denkens, sondern die materielle Ordnung befohlener Sachverhalte im Auge haben. Ein wichtiger Exponent ist Martin Heidegger, der als größter Philosoph des 20. Jahrhunderts gilt, obwohl (oder weil) erhebliche Teile seiner Philosophie das freie Denken ausschließen und seine Loyalität zum Nazitum erklären. Seine Lehre stellt sich gegen das Lebensrecht missliebiger Gruppen, wobei er sich nicht auf die Juden beschränkt, sondern ein Ventil für jeden Tötungswillen öffnet, der das „Seiende entbergen", d. h. die Altkultur destruieren und zur Entsorgung freigeben kann. Darin soll die Shoah ein ökonomischer Teilbetrieb sein, eine „Fabrikation von Leichen", deren noch lebende Körper als zombieartige Vortodversionen und nichtmenschliche Existenzen nicht sterben, sondern verenden.[24]

Die weltweite Resonanz auf die Heidegger-Lehre als Grundlage radikaler Herrschaft bezeugt die elitäre Amnestiementalität für die Globalisierung des Massenmords, die im Islam einen Partner von ebenso globalem Format hat - geographisch, historisch, ideologisch, ökonomisch. Für das Konzept treten prominente Philosophen, Human- und Kulturwissenschaftler in Europa und Amerika an, Spitzen der Diskursforschung, die den Gewaltgehalt der Heidegger-Botschaft nicht hinterfragen, um im Mainstream und dessen Gehaltslisten präsent zu bleiben. Dem entspricht, dass der Philosoph im Cogito-Schöpfer einen „Lottergeist" sieht, der die Universitäten vergifte und nur „schwer ausrottbare Täuschungen" erzeuge.[25] Das cartesische Denken

[24] *Emmanuel Faye,* Heidegger. Berlin 2009, S. 406, 407 f.
[25] Ebd., 131.

ist zwar selbst elitär, aber auf machtbegrenzende Weise, weil es das Bewusstsein nicht für den Massenintellekt, sondern für die Beurteilung desselben einsetzt, also auch Vorurteile wie die *Islamophobie* hinterfragt - eine machtanalytische Konkurrenz, deren intellektuelle Überlegenheit gehasst und gefürchtet wird. Hier erscheint Heidegger als antisemitischer Prophet der geldnormierten Weltmaschine, der den Totalitarismus und als Chefideologe der interkulturellen EU-OIC-Komplizenschaft den Djihad gegen Christen und Israel rechtfertigt. Daher spricht vieles dafür, dass er auch Bat Ye'ors unbequemer Chronik seine „Lottergeist"-Plakette anheften würde.

5. *Magie des Konsums im Kulturdialog*

Das Medium eines jeden Weltbildwandels ist die *Sprache,* die sich vorliegend als Wortmühle endlos rekombinierter Kernbegriffe des *Dialogs* - Frieden, Toleranz, Respekt, Bereicherung etc. - umwälzt und der Öffentlichkeit tagtäglich aufdrängt. Wenn das denkende Subjekt zum massentauglichen Funktionsmodul schrumpft, wird es umso tauglicher für machtrelevante *Dispositive* wie Rasse, Klasse, Nation, Islam, Konsum etc. und deren diverse Codierungen. Im Raster der Korrektheit vollzieht sich der Prozess der prozeduralen Islamisierung als Formung des Bewusstseins durch verbale Konditionierung, durch die Sprache der Politik, Wirtschaft, Bildung, Religion und der Medien, als anthropologische Konstante, die einseitig die Eliten begünstigt. Sie erfasst die Menschen mit audiovisuellen Wahrnehmungen und Geräten, deren Zeichenproduktion ihre Konformierung durch Kaufen und Wegwerfen antreibt und sie zu „unbewussten Komplizen der Macht" (Pierre Bourdieu) werden lässt.

Für dieses überkulturelle Medium hat der russische Linguist Jurij Lotman (1922-1993) den Begriff der *Semiosphäre* (griech.: *semeion* = Zeichen, Bedeutung) geprägt.[26] Deren kulturevolutionäre Langsamkeit bewirkt die raumzeitliche Drift der Sprachen in ihren Gebieten und setzt dem dialogischen Verstehen kaum auslotbare, aber machttechnisch beeinflussbare Grenzen. Sie machen sich umso stärker bemerkbar, je weniger sich das moderne Kurzzeitdenken im semiotischen Gestaltungsraum mit seinen zahllosen Übergangsvarianten zu erfassen vermag. Wie die *Biosphäre* das Ganze der Lebensformen, so ist die *Semiosphäre* das nicht erfassbare Ganze sprachlich vermittelter Denkformen. Aus ihm geht der Hauptstrom aller Kommunikationen in der selbstreflexiven Gesellschaft hervor, die Wirkmacht einer jeden Geschichtsphase, deren Religion, Ideologie, Leitkultur etc. von Eliten formuliert und durchgesetzt sowie vom Volk geglaubt und befolgt wird.

[26] *Jurij Lotman,* Die Innenwelt des Denkens. Berlin 2010, S. 163 ff.

Der interkulturelle *Dialog* mit dem islamischen „Frieden" ist die vorläufig ehrgeizigste Variante kommunikativ vermittelter Herrschaft, die die begrenzte Mediumfunktion der Semiosphäre nutzen will, eine auf *Toleranz und Respekt* programmierte Masse in eine andere Kultur, nämlich die des Dhimmitums zu führen. Als integrale Operation der Moderne folgt sie der gleichen Sprachkonditionierung wie Konsum, Unterhaltung, Kultvielfalt, Genderkonformität etc., die umso flexiblere Netznomaden erzeugen, je „freiwilliger" sie sich in die scheinoptionale Rollenwahl der Funktionen einfügen. Die Auflösung alter Bindekräfte schafft den Raum für den neuen Gehorsam und fördert die Machtform, *„an der ein jeder teilzuhaben scheint, der sich ihr fligt" ...Es gilt ein neuer Wahrheitsbegriff und der blinde Glaube an das absolute Recht des Ganzen".*[27]

Für das Verständnis der dhimmitümlichen Unterwerfung ist die Semiosphäre doppelt hilfreich, weil sie auch das Funktionsmodell für den Konsum ist, den Hauptmotor der modernen Gesellschaft, der als erster Grund des beklagten „Werteverfalls" gilt, des steten Verschwindens der Altkultur. Die selbstreflexive Verengung der Denkfähigkeit fördert eine unbewusste Frustration, die seit der Aufklärung mit dem Druck auf die Altreligion die Wahrnehmung der „Werte" abschwächt und mit der narzisstischen Suche nach Ersatzbezügen die säkulare Produktivität und Wissenschaft antreibt. Diese zentrale Prozessschleife der Moderne erzeugt Kompensationen über den Körper und öffnet eine immense ökonomische Vielfalt, die Individualität suggeriert, aber Uniformität schafft. Schönheit, Fitness, Sport, Entertainment gehören zu den Feldern, die im Zuge des Denkschwunds den Körper mit dem Restverstand in einen zuweilen als „Balztanz" polemisch umschriebenen, also biologisierten Dialog mit der Werbung für die Prothesenproduktion der Konsumzyklen eintreten lassen.

Dieses *kommunikative Handeln* (Habermas) in der *Selbstreflexivität* zwischen psychischer Ursache und physischer Folge (Luhmann) befindet sich offenbar in funktionaler Nähe zur Islamisierung. Es erfasst den Menschen mit Job-, Kauf-, Kult-, Spass-Netzen immer weniger als denkendes, sondern als mit den Körpercodes kommunizierendes Wesen. Wie die Begriffe des interkulturellen Dialogs laden sich auch diese Codes mit zwanghaften Bedeutungen auf, wobei die Semiosphäre die Assoziationen von bestimmten Dingen mit anderen Objekten oder Werten erzeugt und in Vorstellungen und Wünsche umsetzt. In dem Maße, in dem der daraus folgende Denkschwund das Subjekt geistig reduziert, lässt er es physisch in den Feldern des Konsums und Islamdienstes agieren. Die Produktwerbung spricht direkt die Emotionen der Einzelperson an, während die Begriffsmühlen des Islam-

[27] *Karl Jaspers,* Wahrheit und Leben. Stuttgart 1965, S. 476.

dialogs den weitaus langsameren, kollektiven Wandel des gesamten Weltbilds betreiben.

Der Vorteil für die proislamische Täuschungspolitik liegt in der emotionalen Besetzung des Bewusstseins durch den Konsum. Sie verringert das intellektuelle Potential für das politische Erkennen der Islamisierung und die soziale Kompetenz, sich überhaupt für die elitäre Verantwortung und die eigene Zukunft zu interessieren, jene Leichtigkeit des Entertainment, die enorme Spaßmassen zum *Public Viewing* versammelt. Dabei sind die Gefühle nicht kompatibel: Die Muslime sind verletzt, wenn man ihre Religion und Gemeinschaft kritisiert, die westlichen Konsumenten, wenn man ihre Fixierungen auf Lebensstile in Frage stellt. Die Reaktionen sind unvereinbar, weil der muslimische Lebensstil durch ein universales Recht in engen Bandbreiten geregelt wird, während den Westlern - bei aller Uniformierung durch Marken und Moden - ein breites Rollenspektrum offensteht. Die Verletzung eines Westgefühls ist daher fast ohne Bedeutung, weil der Betroffene für Ersatz sorgen kann, während sie den Muslim direkt existentiell trifft, weil er kaum Alternativen hat.

Der Clou besteht in der machttechnischen Nutzung dieses Unterschieds. Wenn das Dialogdiktat der Bevölkerung multikulturelle *Toleranz und Diversität* verordnet, aber Kritik am Islam als *rassistische Verletzung der Gefühle* verbietet, geraten die Gebote zum Zwang durch Täuschung, die die moderne Herrschaft von der Verbreitung der vormodernen Monokultur abhängig macht. Der interkulturellen Willkür ist diese Diskrepanz von Nutzen, solange sie dem konsumistischen Punktdenken suggeriert, das langfristige Netzdenken des Islam integrieren zu können. Da dies unmöglich ist, weil schon die leiseste Kritik die islamischen Toleranzgrenzen verletzt, kehrt sich die Euro-Tendenz zur totalitären Fusion in die Überwucherung der eigenen Gesellschaft durch den Islam um. Sie muss Islamophobie verbieten, den Rechtsstaat durch die radikale Demokratie ersetzen sowie die sozialethische Betrugserkennung und die Fähigkeit zu geistigem und physischem Überleben entkräften, weil sie *rassistisch* ist. Die Annäherung an den Islam erfolgt über die Spirale der Denkschrumpfung, die den Verstand durch die Emotion ersetzt und mit dem Körper auch die Gewalt befreit.

Macht ufert sowohl systemtechnisch als auch ökonomisch aus, indem sie den Markt beendet und den Konsumenten mit dem Islam ein Produkt aufzwingt, das bei freier Konkurrenz und Demokratie keine Chance hätte. Sie blockiert mit dem Verbot des „herrschaftsfreien" Diskurses das Potential der Ideen und Emotionen, deren Rückgang auch die Semiosphäre verarmen lässt - ein wachsender Schaden für den geistigen und ökonomischen Fortschritt der Innovation, der den Zusammenhalt des Staates gefährdet. Dies umso mehr, als Macht grundsätzlich männlich dominiert wird, denn es ist

die kaum widerlegbare Erfahrung der Geschichte im Orient und Okzident - von der Antike über die Renaissance bis zur Aufklärung - dass sich Phasen der Machtausuferung durch weitere Vermännlichung ausdrücken, speziell durch die Abwertung der Frau sowie die parallele Aufwertung der Homo- und Pädosexualität.

Es liegt daher im systematischen Wesen dieser Vermännlichung, nicht-reproduktive Sexualformen zu privilegieren, weil die Konzentration von Macht umso weniger die heterosexuelle Reproduktion braucht, je strikter ihre Vertreter in die göttliche Schöpferfunktion mit der Erschaffung neuer Welten und neuer Menschen einzutreten glauben, in die sich die Bio-Prothese der Zuwanderung kompatibel einpasst. Ebenso kann die Anti-Babypille weniger als „Geschenk Gottes" (Margot Kässmann), sondern eher als Gabe Allahs erscheinen. Auch der Betrugskenner Descartes erinnert daran, dass der Sinn der Dinge nicht von ihnen, sondern vom Menschen bestimmt wird,[28] was sich im Körper- und Konsumkult geradezu naturvolkartig ausdrückt. Denn hier erlangen die Dinge eine fetischartige Aura, die Bruno Latour zufolge den Geist des Individuums in das „Plasma" des Kollektivs umwandelt. Diese Entwicklung lässt sich in dem Maße vom Islam „inspirieren", in dem unabhängiges Denken und Forschen verschwinden und die Gefühle der Muslime zur Richtschnur für die Wissenskultur Europas werden. Umso deutlicher tritt die moderne Unumgehbarkeit des cartesischen Cogito hervor, das den individuellen Menschen vom mechanisierten Massendenken abgrenzt, ansonsten er sich auf die Existenzebene „einer Maschine oder eines Tieres" reduziert (Descartes).

Die Bild-, Wort- und Tonfluten der Medien- und Produktwelten fördern die Verrohung innerer Bilder und Vorstellungen, die den sprachlichen Ausdruck verarmen lassen, die Zwänge der Zensur und Konformierung verschärfen und nun das Feindbild gegen die altkulturellen Restbestände radikalisieren. Indem die audiovisuelle Magie das Kurzzeitdenken bis zur *Verflüssigung* treibt, gerät der Sinn für Zeit zur Logikfalle, die sie umso knapper erscheinen lässt, je mehr Zeit die Technikzyklen ersparen. Der Fortschritt von Kommunikation und Produktivität steht in komplexer Wechselwirkung mit *Beschleunigung und Mengensteigerung* sowie *Denkschwund und Zeitparadox,* die den Gang der Gesellschaftsmaschine scheinbar sichert, aber noch zu wenig erforscht ist, um die Grenzen ihrer Verbrauchsdynamik (s. o.) erfassen zu können. Fest steht, dass nach *Iblis* nun auch Allah zu seinem Recht kommt. Da der Islamgott die Zeit selbst ist und anders als der jüdisch-christliche Gott die Welt ständig neu schöpft, entspricht er dem gnostischen Gegenideal und durchdringt mit seinen Wuchernetzen die Euro-

[28] *Drügh/MetzAVeyand* (Hrsg.), Warenästhetik. Frankfurt 1964, S. 108 f.

Gesellschaften umso tiefer mit Dhimmidemut, je mehr sich ihre Kohärenz durch Verkürzung der Technik- und Konsumzyklen auflöst.

6. *Die euro-islamische Kontrollmacht*

Als universales Medium umfasst die *Semiosphäre* mit allen Daten und Bedeutungen das Spektrum gesellschaftlicher Veränderungen und der Bereiche des zwanghaften Wandels, der vom verbalen Diffamieren über soziale Ausgrenzung zum physischen Töten führt. Aus radikaler Sicht ist es der Dissident, der wie die missliebige Autorin Bat Ye'or schuldig wird, weil er „den Panzer von Scheinwahrheiten" aufbricht und die Reflexe des Systems „provoziert": „Der erste Schritt zum Mord ist die Behauptung, dass der Mörder nur das Werkzeug eines höheren Willens sei und keine persönliche Verantwortung trage … Das Schwierigste am Verbrechen ist, seinen Namen zu lernen, sich den Wortschatz des Mörders anzueignen … Das ist typisch für die Sophistik des Mordes: Das Opfer wird als der starke und gefährliche, angreifende Feind dargestellt, und der Mörder als sich verteidigendes Opfer".[29]

Eben diese Umkehrung führt in der Islamisierung zum Palästina-Opferkult, der mit dem Abbau Israels und der Eigenkultur die Dhimmitreue der Euro-Eliten signalisiert. Der Verfall in Politik (Verfassungstreue), Religion (christliche Ethik) und Wissenschaft (unabhängige Forschung) treibt die semiosphärische Drift in die Kalifatsrichtung der EU-OIC-Allianz, deren volkspädagogische Wortmühle mit ihrem drohbegrifflichen Arsenal die Verantwortung für Gewalt entsorgt und den dämonisierten Gegnern in der Altkultur anlastet. Descartes' Hinweis darauf, dass der Bewusstseinsverlust in die Nähe zum Tier rückt, umschreibt eine kulturverbindende Machtkonstante, die schon immer mit totalitären Abwehrsymbolen aus dem animalischen Negativbereich (Affen, Schweine, Hunde, Ratten, Ungeziefer etc.) die Tötungshemmung gelockert hat.

Wie Bat Ye'or ausführt, überlassen die Eliten des politkulturellen Selbstabbaus nichts dem Zufall. Als integraler Teil des Prozesses nehmen die führenden Kräfte die westlichen Institutionen mit einem strategisch gegliederten Dialog-Komplex der Konferenzen, Resolutionen, Symposien, Bücher, Artikel, Talk-Shows etc. in einen umfassenden Griff. Dessen Strukturen verfeinern sich nach den Mustern der alchemistisch-esoterischen Ordenstradition unentwegt weiter und nehmen im Verlauf zunehmend stringente Formen an, die indes ebenso wachsenden Argwohn im Volk wecken. Da die Beschwichtigungen der Dialogmaschine durch ihre Wortschablonen und immer gleichen Akteure nicht ausreichen, sorgen die institutionellen Betreiber

[29] *Lotman,* a.a.O., S. 134.

für mehr Seriosität und öffentliches Ansehen. Sie halten ein Karussell von gehobenen Funktionen und Preisverleihungen in Gang, das nicht nur verdiente Aktionisten ehrt, sondern auch durch Fehlverhalten auffällig gewordene Kollegen nach einer Schonfrist in den Kreislauf zurückschleust und somit die spätmodernen Folgeformen ordensähnlicher Strukturen aufscheinen lässt. Da diese Taktik über die Lobbykader hinaus ihre mediale Wirkung mit populären Figuren aus Kunst und Entertainment verstärkt, war die scheinbürgerliche Anbiederung erfolgreich darin, der Bevölkerung ihren Selbstabbau mit jahrzehntelanger, kostenintensiver Massivimmigration und Ghettobildung als *Bereicherung* zu suggerieren, so dass der wachsende Druck mit Indoktrination, Täuschung, Korruption, Verarmung, Gewaltmentalität außer einigen marginalen Protestgruppen keine wirklichen Widerstände bewirkte.

Eine zentrale Rolle spielt dabei das Funktionspaar *Netzwerk - Kontrolle,* das als Dialogmethodik auch im Islam - speziell OIC und ISESCO - klare Anleihen bei westlichen Vordenkern wie Michel Foucault macht und frappierende Parallelen zur US-Empireideologie zeigt. Foucault beschreibt die Moderne als selbstreflexive Form der Disziplinarmacht, die von der Lenkung und Bestrafung des Körpers auf die Besetzung des Bewusstseins übergeht, um es als „individuelle" Einheit zu registrieren, mit allen Merkmalen zu katalogisieren, bis in den letzten Winkel ökonomischer Nutzbarkeit und audiovisueller Überwachung zu durchdringen. Diese Dynamik produziert „gelehrige Körper", vom falschen Bewusstsein gereinigte Serienmenschen, die die Selbstbezüglichkeit der Sozial- und Kulturprozesse in der Machtmaschine aufrechterhalten.[30]

Nichts anderes beschreiben die OIC-Resolutionen, die wie die Autorin wiederholt betont, unaufhörlich vom Wert ständig verfeinerter Netzwerke und Kontrollen reden, wobei die Durchdringung der westlichen Gesellschaften mit den Werten des Islam den Kern der Strategie bildet. Bester Beleg ist der *OlC-Beobachterbericht über Islamophobie* (s.u. S. 97), der den islamischen Strukturwandel in Europa kontrolliert und laufende Steuerungsimpulse gibt. Diese Zentralfunktion schließt sowohl an Luhmanns Islamteufel als auch den dunklen Kontrollturm im *Panopticon* des Jeremy Bentham (1748-1832) an, das Foucault als Vorlage für die *Gesinnungsmaschine* der globalen Gesellschaft dient. So wie der panoptische Wächter kontrolliert, ohne gesehen zu werden, folgt die Euro-Masse immer anonymeren Eliten ins Dhimmitum.

So können die Wortmühlen und Zirkelschleifen des mechanisierten „Dialogs" die Funktionen eines säkular-rituellen Gebets übernehmen, Foucault

[30] *Michel Foucault,* Überwachen und Strafen. Frankfurt 1977.

zufolge „nützlicher als die Wallfahrt nach Mekka".[31] Das panoptische Gegenstück ist die *Beobachtung* der Muslime durch die Euro-Dhimmis, die nach den Regeln totalitärer Umkehrlogik in der *Nichtbeobachtung* besteht. Seit etlichen Jahrzehnten „beobachten" die Sicherheitsbehörden Islamgruppen im Verdacht staatsfeindlicher Umtriebe, ohne eine Konzeptplanung zu betreiben, die den Muslimstaat im Staate verhindern könnte. Bat Ye'or beschreibt die personelle Nazitradition des deutschen Bundeskriminalamts, dessen Rechtsstaatsferne sich auch im Jahre 2005 zeigte, als es bei islamischen Todesdrohungen gegen einen missliebigen deutschen Autor untätig blieb.[32] „Beobachtungen" dieser Art erscheinen als Teil der inzwischen etablierten OIC-Kontrolle, indem Razzien gegen Islamisten selten bleiben und als öffentliche Placebos fungieren, aber das *Kalifat* nicht aufhalten können (bzw. sollen).

Die Vorhersagbarkeit asymmetrischer Machtformen erleichtert ihre Analyse. Die dhimmitümliche Unterwerfung unter den Frieden des Islam durch die EU-OIC-Allianz erfolgt mit den gleichen Verhaltensmustern und Wortmünzen wie die historischen Vorgängerphasen. Das zeitlose Machtgefalle wirkte vor über einem Jahrtausend in der Eroberung des jüdisch-christlichen Orients und vor einem halben Jahrtausend in der Niederwerfung des byzantinischen Reichs ebenso effizient und klischeebesetzt wie in der heutigen Transformation Europas. So wie Byzanz den Widerstand gegen den Islam als „Kampf gegen Gott" verbot, so sieht der Vatikan in der Islamisierung heute die „Rückkehr Gottes" (Kardinal Tauran). Allen Eliten gemeinsam ist der formbare Gott, der in die jeweilige Passform gebracht wird, um den Priestern der Zeit optimale Herrschaftsbedingungen zu schaffen, eine seit Urzeiten gewachsene Routine, die Bat Ye'or am Beispiel der islamisierten Christen Palästinas aufzeigt.

Den modernen Menschen kann die Konstanz des Musters beeindrucken, die den Fortschritt nicht hemmt, sondern ihn auch im Rückschritt fördert, indem sie nun mit islamisch legitimierter Gewalt und Pöbelherrschaft in die Vormoderne zurückzwingt. Engagiert beschreibt die Autorin die überhistorische Dimension des islamischen Totalitarismus und seiner unabdingbaren Säulen, die in der kriegerischen Anstrengung (*djihad*), Auswanderung *(hidjra)* und Massenexistenz *(fitra*) bestehen. Letztere betrifft auch die Frau, traditionell ein tier-, genauer: hundenahes Wesen[33] zwischen Mensch und Sache, das als Risiko für den biologischen Bestand Ziel des Djihad ist. Neben dem politreligiösen Unglauben unterliegt das weibliche Potential an sexuellem Ungehorsam den striktesten Kontroll- und Strafregeln der Scharia.

[31] Ebd., 143.
[32] Vgl. *Raddatz,* Iran. München 2005, S. 239 f.
[33] Muslim, Sunan Bd. 4, 1032 (isl. Traditionssammlung).

Nach der Bush-Ära signalisierte das neue Obama-Amerika, in den Wettbewerb um das *richtige Bewusstsein* einzutreten, dessen Fortschritt primär im Verschwinden der *Islamophobie* besteht. Indem die EU-OIC-Allianz als Epochen-Pionier voranschreitet und ein Netz von Moscheen, Kulturzentren, Koranschulen, Islamlehrstühlen, Scharia-Gerichten und „Islamkonferenzen" über Europa spannt, verwirklicht sie Bat Ye'ors Prognose des systemischen Dhimmitums. Dies wird durch den Maximalismus der Muslime verstärkt, deren Freiheit in Europa mit Unfreiheit für nichtmuslimische Existenzformen im „Haus des Islam" einhergeht. Kerne ihrer Propaganda bilden dabei die Diffamierung der Bibel als „Verfälschung" und die Besetzung Jesu als „islamischen Propheten", um die jüdisch-christliche Religionsbasis endlich zu tilgen.

Nach dem Vorbild des Dritten Reichs kommt der Dritte Totalitarismus in Gang, der mit der Aura des palästinensischen „Opfervolks" seine links-rechts-islamradikalen Kader gegen die freiheitliche Wissenskultur Europas wendet. Mit dem Palästina-Kult wird A/-Quds/Jerusalem zum neuen Weltzentrum, das Luhmanns Beobachter vom Teuflischen und die Mittelmeer-Union von Israel befreien und das *Kommende Kalifat* mit der *radikalen Demokratie* des Euro-Imperiums vereinen kann. Im multikulturellen Auflösungsprozess zeichnet sich so die Auferstehung der gefallenen Engel der rotbraunen Extreme ab, wobei Bat Ye'ors Buch - ähnlich wie Hitlers *Mein Kampf* - wenig gelesen werden sollte, um den totalitären Massentrend nicht zu früh zu offenbaren. Dies freilich mit umgekehrten Vorzeichen, denn schon Winston Churchill bedauerte, das Buch des Diktators zu spät als „neuen Koran" erkannt zu haben.[34]

Heute steht es den *Islamophoben* (noch) frei, bei Bat Ye'or die Dokumente des islamischen Kulturkampf-Kodex zu studieren, die einen umfassenden Katalog für das Dhimmitum der Zukunft bereitstellen. Sie sind die Gründungsakten für den Euro-Ableger des *Kommenden Kalifats,* dessen subversive Planungen das Ende Israels, der jesusfundierten Kirchen und der Staaten Europas als *Gräber der Freiheit* (Adam Weishaupt) vorzeichnen. So wie die Jesuiten und die Esoterikorden der Neuzeit Byzanz und Rom nachahmten, indem sie unter der Maske des Christentums die klerikale Inquisition und jüdische Magie plagiierten (Andreas Kilcher) und die alten Machtformen Europas unterwanderten, so durchdringen die Wuchernetzwerke der euro-islamischen Allianz mit dem Scheinheil des islamischen Friedens die jüdisch-christliche Altkultur. Unterwerfung und Opportunismus, Angst und Aggression, Heuchelei und Habgier gehören zu den unzer-

[34] *Winston Churchill,* The Second World War I, The Gathering Storm. London 1955, S. 55.

störbaren Lebensbedingungen der Macht, die auch die Insistenz erklären, mit der die Eliten ihr Ziel gegen alle Vernunft des Gemeinwohls verfolgen. Nicht zuletzt zeichnet sich darin die alchemistische Facette der esoterischen Machttradition ab, die Europa mit der islamischen Immigration zum Schmelztiegel der transhumanen Ära macht. Mit dem westlichen Dhimmitum stellt Bat Ye'or das Pilotexperiment historischer Täuschungsdimension vor, das nun endlich die Vereinigung des Okzident mit dem Orient vorbereiten soll.

Vorbemerkung der Autorin

Dieses Buch war zunächst für die allgemeine Öffentlichkeit geplant, kurz und mit wenigen Anmerkungen. Als jedoch das Thema, das den meisten Menschen kaum geläufig ist, sich komplexer als erwartet darstellte, wurde ein größerer Rahmen erforderlich. Die Hauptuntersuchung konzentriert sich dabei auf drei Aspekte:

1. die Globalisierungspolitik der Europäischen Union (EU), die darin besteht, die Vereinten Nationen als Weltmacht zu stärken und durch Multikulturalismus den Einfluss Amerikas sowie die kulturellen bzw. nationalen Identitäten in Europa zu schwächen. Die Globalisierung, kombiniert mit der Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in Europa, setzte die EU-Partnerschaft mit den Mittelmeer-Anrainern, den arabo-muslimischen Ländern des Südens in Gang - nominell auch mit Israel - und gründete sich auf zwei neue Mechanismen: Multilateralismus und Multikulturalismus;

2. die vielschichtige Geostrategie der Organization of the Islamic *Conference* (OIC - 2011 in *Cooperation* geändert - d. Übers.), die für die Infiltrierung des Westens durch islamische Einflüsse konzipiert wurde: durch muslimische Immigration, Universitäten und Medien, durch „Islamophobie", die Globalisierung und die Errichtung einer muslimischen Weltorganisation, die in Koran und Sunna (Tradition Muhammads - d. Übers.) angelegt ist und das kommende, universale Kalifat vorbereitet;

3. die Instrumente, Mechanismen und Netzwerke der EU - nun auch der USA - binden an eine Politik, die gemeinsam mit der OIC auf die Durchsetzung von Sicherheit, Verteidigung und Globalisierung abzielt. Mithin liefern diese Instrumente die Antriebe und Kanäle für die fortschreitende Islamisierung des Westens. Sie formen wesentliche Elemente eines neuen globalen Systems der totalitären, sozialpolitischen Beherrschung, das für demokratische Institutionen weder zugänglich noch gangbar ist. Da es sich mit der - von der OIC zunehmend beeinflussten - UNO verbindet, bildet die Islamisierung des Westens eine von der Globalisierung selbst betriebene Dynamik, die wiederum von der EU unterstützt wird.

Das universale Kalifat schlägt sich in der Bedeutung der OIC für nahezu alle UNO-Einrichtungen und deren Politik des wachsenden Einflusses auf

die gesamte Welt nieder, wie er in der neuen Charta von 2008 verbrieft ist. Ohne eine verbesserte Kenntnis dieser Mechanismen werden die freien Gesellschaften im Bemühen um den Fortbestand ihrer Freiheit beschränkt und von diversen, krakenartigen Netzwerken geradezu eingeschnürt. Die nachfolgende Analyse betrifft hauptsächlich Europa, ist aber auch auf Nordamerika anwendbar, da die USA und Kanada ebenfalls Ziele der OIC und über muslimische Einwanderung sowie Wirtschafts- und Ölinteressen in deren Einflussbereich einbezogen sind. Es lässt sich zeigen, dass die meisten Islam-Erklärungen von US-Präsident Obama und EU-Offiziellen sowie auch andere innen- und außenpolitische Verpflichtungen von der OIC stammen, vorgegeben durch zahlreiche Netzwerke und Instrumentalisierungen, die den Herrschaftsrahmen der globalen Zukunft bilden.

I. Die Europäische Union und die Organisation der Islamischen Konferenz - Ein gemeinsamer Kampf

1. Verborgenes Wissen

Wenige Ausdrücke sind für das Verständnis der aktuellen Entwicklung so wichtig wie die Begrifflichkeit der „Dhimmität" bzw. des *Dhimmitums** Gleichwohl ist dieses Konzept, das historische Ereignisse und Verläufe bis in unsere Gegenwart erklären kann, nicht nur der allgemeinen Öffentlichkeit unbekannt, sondern auch ein Tabu im akademischen Diskurs. Professoren tadeln Studenten, wenn sie sich auf den Begriff und die Autorin beziehen, die ihn mit der Beschreibung seiner speziellen Eigenschaften ins Leben gerufen hat. Dabei würde jeder Versuch, unsere Zeit verstehen zu wollen, ohne zu begreifen, was „Dhimmitum" bedeutet, dem Vorhaben gleichkommen, das 20. Jahrhundert zu analysieren, ohne von dessen formativen Ideologien - Kommunismus, Faschismus und Nazismus - Kenntnis zu nehmen.

Mit *Dhimmitum* bezeichnet man die Zivilisation (bestimmter - d. Übers.) Völker," die über die letzten dreizehn Jahrhunderte vom *Djihad* überwunden und dem Recht der *Scharia* überantwortet wurden. Ein „Dhimmi" ist ein (wesentlich jüdisch-christlicher) Nichtmuslim, welcher der Zivilisation des *Dhimmitums* angehört. Nachdem er sich der Djihadarmee ergeben hat, geht der *Dhimmi* seiner Souveränität und Rechte auf territoriale Integrität verlustig, während er ein Recht auf islamischen Schutz (arab: *dhimma* = Schutz, Schuld - d. Übers.)*** gegen den Djihad eintauscht - den obligatorischen und unwiderruflichen Krieg gegen die Un-

* Anm. d. Übersetzers: Für das englische *dhimmitude* wird im weiteren *Dhimmitum* eingesetzt, weil die Endung *-tat* eher eine konkrete, zumeist aus lateinischen Begriffen kommende Tätigkeit oder Haltung bezeichnet (Autorität, Aktivität, Permissivität etc.), während die Endung *-tum* auf ein umfassenderes Geistes- und Handlungsspektrum hindeutet (Christentum, Heidentum, Sklaventum etc.) und die vorliegende Sphäre der vielschichtigen, psycho-politischen Unterdrückung zutreffender umschreibt.

** Anm. d. Üb.: Dabei geht es vornehmlich um die „Leute des Buches", die vom Koran ausdrücklich benannten Juden und Christen allgemein und - mit Einschränkungen - die Zoroastrier des Orients.

"' Anm. d. Üb.: Dieser „Schutz" ist gleichbedeutend mit der „Schuld", sich der als unübersteigbar betrachteten Botschaft des Islam zu unterwerfen und ihr „demütigen" Tribut zu zollen (Koran 9/29).

gläubigen. Dieser Schutz enthält eine gewisse relative Sicherheit, aber nur unter der Bedingung einer Fülle entwürdigender Beschränkungen und Diskriminierungen.

Gemäß der unterschiedlichen Dynamik der Djihad-Feldzüge breitete sich das Dhimmitum über drei Kontinente aus - Afrika, Europa und das Kernland des indischen Subkontinents. Dabei entwickelten die Bevölkerungen, (die „Leute des Schutzes" - arab.: *ahl al-dhimma),* trotz ihrer Heterogenität durchaus ähnliche, sozusagen *dhimmitümliche* Eigenschaften, nämlich eine aufgezwungene Gleichförmigkeit völlig verschiedener, zeitlich und räumlich getrennter Völkerschaften, Religionen und Kulturen, die sich aus der Uniformität und Stringenz der herrschenden Rechtsregeln des Islam ergibt. Diese Vorschriften sind durch Koran und Sünna[1] vorgegeben und bilden die beiden Säulen, die bis heute die islamische Macht tragen und ihre innen- und außenpolitischen Entscheidungen bestimmen.

Das Dhimmitum, das von der islamischen Rechtssprechung ausschließlich für (primär jüdisch-christliche - s.o. S. 3) Nichtmuslime konzipiert ist, deckt sich mit der geographischen Ausbreitung des Djihad. Unterworfene Nichtmuslime wurden seither eher mit religiösen als ethnischen Merkmalen gekennzeichnet und durch die religiöse, politische, ökonomische und rechtliche Struktur des Islam bestimmt, die sie mit unterschiedlichen Schwerpunkten vereinnahmte. Dabei wurde die Wechselwirkung zwischen dem Islam und den Unterworfenen (den Dhimmis) in eine vorwiegend religiöse Perspektive gesetzt, die bis in die Gegenwart unverändert wirksam ist.

Man könnte fragen, welche Bedeutung das Konzept des Dhimmitums heute hat. Die Antwort lautet, dass die Djihad-Ideologie der Welteroberung, angetrieben von Milliarden Petrodollars sowie erleichtert durch die Nachgiebigkeit europäischer Regierungen und die Rivalität zwischen den Westmächten, nun in jedem Winkel der Welt in voller Blüte steht. Bei der treibenden Kraft dieses Prozesses handelt es sich um die erwähnte Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1969 der Beseitigung des Staates Israel und der Einrichtung der *Scharia* als dominanter Rechtsform im Westen widmet. Die OIC, die heute aus 56 muslimischen bzw. überwiegend muslimischen Staaten besteht (zuzüglich der Palästinensischen Autonomiegebiete - d. Übers.), residiert in Jeddah (Saudi-Arabien) und umfasst zahlreiche weitere Körperschaften. Ihre Aufgaben liegen in der Einigung der diversen Teile der *Umma,* der islamischen Gemeinschaft, sowie deren Vertretung auf internationaler Ebene. Dabei

[1] Sammlung von Handlungen und Aussagen, die dem Propheten Muhammad zugeschrieben werden und eine geheiligte Quelle des islamischen Rechts bilden.

wird ihre konservative Weltsicht zum Anlass, mit der Muslimischen Weltliga (mitgegründet von Said Ramadan - s.u. S. 17, 131), zu kooperieren, die der wahhabitischen Lehre anhängt.

Der Autor Ali Merad sieht in diesen zwei Organisationen „die politische und religiöse Infrastruktur, die für den Betrieb eines modernen Kalifats unverzichtbar ist".[2] Im Jahre 1990 gab die OIC die auf der Scharia basierende Menschenrechtserklärung von Kairo heraus, die Kriege für die islamische Unabhängigkeit und die Übernahme Gazas durch die Hamas (2006) befürwortet. Letztere bildet die palästinensische Fraktion der Muslimbruderschaft (MB), gegründet von Amin al-Husseini, dem Großmufti von Jerusalem (vgl. u. S. 16).[3] Die Bewegung selbst war 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten ins Leben gerufen worden.

Der Status des Dhimmitums deformierte Bevölkerungen, die einst freie, sich selbst bestimmende, zu ihrer Zeit starke, kultivierte Nationen bzw. Zivilisationen waren, zu Überlebenden ohne historisches Gedächtnis, die als verunsicherte, unterdrückte, terrorisierte Minderheiten in den Ruinen ihrer Vergangenheit verstreut lebten. Die Zerstörung der ansässigen Nationen und Kulturen durch die islamische Kolonisation vom siebten und achten Jahrhundert an wurde durch die Djihad-Eroberung und das Dhimmitum erreicht, einen Komplex demütigender, diskriminatorischer Gesetze mit fließenden Übergängen zur Sklaverei. Ideologie und Kraft dieser Deformation, die bis heute auf jeder Ebene weiter wirken, bleiben weitgehend unentdeckt, während sie Europas laufenden Wandel weiter betreiben, weil ihre Mechanismen und historischen Grundlagen nicht beachtet werden.[4]

[2] *Ali Merad,* Le califat, une autorité pour l'islam? (Paris 2008), 179.

[3] Seit 1974 orientiert sich die OIC an der MB-Politik nach dem Muster Said Ramadans, das in der Einrichtung von Netzwerken islamischer Zentren in Europas Großstädten besteht - reveil-des-consciences.over-blog.com/article-dr-said-ramadan-les-prieres-avant-le-pouvoir-37316496.html (Zugriff 19. September 2010); s.a. *Bat Ye'or,* Eurabia: The Euro-Arab Axis (Madison N.J. 2005), 68.

* Anm. d. Üb.: Die *wahhabiyya* ist eine puritanische Islambewegung, die seit 1744 die imperiale Ideologie der Saudi-Dynastie als Schutzmacht der heiligen Stätten im Mekka und Medina sowie seit 1932 des Königreichs Saudi-Arabien bildet. Sie beansprucht die orthodoxe Bewahrung von Koran und Hadith als Wurzeln des Islam und der Scharia, die esoterisch auf die turkstämmige Bruderschaft der Tai'fa zurückreicht und politisch die antiwestliche Muslimbruderschaft hervorbrachte (vgl. *Raddatz.* Allahs Schleier, 175 ff.; Von Allah zum Terror, 159 f., 199 f.). Letztere schuf schon früh die Basis ihrer subversiven Präsenz in Europa, indem der von Bat Ye'or erwähnte Said Ramadan 1959 die ersten Niederlassungen in München und Genf gründete. Er ist Schwiegersohn des MB-Gründers Hasan al-Banna und Großvater des Tariq Ramadan, der heute als Teilnehmer an elitären Dialog-Symposien und Mitglied des Beratergremiums der Anna-Lindh-Stiftung (s.u. S. 164 ff.) die Islamisierung Europas betreibt.

Die Geschichte des Dhimmitums sowie die Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Ereignisfolge, welche die vom Djihad überwundenen Völker in eine unvermeidliche Dekadenz und Auflösung zwang, sind Tabuthemen im heutigen Europa. Der Grund besteht darin, dass die Muslimstaaten jede Verantwortung für ihre Geschichte des Imperialismus und Kolonialismus sowie der Unterdrückung und Versklavung ablehnen - im Gegensatz zu den Historikern und Politikern Amerikas und Europas, die sich zu den dunklen Seiten ihrer Vergangenheit bekennen. Die Führer Europas haben sich in der Befürchtung, die OIC-Länder sonst zu verärgern, die islamische Geschichtssicht angeeignet, in der Konzepte wie Krieg, Frieden und Gerechtigkeit eine andere Bedeutung haben als in der jüdisch-christlichen Zivilisation.

In seinem Essay über Krieg und Frieden im Islam hebt Bassam Tibi die Aussage hervor, dass es Frieden im Islam nur zwischen Muslimen gibt, nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen.[5] Wird das Wort „Frieden" auf Nichtmuslime angewendet, erfordert es die Konversion oder Unterwerfung (Dhimmitum). Unter Berufung auf die koranische Pflicht, die Erde zu islamisieren (34/28), erläutert Tibi, dass es für einen Muslim, der auf dem Wege Allahs den Islam in der Welt verbreitet, nicht um Krieg, sondern um eine fromme, gerechte Handlung in Erfüllung einer religiösen Aufgabe geht. Die Aggressoren sind die Nichtmuslime, welche die Islamisierung ihrer Völker zu verhindern suchen. Ihnen ist die „Schuld an den Kriegen anzulasten, die sie durch ihren Widerstand gegen die muslimische Eroberung auslösen, denn hätten sie sich nicht gewehrt, wären die Massaker in der Folge des Glaubenskampfes (Djihad) zu vermeiden gewesen. Überall würde Frieden herrschen, wo immer die Nichtmuslime dem Ruf des Islam *(da'wa)* durch Konversion bzw. Unterwerfung folgen. Djihad, so Tibi, entzieht sich jeder Kritik, weil er eine Pflicht zur Erfüllung des Willens Allahs darstellt. Es sind die Nichtmuslime, die alle „Schuld auf sich ziehen, weil sie durch ihren Widerstand gegen Allahs Willen den Krieg provozieren und die Muslime dazu zwingen, den Djihad gegen sie zu führen. Wie nach Hassan al-Banna, dem Gründer der Muslimbruderschaft, der Djihad zu verstehen ist, lässt sich auf der Website der Brüder nachlesen:

[4] *Bat Ye'or,* Islam and Dhimmitude: Where Civilizations Collide (Madison N.J. 2002).

[5] *Bassam Tibi,* „War and Peace in: Islam" in: Islamic Political Ethics. Civil Society, Pluralism, and Conflict, ed. Sohail H. Hashmi (Princeton 2002, 175-193).

* Anm. d. Üb.: Schuld im Sinne der intrinsischen Verpflichtung auf Seiten des jüdisch-christlichen Unglaubens, um den Schutz durch den Islam zu bitten und diesen „demütig" zu alimentieren (s.o. S. 3).

Djihad ist das Mittel, mit dem der Ruf des Islam verbreitet und seine heiligen Prinzipien bewahrt werden. Dies ist eine weitere religiöse Pflicht, die Allah dem Muslim auferlegt, ebenso wie er das Fasten und Gebet, die Wallfahrt und Almosen sowie das Tun des Guten und Lassen des Bösen befiehlt. Er hat ihnen (den Gläubigen) den Djihad auferlegt und (zugleich) anvertraut. Er nimmt niemanden aus, der über die Stärke und Fähigkeit zum Djihad verfügt, denn er ist eine imperative Warnung und bindende Mahnung im Koran: *Marschiert voran, leicht und schwer (bewaffnet), und kämpft mit eurem Vermögen und eurer Person auf dem Pfad Allahs,*[6] Die Muslime sind in die entferntesten Länder der Erde gezogen, mit dem Koran an der Brust, auf dem Sattel als ihrem Heim, mit dem Schwert in der Hand, sowie mit dem klaren Beweis auf der Spitze ihrer Zunge, nämlich die Menschheit einzuladen, den Islam anzunehmen oder die Djizya (Kopfsteuer) zu zahlen oder in den Kampf zu ziehen. Jeder, der den Islam annahm, wurde ihr Bruder, ihr Eigentum gehörte auch ihm. Jeder, der die Djizya bezahlte, befand sich unter ihrer (der Gläubigen) Protektion und Haftung, sie standen für seine Rechte ein, beachteten die Einhaltung des Vertrages und seiner Bedingungen. Sie bekämpften aber auch jeden, der sich nicht beugte, bis Allah ihnen den Sieg schenkte.

Aus islamischer Sicht ist die ganze Erde eine Stiftung (arab.:*waqf),* ein Territorium, das Allah gehört. Der muslimischen Gemeinschaft ist versprochen, es unter die Herrschaft der dem Propheten einst offenbarten, islamischen Ordnung zu bringen. Der Djihad bildet den Kampf um die Rückgewinnung des Stiftungslandes, das von den Ungläubigen illegal besetzt und den Muslimen zurückzugeben ist. In den Rechts- und Geschichtstexten des Islam wird somit die Eroberung nichtmuslimischer Gebiete als Rückgabe des Landes durch Allah an die Muslime beschrieben - im Sinne der Rückgewinnung einer früheren Besitzung und der Illegalität einer jeglichen nichtmuslimischen Souveränität. Insofern qualifiziert die Wiederaneignung von Land, das in jedem Falle dem Islam gehört, den Djihad zu einem defensiven, gerechten und legalen Krieg der Muslime, da er den Willen Allahs wiederherstellt und durch die Unterwerfung und Erniedrigung der Nichtmuslime den Frieden bringt. So bedeutet allein schon die Existenz des Unglaubens einen Angriff auf Allah, und nur der Djihad verleiht „die Gerechtigkeit und den Frieden" der islamischen Ordnung.

[6] *Hassan Albanna,* To What We Do Invite Humanity; Ikhwanweb, Kairo - www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=804&LevelID=I&SectionID=l 17 (Zugriff 19. September 2010).

[7] *Al-Banna,* To What We Do Invite Humanity,-www.memriiwmp.org/content/en/report.htm?report=2877 (Zugriff 19. September 2010).

* Anm. d. Üb.: im Koran der als gemäßigt geltenden Ahmadiyya heißt es: *Ziehet aus, leicht und schwer, und streitet mit eurem Gut und eurem Blut für Allahs Sache* - Das Wort „gemäßigt", hier durch den Verzicht auf den militärischen „Marsch" gegeben, hat Konjunktur im politkulturellen Dialog und bedeutet so viel wie *mit weniger offensichtlicher Radikalität aufzutreten, ohne auf sie zu verzichten.*

Gemäß dieser religionspolitischen Perspektive gilt die islamische Eroberung als Wohltat für die unterworfenen Völker, weil ihnen die Niederlage die Chance öffnet, zum Islam zu konvertieren. Diese positive Interpretation des islamischen Krieges gegen den Nichtislam schließt negative Kritik aus, weil sie den Djihad beflecken könnte. Denn er gilt als gerechter, defensiver Krieg, der das den Muslimen von Allah versprochene Land aus ungläubiger, also illegaler Aneignung befreit. Wie erwähnt, wird die Inbesitznahme des Landes durch die indigenen, nichtmuslimischen Völkerschaften (Spanien, Armenien, Balkan, Indien, Israel) als ungerechter Angriff auf den Islam betrachtet. Insofern können Muslime in keinem Falle der Okkupation oder Unterdrückung schuldig werden, weil Allah ihnen bereits die gesamte Welt zugeeignet hat. Im Djihad wird lediglich zurückgegeben, was ihnen als den wahren Gläubigen ohnehin gehört. Unterdrückung kann es im Islam nicht geben, weil er der göttlichen Ordnung gemäß herrscht und nicht beherrscht wird (9/33; 4/144). Diese Vorherrschaft zu kritisieren oder gar herauszufordern, bedeutet also eine Verletzung des göttlichen Willens.

Diese Sichtweise erklärt wiederum, warum die Muslime die finsteren Seiten ihrer Geschichte leugnen. Analysen, die nach westlichen Kriterien durchgeführt werden und auf objektiven Tatsachen des Djihad aufbauen, d.h. seine Entwicklung, die Eroberung von Gebieten, die Behandlung der Unterworfenen untersuchen, gelten als inakzeptabel bzw. nach dem religiösen Dogma sogar als blasphemisch. Die Ideologie, Strategie und Praxis des Djihad, die vom Leben, Sprechen und Handeln des islamischen Propheten inspiriert sind, bilden einen integralen Teil von Koran und Sunna, der heiligen Texte des Islam. Als Ausfluss göttlicher Unfehlbarkeit ist der Djihad eine geheiligte Kategorie islamischer Denkart und Zivilisation, jenseits jeder Kritisierbarkeit. Der europäische Wissenschaftler und der muslimische Gläubige können dieselben Ereignisse beobachten, ohne jemals eine Einigung zu erreichen, denn sie bewegen sich in Denksystemen, die durch ganze Welten getrennt sind.

Heute steckt Europa in einer Sackgasse, denn die Analyse des Djihad ist insofern inoffiziell verboten, als man, wenn man ihn nach westlichen Standards untersuchte, befürchten muss, die wachsende Gemeinde der muslimischen Zuwanderer vor den Kopf zu stoßen. Europa verrät damit nicht nur die Grundlagen und Kriterien kritischen Denkens als Basis seiner Kultur; es verweigert sich dem Verständnis der gegenwärtigen Probleme, indem es die Vergangenheit ignoriert.

Dennoch sind die EU-Führer mit dieser Vergangenheit durchaus vertraut. Durch ihre Auslandsbotschaften und diversen Geheimdienste sind sie bestens informiert über die schweren Prüfungen des Dhimmitums, denen die schwindenden christlichen Minderheiten und etwaige Reste jüdischer Ge-

meinschaften in muslimischen Ländern ausgesetzt sind. Europas Schweigen bis hin zu den Massakern in Bagdad und Alexandria in den Jahren 2010 und 2011 war eine bewusste Option in einem strategischen und sicherheitstechnischen Rahmen. Der liegt seit vierzig Jahren einer Politik der Annäherung an die arabische bzw. muslimische Welt zugrunde, in der sich wachsende Feindseligkeit gegen Israel und die USA aufbaut. Um diese Politik durchzusetzen, entwickelte Europa neue Handlungsmittel - Multilateralismus und Multikulturalismus -, die den demokratischen Entscheidungsprozeß in den Euro- Staaten durch Subversion und unzugängliche Netzwerke aushöhlen. Allerdings führt diese Entwicklung in einem Klima des latenten Terrorismus, der Urbanen Gewalt, der Rechtfertigung von Antisemitismus und Hass gegen Israel instabile Verhältnisse herbei. Indem es die jüdischen Wurzeln des Christentums verneint, die den Boden des europäischen Geistes bilden, ist ein sich hassendes Europa dabei, sich selbst Schaden zuzufügen und sogar an der eigenen Vernichtung zu arbeiten.

Die Historiker wissen, dass der Lauf der Geschichte von Schlüsseldaten markiert wird. Von den Zeitgenossen zunächst unbemerkt, erscheinen diese Daten in der Retrospektive als bezeichnende Momente, welche die entscheidenden politischen Umformungen bestimmen und unausweichliche Langzeitfolgen bedingen. Im Oktober 1973 fand der Yom-Kippur-Krieg statt, in dem Israel nach anfänglichen Verlusten einen glänzenden Sieg über die ägyptischen bzw. syrischen Armeen und deren gemeinsamen Überraschungsangriff davontrug. Der Oktober 1973 wurde auch zum Schlüsseldatum im Projekt des europäischen Niedergangs, als Europa seine Lufträume und NATO-Basen für amerikanische Flugzeuge schloss, um in einer wichtigen Phase den Nachschub für Israel zu schwächen. Damit stellte sich Europa definitiv auf die Seite des Djihad der Arabischen Liga gegen den jüdischen Staat.

2. Die zentrale Rolle Israels in den islamisch-christlichen Beziehungen

Wer würde nicht überrascht sein angesichts der rücksichtslosen Entschlossenheit der arabischen bzw. muslimischen Länder, sich ein winziges Stück Land anzueignen, obwohl es mit keiner Stadt, keinem Dorf, keiner Siedlung im Koran oder in den Biographien Muhammads vorkommt, der sein ganzes Leben in Arabien verbracht hat? Mit Blick auf die immensen Gebiete, die über dreizehn Jahrhunderte der Expansion und des Krieges erobert und islamisiert wurden - wie alle Kriege begleitet von Völkermord, Massakern, Enteignung, Versklavung und Vertreibung der Unterworfenen - entsteht die Frage, warum die islamischen Länder weiterhin Pläne zur Zerstörung Israels schmieden.

In der Welt des Islam ist bestens bekannt, dass dem jüdischen Volk das Dhimmitum auferlegt ist - jener Status der Demütigung, Ausbeutung und Armut, der auf eigenem Territorium mit größter Grausamkeit betrieben wird und mit Sklaventum vergleichbar ist. Warum treibt der ungeheure Ölreichtum der Muslimländer eine Flut von Hass an, der die Menschlichkeit gegenüber einer derart kleinen Nation im Kern vergiftet? Was ist es, das Israel so erschreckend erscheinen lässt?

Israel besitzt die Bibel, das Buch, das Muhammad als unerschaffene Originalversion des Koran in Schöpfungseinheit mit Allah beansprucht, bevor die Juden und Christen es verfälscht haben. Die Geschichte der Juden, so der Koran, ist die Geschichte der Muslime vor Muhammad. Der Verkünder des Islam behauptete, dass die biblischen Gestalten muslimische Propheten waren, und dass es sich bei der Bibel - sowohl im Alten als auch Neuen Testament - um eine Verfälschung der Geschichte dieser biblischen Propheten handele, die als Muslime im Koran den Islam predigten. Dort erscheinen sie mit arabisierten Namen - Abraham, Moses, David, Jesus etc. - dies allerdings als dürftige, blutleere Figuren, die in Bruchstücken von Raum und Zeit dahinschweben und allenfalls Stoff für Propaganda-Predigten hergeben.

Das Verbrechen des israelischen Volkes besteht darin, einige Bücher kompiliert zu haben, die über mehrere Jahrhunderte entstanden sind und dabei die Wendungen beschreiben, welche die Geschichte, der Glaube, das Recht und der Geist der Juden nahmen - ein Werk also, das bereits ein Jahrtausend vor Entstehen des Koran fertig gestellt war und erst mit diesem von der muslimischen Orthodoxie als Verfälschung abgewertet werden konnte. Dieselben Vorwürfe werden gegen die vier Evangelien erhoben, hier indessen in Adaption an einen anderen Koran, angeblich geschrieben von Jesus selbst, der im Koran als *Isa* auftaucht und dort eine Rolle als großer muslimischer Prophet und Prediger spielt.

Wenn die Muslime die Juden und Christen als „Leute des Buches", also im Singular, bezeichnen, so führt sich dies auf die Identifikation beider Religionen mit einem Buch zurück, das im illiteraten Arabien des siebten Jahrhunderts ein Objekt von spezieller Bedeutung darstellte. Denn Juden und Christen, nun der Verfälschung des Islam schuldig, der einzigen wahren Religion, die durch ihre muslimischen Propheten gelehrt wird, sind in schmählichem Dhimmitum verdammt, ihre Halsstarrigkeit zu sühnen, bis sie heimkehren zum Islam, ihrer ersten und eigentlichen Religion. Islam bedeutet also wahres Judentum und wahres Christentum, er ist der erste und einzige monotheistische Glaube, verkündet zum Wohlergehen der gesamten Menschheit.

Stolz beanspruchen die Muslime, die Propheten, Jesus inklusive, zu achten und zu verehren, verschweigen allerdings, dass die Objekte ihrer Ver-

ehrung die koranischen Versionen sind, deren biblische Originale sie ablehnen. Obwohl diese Koranfiguren ohne Sach- und Zeitbezüge einen diffusen Raum durchwandern, behaupten die Muslime, dass sie in „Palästina" lebten, wobei sie auf jüdische und christliche Schriften zurückgreifen, die sie gleichwohl ebenfalls ablehnen. Daraus folgt, dass die biblische Geschichte eigentlich muslimische Geschichte ist, die von Juden und Christen usurpiert wurde. Und das Land, in dem dies stattfand - obwohl nicht existent und im Koran unerwähnt - ist muslimisches Land und die dortigen, heiligen Stätten der Juden und Christen sind allesamt muslimischen Ursprungs.

Obwohl die Bibel jede Region, Stadt und Dorfsiedlung mit großer historischer und zeitlicher Genauigkeit erwähnt, erscheint den Muslimen jegliche Judaisierung von Orten in Judäa, Samaria und Galiläa als Blasphemie. In destruktiver Wut verfolgen sie die Rückkehr der Geschichte, die sie als die eigene besetzen, wobei sie freilich nichts über sie wissen, weil Koran und Tradition nichts über sie berichten. Jede Bestätigung der biblischen Glaubwürdigkeit wird als Angriff auf die islamische Authentizität der Koranfiguren aufgefasst, die nur Abziehbilder der biblischen Vorlage sind. Indem Israel im Land seiner Geschichte, Städte und Dörfer existiert, erneuert es die Bibel, eben jenes Buch, das der Koran ersetzen muss. Entschlossen, diese Geschichte zu vernichten und eine islamisierte Vergangenheit herzustellen, konstruieren die Muslime - mit Hilfe ihrer europäischen Nützlinge - arabisierende Legenden der biblischen Geschichte, zu der eine fiktive, frühchristliche Zeit gehört.

Dies alles bildet die Grundlage für den Kampf gegen Israel. Hinsichtlich der Christen lehrt der Islam, dass sie einst in die Irre gingen, indem sie glaubten, in der Nachfolge der Hebräischen Bibel zu stehen, wo doch ihr wahrer Ursprung der Islam ist - mit Isa, dem muslimischen Jesus in Koran und Sunna. Christen, die Isa verraten, indem sie seine koranische Botschaft zurückweisen und das Konzept der Trinität erfinden, gelten als ebenso diabolisch wie die Juden. Jesus gehört zum Islam, nicht zum Judentum, ebenso gehört das Christentum zur Welt der Muslime. Diese Muslim-Christen-Beziehung treibt einen gewaltsamen, hasserfüllten Keil in die Begrifflichkeit des „Jüdisch-Christlichen", die das Christentum an den Juden Jesus in den Evangelien und in der Bibel bindet - „geboren in Bethlehem in Judäa". Jesus, so insistieren die Muslime gleichwohl, gehört zum Koran und damit zu ihnen.

Diese Doktrin formiert sich zu einer Politik der Provokation und des Hasses zwischen den Leuten der Bibel selbst. Indem man Israel und seine Menschen beseitigt, könnte der Islam die Bibel eliminieren und die Christen zu ihrem islamischen Ursprung zurückführen. Denn der Abbau der jüdischen Wurzeln im Christentum erleichtert ihren Ersatz durch die Islamisie-

rung. Dies fördert wiederum die Anstrengungen der orientalischen Kirchen, im Westen eine christliche, von ihren jüdischen Elementen befreite Lehre zu propagieren. Seit Beginn der 1970er Jahre breitet sich ein krypto-islamisches Christentum aus, das unter dem Einfluss der „Palästinensischen Befreiungstheologie" steht und lebhafte Aufnahme in Europa findet. Je weiter die Trennung zwischen Christen- und Judentum fortschreitet, desto offener wird der Weg zur Islamisierung durch die Verähnlichung von Jesus mit Isa, dem muslimisch-palästinensischen Propheten, wie ihn Arafat 1983 bei den Vereinten Nationen beschwor.[8] Der gemeinsame Kampf der arabischen und palästinisierten Kirchen in Europa gegen das biblisch und jüdisch fundierte Christentum trieb den fieberhaften EU-Hass auf Amerika und George W. Bush an. Er wagte es, sich zu einem natürlichen, „zionistischen" Bibelglauben zu bekennen, eine Horroridee für Europa und seine Kirchen, die sich ihrerseits mit Palästinismus, einer Art palästinafixiertem Fetischglauben betäuben und somit selbst schwächen.

Die Politik der Entjudaisierung des Christentums ist nicht neu. Auf der Basis von Vorurteilen und Nichtwissen über das Judentum erfuhr sie einen starken Schub im Nationalsozialismus (dort als „Entjudung" - der Übers.). Sie diente als Bindekraft einerseits zwischen Nazis und den Antisemiten in Europa sowie andererseits zu deren antijüdischen Verbündeten in der muslimischen Welt - einschließlich der arabischen Kirchen und christlichen Araber, insbesondere der Palästinenser. Europa hat inzwischen seinen feierlichen Eid „niemals wieder" in Bezug auf die methodische Auslöschung der Juden auf seinem Gebiet gebrochen und sein gesamtes Gewicht für den Palästinismus sowie den Wiederaufbau der Nazi-Netzwerke und ihrer Euro- und Arabo-Kollaborateure in die Waagschale geworfen. Seit 1973 entstand daraus eine Propaganda, die sowohl Israel politisch als auch das Christentum theologisch delegitimiert. Zugleich wird der palästinensische Terror gerechtfertigt, dessen Djihadlogik jeden Nichtmuslim, der sich verteidigen will, zum Aggressor stempelt. Getrieben vom Hass auf Israel, folgen zudem europäische Kirchen ihren arabischen Partnern, befreien Jesus von seinen jüdischen und biblischen Wurzeln und damit auch sich selbst, um ihre Glaubenskultur und Zivilisation islamisieren zu können. Die aktivsten Protagonisten der krypto-islamischen Palästina-Theologie sind heute zwei christliche Theologen, der Brite Stephen Sizer und der Araber Na'im Atiq.

Über die letzten vierzig Jahre haben die Europäer die Israelis als „Kolonisatoren" und „Besatzer" bezeichnet, obwohl ihr Christentum theologisch lehrt, dass das israelische Stammland auch das „Heilige Land" ist. Darüber hinaus zwingen sie Israel, manipuliert durch die EU-OIC-Netzwerke, in einen „Friedensprozess", der eher ein Vorhof zum Tode ist, einer Vernich-

[8] *Bat Ye'or,* Islam and Dhimmitude, 319.

tung nämlich, die man in Europa immerhin schon einmal in Gang gesetzt hat. Es könnte so scheinen, als hätten Euro-Kommunismus und Euro-Nazismus die Kontrolle über Europa zurückgewonnen. Indem sie Loblieder der Brüderlichkeit nach dem Takt des mediterranen Orients sangen sowie Amerika und Israel als schurkenhafte Friedensfeinde zeichneten, öffneten die EU-Führer den Djihad-Protagonisten ihre Tore und verpflichten sich dabei zu Gehorsam, weil sie den Konflikt mit ihnen fürchten.

Darin lässt sich die Erneuerung der alten Allianzen zwischen Hitler, Mussolini und der arabischen Welt erkennen, die heute zusätzlich gefestigt wird von der neuen Liebe zu den Palästinensern und dem alten Hass auf die Juden. Allerdings lehnen die meisten Europäer diese „eurabische" Politik ab. Nachfolgend wird der Versuch unternommen, Ursprung und Ursachen des europäischen Verfalls darzustellen.

3. Von Europa nach Eurabia

Wer könnte die Vorteile der europäischen Einigung bestreiten? Das Verschwinden des Krieges, die erleichterte Reisefreiheit, die Entdeckung der reichen Kulturvielfalt Europas regt zu Bewunderung und mithin zum Lernen an. Die europäische Integration mit der Versöhnung zwischen den Nationen brachte ökonomische Vorteile sowie eine breite Palette des Fortschritts, der eine neue Ära des Friedens einläutete. Alte Animositäten wichen Respekt, Freundschaft und Solidarität zwischen den früheren Feinden. Zahlreiche Programme bieten der jungen Generation die Chance zu reisen, in den verschiedenen Ländern Europas zu studieren und den Horizont ihrer Kenntnisse und Kontakte zu erweitern. Nach vielen Jahren ist Europa nun eins, vereint, aber zugleich auch vielfältig.

Die großartigen Errungenschaften der europäischen Integration sind unbestreitbar, und doch ist der Kontinent nun ins Wanken geraten, seine Zukunft scheint einem ungewissen Schicksal ausgeliefert. Entsetzt stellen junge Intellektuelle und Politiker fest, dass das Europa der Aufklärung, der Menschenrechte und Freiheit, das Europa, für das so viele berühmte und anonyme Helden ihr Leben geopfert haben, langsam ausgelöscht wird und sich auflöst in einer totalitären Europäischen Union. Diese wird von einem allmächtigen Zentralorgan regiert, allgegenwärtig in den Medien und in jedem Kultursektor, eine Art Schmelztiegel mit ansteckendem Antisemitismus und Anti-Amerikanismus, bis hin zur Wahl des Barack Hussein Obama. Einheitliches Denken im Stechschritt und politische Korrektheit ersticken die hart erarbeitete Meinungsfreiheit, während ein staatlicher Lehrplan in Schulen und Universitäten bei Tabuthemen die Wahrheit durch Lüge ersetzt und die Vernunft verfälscht.

Eine wachsende Zahl von Menschen lehnt dieses Europa ab, wobei sich hier und dort Widerstandsnester formieren. Die herrschende Klasse, die die Europäer der Hirnwäsche unterzieht und ihre Steuern dazu nutzt, sie durch ein hegemoniales Zensursystem zu verdrängen, erscheint nun eher als Unterdrückungs- denn als Schutzmacht. Kurz, es vollzieht sich ein Zusammenbruch des Vertrauens zwischen den Regierten und den über sie herrschenden, gesichtslosen, globalistischen Bürokraten. Während sie in anonymen Kreisen vernetzter Seilschaften ihre Fäden zieht, diktiert diese Bürokratie ihre Handlungsanweisungen, ihrerseits unter dem Zwang äußerer Mächte, die mit Terrorismus und Drohungen wirtschaftlicher Vergeltung innerhalb und außerhalb Europas die Kontrolle ausüben.

Im Dezember 2002 wurde im Internet ein Artikel unter dem Titel „The Euro-Arab Dialogue and the Birth of Eurabia" in mehreren Sprachen verbreitet. Zunächst veröffentlicht in einer seriösen jüdischen Zeitschrift in Paris und verfasst von einem der Öffentlichkeit unbekannten Autor (bzw. Autorin - d. Übers.), stellte der Artikel die EU-Arabienpolitik mit dem „Euro-Arabischen Dialog" in einen präzisen, strategisch koordinierten Rahmen.[9] Als Ergebnis von Vereinbarungen, die von 1973 bis 1975 zwischen den neun EG-Regierungen und den Staaten der Arabischen Liga getroffen wurden, umriss dieser Rahmen eine halboffizielle, semigeheime Politik, die fortan die Transformation Europas antreiben sollte.

Zwei Jahre später analysierte die Autorin in einem in den USA publizierten Buch den strukturellen Aufbau von Eurabia.[10] Dem wurde eine beträchtliche Dokumentation zugrunde gelegt, um zu zeigen, wie sich die islamische Zuwanderung in den ideologischen Umgang Europas mit Politik, Wirtschaft und Sicherheit einpasst und eine euro-arabisch inspirierte Zivilisation (Eurabia) anstrebt, die durch ein Programm koordinierter Maßnahmen verwirklicht werden soll. Diese Untersuchung widerlegte den allgemeinen Glauben, dass die Immigration aus arabischen Ländern als zufälliges Phänomen entstand, indem ein reuiges, angesichts des Holocaust von Schuld geschütteltes Europa nun den Mühseligen und Beladenen seine Tore wohltätig öffnete. Mit dem Impetus dieses moralischen Klischees betrieben die EU-Führer" eine Kampagne, in der sie die weniger überzeugten Euro-

[9] *Bat Ye'or,* „Le dialogue Euro-Arabe et la naissance d'Eurabia", Observatoire du monde juif, Bulletin no. 4/5, Dezember 2002, 44-55. Übersetzt ins Englische als „The Euro-Arab Dialogue and the Birth of Eurabia" auf www.dhimmitude.org/d_today_eurabia-html (Zugriff 19. September 2010).

[10] *Bat Ye'or,* Eurabia. veröffentlicht in Englisch (2005), Französisch (2006), Italienisch (2007), Holländisch (2007) und Hebräisch (2008).

[11] Im Jahre 1967 wurden Körperschaften der sechs Gründungsmitglieder der 1950er Jahre - Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomenergie-Gemeinschaft (EURA-

päer beschuldigten, denselben Rassismus gegen Millionen muslimischer Immigranten zu hegen, der einst zur Auslöschung der europäischen Judenheit geführt hatte.

Allerdings gibt es keinerlei Ähnlichkeiten zwischen dem Völkermord an den Juden 1940-1945 und der massenhaften Zuwanderung der Muslime nach Europa seit den 1970er Jahren. Eurabia wuchs aus einer euro-arabischen Allianz gegen Israel, die sich durch die europäische Unterstützung für die arabische Politik zur Beseitigung des Judenstaats ständig weiter festigte. Daraus entstand eine judenfeindliche Politik und Kultur, bestätigt durch antisemitische Anschläge, die von palästinensischen Terroristen in Europa mit dem Wissen europäischer Polizeikräfte und Geheimdienste verübt wurden - dies zu einer Zeit, als ein früherer SS-Offizier Präsident der Interpol war.[12] Die damit verbundene Propaganda, die den Hass auf Israel weiter schüren sollte, wurde besonders bösartig unter Kommissionspräsident Romano Prodi (1999-2004) und Chris Patten, seinerzeit EU-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten.

Indem sich Eurabia immer klarer als ideologisches Produkt des EU-Ministerrats[n] entpuppte, das die Gremien der Kommission in die Praxis umsetzten, wurde es auch für deren Gegner leichter, ihre politische Analyse und alternative Kampfstrategie zu verbessern. Wer leitete eigentlich das eurabische Projekt? Wie wurde es faktisch durchgeführt? Das Problem weitete sich zum innereuropäischen Konflikt aus, der sich auf den Sinn der Europäischen Union richtete, ihre Identität, ihre Einrichtungen und ihre Zukunft an sich. Eurabia umgreift eine Ideologie, die mehrere Planmuster instrumentalisiert, um ihre Ziele zu erreichen. Es sind strategische, politische und kulturelle Instrumente, die auf den Ersatz der Nationalstaaten durch die Ordnung einer Weltregierung hinwirken, vertreten durch internationale Körperschaften. Dieses Konzept basiert auf Multilateralismus, einer Politik der Beschönigung und Konzession, die sich zwischen vielen Staaten mit unterschiedlichen Interessen vollzieht.

TOM) unter der Leitung der Europäischen Kommission zu den Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst, die in den 1980er Jahren graduell als *die Europäische Gemeinschaft* (European Community) firmierte. Durch den Maastricht-Vertrag von 1993 entstand daraus schließlich die Europäische Union (EU), die derzeit aus 27 Staaten besteht. In der EU-Literatur gibt es eine Tendenz zur Verdrängung, indem man sich auf frühere Formen mit aktuellen Begriffen bezieht, zum Beispiel in Bezug auf die Periode 1945-1959: „Die Europäische Union (sie) wird mit dem Ziel errichtet, die häufigen und blutigen Kriege zwischen Nachbarn zu beenden" (s-europa.eu/abc/history/index_en.htm, Zugriff 19. September 2010 - Hier bezieht sich „EC" auf das Prä-Maastricht-Europa).

[12] Siehe den Abschnitt über „Terrorismus und Europas mediterrane Politik".

[13] Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs, zuzüglich des Kommissionspräsidenten.

4. Eurabias Ursprung

Die strafrechtlich folgenlose Geheimhaltung, von der die Verhandlungen des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) umgeben sind, und die Dürftigkeit der einschlägigen Publikationen erschweren Untersuchungen darüber, wie sich die eurabische Bewegung eigentlich entwickelt hat. Das Ausmaß ihrer Präsenz in den diversen politischen Parteien der EG/EU und innerhalb der Kirchen bleibt einigermaßen obskur. Nichtsdestoweniger ist es eben diese Bewegung, die den Strukturwandel Europas bewerkstelligt und den Charakter des Kontinents unumkehrbar verändert hat. Unter französischer Ägide zählte dieser Trend zu seinen Akteuren bekannte Offizielle, Intellektuelle und Minister, die wie z.B. Maurice Papon zum Dunstkreis des Marschall Pétain gehörten.

In den 1960er Jahren alimentierten Regierungskreise und die katholische Linke in Frankreich zahlreiche pro-palästinensische Demonstrationen in Europa, Libanon und Kairo.[14] Diese Initiativen reaktivierten solche euro-arabischen Strömungen, speziell palästinensische, die schon seit den 1930er Jahren die konkrete Kollaboration zwischen den Nazi- und Faschistenregimen in Europa sowie den religiösen und politischen Führern im arabischen Raum begünstigt hatten. Deren Aktivismus führte sich auf die Wirkung des Islam selbst zurück, die sich die Achsenmächte im Kampf gegen die Sowjetunion zunutze machten.

Im Jahre 1941 wurde der Nazi-Chefideologe Alfred Rosenberg zum Reichsminister der besetzten Ostgebiete ernannt. Sein Kollege Gerhard von Mende, Direktor des Ministeriums für diese Territorien (*Ostministerium),* entwickelte sich zum Architekten der Kollaboration zwischen der Wehrmacht und den Bataillonen, die man mit muslimischen Deserteuren aus dem sowjetischen Turkestan bildete. Diese Aktivitäten ließen sich abstützen durch Hitlers Agenten Amin al-Husseini, den Großmufti von Jerusalem. Er war der politreligiöse Führer der palästinensischen Araber während der britischen Mandatszeit, der Zuflucht in Berlin suchte, nachdem sein pronazistischer Aufstand im Irak gescheitert war, der seinerseits im Juni 1941 in einem Pogrom gegen die Juden *(farhud)* endete. Al-Husseini arbeitete von Mende zu, indem er die muslimischen SS-Söldner aus dem balkanischen, asiatischen und arabischen Raum nach den Glaubensregeln der Muslimbruderschaft konditionierte. Mit etwa 250.000 Mann diente die Muslim-SS als Hilfstruppe in Polen, Jugoslawien und in den Todeslagern des Holocaust. Abgesandte des Ostministeriums nahmen auch an der Wannsee-Konferenz teil, in der die *Endlösung* beschlossen wurde.[15]

[14] *Bat Ye'or,* Eurabia, 41^46.

Weiterhin mit von Mendes Hilfe, formierten sich nach dem Krieg Muslimsöldner sowie Ex-Wehrmacht- und SS-Offiziere in Hamburg und München neu. Als naturalisierte Türken erlangten sie Studentenstatus und wurden während der 1950er Jahre von diversen Abteilungen der CIA für den Einsatz gegen die Sowjetunion rekrutiert. Von Mende unterhielt immer noch Kontakte zum Mufti, den Muslimbrüdern und Nazikriminellen, die Unterschlupf in arabischen Ländern gefunden hatten. Es sind diese gewachsenen Beziehungen zwischen europäischen Gehilfen des Dritten Reichs und ihren arabischen Netzwerken, die nach dem Krieg den Fundus für die pro-arabischen Gruppierungen gegen Amerika und Israel bildeten. Nachdem Said Ramadan, Schwiegersohn des MB-Gründers Hassan al-Banna, 1954 aus Ägypten geflohen war, gelang es ihm mit CIA-Hilfe, die Münchner Moschee unter seine Kontrolle zu bringen und zum MB-Zentrum für ganz Europa zu machen. Auf dieser Basis entwickelte er ein europäisches Netzwerk islamischer Zentren und Gemeinden, das dann - mit der Unterstützung und Propaganda europäischer Ex-Nazis - den erneuten Kampf gegen Israel in Gang setzte. Ian Johnson zufolge „war München der Brückenkopf, von dem sich die Bruderschaft über die gesamte westliche Gesellschaft ausbreitete".[16]

Der Prozess der Entnazifizierung in der Bundesrepublik, das Schuldbekenntnis zur Shoah, die Zurückweisung des Antisemitismus und die Unterstützung Israels, besonders betont während der Kanzlerschaft Willy Brandts (1969-1974), eines anerkannten Opfers und Gegners des Naziregimes, öffneten insgesamt den Weg zu einer israelisch-deutschen Versöhnung. Gleichwohl waren auch nach dem Krieg, in Deutschland wie im Rest Europas, speziell in den kommunistisch beherrschten Ländern, frühere Nazis und ihre Nachfolger in diversen Ministerien tätig. Einige von ihnen stiegen zu höchsten Staatsämtern auf: Kanzler Georg Kiesinger, früheres Mitglied der Nazipartei, Theodor Oberländer, ehemals Minister für Flüchtlingsfragen und Agitator bei Pogromen, Hans Globke, Staatssekretär und Graue Eminenz im Bundeskanzleramt Konrad Adenauers (1953-1963) sowie Ko-Autor der Nürnberger Rassengesetze, Walter Hallstein, während der Nazizeit Jura-Professor und Offizier der Wehrmacht, der zum Architekten der Europäischen Gemeinschaft und zum ersten Präsidenten der Kommission (1958-1967) aufstieg.

[13] *Ian Johnson,* A Mosque in Munich, Nazis, the CIA, and the Rise of the Muslim Brotherhood in the West (New York 2010). Meine gesamte Information zu dieser Thematik ist diesem innovativen und äußerst sorgfältig dokumentierten Buch entnommen. Die Hamburger Moschee, die die 9/11-Hijacker beherbergte, wurde im August 2010 geschlossen, weil sie weiterhin eine Quelle gewaltsamer Indoktrination geblieben war.

[16] *Johnson,* A Mosque in Munich, XVI.

Die tief verwurzelte Solidarität zwischen europäischen Anhängern der Nazi-Ideologie und ihren arabischen Seilschaften setzte sich also nach dem Krieg in einer gemeinsamen Kollaboration gegen Amerika und die Juden fort, die sich ab den 1960er Jahren unter französischer Ägide verstärkte. Der Quai d'Orsay engagierte sich im Aufbau einer gemeinsamen EG-Außenpolitik, die sich solidarisch mit der PLO Yassir Arafats* verband und die „Zweite Internationale Konferenz zur Unterstützung der arabischen Völker" in Kairo (25.-28. Januar 1969) veranstaltete.[17] Am 22. November 1970 hielt Georges Montaron, Herausgeber des französischen Wochenmagazins *Témoignage Chrétien* (Christliches Zeugnis - d. Übers.) vor dicht gedrängter Zuhörerschaft einen Vortrag über „Die arabische V/elt und die westliche Meinung". Er beklagte Europas Ignoranz in Bezug auf die arabische Welt, die er der Effizienz der zionistischen Propaganda zuschrieb: „Der Zionismus kann sich alles zunutze machen. Er befehligt eine Armee von Propagandisten des rabbinischen Judaismus, der sich mit der israelischen Politik identifiziert, so dass die Mehrheit der französischen Juden eine Doppelrolle als authentische Zionisten spielt. Wenn Sie es fertig bringen, dass authentische Franzosen oder Engländer auch authentische Ostaraber sind, wie groß muss dann Ihr Einfluss sein!".[18]

Wie erwähnt, suchte der Quai d'Orsay die Kooperation mit der 1964 gegründeten PLO-Bewegung. Man bemühte sich um Einbindung der Euro-Staaten in diese Allianz, die - als Gegenkraft der US-Politik - zum Angelpunkt der EG-Außenpolitik im Mittelmeergebiet werden sollte. Wie es hieß, würde das französische Projekt zudem durch den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft (1973) gestärkt. Nach unveröffentlichten

[17] *Bat Ye'or,* Eurabia, 44. Nachdem Israel den Sechstagekrieg im Juni 1967 gegen seine Nachbarn Ägypten, Syrien und Jordanien gewonnen hatte, setzte de Gaulle, verärgert über diesen Sieg, eine ungehemmt arabophile Politik in Gang.

[18] Bulletin de la Ligue Arabe. Centre d'Informations Arabes, Genf ohne Datum.

* Anm. d. Üb.: Yassir Arafat (gest. 2005) muss als Schlüsselfigur des euro-islamischen Totalitarismus bzw. *Muftismus* bezeichnet werden. Im Kampf gegen die Juden und Israel war er Zögling des Jerusalemer Großmufti, Hitler-Gehilfen und Muslimbruders Amin al-Husayni, Drahtzieher im Krieg gegen Israel 1948 sowie Gründer der Terrorgruppen Al-Fatah (1958) und PLO (1964), deren Anschläge die Euro-Eliten auf den proislamischen Kurs des Dhimmitums (Bat Ye'or) brachten. Diese Aktivitäten trugen ihm 1974 die singulare Ehrung ein, bewaffnet zur Vollversammlung der UNO zu sprechen und vom höchsten Gremium des Weltfriedens zum „Oberhaupt der palästinensischen Nation" bestellt zu werden. Er half, 1988 die Terrorkräfte der Muslimbruderschaft in der Hamas zu bündeln und mit dem Modell Palästina die Subversion durch wuchernde Netzwerke zu verstärken, von denen auch die irangesteuerte Hizbullah im Libanon profitierte. Indem die Zermürbung Israels und der westlichen Institutionen weiter voranschreitet, führt die Nachfolgeorganisation des rotbraunen EU-Muftismus Arafats Programm fort und Europa möglicherweise in den *Dritten Totalitarismus* (s.o. S. XII f.).

Quellen der euro-arabischen Dialoginitiative[19] trugen sich die britischen bzw. französischen Parlamentarier Christopher Mayhew und Raymond Offroy mit dem Gedanken, eine einschlägige Assoziation zu gründen. Deren Auftrag bestand in der Vereinigung solcher europäischer Kollegen, die sich für die Verbesserung der Beziehungen Europas zur arabischen Welt einsetzten. Die beiden Männer trafen sich im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Ministerrats, der sie ihre gemeinsame Vision vorstellten. Der Start ihrer Initiative fiel zeitlich mit der Brüsseler EG-Erklärung zusammen (6. November 1973), die erstmals die Rechte der Palästinenser, eines neu erfundenen Volkes, anerkannte und Israel aufforderte, zu den Waffenstillstandslinien von 1949 zurückzukehren. Somit hatte Frankreich Erfolg bei der Einigung einer anti-israelischen EG-Politik als Vollstreckerin judenfeindlicher Politik. Mit der neuen EG-Unterstützung organisierten Mayhew und Offroy eine Konferenz in Paris (23-25. März), an der 33 Parlamentarier aus sieben Ländern teilnahmen (Westdeutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland). Dieses Treffen bildet den Ursprung der Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation (PAEAC) und der politischen Prozesse, die zum Eurabia-Konzept führten.

Robert Swann, Generalsekretär der PAEAC und früherer Foreign-Office-Diplomat, war auch als Generalsekretär der Amnesty International tätig gewesen. Die Mittel für die PAEAC kamen von der ANAF, einer Schweizerischen Stiftung, die 1969 gegründet und von einem aus politischen Persönlichkeiten Europas gebildeten Verwaltungsrat geführt wurde.[20] Diese Mittel waren wiederum arabischer, speziell palästinensischer Herkunft, wobei auch europäische Parlamente ihre Beiträge leisteten. PAEAC profitierte von der Finanzhilfe sowie von der Unterstützung durch die Kommission und deren Netzwerke, wobei auch der Ministerrat mitwirkte. Eine Überprüfung der Mitglieder dieser Assoziation würde auch Informationen über das Ausmaß ihres Einflusses auf die diversen Parteien zutage fördern.

Diese Politik blieb keineswegs begrenzt auf jene pro-arabische Bewegung, die Präsident Charles de Gaulle nach dem Sechstagekrieg im Juni

[19] Titel des Dokuments: 1974—1994 Association Parlamentaire pour la Coopération Euro-Arabe - als Teil der Archive der Assoziation wurde es der Autorin auf Veranlassung einer Person verfügbar gemacht. 1994 wurde die Assoziation in Brüssel innerhalb der Organisation Medea neu positioniert, unterstützt und finanziert durch die Europäische Gemeinschaft (s. deren Website).

[20] Im Jahre 1958 gründete der Schweizer Nazi François Genoud die Commercial Arab Bank in Genf, welche die geschäftlichen Aktivitäten deutscher Nazis, der Führer der FLN, der Algerischen Nationalen Befreiungsfront, und von dieser unterstützter, palästinensischer Terroristen betreute. Genoud, der Hitler und die Kriegsverbrecher bewunderte, speziell diejenigen, die den Völkermord an den Juden durchführten, widmete nach dem Krieg sein Leben der Unterstützung palästinensischer Terroristen (s. *Pierre Péan*, L'Extremiste, François Genoud, de Hitler à Carlos - Paris 1996).

1967 ins Leben gerufen hatte. Ihr Spektrum weitete sich zu einer gänzlich neuen Politik aus, die de Gaulle höchstwahrscheinlich nicht mitgetragen hätte, denn sie führte eine Strategie ein, die Europa den Zielen der OIC öffnete und das Eurabia-Profil vorzeichnete.

Die Mitglieder der PAEAC gehörten sowohl den Parlamenten der EG-Staaten als auch solchen außerhalb der Europäischen Gemeinschaft an. Während die Assoziation eine Abteilung im Europäischen Parlament unterhielt, trat ihr Exekutivkomitee zweimal jährlich in einer europäischen Stadt zusammen. Als Delegierte der wesentlichen Parteien in den EG-Staaten wählten die Komitee-Mitglieder die zwei Ko-Präsidenten und Vizepräsidenten der Assoziation für jeweils eine zweijährige Amtsperiode. In diesem Kontext bildet der Euro-Arabische Dialog (EAD) einen Ableger der PAEAC.

EAD war ein Gründungsgremium für Eurabia, entging allerdings der üblichen Rechts-Links-Klassifizierung und vereinte - wie auch ihre PAEAC-Mutterzelle - die Parlamentarier aller gewählten, politischen Parteien der Gemeinschaft. Als das zentrale Organ vermittelte die PAEAC die Kanäle, über welche die arabischen Interessen in die europäischen Parlamente kommuniziert wurden. Dabei stützte man sich auf arabische Berater christlicher Herkunft, Repräsentanten des Dhimmitums, die das Vertrauen ihrer Herren, der muslimischen Diktatoren, genossen und für deren antizionistische Politik zugunsten der islamischen Expansion in Europa warben.

Christen im Irak und Libanon, in Syrien und Palästina, dazu viele christliche PLO-Angehörige, bemühten sich um Europas Annäherung an die arabische Welt, in der Hoffnung, mit der Beseitigung des Judenstaates die Bedrohung der christlichen Existenz im orientalischen Ursprungsgebiet abzuwenden. Während sie Lobredner und zugleich Opfer der islamischen „Großartigkeit und Toleranz" sind, schalteten diese Arabochristen von Nazismus auf Kommunismus um, wurden zum wesentlichen Werkzeug der euro-arabischen Allianz und leisteten somit einen erheblichen Beitrag zur Umwandlung Europas in Eurabia.

Dieser Aktivismus knüpfte an jenem Netz der Kollaboration weiter, das zwischen den Nazis und Faschisten Europas sowie deren arabo-christlichen und muslimischen Unterstützern seit der Zeit von 1920 bis 1945 bestanden hatte, wobei es deren Synergien und Sympathien weiter vertiefte und modernisierte. Schon seit den 1970er Jahren belebten die Akteure diese Plattform mit der neuen Struktur der PAEAC, die für die Angleichung der - speziell anti-israelischen - Politstandards von EG und Arabischer Liga in diversen Anwendungsgebieten verantwortlich wurde.[21]

[21] Zwei französische Bücher enthalten detaillierte Analysen der Nachkriegsverbindungen zwischen europäischen Ex-Nazis und arabischen Führern sowie deren Fi-

Niemand hat mehr dafür getan, das grundsätzliche Verständnis des Islam im Westen zu zerstören, als Edward Said, ein Christ ägyptischer Herkunft, der als aktives Mitglied der PLO mit einer gefälschten, palästinensischen Identität arbeitete. Said verbreitete eine rassistische Theorie, die das Recht, über die Geschichte und Kultur des Islam zu schreiben, allein auf Muslime beschränkte.[22] Dieses christliche Dhimmi-Engagement, das sich durch einen intensiven, in Europa positiv aufgenommenen Antisemitismus verstärkte, etablierte die kulturellen und psychologischen Aspekte des Dhimmitums. Dies spielte eine dominante Rolle bei den demographischen und religiösen Veränderungen sowie der Islamisierung der politischen Trends in Europa.

Die PAEAC, die 1974 als Antwort auf den palästinensischen Terrorismus und den Ölboykott der Arabischen Liga nach dem Yom-Kippur-Krieg ins Leben gerufen wurde, gab Europa sozusagen die zentrale Eurabia-Injektion. Den Programmen gegen Israel und Amerika fügte die Assoziation effektiv ein neues Element hinzu, das sich mit der Innenpolitik der Europäischen Gemeinschaft verband: die Förderung einer breiten, muslimischen Immigration, der dieselben sozialen, politischen und nationalen Rechte eingeräumt wurden wie den indigenen Bevölkerungen. Diese politischen Initiativen entsprachen den Forderungen der arabischen Länder und ihren permanenten Ansprüchen in Bezug auf die Verbreitung des Islam und der arabischen Sprache in Europa, eine Konsequenz, die sich aus dem integrationistischen Projekt einer Annäherung der beiden (okzidentalen bzw. orientalischen - d. Übers.) Küsten des Mittelmeers (Eurabia) ergab.[23]

Die PAEAC, die nun 650 Parlamentarier umfasste, brauchte fortan einen neuen Mechanismus der sozialen Kohärenz, d.h. einen konzeptuellen Multikulturalismus. Um die gemeinsame euro-arabische Politik zu verwirklichen, hatte man 1974 die PAEAC und die AIPU (Arab Inter-parliamentary Union) gleichzeitig gegründet[24] Der AlPU-Website zufolge ging es bei die-

nanzierung von palästinensischen Terroristen durch den Schweizer Bankier François Genoud. Siehe *Karl Laske,* Le banquier noir: François Genoud (Paris 1996) und *Pierre Péan,* L'Extrémiste, François Genoud: de Hitler à Carlos (Paris: Fayard 1996). Siehe auch *Klaus-Michael Mallmann/Martin Cüppers,* Nazi Palestine, The Plans for the Extermination of the Jews in Palestine (New York: Enigma Books 2010), s.a in Deutsch die kürzlichen Veröffentlichungen von Klaus Gensicke und Gerhard Hopp.

[22] *Edward Said,* Orientalism, London 1978 - Zwei neuere Bücher untersuchen Edward Saids Werk: *Ibn Warraq,* Defending the West, A Critique of Edward Said's Orienalism, Amherst N.Y. 2007 und *Michael Curtis* (Hrsg.), Orientalism and Islam, Cambridge University Press 2009.

[23] Protokolle der entsprechenden Konferenzen sind enthalten in den Documents d'Actualité Internationale, Ministère des Affaires Etrangères, Paris. Eine umfangreichere Bibliographie findet sich bei *Bat Ye'or,* Eurabia, und seit 1994 bei www. medea.be.

ser Vereinigung „parallel zum ebenfalls 1974 beginnenden euro-arabischen Regierungsdialog" um eine Nachbildung ihrer Euro-Schwesterorganisation PAEAC, die im selben Jahr mit dem Ziel entstand, die totale Kooperation zwischen den arabischen Staaten und Westeuropa voranzutreiben. AIPU gelang es, gute Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats (47 Mitgliedstaaten) und zum EG-Ministerrat zu entwickeln. Ihre Website erklärt zudem, dass Konferenzen euro-arabischer Parlamentarier sich mit politischen, ökonomischen und kulturellen Angelegenheiten befassen, um die Zusammenarbeit zwischen arabischen und europäischen Staaten nachhaltig zu verstärken. Die stetige und unumkehrbare Entwicklung eines solchen Europa im 21. Jahrhundert verdankt sich dem Bemühen der EU um die politische Konvergenz, die man Multikulturalismus nennt, im innen- und außenpolitischen Bereich, deren Kenntnis man aber ihren Bevölkerungen über die letzten 40 Jahre vorenthalten hat.

5. Das Kernproblem

Es lässt sich behaupten, dass das Europa der Gegenwart ein Ergebnis von Entscheidungen ist, die im Oktober 1973 als Reaktion auf den PLO-Terrorismus und den OPEC-Ölboykott gegen israelfreundliche Länder getroffen wurden. Diese beiden Angelpunkte änderten Europas Kurs, indem sie die politischen Alternativen neu bestimmten, deren Konsequenzen heute bewertbar werden. Vor dem ägyptisch-syrischen Krieg gegen Israel im Jahre 1973 hatte die Europäische Gemeinschaft keine kohärente Politik gegenüber Israel bzw. dem israelisch-arabischen Konflikt - sie hatte noch nicht einmal eine gemeinsame Außenpolitik.

Trotz der rastlosen Bemühungen Frankreichs und Deutschlands um eine gemeinsame Politik zum Israel-Arabien-Konflikt, die den Wünschen der arabischen und palästinensischen Verbündeten entsprach, gab es EG-Mitgliedsstaaten, die sich der französischen Position als zu einseitig pro-arabisch verweigerten. Dagegen weckten wiederholte palästinensische, von Flugzeugentführungen begleitete Terroranschläge auf europäischem Boden das Djihadgespenst zu neuem Leben, das (fast) ganz Europa (nahezu - d. Übers.) vierzehn Jahrhunderte lang unter Druck gesetzt hatte. Die Führer Europas der Neun (Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Nie-

[24] Arab Interparliamentary Union (UIPA), Arab Inter-parliamentary Union-News, auf www.arab-ipu.org/englsh (Zugriff 19. September 2010): „Die Arabische Interparlamentarische Union (AIPU) ist eine arabische, parlamentarische Organisation, die sich aus den Abordnungen arabischer Parlamente zusammensetzt. Sie entstand im Gefolge des Oktoberkrieges von 1974 als ein Ergebnis arabischer Solidarität und Zusammenarbeit, das die arabische Kooperation durch politische, berufsorientierte und sonstige Institutionen anregte".

derlande, Dänemark, Italien, Großbritannien, Irland) schlossen daher Bündnisse mit den Staaten der Arabischen Liga über folgende Gesichtspunkte:[25]

1. Die Europäische Gemeinschaft (EG) anerkannte die PLO und erklärte sich zur Unterstützung Arafats bereit. Diese Politik war der Anlass für Europa, auch die Ideologie des Djihad politisch zu legitimieren und den Primat Palästinas über Israel festzuschreiben. Mit der Unterstützung der PLO, deren Manifest die Existenz Israels ablehnte, stellte die EG das Recht des jüdischen Volkes in Frage, frei und souverän auf eigenem Gebiet zu leben. Dagegen sicherte die Gemeinschaft dasselbe Recht einer arabischen Bevölkerung zu, die bis 1967 weder die jordanische Regierung, noch die ägyptische Kontrolle in Gaza beunruhigt hatte. Damit schuf sie Bedingungen für einen Dauerkonflikt, der es ihr ermöglichte, permanent als Alliierte und Schutzmacht der Palästinenser zu intervenieren.

2. Gleichzeitig schwenkte die EG auf die Politik des arabischen Blocks ein, die als Bedingung für die euro-arabischen Annäherung eine feindselige Haltung oder zumindest Abkühlung der transatlantischen Beziehungen zwischen der EG und Amerika verlangte.

3. Darüber hinaus setzten Abkommen zwischen der Europäischen Kommission und der Arabischen Liga eine Politik der muslimischen Immigration nach Europa in Gang. Auch westliche Länder außerhalb der EG schlossen sich aus Gründen der nationalen Wirtschaft und Sicherheit diesen Vereinbarungen an. Die Zuwanderung, die sich wahrscheinlich mit arabischen Lieferkontrakten verband, bildete den integralen Bestandteil einer ökonomischen, ideologischen und politischen, im Kielwasser der OIC auch antizionistischen Strategie, die sich in Europa nach der Förderung von Palästinismus, Arabismus und Islam bestimmte.

Derartige Parteinahmen lösten wiederum die Entwicklung und Ausbreitung einer antisemitisch-antizionistischen und pro-palästinensischen Tendenz aus, die von den EG-Organen selbst gefördert wurde. Daneben vollzog auch die israelische Linke den Rückhalt der Sowjetunion und Sozialistischen Internationale für die Palästinenser nach. Die Anstachelung zum Hass - als Teil des doktrinären Palästinamythos - wurde direkt von der Elite auf das Volk übertragen, wobei dessen Zurückhaltung vorbeugende Maßnahmen erforderlich machte. So verband sich die Palästinisierung Europas in den euro-arabischen Beziehungen mit der Hasspropaganda und Terrorpraxis zu einer Art Ersatzdoktrin (als neuer Leitkultur - d. Übers.).

[25] Gemeinsamer Beschluss der neun EC-Länder in Brüssel vom 6. November 1973, dem am 29. Juni 1977 die Erklärung der Neun und schließlich die Deklaration von Venedig (1980) folgten.

6. Europäische Innenpolitik

Im Zuge dieses neuen Zusammenhangs in den 1970er und 1980er Jahren entstand der Bedarf an der Ausarbeitung weiterer Konzepte, ähnlich dem Multikulturalismus. Man brauchte die Rechtfertigung, enge, freundschaftliche Beziehungen zu totalitären Staaten und terroristischen Organisationen auszuweiten, die auch in Moskau gern gesehen waren und mit den kommunistischen (bzw. sozialistischen - d. Übers.) Parteien im Westen kollaborierten. Die CIA verstärkte ihrerseits die Kontakte zur Muslimbruderschaft, die die internationale Unterstützung für den islamischen Fundamentalismus in die Auseinandersetzung Amerikas mit der Sowjetunion einband. Die euro-arabische Annäherung basierte auf den ökonomischen Interessen beider Seiten, insbesondere auf Rohöl und Industrieprojekten für die Modernisierung und Aufrüstung der arabischen Staaten.

Dabei sorgte die massenhafte Zuwanderung aus Afrika und Asien, unterlegt durch die Förderung des Arabismus und Islam, für den Ausbau des Sozialkonstrukts Multikulturalismus. Dieses Konzept, das sämtliche Kulturen und Wertesysteme relativiert, bildet die wesenhafte Basis für Europas demographischen und religiösen Strukturwandel. Gleichzeitig plante die EU eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, in der Hoffnung, mit den engen Kontakten zwischen Europa und den arabischen Mittelmeer-Anrainern einen „Zusammenstoß der Kulturen" vermeiden zu können. Diese Politik, wie erwähnt 1974 **vom** Euro-Arabischen Dialog ins Leben gerufen, setzte sich verstärkt nach der Khomeini-Revolution (1979) fort und mündete in die Erklärung von Venedig (1980), in der man die Position der PLO übernahm.

Der Zerfall der Sowjetunion (1991) markierte das Ende des Kalten Krieges zwischen den wesentlichen Fraktionen im Westen und erleichterte eine historische Beruhigung in der globalen Ideologisierung. Damit änderte sich auch die Strategie der Bündnisse. Nun traten neue, vom Kalten Krieg kaschierte Gefahren zutage, die wie Amerikas Allianz mit den arabischen Ölmonarchien den Islamismus, die Muslimbruderschaft, die Ausbreitung der *madrasa* (ultra-orthodoxe Indoktrination in den Koranschulen - d. Übers.) in Pakistan, die Taliban in Afghanistan, nicht zuletzt den US-Dauerdruck zugunsten der türkischen Präsenz in Europa förderten. Der Islamismus nutzte den Konflikt zwischen den Supermächten, indem er Wegmarken seines expansiven Marsches nach Westeuropa und Amerika setzte. Die einseitige Zerstörung Serbiens durch die NATO (1995) konterkarierte dabei die Ergebnisse des Ersten Irak-Kriegs zur Befreiung Kuweits. Ebenso gaben die EU-Verfassung von 1992 und die Oslo-Resolution von 1993 der Mittelmeerpolitik neue Impulse, die man mit dem Barcelona-Prozess (1995) und der Mittelmeer-Union (2008) weiter vorantrieb.

Die Konflikte zwischen Europa und Eurabia haben mit den Unterscheidungskriterien und der Politik zu tun, die die Geschichte und Kultur Europas bestimmen. Sie sind Angriffsziele der islamischen Zuwandererflut, die ihrerseits von den Regierungschefs der EU mit inzwischen 27 Staaten unterstützt wird. Diese Sachlage provoziert Konfliktpotentiale zwischen der EU-Oligarchie und der Frustration immer größerer Bevölkerungsteile sowie der Eurabia-Skepsis in liberalen und demokratischen Kreisen. Seiner nationalen und kulturellen Strukturen beraubt, kann zwar die Meinungsmacht dieses Spektrums die EU-Politik noch nicht durchbrechen, doch machen die islamische Immigration und deren Integrationsprobleme bewusst, dass der politische, demographische und kulturelle Wandel durch die undemokratische EU-Macht aufgezwungen wurde. Brüssels Eingriff in die nationale Souveränität und demokratische Freiheit provozierte Proteste in politischen und intellektuellen Kreisen, die von den eurabischen Kräften der oktroyierten Immigration und Palästinisierung als „rassistisch" eingestuft werden.

Nach dem 11. September 2001 offenbarte der von George W. Bush eröffnete „Krieg gegen den Terror" dem europäischen Bewusstsein die Realität des politischen Islam, die zuvor hinter der anti-israelischen EU-Propaganda verborgen war. In den Folgejahren zwang der wachsende Islamterror in Europa zu Maßnahmen im Bereich der Zuwanderung und Sicherheit, die Gefahr liefen, die gesamte Appeasementpolitik der letzten 40 Jahre in Frage zu stellen, so dass Europa nun selbst in das Fadenkreuz des terroristischen Djihad geriet.

Auf innenpolitischer Ebene nahmen die kulturellen und zivilisatorischen Konflikte in den einzelnen Bevölkerungen, aber auch zwischen Einheimischen und Muslimen an Schärfe zu. Letztere bekannten sich einerseits verbal zu Säkularität, Demokratie und UNO-Menschenrechten; andererseits folgte jedoch die Mehrheit der Zuwanderer den Vorschriften des Koran, des islamischen Rechts (*shari'a*) und der Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten im Islam (1991). Als Konsequenz des Multikulturalismus gewannen europäische Initiativen an Umfang und Bedeutung, die sich speziell mit Fragen der nationalen und kulturellen Identität befassten. Die Auswirkungen der Kombipolitik aus Immigration und euro-arabischer Vereinigung im mediterranen Raum, wie sie über 40 Jahre von der einschlägigen Dialoglobby betrieben wurde, kamen nun zunehmend zum Vorschein und lösten feindselige Reaktionen aus.

Aus der Omnipotenz der mediterranen Strategie gingen machtvolle Netzwerke hervor, mit internationalen Körperschaften wie der Organization of the Islamic Conference (OIC), jenem Verbund aus 56 islamischen Staaten und der Palästinensischen Autonomiebehörde. Diese gesichtslosen Konstruktionen unter dem Dach einer riesigen, EU- und OIC-Länder vereinenden

Administration verwalteten die Europäer mit Direktiven, die eine kafkaeske Welt schufen - ein totalitäres, anonymes System, das auf der Basis von politischer Korrektheit und Zensur operiert.

Indem die EU in einen von der Bevölkerung größtenteils abgelehnten Totalitarismus driftete, riskierte sie sowohl die Errungenschaften der europäischen Einigung als auch die Basis ihres gesamten Gefüges. Die Konflikte zwischen Europa und Eurabia drehen sich um die Modalitäten von Multilateralismus und Multikulturalismus, die Meinungs-und Religionsfreiheit, die europäische Identität, die Ablehnung des Islam (Islamophobie), die Rivalität zwischen den supranationalen Ambitionen der EU und der Souveränität der Mitgliedsstaaten. Diese Aspekte werden weiter unten diskutiert.

7. EU-Außenpolitik: die arabische Welt

Die 1974 in Gang gesetzte Vereinheitlichung der EG/EU-Außenpolitik machte die Koordination zwischen allen Mitgliedsstaaten sowie die Übertragung ihrer Souveränität auf die EU erforderlich, ein imperiales Gebilde, das seine Macht aus der Entleerung der einzelnen Nationalismen bezog. Indem die Politiken der EU deren strategischen Zielen folgten, sicherte die Installation des Multikulturalismus zweifellos den Erfolg der muslimischen Völkerwanderung aus Asien und Afrika, da diese heterogenen Elemente nur neben einer zugleich entstehenden Mischbevölkerung in Europa existieren konnten. Insofern profitierte die imperiale Macht und globale Strategie der EU von einer multikulturellen Politik, welche die einzelnen nationalen und kulturellen Identitäten konsequent untergrub.

Nach dem 9/11-Anschlag provozierte die krisenhafte Entwicklung, die US-Präsident Bush mit seinem „Krieg gegen den Terror" und mit dem Irakkrieg seit 2003 hervorrief, einen fieberhaften, aggressiven Anti-Amerikanismus in der EU, in dem sich deren Anbindung an die arabische Welt zur Geltung brachte. Unter der Präsidentschaft Romano Prodis behandelte die Europäische Kommission einerseits Amerika mit Verachtung und verstärkte andererseits ihre Ergebenheit gegenüber Arafat, in der Hoffnung, die arabischen Terrordrohungen zu entschärfen. In europäischen Hauptstädten fanden zu Ehren zweier Krimineller, Arafat und Saddam Hussein, massive, gegen die eigene Identität gerichtete Aufmärsche statt. Zur schnelleren Integration der euro-arabischen Politik und Kultur wurden auch die gemeinsamen, institutionellen Mechanismen zwischen Europa und den arabischen Staaten verstärkt. Zugleich entfaltete sich eine Kampagne zur Isolierung und Diffamierung Israels.

Diese Maßnahmen gingen mit der *Gemeinsamen Strategie zur Mediterranen Region* einher, die der Europäische Ministerrat im Juni 2000 eingeführt

und in zwei Stufen über 2004 bis 2006 vorangetrieben hatte. In diesem Dokument wird die strategische Bedeutung des Mittelmeers für Europa betont und eine Politik der Partnerschaft mit den „Südküsten" vertreten, mit denen die islamischen Mittelmeer-Anrainer gemeint sind. Artikel 26 stellt fest, dass Ministerrat, Kommission und alle Mitgliedsstaaten die innere Folgerichtigkeit, Einheit und Effizienz der Unionsaktivitäten absichern müssen:

> Die Effizienz dieser Gemeinsamen Strategie wird optimiert, indem die größtmögliche Kohärenz zwischen den diversen Feldern und Mitteln der Unionsaktivitäten, sowohl zwischen diesen selbst als auch denen der Mitgliedsstaaten gewährleistet wird.[26]

Dieser Paragraph erklärt den brutalen, totalitären Charakter der EU-Kampagne gegen Israel und deren konzertierte Unterstützung für die *intifada,*** die Arafat im Herbst 2000 entfesselte. Sie betont die „größtmögliche Übereinstimmung" gegen den Judenstaat, die durch die gemeinsame Aktivität kommissionsnaher NGO's zusätzlich gefestigt wird - durch Medien, Universitäten, akademische Boykotte, sogar „künstlerische" Darstellungen und Filme,[27] sowie antisemitische Angriffe in den Schulen und auf den Straßen der EU. Diese anti-israelische Politik wiederholte sich in der anti-amerikanischen Kampagne anlässlich des Irak-Krieges ab 2003. Solche Abläufe legen die totalitären Strukturen offen, nach denen sich die innen- und außenpolitischen Politikfelder sowie deren Verknüpfungen ausrichten. In diesem Prozess, implementiert durch EU-Ministerrat und Kommission, entstand eine Informationspolitik der Zensur und Konditionierung, welche die Berichterstattung einer unionsweiten Herrschaftsideologie der politischen Korrektheit unterwarf.

Dieser Ablauf erscheint als Folge der Verpflichtung der EU-Staaten zum Aufbau einer *Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik* (CSFP), die ne-

[26] „Common Strategy of the European Council of 19 June 2000 on the Mediterranean Region (2000/458/CSFP)", Official Journal of the European Communities; 22.7.2000, pp. I. 183/5-10. eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000E0458:EN:HTML (Zugriff 20.9.2010).

[27] Im Januar 2004 warben U-Bahn-Plakate für eine Ausstellung in Stockholm, die eine Selbstmordbomberin verherrlichte. Sie hatte 21 Menschen in einem von Christen geführten Restaurant in Haifa massakriert (s. *Bat Ye'or,* Eurabia, 259).

* Anm. d. Üb.: Im Sprachgebrauch der internationalen Organisationen bedeutet *Kohärenz* den sozialen Zusammenhalt, der als Ergebnis von oktroyierten Direktiven (z.B. Toleranz und Respekt), nicht durch demokratische Orientierungen zustande kommt, daher eher als *feudaler Machtbegriff* zu verstehen ist, der einen *kollektiven Gehorsam* umschreibt.

** Anm. d. Üb.: *intifada* (arab. = Volkserhebung), vorliegend die Mobilisierung der Palästinenser in den besetzten Gebieten gegen die israelische Militärverwaltung durch Arafats Terrorkader in zwei Schüben von zwei bzw. fünf Jahren, beginnend 1987 und 2000 (erste und zweite Intifada).

ben dem Maastricht-Vertrag die zweite „Säule" der Europäischen Gemeinschaft bildet:

> Um die Kohärenz und Effizienz der Außenpolitik der Union zu verbessern, sind Kommission und Ministerrat im Sinne dieser Politik zu tiefer reichender Kooperation verpflichtet. Da die CSFP derzeit auf dem Scharnier zwischen „Gemeinschafts- und Regierungsmodus" beruht, entfaltet sich ihre Entwicklung (ebenso wie die der ESDP)[28] in der Behandlung der Probleme „zwischen den Säulen".[29]

Desgleichen müssen die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass ihre nationalen Politiken mit den gemeinsamen Positionen übereinstimmen, die sie sowohl in der Außenpolitik als auch innerhalb internationaler Organisationen vertreten. „Ein Staat sollte nicht mehr von einer gemeinsamen Position abweichen".[30] Die CSFP betrifft „alle Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik".

Diverse EU-Dokumente zum Thema der Außenpolitik betonen die Prinzipien der „Gleichgestimmtheit" (*consistency*), „Einheit" (*unity)* und „Wirksamkeit" (*effectiveness*) zwischen den Aktionsfeldern und -instrumenten der Union sowie deren Staaten, um der Mittelmeerstrategie größtmögliche Schlagkraft zu geben. Die zentrale Rolle des Mittelmeers in der EU fixiert jeden Aspekt ihrer Außenpolitik, ebenso niedergelegt in Artikel 26 der oben erwähnten *Gemeinsamen Strategie*: „Die Union stellt sicher, dass zwischen ihrer Mittelmeer-Politik und anderen Politiken Komplementarität besteht".

Der Folgeartikel legt das Schwergewicht auf die außenpolitische Vereinheitlichung aller EU-Staaten. Sie müssen zur Gemeinsamen Mittelmeerstrategie beitragen, indem sie die ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Mechanismen in angemessener und koordinierter Weise verfügbar machen. In der Periode von 2000 bis 2004 bestand diese Zielrichtung in der Verhöhnung Amerikas und massiven Unterstützung Arafats, begleitet von einer Diffamierungskampagne gegen Israel und die europäischen Juden, um sie zur Annahme der PLO-Bedingungen zu zwingen.

Artikel 29 treibt die EU-Staaten dazu an, ihre Anstrengungen für die Koordination mit der Mittelmeerzone ständig zu verstärken, wobei „Mittelmeer" bekanntlich einen Euphemismus für die arabische Islamregion und die PLO darstellt:

[28] ESDP: European Security and Defence Policy, Klammern im Originaltext.

[29] Übersetzt aus dem Französischen in *Les institution communes aux trois piliers - La Commission des Communautés européennes.* Siehe www.diplomatie.gouv.fr/fr/europe_828/union-europenne-monde_13399/politique-etrangere-securite-commune_851/fonctionnement-pesc_41284.html (Zugriff 20.9.2010).

[30] www.diplomatie.gouv.fr/fr/europe_828/union-europenne-monde_13399/politique-etrangere-securite-commune_851/est-pesc_15055/les-objectifs-pesc_15102/les-objectifs-pesc_41284.html (Zugriff 20.9.2010).

> Die Mitgliedsstaaten werden sich zusätzlich bemühen, ihre Aktionen gegenüber dem Mittelmeerraum zu koordinieren, inklusive der regionalen und internationalen Organisationen wie Europarat, UNO, OSZE[31] und die IFI's.[32]

Artikel 30 bis 32 setzen fest, dass EU-Staaten, die in anderem Kontext an Initiativen bezüglich des Mittelmeerraums beteiligt sind, gewährleisten müssen, dass sie mit den Zielen der Gemeinsamen Strategie konform handeln. Von deren Vertretern und den Repräsentanten der Kommission in den Partnerländern wird verlangt, dass sie ihre Aktivitäten vor Ort abstimmen. Ministerrat, Kommission und die Mitgliedsstaaten müssen sich bemühen, ihre Kooperation mit den Staaten sowie den regionalen und internationalen Organisationen zu verbessern, deren Prinzipien der Realisierung der *Gemeinsamen Strategie* dienen. Um dies zu gewährleisten, sieht Artikel 30 vor:

> Mitgliedsstaaten, die an anderen Foren teilnehmen, entweder in leitender Funktion oder im Rahmen von Nebenaktivitäten mit Bezug zum Mittelmeer, werden diese in einer Weise durchführen, die sich im Einklang mit den Zielen der Gemeinsamen Strategie befindet.

Diese Verfahrensweise, welche die gesamte Innen- und Außenpolitik der EU und ihrer Staaten bündelte und sich in der zweiten *intifada* (Oktober 2000 bis August 2005) auf die Kollaboration der Medien und internationalen Organisationen stützte, richtete sich mit beispielloser Vehemenz gegen Israel. Die Propaganda erstickte jede abweichende Meinung und brachte ein bis dahin unbekanntes Ausmaß an Radikalität in den EU-Mechanismen zum Vorschein. Deren zeitweiliger Rückschlag durch einen internationalen Skandal[33] sowie seine zwanghafte Entwicklung sollten freilich den strukturellen Totalitarismus kaum verhüllen, der den Instrumenten und Netzwerken der EU innewohnt - ebenso nicht die Indifferenz, für manche auch betrügerische Harmonie, die sich in Medien, Intelligenz und Öffentlichkeit breit macht.

Betrachtet man die EU-Direktiven im Kontext der gegenwärtigen Ereignisse, erklärt sich auch die konformistische Aggressivität der konzertierten Aktionen gegen Israel mit ihren akademischen Boykotten in europäischen Städten und Universitäten, den Kampagnen zur Kapital- und Exportblockade, den Angriffen auf Juden und Israelis in zahlreichen Schulen und auf öffentlichen Plätzen. Wie die islamischen Verbündeten, so erfuhr auch Eu-

[31] Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

[32] IFI - Internationale Finanz-Institution.

[33] Nachdem die amerikanische Presse in aller Breite über die Renaissance des Antisemitismus in Europa berichtet hatte, intervenierten Mitglieder des US-Kongresses und des Senats im Jahre 2003 persönlich bei Solana und Prodi (*Bat Ye'or*, Eurabia, 127).

ropa eine Welle der Schändung von Friedhöfen und Synagogen, unentwegte Hassaktionen in den Medien und manchen Kirchen, insbesondere Israels Beschuldigung der Apartheid, die Erzbischof Desmond Tutu erhob, Chairman eines machtvollen internationalen Netzwerks: The Eiders.

Diese Einschüchterungsstrategie, welche kleine, friedvolle Judengemeinden in der gesamten EU terrorisierte, ging mit erheblichem Druck einher, den Angehörige der Kommission auf die Bush-Regierung ausübten, um sie für den euro-arabischen Djihad zu gewinnen. Sie verband sich ebenso mit der Opferrolle der Palästinenser und einer Überhöhung Arafats, der immerhin den internationalen Terrorismus und das Selbstmordattentat begründet hatte. Indem alle diese Faktoren gleichzeitig mit derselben EU-weiten Dynamik auftauchten, deuten sie auf eine *Politik der Konsistenz,* die die EU-Instrumente in jedem Bereich und in jedem EU-Land konform einsetzt.[34] Sie enthüllte die totalitäre Struktur der EU sowie die Kontrolle, die sie im Rahmen einer hegemonialen Ideologie unter Ausschaltung jeder Opposition über alle Bereiche der Innen- und Außenpolitik ausübt.

Unter der Ägide von Javier Solana führte der Europarat im Dezember 2003 die *Europäische Sicherheitsstrategie* ein, die die Basis für gemeinsame Aktionen der EU schuf. Neben anderen Maßnahmen nimmt dieses Dokument die Synergien in den Blick, die die diplomatischen Kanäle der Union und ihrer Mitgliedsstaaten sowie die Koordination ihrer zivilen und militärischen Kräfte bündeln.

8. Terrorismus und Europas Mittelmeerpolitik

In einer Erklärung von 2003 heißt es: „[Terrorismus] entsteht aus komplexen Ursachen. Dazu gehören die Zwänge der Modernisierung, der kulturellen, sozialen und politischen Krisen sowie die Entfremdung der jungen Generation im Ausland".[35]

Die erwähnten, offiziellen Ziele der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union (CFSP) schließen ebenso ein die Entwicklung der Demokratie, den Respekt vor den Menschen- und Grundrechten, die Stärkung der Sicherheit in der EU und in den Mitgliedsstaaten, um den Frieden zu bewahren sowie die internationale Sicherheit und Kooperation voranzubringen:

[34] Siehe die detaillierten Bezugnahmen auf diese Ereignisse ebenso bei *Bat Ye'or,* Eurabia.

[35] A Secure Europe in a Better World: European Security Strategy, Brüssel, 12. Dezember 2003, 3, ue.int/uedocs/cmsUpload/78367.pdf (Zugriff 20. September 2010).

Die Ziele bilden sowohl die grundlegenden Prinzipien als auch den Geist, in dem die Mitgliedsstaaten ihre Zusammenarbeit in Bezug auf die Außenpolitik wie auch ihre Beziehungen zu Drittländern organisieren."

Mit einiger Sicherheit lässt sich sagen, dass der CSFP kein wirklicher Erfolg beschieden war. Ein Klima der Furcht, Anspannung und Selbstzensur, angetrieben von der terroristischen Dauerbedrohung in Europa, wird noch vertieft durch die Verletzung europäischer Grundrechte wie die auf Sicherheit und Meinungsfreiheit. Die CSFP scheitert, weil die EU sich weigert, den eigentlichen Grund des Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend gezielte Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Organisation der Euro-Arabischen Partnerschaftspolitik stand unter dem Eindruck einer Welle von Flugzeugentführungen und Terroranschlägen, die die PLO in den späten 1960er Jahren in europäischen Städten verübte. Zwischen 1968 und 1971 entführten palästinensische Gruppierungen jährlich etwa 15 Flugzeuge, eine Zahl, die bis 1973 auf 50 anstieg.[37]

Statt den Terrorismus zu bekämpfen, folgte die EG den Forderungen der PLO und stattete Arafat mit der Würde und Legitimität eines Staatsmannes aus. Auf Betreiben Frankreichs und später auch Deutschlands führte die Gemeinschaft ein Terrorismuskonzept ein, das die Täter durch die Belastung des Opfers - Israel - mit Metaphern wie „tiefer liegende Gründe" und „Ungerechtigkeit" entlastete. Indem sich die Existenz des Judenstaats zur eigentlichen Ungerechtigkeit umkehrte, konnte man ihn mit der palästinensischen Ideologie auch in Europa aufs Korn nehmen. Die politische Wende gab der EU den Vorwand, ihre frühere - manchen als unnatürlich erscheinende - Loyalität zu Israel aufzugeben und Bande zur arabischen Welt zu erneuern, die einst Vichy und die faschistischen bzw. Nazi-Regime gepflegt hatten.

In der frühen Phase des Multikulturalismus (1970-1980) kam der Verdacht auf, dass die Euro-Führer sich zu Komplizen der palästinensischen Terroristen gemacht haben konnten, um die Sicherheit ihrer Länder und deren Interessen im Ausland zu schützen. Für Italien wurde im Jahre 2008 dieser Verdacht durch den achtzigjährigen Präsidenten Francesco Cossiga bestätigt, der die Funktionen des Innenministers (Februar 1976 bis Mai 1978), des Ministerpräsidenten, des Senatspräsidenten und des Senators auf Lebenszeit bekleidete. Als Unterstaatssekretär der Verteidigung hatte er die italienische Polizei, den Zivilschutz und die Geheimdienste restrukturiert. In aller Klarheit und ohne die geringste Spur eines schlechten Gewissens bekräftigt Cossiga die Kollaboration der Christlich-Demokratischen Partei mit

[36] Guide de la PESC, Ministère des Affaires Etrangères, Paris, S. 11.

[37] *Laske,* Le banquier noir: François Genoud, 264; s. a. *Xavier Rauffer,* La Nébuleuse: le terrorisme de Moyen Orient (Paris: Fayard 1987).

dem organisierten Verbrechen. In einem Interview mit dem *Corriere della Siera* zitiert er die Vereinbarung aus den frühen 1970er Jahren, die zwischen Ministerpräsident Aldo Moro und Arafat als dem Führer der PLO bzw. deren Ableger getroffen wurde.[38] Danach konnten die palästinensischen Terroristen nach Belieben kommen und gehen, unter dem Schutz des Geheimdienstes im Lande umherreisen, Stützpunkte und Waffenlager anlegen - mit der Gegenzusage, Italiens innere und äußere Interessen ungeschoren zu lassen. Cossiga zufolge gehörten Giulio Andreotti und Bettino Craxi, ihrerseits mit Arafat gut bekannt, zu den besonders pro-palästinensischen Führern in Europa. Craxi überwies Milliarden an die PLO und musste schließlich aus Italien nach Tunesien fliehen, wo die PLO zwischen 1982 und 1993 ihr Hauptquartier hatte. Der Richter Rosario Priore bestätigt in seinem Buch diese Vereinbarung mit den Palästinensern, bekannt als das „Moro-Agreement".[39]

Dabei enthüllte Cossiga, dass sich der vereinbarte Schutz keineswegs auf die italienischen Juden erstreckte. Am 9. Oktober 1982 eröffneten sechs Terroristen das Feuer auf Angehörige der Gemeinde von Rom, als sie die Große Synagoge verließen. Dutzende von Juden wurden verletzt und Stefano Tache, ein zweijähriges Kind, getötet. Dabei waren schon einige Stunden vor dem Angriff die vor der Synagoge postierten, italienischen Polizisten verschwunden.[40]

Erstmals gab Cossiga zu, dass die Explosion im Bahnhof von Bologna im Juli 1980, die 85 Menschen tötete und 200 verletzte, von Terroristen der PFLP, der mit der PLO verbundenen Organisation des George Habash, verübt worden war[41] Wie er weiter ausführte, sollte die Bombe, die unbeabsichtigt im Gepäckbereich explodierte, keine Nichtjuden töten. Seinerzeit Ministerpräsident, hatte Cossiga die Palästinenser entlastet, indem er die Tat den Neofaschisten in die Schuhe schob. In einem Interview mit dem Rom-Korrespondenten des *Yediot Aharonot*[42] räumte Cossiga sogar ein, dass die italienische Regierung Angriffe auf israelische und jüdische Ziele

[38] *Aldo Cazzullo,* Corriere della Siera, 8. Juli 2008; s.a. *Menahem Ganz,* Israel News, 17. August 2008.

[39] Buch über das Interview von *Giovanni Fasanella* und *Rosario Priore:* Intrigo Internazionale, Chiarelettere, Mailand 2010.

[40] *Caroline B. Glick,* „The Ironies of the West's Collusion with the Arabs and Iran", 10. Juli 2008, www.jewishworldreview.com/1008/glickl00708.plup (Zugriff 20. September 2010).

[41] Volksfront für die Befreiung Palästinas (Popular Front for the Liberation of Palestine), gegründet 1967.

[42] *Glick,* a.a.O.; betreffend die Kollaboration mit Frankreich s. *Enyo,* Anatomie d'un désastre, l'Occident, l'islam et la guerre au XXI. siècle (Paris: Denoel 2009), 238.

duldete und die Terroristen trotz der hohen Opferzahlen fortwährend schützte.

Weiteren Aufschluß über die staatliche Komplizenschaft mit dem Terrorismus gab die Entführung des italienischen Kreuzfahrtschiffes *Achille Lauro.* Unter Leitung des PLO-Mitführers Abu Abbas enterten Palästinenser das Schiff, terrorisierten die Passagiere, erschossen den behinderten US-Juden Leon Klinghoffer und warfen ihn - noch lebend und im Rollstuhl - über die Reeling. Die Attentäter flohen in einem ägyptischen Flugzeug, das amerikanische Abfangjäger jedoch zur Landung auf einer US-Basis in Sizilien zwangen. Sie wurden zwar in Italien vor Gericht gestellt und verurteilt, Abu Abbas hingegen befreit. Palästinensische Terroristen nahmen im Dezember 1985 ein El-Al-Ticketbüro am Flughafen in Rom unter Feuer, wobei sie achtzig Menschen töteten und dreizehn verletzten. In einer ähnlichen Aktion tötete ein weiteres Kommando zur gleichen Zeit am Wiener Flughafen drei Personen und verletzte vierzig.

Cossiga gesteht ein, zu jeder Zeit von den Vereinbarungen zwischen italienischen Beamten und palästinensischen Terroristen gewusst zu haben. Seine Enthüllungen wurden von Bassam Abu Sharif, einem Repräsentanten der PFLP, bestätigt. In einem Anflug von Zynismus erklärte er: „Aldo Moro war ein großer Mann, ein wahrer Patriot. Er wollte Italien einige Kopfschmerzen ersparen" - freilich auf Kosten von Massakern und Hunderten von Toten. Die Palästinenser hatten, wie er weiter erläuterte, lediglich den Geheimdienst über ihre Pläne zu unterrichten und ihre Aktionen von italienischem Territorium fernzuhalten.[43] Daneben äußerte Cossiga die Überzeugung, dass Italien ein ähnliches Agreement mit der Hizbullah getroffen habe, im Südlibanon frei schalten und walten und sich ungestört bewaffnen zu können. Dies entspricht dem, was die EU eine Gemeinsame Sicherheitspolitik nennt, die (angeblich - d. Übers.) die Stärkung der Menschenrechte zum Ziel hat.

Cossigas Enthüllungen, die auch durch andere Euro-Führer erhärtet werden könnten, offenbaren, dass die europäischen Regierungen es vorzogen, die Aktivitäten der Attentäter zu ignorieren. Die palästinensischen Terror-Organisationen profitierten von dem engagierten Mitgefühl und Zuspruch von zahllosen Ex-Nazis, korrumpierten Beamten, früheren Ministern, Diplomaten, Offiziellen, Intellektuellen und sonstigen Propagandisten, die sich in den Nachkriegsgesellschaften Europas in einflussreiche Positionen einschleusten. Indem sie die Verbindungen zu in den Nahen Osten geflohenen Kriegsverbrechern aufrecht erhielten, knüpften sie ein komplexes Netzwerk politischer Solidaritäten und wirtschaftlicher Interessen, das zum Aufbau ei-

[43] *Davide Frattini,* Corriere della Siera, 14. August 2008.

nes zukünftigen Eurabia beitrug. Der Krieg gegen die Juden als Zweck des Zweiten Weltkrieges hörte 1945 nicht auf, sondern setzte sich über andere ideologische und taktische Kanäle fort, die sich in Palästina vereinigen.

In einer Unzahl anderer Beispiele lässt sich diese Situation am Fall des Paul Dickopf illustrieren. Als früherer SS-Offizier der militärischen Abwehr (Spionage und Aufklärung von 1921 bis 1944) wurde er nach dem Krieg Direktor und später auch Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA). Innenminister Hans-Dietrich Genscher lobte ihn am 29. Juni 1971 wegen seiner professionellen Eignung[44] und rief als Außenminister in seiner Einführungsrede zu einem EAD-Symposium in Hamburg (1983) die gemeinsamen politischen Ziele in Erinnerung, die sich zur Euro-Arabischen Solidarität zusammenfügten.[45]

Karl Laske und Pierre Pean erwähnen die herzlichen Kontakte dieses ehemaligen Gestapo-Offiziers zu den internationalen Nazi-Seilschaften und palästinensischen Terror-Organisationen. Im Oktober 1968 wurde Dickopf - mit der Hilfe der Arabo-Nazi-Achse und den Stimmen der arabischen Staaten - zum Präsidenten der Interpol (Organisation der Internationalen Kriminalpolizei) gewählt. Unter diesem Mandat unternahm die Interpol weder etwas gegen den Terrorismus, noch gegen die Welle der Flugzeugentführungen und das Massaker an den israelischen Sportlern bei der Münchner Olympiade 1972.[46]

Die Sicherheit des europäischen Territoriums wurde erkauft mit der Antipolitik gegen Israel und Amerika. Schon bevor der flächendeckende Terror einsetzte, hatte sich de Gaulles Frankreich diese Politik angeeignet. Jean Bourdeillette zufolge, dem früheren Botschafter Frankreichs in Israel (1959-1965), „hatte die Welt [im Juni 1967] entdeckt, dass Paris ins Lager der UdSSR und der arabischen Nationen gewechselt war … Israel wurde den Forderungen einer wurzelverwandten, anti-amerikanisch, pro-arabischen Politik geopfert"[47] Nach Raymond Kendall - Interpol-Generalsekretär mit drei Amtsperioden - lehnte es die Interpol-Konferenz von Mexiko (1968) mehrheitlich ab, sich mit einem Bericht über Flugzeugentführungen zu befassen. Nach dem Münchner Massaker (1972) hatte sich Jean Nepote, selbst langjähriger Generalsekretär der Interpol und früherer Nazi-Kollaborateur im Vichy-Regime, gegen Informationen über arabische Terroristen gesperrt, mit dem Vorwand, dass das Münchner Attentat ein politisches Verbrechen und die Interpol nicht zuständig sei. Der Bericht über deren Generalver-

[44] *Laske,* a.a.O., 277.
[45] *Bat Ye'or,* Eurabia, 89.
[46] *Laske,* a.a.O., 277.
[47] *Jean Boudeillette,* Pour Israel (Paris: Seghers 1968, 246).

Sammlung in Frankfurt (September 1972) erwähnt das Münchner Massaker nicht, obwohl die Teilnehmer es erregt debattiert hatten.[48]

Die gesamte Mittelmeer-Sicherheitspolitik der EU baute anschließend darauf auf, Israel und Amerika doppelte Standards vorzuwerfen und die Palästinenser von Terrorismus freizusprechen. Dieser galt nicht als krimineller Akt, sondern als politischer Faktor, dem „tiefer liegende Ursachen" zugrunde lagen. Diese Ursachen - Israels Existenz - mussten beseitigt werden. Frankreichs imperialistische Ambitionen und seine „Große Moslempolitik" (Jean Boudeillette),[49] sorgten für die „tiefer liegenden Ursachen" der Europa-Politik, zusammen mit der Nazifizierung der International Criminal Police Commission (IPCP) und den technischen Mechanismen der EU-Institutionen. Nach dem Verlust seiner Weltmachtstellung und Kolonien auf vier Kontinenten wandte sich Frankreich der Integration Europas unter Einschluss der arabo-islamischen Welt zu, um seine internationale Position zurück zu gewinnen.

Zur Sicherung seiner Südflanke übernahm Europa die multilaterale Politik der Zugeständnisse und Beschwichtigungen, wie sie von der Struktur des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) diktiert wird. Im Jahre 1995 startete die Europäische Union den Barcelona-Prozess, der über ein Netzwerk von Bündnisvereinbarungen enge Beziehungen, Synergien und Solidaritäten mit den Palästinensern und den arabischen Ländern schuf. Während Israel nominell in den Prozess eingebunden ist, wurde es gleichwohl wie die Pest behandelt. Im Jahre 2008 nannte man den Barcelona-Prozess um in die *Union für das Mittelmeer* (Kursivierung v. Übers.).

9. Die Palästinisierung der EU-Politik

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den südlichen Mittelmeer-Anrainern wurden der Euro-Mediterranen Partnerschaft (Euromed) zugeeignet. Ursprünglich sollte dieser Prozess, wie in der CSFP-Anleitung erklärt, den EU-Mitgliedsländern ermöglichen, ihre südlichen Nachbarn mit allen ihnen zu Gebote stehenden, wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln in der „Friedensdynamik des Oslo-Abkommens" zu unterstützen.[50] In Vertretung arabischer Interessen torpedierte Europa jedoch faktisch die amerikanische Politik und verteidigte Arafats Djihad- Strategie, als Verbündeter, Beschützer und - Talisman arabischer Politik.

Die *Gemeinsame Strategie für die Mittelmeer-Region,* die im Juni 2000 vom Europarat abgesegnet wurde, besagt, dass die EU-Politik für die Re-

[48] *Laske,* a.a.O., 278.
[49] *Bourdeillette,* a.a.O., 242.
[50] Guide, 32.

gion, d.h. die islamischen Länder an der Südküste, ein Ergebnis des Partnerschaftsprinzips ist. Die Geltung des Textes, zunächst für vier Jahre verabschiedet, wurde bis 2006 verlängert, wobei die im Dokument aufgeführten EU-Ziele u.a. enthalten:

- Die Einrichtung eines gemeinsamen Gebietes des Friedens und der Stabilität durch eine Politik- und Sicherheits-Partnerschaft;
- Die Schaffung eines Gebietes gemeinsamen Wohlstands durch eine Wirtschafts- und Finanz-Partnerschaft;
- Die Errichtung einer Partnerschaft in den Sozial-, Kultur- und Humanbereichen; die Entwicklung der personellen Ressourcen, die Förderung der Verständigung zwischen den Kulturen und des Austauschs zwischen Zivilgesellschaften;
- Die Förderung der von der EU und ihren Mitgliedsstaaten gehegten Kernwerte, insbesondere Menschenrechte, Demokratie, gemäßigte Herrschaft sowie Dominanz und Transparenz des Rechts;
- Die Fortsetzung des Dialogs zwischen Kulturen und Zivilisationen, um Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.

Allerdings teilen die arabischen Nationen die Wertevorstellungen der Union in Bezug auf fundamentale Menschenrechte nicht. Sie verpflichten sich auf die Kairoer Erklärung der OIC von 1990 zu den Menschenrechten in den islamischen Staaten, die ihre Minderheiten und religiösen Abweichler diskriminieren. In diesen Diktaturen herrscht Aggressivität gegenüber Nichtmuslimen als normale, endemische Verhaltensform vor. Trotz ihrer guten Absichten muss daher eine Politik ihr Ziel verfehlen, die auf einem derart grundlegenden Missverständnis aufbaut. In der Tat ist sie in den autonomen Gebieten Palästinas, in denen man die Scharia eingeführt hat, grandios gescheitert. Christen fliehen permanent aus Gaza, Irak und Libanon, in Ägypten werden die Kopten hartnäckig verfolgt, Syrien und die Maghrebstaaten sind Diktaturen. Trotz der Menschenrechtsverletzungen baut die EU ihr Netzwerk von Beziehungen zu den arabischen Ländern des Mittelmeers ständig weiter aus und unterstützt deren Wirtschaftssysteme mit erheblichen Finanzmitteln. Diese Annäherungspolitik wurde 2003 Bestandteil des Barcelona-Prozesses, wobei bilaterale Aktionspläne in fünf Bereichen in Kraft traten: politische und sicherheitstechnische Zusammenarbeit, nachhaltige sozial-ökonomische Entwicklung, Bildung, Kultur und Migration.

Man könnte natürlich erwidern, dass gute Beziehungen besser als schlechte sind, selbst mit Diktaturen, und dass sich somit auch Verbesserungen vor Ort erreichen lassen. Allerdings würde eine solche Politik auch ehrliche Kritik beinhalten müssen, die allein in der Lage ist, Reformen zu bewirken. Ehrlichkeit wird freilich durch die Zensur und die Unterdrückung

der freien Rede ausgeschlossen, mit denen man wiederum in Europa hofft, die Terrorbedrohung abzuwenden.

Mit Zustimmung des Europarates startete der französische Präsident Nicolas Sarkozy im Dezember 2007 sein Projekt der Union für das Mittelmeer. Faktisch verbindet und entwickelt es die Prinzipien des Barcelona-Prozesses, wobei es alle EU-Mitglieder und Nichtmitglieder an den Küsten des Mittelmeers einschließt. Sein erklärtes Ziel ist die Entwicklung dieser Partnerschaft, die Wiedervereinigung von Europa und Afrika, um die Mittelmeer-Region zu einer Zone des Friedens, des Wohlstands und der Toleranz zu machen. Um dabei auch Solidarität zu erreichen, soll im euro-arabischen Kontext der gleiche Einigungsprozess zur Anwendung kommen wie im Aufbau Europas selbst.

Die Union für das Mittelmeer (UfM) brachte mehrere konkrete, wirtschaftliche und kulturelle Projekte zur Stärkung der Kooperation zwischen Europa und den südlichen Nachbarn auf den Weg. Ihre Antiterror-Strategie fußt auf engen Bündnissen, die auf erhebliche Finanzmittel und zahlreiche, koordinierte Vernetzungen zurückgreifen. Je größer die Gefahr des djihadistischen Terrorismus und religiösen Fanatismus wird, desto mehr hängt die EU von den Strategien der Nord-Süd-Synergie und -Solidarität ab. Die Partnerschaft, die auf der Annahme beruht, dass Armut, Entwürdigung, Frustration und „Ungerechtigkeit" - als Synonym für Israel - Terrorismus provozieren, hat eine Strategie zur Behandlung dieser Übel hervorgebracht. Die EU-Mitglieder versichern ihren arabischen Partnern, die Israel ausgrenzen wollen, dass wenn sie den Schurkenstaat in ihrer „demokratischen Versammlung" duldeten, dies faktisch zum Entstehen des palästinensischen Staates führen würde. Im Gegensatz zu den arabischen Mitgliedern der Partnerschaft, an welche die EU keine Anforderungen stellt, nicht einmal die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratie, postuliert Israels Mitgliedschaft sogar den Verzicht darauf.

Die UfM umfasst diverse Projekte, für die Umwelt, die Entwicklung von Solarenergie und neuen Unternehmen, die Finanzierung von Gemeinschaftsprojekten im Infrastruktur- und Investmentbereich, die mit verstärkter Kooperation auf regionaler Ebene einhergehen. Auf der Basis des wirtschaftlichen Austauschs sollen diese Aktivitäten beispielhaft für nachhaltige Entwicklung, Verringerung der Immigration und Antiterror-Haltung stehen.

Die Euro-Mediterrane Parlamentsversammlung (EMPA), die im Dezember 2003 in Neapel gegründet und im März 2004 in Dublin bestätigt wurde, schuf ein zusätzliches Netzwerk, das innen- und außenpolitischen Druck auf Israel und Europa ausübt. Auf ihrer Brüsseler Konferenz im Oktober 2008 erhob die EMPA die Forderung, ihre Handlungsmöglichkeiten über die mediterranen Außenminister der EU auszuweiten und eine Rechtsbasis

verfügbar zu machen, welche sie zur politischen Vertretung der UfM autorisiert. Zwar haben die EMPA-Entscheidungen keine Bindungskraft, doch zwingen sie die UfM-Minister und -Staatschefs, die Beschlüsse und Empfehlungen in ihren Agenden zu berücksichtigen.[51] Die EMPA ist ein perfektes Beispiel für eine Körperschaft, die - ohne Wissen der Öffentlichkeit - multilaterale Politik betreibt, indem sie den unfähigen Euro-Führern die Verfügungen der arabischen Welt eintrichtert.

10. Politische Zweideutigkeiten der Gemeinsamen Mittelmeer-Strategie

Die EU-Mittelmeerpolitik soll also Gefahren seitens arabischer Länder neutralisieren, indem sie sich auf Bündnisse, erhebliche Wirtschaftshilfe und speziell eine Politik verlässt, mit der die EU-Mitglieder auf internationaler und regionaler Ebene die anti-israelische Politik der Araber unterstützen (Prinzip der Kohärenz). Bereits hier lässt sich beobachten, wie die EU-Außenpolitik mit Brüsseler Direktiven die Souveränität der Mitgliedsstaaten verletzt. Andererseits sind es jedoch die Staatschefs selbst, die die EU-Politik gestalten. Sie gründeten die Mittelmeerpolitik auf eine wohlüberlegte fabrizierte Lüge, um die djihadistischen Terroristen von eben dem zu entlasten, vor dem sich Europa durch Leugnung zu schützen sucht. Bis 2008 wiederholten sowohl Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU (HR) in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, als auch Romano Prodi, Präsident der EU-Kommission, die Lesart der OIC, der zufolge Armut, Ungerechtigkeit und Frustration Brutstätten des Konflikts und Terrorismus sind. Sie täuschten einen Frieden vor, der dadurch erlangt - mit anderen Worten - erkauft werden sollte, dass man die von den fleißigen Europäern verdienten Milliarden in ein Fass ohne Boden schüttete - in die Korruption der Palästinenser, der Djihadisten und ihrer Kollaborateure.

Die islamischen Staaten und ihre europäischen Gefolgsleute entschuldigen den weltweiten Djihad-Terror, indem sie die „kriminelle Politik" (Anführungszeichen v. Übers.) Israels und Amerikas verantwortlich machen. Die Strategie der Leugnung, die zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gehört und mit einer einseitigen Unterstützung Palästinas einhergeht, bildet das Fundament des Euro-Arabischen Bündnisses, der Mittelmeer-Union und der kurzfristigen Sicherheitsperspektive.

Natürlich könnte man die Zukunft einer Politik in Frage stellen, welche die Realität leugnet und sie durch trügerische Argumente ersetzt. Mit dem

[51] Med Union: Empa fordert die Außenminister zu erweiterten Vollmachten auf (Ansamed), Brüssel, 13. Oktober 2008.

Glauben daran, dass engere Bindungen an arabische Länder und deren Terroristen die beste Sicherheitsgarantie für einen Kontinent bilden, der die (Selbst)Verteidigung gegen Angriffe verweigert, schwenkt die EU das Banner des Multikulturalismus und macht sich mit kriminellen Kräften und Ideologien gemein, die Europas erklärten Werten zuwider laufen. Je mehr der Kontinent auf dieser Tendenz beharrt, desto mehr schwächt er freilich sich und seine eigenen Grundlagen.

Hinsichtlich der Außenbeziehungen ist es wichtig, festzustellen, dass die jüdisch-christlichen bzw. islamischen Zivilisationen unterschiedlichen Auffassungen von Frieden und Sicherheit folgen. Das islamische Konzept des bereits erwähnten Verteidigungskrieges führt ebenfalls zu Konfusion. Der Scharia gemäß bedeutet Frieden mit Ungläubigen nicht mehr als ein Waffenstillstand zwischen zwei Kriegen in einem Dauerkampf, der nicht endet, bevor der Islam die gesamte Welt beherrscht. Waffenruhe ist nur erlaubt, um schwache Phasen zu überbrücken und die Kräfte des Islam zu stärken, jene Auslegung des Djihad (s.o. S. 6 f.), deren Akzeptanz die Mittelmeerpolitik der EU mit erheblichen Finanztransfers an ihre südlichen Nachbarn bestätigt. Eine nachlässige Immigrationspolitik, die einseitige Unterstützung Palästinas und die Förderung des Mythos vom Islam als einer Zivilisation des Friedens und der Toleranz machen Europa zum perfekten Verbündeten, zum Diener der Expansionsgelüste der Umma, der universalen, muslimischen Gemeinschaft.

Mithin wird der 11. September, den eine Mehrheit der Muslime sowie anti-amerikanische Kräfte in Europa der CIA und den Israelis zuschreiben, nicht als Angriff, sondern als ein Akt muslimischer Selbstverteidigung gegen amerikanische Aggression gewertet. Die islamische, öffentliche Meinung sieht dies auch als Beginn einer Kampagne aggressiver Islamophobie im Westen, dessen Antiterror-Maßnahmen sie als Angriffe auf die Muslime verdammt. Aus dieser Perspektive ist die Quelle des Konflikts nicht eine antiwestlich-djihadistische Ideologie, sondern die westliche Selbstverteidigung, die als antimuslimische Aggression zu betrachten ist - die Definitionen von Täter und Opfer sind vertauscht. Ungläubige erscheinen immer als schuldige Gegner des islamischen Friedens, indem sie die Option zwischen der Islamisierung ihres Landes, der Konversion oder des Dhimmitums ablehnen. Europa hat sich diese Sichtweise in Bezug auf Israel angeeignet, das durch seine bloße Existenz des Angriffs auf den Islam bezichtigt und zur Entschuldigung aufgerufen wird, wenn es faktisch Opfer des Djihad geworden ist. Die Europäer bekennen sich eifrig zur Djihadistentaktik gegen Israel, obwohl sie selbst Zielscheibe der gleichen Konzeption bzw. Ideologie sind, in der die Welt des Ungläubigen nur eine Art Strafaufschub im Zeitplan des Islam darstellt.

Damit werden zwei radikal unterschiedliche Sichtweisen der internationalen Beziehungen geschaffen. Während sich die europäische Integration auf das Streben nach Frieden, das säkulare Recht und die Gewaltenteilung gründet, erkennt man in der muslimischen Welt den Frieden nur als Unterwerfung oder Beseitigung des Gegners und dies in einem Kontext, in dem Religion, Recht und Politik nicht trennbar sind. Dies wird dadurch illustriert, dass die Muslimwelt und ihr Satellit, die Europäische Union, im israelisch-arabischen Konflikt den Staat Israel als Aggressor und Okkupator präsentieren, der faktisch allerdings zum Opfer im eigenen Lande wird. Aus dem gleichen Grund klagten Europa und die Muslimwelt statt des globalen Djihad in den aktuellen Konflikten lieber US-Präsident Bushs Antiterror-Politik an. Insofern verfolgt Europa eine auf Dauer selbstmörderische Politik, die auf Leugnung (der politischen Realität - d. Übers.) beruht.

In Paragraph 23 der Deklaration der *Gemeinsamen Strategie* stellt die Europäische Union mit Blick auf die Mittelmeer-Partner, also die arabo-islamischen Länder und Israel, fest:

> Die EU wird die Mittelmeer-Partner weiterhin ermutigen, sich an die internationalen Konventionen der UNO zum Terrorismus zu halten und dem Grundsatz zu folgen, nach dem der Kampf gegen den Terrorismus sich fest auf die Prinzipien des internationalen Rechts und den Respekt vor den Menschenrechten gründen muss.

Wie inzwischen geläufig, erkennen die arabo-muslimischen Partner indessen nur Menschenrechte und Gesetze an, die sich im Einklang mit der Scharia befinden. Nominell stimmen sie den UN-Konventionen zu, soweit sie den Zielen des Islam dienen. Die westlichen Prinzipien des internationalen Rechts und der Menschenrechte sind jedoch nicht kompatibel mit den Vorschriften der Scharia in den muslimischen Ländern. Darüber hinaus gibt es zwischen den westlichen und islamischen Ländern keinen Einklang in der Definition des Terrorismus. Westler definieren Terrorismus als mörderische Attacken, die sich blind gegen zivile Bevölkerungen oder Individuen richten. Sie werden von kriminellen Banden verübt, die außerhalb anerkannter militärischer Formationen agieren und das Kriegsrecht missachten. Terrorismus gilt daher als inakzeptable Kriegführung.

In muslimischen Staaten beurteilt man Terrorismus nach Motiven, nicht nach seinen Methoden. Jede Unternehmung, die auf eine Ausweitung des Islamlandes abzielt, ist als „Widerstand" zu betrachten. In offiziellen OIC-Papieren werden palästinensische Djihadkämpfer, die inzwischen alle modernen Terrormethoden popularisiert haben, immer als „Widerständler" bezeichnet. Dagegen werden islamische Angriffe auf andere Muslime, z.B. in Irak, Afghanistan, Pakistan, Marokko, Algerien oder andere Muslimländer als Terrorismus geführt. Mit anderen Worten: Terrorismus wird nach (isla-

mischen - d. Übers.) Motiven festgelegt und entsteht nicht durch die Verletzung universal-humanitärer Gesetze. In Bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt ist diese Definition allgemein akzeptiert, indem Europa die Antiterror-Maßnahmen zur Verteidigung Israels als aggressiv oder unangemessen verurteilt.

Stolz auf seinen eigenen Einigungsprozess, nutzt Europa ihn als Modell für die Mittelmeerpolitik, in der Hoffnung, damit eine Form des Römisch-Byzantinischen Imperiums wieder herzustellen, das einst die mediterranen Küsten in einer einzigen Zivilisation vereinte. Mit seiner einbahnigen Immigrationspolitik restauriert Europa dagegen konkret das arabische Reich im westlichen und das osmanische im östlichen Mittelmeer. Indem man in großem Stil eine muslimische Immigration nach Europa betreibt, bestimmt die Strategie zur Entschärfung des Djihad die gesamte Innen- und Außenpolitik.

11. Die Europäische Union, Multilateralismus und internationale Organisationen

Um zugunsten des Multilateralismus die Macht Amerikas zu schwächen, ist die EU seit den 1990er Jahren mit der Förderung von Projekten und Initiativen beschäftigt, die den Einfluss internationaler Organisationen erweitern - UNO, UNESCO, Arabische Liga, Muslimische Weltliga, OIC und andere - und damit an mächtigen, auf Weltbeherrschung ausgelegten Netzwerken knüpfen. Die multilaterale Strategie ist ein Ableger inoffizieller Vereinbarungen, die seit 1973 getroffen wurden, durch Bündnisse, welche die Europäische Gemeinschaft mit und in Treue zu arabischen Diktaturen und Terror-Organisationen geschlossen hat, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Die Immigration sollte die Symbiose von Bevölkerungen und Kulturen sowie die Vereinigung beider Mittelmeerküsten fördern und eine neue Zivilisation auf dem islamo-christlichen Kontinent Eurabia schaffen.

Diese Strategie, verbunden mit massiver Finanzierung der ökonomischen Entwicklung arabischer Länder, operierte über machtvolle, staatsgestützte Netzwerke, um zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Europa und Arabien auf allen Ebenen und in allen Bereichen zu kommen. In den 1950er und 1960er Jahren bildete die globale Nazi-Diaspora, speziell im Nahen Osten, sozusagen das Getriebe dieser auf hohem Niveau, gleichwohl diskret funktionierenden Verbindungen. Als Banker, Unternehmer, Diplomaten, Juristen, Akademiker, Journalisten und Politiker, sogar - wie im Falle der Interpol - bis zur Spitze aufsteigend, oft auch zum Islam konvertiert, verfolgten diese früheren Offiziellen nun gemeinsame Ziele mit ihren islamischen Verbündeten. Die Nachkriegsregierungen wussten diese Verbindungen vorsichtig zu nutzen, um ihre Beziehungen zur Muslimwelt zu verbessern.

Während sie die europäische Einigung im Spektrum ökonomischer, sozialer, monetärer, rechtlicher und bildungstechnischer Bereiche betrieb, suchte die Union nach einer gemeinsamen Außenpolitik, die sie auf eine vergleichbare Ebene mit den Großmächten stellen konnte. Dazu setzte sich Europa für ein internationales Ordnungssystem auf Basis eines Regelwerks ein, das internationale Organisationen, wie in der CSFP-Anleitung festgelegt, ganz allgemein anwenden sollten:

> Insgesamt ist es die Förderung einer internationalen Ordnung, gestützt auf einem wirksamen Multilateralismus, auf internationalen Institutionen (vor allem den Vereinten Nationen) und auf regionalen Organisationen, die das Herz der Europäischen Sicherheitsstrategie bildet.[52]

Die EU erklärte dazu:

> Unser Ziel ist die Entwicklung einer stärkeren internationalen Gesellschaft, gut funktionierender, internationaler Institutionen und einer geregelten internationalen Ordnung ... Die UN zu stärken, sie so auszustatten, dass sie ihre Verantwortlichkeiten erfüllen und wirkungsvoll agieren kann, bildet eine europäische Priorität.[53]

Ein vorrangiges Ziel Europas ist also die Stärkung der Vereinten Nationen, wobei es zur multilateralen EU-Politik gehört, die Macht Amerikas zu untergraben.[54] In einem Dokument vom 12. Dezember 2003, das Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU (HR) für Außenpolitik autorisiert hat, aber nicht im Offiziellen Journal veröffentlicht wurde, stellt die EU fest, dass ihre Strategie darauf abzielt,

> ein sicheres Europa in einer besseren Welt zu erreichen, dabei die Bedrohungen der Union zu identifizieren sowie die strategischen Ziele und die politischen Implikationen für Europa festzulegen.[55]

In seiner Brüsseler Sitzung am 12./13. Dezember 2003 stimmte der Ministerrat der EU diesem Programm zu. Neben anderen Maßnahmen plante der HR die Promotion einer „internationalen Ordnung, die sich auf einen effektiven Multilateralismus stützt". Daher wird die EU-Strategie auf internationaler Ebene weiter ausgeformt:

> Die Union beabsichtigt, eine stärkere internationale Gesellschaft zu entwickeln, gut funktionierende internationale Institutionen - wie die Vereinten Nationen, deren Charta den fundamentalen Rahmen für internationale Beziehungen bildet -

[52] Guide, 13, Klammern im Text.

[53] A Secure Europe in a Better World, 9.

[54] *Hubert Védrine*, früherer sozialistischer Außenminister, bezeichnete die USA wiederholt als Übermacht: „Paris erscheinen die USA wie eine Hyper-Power". The International Herald Tribune. 5. Februar 1999, www.nytimes.com/1999/02/05/news/05iht-france.t_0.html (Zugriff 21. September 2010).

[55] Europa, Aktivitäten der Europäischen Union, Zusammenfassungen der Gesetzgebung, europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_terrorism/r00004_en.htm (Zugriff 21. September 2010).

sowie eine geregelte internationale Ordnung. Der beste Schutz unserer Sicherheit ist eine Welt gut regierter demokratischer Staaten. Dies sollen die Politiken der Europäischen Union herbeiführen.[56]

Solana empfahl der EU, sich aktivere Politikformen anzueignen und erweiterte Verantwortlichkeiten zu übernehmen, die ihr eine ebenso erweiterte Autorität auf internationaler Ebene verleihen würden. Im Bemühen um verbesserte Kohärenz, die die Wirksamkeit der Strategie erhöhen sollte, fügte er diverse Handlungsmittel und Instrumente der EU zusammen, z.B. internationale Hilfsprogramme und diplomatische Bemühungen, mit dem Zweck, die EU zu einem Faktor von globalem Einfluss zu machen.

In diesem Kontext ist festzuhalten, dass die ehrgeizige EU-Politik, die vermehrte Macht in der Weltpolitik und in internationalen Körperschaften anstrebt, eine Reaktion auf wiederholte Forderungen der Partner in der Arabischen Liga darstellt. Indem sie den Imperiumsambitionen Europas schmeichelten, spornten die arabischen Staaten die Europäer an, mit den USA zu konkurrieren. Sie verleiteten sie zu Hoffnungen, einen mächtigen euro-arabischen Block auf der Solidarität mit den Palästinensern errichten zu können, deren Sache sich auf Werte des Djihad und konsequenterweise auf universale Eroberung gründet.

12. Europäische Union und Vereinte Nationen: Globale Herrschaft

Eine Mitteilung, die am 10. September 2003 auf der Europa-Website erschien, schrieb die EU-Ambitionen innerhalb der UN und die Mechanismen für die weitere Kooperation fort. Die Kommission, die seinerzeit von Romano Prodi geleitet wurde, bot ein Programm an, mit dem die EU den UN bei der Durchsetzung ihrer Beschlüsse helfen und die Globalherrschaft über eine internationale Gesellschaft aufrichten wollte.[57] Das Dokument erklärt, wie multilaterale Kooperation, als ein Grundprinzip der EU-Außenpolitik, die Handlungsmöglichkeiten dieser globalen Herrschaft entwickeln bzw. verbessern sollte.

Da die UN - dem Dokument zufolge - die Essenz der multilateralen Kooperation darstellen, besteht der Imperativ der EU in der Stärkung ihrer Au-

[56] Europa, Aktivitäten der Europäischen Union, Zusammenfassungen der Gesetzgebung.

[57] Kommunikation von der Kommission zum Ministerrat und Europaparlament, „The European Union and the United Nations: The Choice of Multilateralism", Brüssel, 9. Oktober 2003 [COM(2003) 526final, nicht veröffentlicht im Official Journal], 5. eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0526:FIN:EN:DOC (Zugriff 21. September 2010).

torität. Die Union sollte eine Führungsrolle in der Verhandlung und Durchführung von UN-Initiativen übernehmen und zu diesem Zweck Beiträge zur Ausarbeitung internationaler Instrumente leisten. Sie sollte die Spitzenfunktion der expansiven UN-Bewegung und -Formation ausüben, zusammen mit ihren Partnern, der „kritischen Masse", die man für die Verwirklichung der UN-Beschlüsse brauchte. Im Dokument wird erläutert:

> Die Herausforderung für die UN ist klar: Eine „Globale Herrschaft" wird schwach bleiben, wenn die multilateralen Institutionen nicht in der Lage sind, die effektive Implementation ihrer Beschlüsse und Normen zu gewährleisten - ob in der „Hochpolitik"-Sphäre der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik oder in der praktischen Durchführung von Verpflichtungen, die bei kürzlichen UN-Konferenzen im Sozial-, Wirtschafts- und Umweltbereich eingegangen wurden (S. 5).

> Die Rolle als Spitzenfunktionär beinhaltet die frühestmögliche Ratifikation von UN-Instrumenten durch die Mitgliedsstaaten (und wo angemessen, die Gemeinschaft) sowie die maßgebende und frühzeitige Durchführung von UN-Schlüsselmaßnahmen im EU-Rahmen - als demonstratives Beispiel und „sauberes Protokoll". Extern bedeutet dies, festzulegen, wo bestimmte mögliche Initiativen der UN genutzt und dort beschlossene Ziele weiterverfolgt werden. Zudem ist sicherzustellen, dass wichtige multilaterale Institutionen über die Mittel verfügen, effektive Ergebnisse produzieren zu können.

Dieses Vorgehen ungehemmter Unterstützung für die UN schließt ein, die nationale Souveränität und den demokratischen Prozess durch eine Verbindung von Staaten und Ideologien zu ersetzen, die sich häufig antidemokratisch auswirkt. Dennoch empfiehlt die Kommission, die EU-Partner in einer einzigen Politik zu vereinigen. Zu diesem Zweck soll die Union „die Praxis konsolidieren und bekräftigen, klare Orientierungsreferenzen, Richtlinien und Positionspapiere für ausgewählte UN-Veranstaltungen und -Sitzungen zu erstellen" (S. 19). Somit würde die EU innerhalb der UN mit einer Stimme sprechen. Javier Solana zufolge bestand eines der drei strategischen Ziele dieser Politik darin, „eine internationale Ordnung auf der Basis eines effektiven Multilateralismus zu bauen" (S. 4). In einer Ansprache im Europarat am 20 Juni 2003 in Saloniki führte er (mündlich) aus (nicht zur Veröffentlichung geeignet - d. Übers, [s.o. S. 42]):

> Der grundlegende Rahmen für internationale Beziehungen ist die Charta der Vereinten Nationen. Es muss eine europäische Priorität sein, die UN zu stärken und sie so auszustatten, dass sie ihre Verantwortlichkeiten erfüllen und wirksam agieren kann.[58]

Die Europäische Union schmeichelt sich der Fähigkeit, über ihre speziellen Verbindungen zu den 56 Muslimstaaten der OIC Einfluss auf die UN-

[58] Kommunikation von der Kommission zum Ministerrat und Europaparlament, ‚The European Union and the United Nations", 4.

Körperschaften und die Weltpolitik ausüben zu können. Dabei wirkte sie während der im Jahre 2000 von Arafat in Gang gesetzten Terrorkampagne energisch auf eine Vervielfältigung der UN-Verurteilungen von Israel hin.* Ohne Rücksicht auf die unvereinbaren Politiken im Westen und im Islam arbeitete die EU ständig an der Konstruktion von juristischen Mechanismen für die globale Herrschaft, obwohl deren normativer und verbindlicher Charakter von denjenigen Staaten abgelehnt wird, die nur die Scharia als die einzige legale Quelle von Recht und Politik anerkennen.

Mithin schwächte die EU die Verfassungsstaaten, indem sie deren Souveränität auf internationale Organisationen übertrug. Darüber hinaus braut sie transnationale Strukturen zusammen, die zukünftig ein weltweites Kalifat an die Macht bringen werden - als Ergebnis des Übergewichts der OIC in der UNO und in allen internationalen Organisationen, insbesondere vermittels der 118 Staaten im Non-Aligned Movement (NAM).** Mit Rücksicht auf die Djihad-Ideologie, die die Politik der Muslimländer und das islamische Strafrecht in Bezug auf Frauen, Abtrünnige und Nichtmuslime bestimmt, stellt sich die Frage, welche Motive die EU dazu bewegen, innerhalb der UN die Dominanz von Werten zu fördern, die im Gegensatz zu den Menschenrechten stehen. Indem sie ihr Äußerstes tut, durch den Aufbau einer UN-Gegenkraft die Macht Amerikas zu schwächen, ebnet die EU den Weg für die Beherrschung der UN durch ein universales Kalifat.

13. OlC-Politik: Dialog und Da'wa

Wie bereits erwähnt, ist die Organization of the Islamic Conference (OIC) eine Dachorganisation, die 1969 gegründet wurde und heute 56 muslimische bzw. mehrheitlich muslimische Staaten sowie die Autonomen Gebiete Palästinas zusammenfasst. Ihrem Repräsentanten zufolge macht sie die Zahl der Mitgliedsländer, die weiter steigen wird, nach den Vereinten

* Anm. d. Üb.: Mit steigender Tendenz verwenden die Vereinten Nationen ein Drittel ihrer Aktivitäten auf die Verurteilungen Israels, dessen Bevölkerung ein Tausendstel der Weltbevölkerung ausmacht (vgl. *Raddatz,* Allah und die Juden, 267 - Berlin 2007).

** Anm. d. Üb.: Das Non-Aligned-Movement, das 1961 von den Drittweltführern Tito, Nehru, Nasser, Nkrumah und Sukarno gegründet wurde, bestand 2011 aus 120 Mitglieds- und 17 Beobachterstaaten. Es basiert auf der „Universalität der Menschenrechte", indem es jede kulturelle Vereinheitlichung ablehnt, sondern Menschenrechte auf der Grundlage der Universalität einer jeweiligen Kultur fordert. Ein überzeugter Vertreter dieser Richtung war Muhammad Tantawi, bis zu seinem Tod (2011) Vorsitzender der NAM und als ehemaliger Großmufti Ägyptens auch exponierter Verfechter des Djihad, der Scharia, der Kairoer Menschenrechtsdeklaration und der Liquidierung Israels (vgl. *Raddatz,* Von Allah zum Terror?, 182, 282 - München 2002).

Nationen zur zweitgrößten Interregierungs-Organisation. Bei ihrem 11. Gipfeltreffen in Dakar am 13./14. März 2008 verabschiedete die OIC eine Charta, in der ihre Prinzipien und Ziele niedergelegt sind. Deren erstes propagiert die Vereinigung der Umma (islamische Weltgemeinschaft), die in der islamischen Religion und deren Werten wurzelt, und ruft zur Solidarität in der Verteidigung der islamischen Interessen und Streitfragen auf.

Die OIC scheint ihre Organisation dem Modell der EU nachgebildet zu haben, denn ihre Hauptorgane schließen ein: 1. einen Islamischen Gipfel, der sich aus Königen und Staatsoberhäuptern zusammensetzt und die höchste Autorität der Organisation bildet; 2. den Rat der Außenminister; 3. das Generalsekretariat, das als Exekutiv-Organ der OIC operiert. Seit ihrer Gründung hat die Organisation viele Komitees gebildet, die ihre Aktivitäten auf intermuslimischen und internationalen Ebenen in zahlreichen Bereichen koordinieren, vor allem in der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Religion, Wissenschaft, Bildung und in den Medien.

Am 4. Oktober 2005 hielt OIC-Generalsekretär Ekmeleddin Ihsanoglu eine Rede im Straßburger Europa-Parlament, dessen Delegierte er daran erinnerte, dass die OIC die größte internationale Organisation nach den Vereinten Nationen war (bzw. ist - d. Übers).[59] In klassischer Muslim-Manier bekräftigte er, dass der multikulturelle und interreligiöse Dialog aus dem Gefüge humaner Toleranz und islamischer Werte hervorging, grundgelegt vor vierzehn Jahrhunderten in der Gemeindeordnung von Medina und in der Abschiedspredigt des Propheten Muhammad. Seit ihrem Entstehen, so der Sekretär, „entwickelte sich die islamische Gesellschaft mit den Kernwerten des Respekts vor der Würde des Menschen, ohne Ansehen der Hautfarbe, Religion, sozialen Stellung oder ethnischen Herkunft". Er bestand darauf, dass die andalusische Kultur in Spanien und „das kulturelle Erbe der Osmanen auf dem Balkan die erfolgreichsten Beispiele für eine friedvolle Koexistenz der drei Religionen lieferten und glänzende Modelle für die Werte der Humanität hervorbrachten". Über vierzehn Jahrhunderte, fuhr Ihsanoglu fort, „entwickelten die Anhänger des Islam eine strahlende Zivilisation, die für die internationalen Werte der Menschenrechte stand, für Gerechtigkeit, Toleranz, Mitgefühl und friedliches Zusammenleben mit anderen Zivilisationen und Glaubensformen".

Natürlich lehnen Historiker solche Behauptungen ab, ebenso wie die zahlreichen Völker, die Opfer des arabischen bzw. osmanischen Jochs wurden, das Sklaverei, Dhimmitum und nicht selten Völkermord bedeutet. Allein im 20. Jahrhundert ließe sich auf die Genozide in der Türkei und im Irak an Armeniern, Griechen und Assyrern sowie an den Nichtmuslimen im

[59] Europarat, assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/Records/2005/E/0510041500E.htm#7 (Zugriff 21. September 2010).

Sudan verweisen; auf die wiederholte Ermordung von Juden und Kurden im Nahen Osten und in Nordafrika sowie von Christen in Ägypten und Indonesien. Man könnte sogar geltend machen, dass die Leugnung der Opfer und derjenigen, die unter dem Djihad und dem islamischen Imperialismus leiden, eine Art von Rassismus ist, der sie als Untermenschen behandelt.

Der Redner verbreitete sich über das klassische Thema des Transfers griechischer Wissenschaft, Philosophie und Künste aus dem Orient nach Europa, wobei er die byzantinische Übertragung völlig außer Acht ließ. Die muslimischen Beiträge, so Ihsanoglu, erwiesen klar die gemeinsamen Wurzeln und Quellen einer universalen Zivilisation, eine Thematik, die den Europäern durch die Programme der Anna-Lindh-Stiftung eingeschärft wird.[60] Nachdem er die Perfektion der islamischen Geschichte gerühmt hatte, schrieb der OIC-Repräsentant die islamischen Missstände den historischen und politischen Ungerechtigkeiten des Imperialismus und Kolonialismus sowie den ungelösten Fragen zu, an denen die muslimischen Opfer leiden, z.B. den ungerechten Grenzen und der illegalen Besetzung muslimischer Gebiete. Er beschwor die harte Behandlung der Palästinenser, ihr fortwährendes Elend, die fehlende Anerkennung ihrer Grundrechte, die noch darüber hinausgehende Ungerechtigkeiten herausgebildet hätten.

Legitimerweise sollte man sich hier fragen, auf welcher Basis eigentlich ein Dialog mit einer Person stattfinden könnte, die die freie Ansiedlung des jüdischen Volkes in einem kleinen Teil seines Stammlandes Israel als ein Unrecht unbeschreiblichen Ausmaßes ansieht, dagegen aber die muslimischen Invasionskriege in drei Kontinenten mit ständigen Abfolgen massiver Zerstörung, Plünderung, Enteignung, Versklavung und Massentötung als ethisches Modell betrachtet.

Ihsanoglu rief zu einer Wertegemeinschaft mit dem Westen auf, wenn dieser, befreit von alter und neuer Islamophobie, zur Kenntnis nehmen würde, dass der Islam von Anbeginn die besten Seiten der menschlichen Natur entwickelt hatte. Der Islam, fuhr er fort, „legte die Fundamente der Menschenrechte und Würde und machte seine Ansprüche auf die Herrschaft über die Werte der Gerechtigkeit und Gleichheit unter allen Lebewesen geltend … Über Jahrhunderte hat der Islam Prinzipien gelehrt, die später die Grundlagen für die internationale Gesetzgebung und das humanitäre Recht bildeten". Auf der Basis dieser Gemeinsamkeiten mit dem Westen argumentierte der Redner für einen offenen und kritischen Dialog. Ein solcher Austausch würde es ermöglichen, die Wurzeln der Missverständnisse und Konflikte anzusprechen, und zu einer Konvergenz der Meinungen und einem

[60] Zur Behauptung einer universalen Zivilisation im Gegensatz zu differenzierten Kulturentwicklungen siehe Kapitel II.

Pakt der Versöhnung führen. Um diese Ziele schließlich zu verwirklichen, schlug der OIC-Generalsekretär den Europäern die folgenden Schritte vor:

1. dem Islam die gleiche offizielle Anerkennung zu gewähren, die auch die anderen Hauptreligionen in den europäischen Staaten erfahren, was Vertrauen und interreligiöse Harmonie schaffen würde;
2. die Bildungsprogramme und Lehrpläne auf beiden Seiten und allen Ebenen zu revidieren, insbesondere in Schlüsseldisziplinen wie Geschichte, Philosophie, Human- und Sozialwissenschaften, mit dem Ziel einer ausgewogenen Perspektive auf andere Kulturen und Zivilisationen;
3. einen wirklichen interkulturellen Dialog einzurichten auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene in allen Formen der Medien, Berichterstattung und Literatur und „sogar in Cartoons";
4. Toleranz zu fördern und Diskussionen mit den Medien und Intellektuellen über deren Verantwortung zu ermutigen, „die Verewigung von Vorurteilen zu vermeiden";
5. Kampagnen zu entwickeln, die den Respekt vor Kultur, religiösen Pluralismus und kulturelle Diversität fördern und verbreiten;
6. die wurzelhaften Ursachen des Terrorismus anzusprechen, einschließlich der politischen Konflikte;
7. den Versuch zu starten, in der muslimischen Jugend Europas positive Gefühle der Zugehörigkeit und verantwortlicher Bürgerschaft zu wecken und ihr zusätzliche Anreize zu bieten, sich am Mainstream des öffentlichen Lebens zu beteiligen. Diese Anforderung bezieht sich auf das soziale und politische Engagement oder auch die „positive Diskriminierung";
8. die bestehende Gesetzgebung betreffend Hass verbrechen und Diskriminierung zu stärken, wie sie von den Direktiven des EU-Ministerrates eingeführt wurde.

Allerdings haben die Muslimländer ihrerseits diesen Katalog nicht implementiert, speziell dort nicht, wo noch religiöse und ethnische Minderheiten aus vorislamischer Zeit überlebt haben. Die Durchsetzung dieser Maßnahmen - vorgesehen für muslimische Immigranten in Europa - erforderte laut Ihsanoglu ein gemeinsames Vorgehen und strukturierte Kooperation zwischen dem Europarat und der OIC. Er hob anerkennend hervor, dass sich die OIC der wichtigen Arbeit bewusst sei, die über die letzten 50 Jahre im laufenden Dialog mit dem Europarat geleistet wurde. Er schloss mit der Bemerkung: „Muslime, Christen und Juden lebten über Jahrhunderte im Land des Islam friedlich miteinander und gaben der Welt ein Beispiel für die Brüderlichkeit im Glauben". Solche Behauptungen weichen freilich der Tatsache

aus, dass alle islamischen Gebiete einst nichtislamische Gebiete waren, in denen heute immer noch einige Restbestände verfolgter, einheimischer Gemeinschaften überleben - ein großartiges Programm für die Zukunft …

Wenngleich von den meisten Europäern unbemerkt, ging im Verlauf von drei Jahren jeder Vorschlag Ihsanoglus in den Kooperationsrahmen zwischen Europa und der OIC ein, die als Instrukteur in vielen euro-arabischen Seilschaften agiert. Letztere enthielten etliche frühere, nun wieder eingeschleuste Euro-Führungskräfte, die die aktuelle Situation schufen. Von ihren Bürgern abgelehnt, werden sie von ihren OIC-Freunden gerettet, weil sie ihnen die Tore Europas großmütig geöffnet haben.

14. OIC: Der Marsch ins universale Kalifat

Ende September 2005 lösten Muhammad-Karikaturen in der dänischen Zeitung *Jyllands Posten* eine Welle konzertierter Wut in der islamischen Welt aus, die die Euro-Führer in Angst und Schrecken versetzen sollte. Am 7./8. Dezember 2005 trafen die Oberhäupter der 56 OIC-Staaten zur 3. außerordentlichen Sitzung des Islamischen Gipfels in Mekka zusammen.[61] Sie prüften die Probleme der Islamophobie in Europa, die Rechte muslimischer Immigranten in nichtmuslimischen Gastgeberländern, die Dialogpolitik im Westen und Israel. Weitere Themen behandelten die wirtschaftliche und kulturelle Erholung der Muslimwelt, Bedenken hinsichtlich deren Solidarität und das einheitliche Vorgehen in der globalen Geopolitik.

Die auf diesem Gipfel in Mekka versammelten Weisen und Gelehrten gaben vor allem ihrer Sorge über die Islamophobie in westlichen Ländern Ausdruck, die sie mit Formen von Diskriminierung und Rassismus gleichsetzten.[62] Sie „betonten die Notwendigkeit, sie zu bekämpfen und auszurotten als ein Verfahren, das die Qualität des gegenseitigen Verstehens zwischen verschiedenen Kulturen verbessert". Sie forderten den Westen auf, „Gesetze gegen die Islamophobie zu erlassen sowie zu ihrer Bekämpfung bildungstechnische und mediale Kanäle nutzbar zu machen". Ihre Empfehlungen enthielten „eine verbesserte Koordination zwischen der OIC und zivilgesellschaftlichen Gruppen im Westen, um gegen das Phänomen vorzugehen" (§ 11). Diese Vorschläge konnten kaum besser ins Konzept der

[61] www.oic-oci.org/ex-summit/english/prep-docs.htm (Zugriff 21. September 2010).

[62] Dritte außerordentliche Sitzung, Bericht des Generalsekretärs, „New Vision for the Muslim World: Solidarity in Action" („Neue Perspektive für die muslimische Welt: Solidarität in Aktion"), vorgetragen in der dritten außerordentlichen Sitzung der Islamischen Gipfelkonferenz, www.oic-oci.org/ex-summit/english/sg-report.htm (Zugriff 21. September 2010).

vielen Bündnisse im euro-arabischen Dialog passen, der von der Europäischen Kommission und der OIC gemeinsam vorangetrieben wird.

In seinem Bericht verlangte Generalsekretär Ihsanoglu nach der Solidarität der OIC - des Organs, das die gesamte Muslimwelt repräsentiert - mit den islamischen Minderheiten in „Non-OIC-Staaten", d.h. also in nichtmuslimischen Ländern (§ 5). Die am Gipfel teilnehmenden Gelehrten hatten die Polit- und Menschenrechte dieser Minderheiten untersucht und damit auch die „Herausforderungen, mit denen sie in ihren Aufenthaltsländern konfrontiert" waren (§ 12). Indem sie im Namen dieser Minderheiten auftraten, bestanden sie auf deren Grundrechtsansprüchen, inklusive Schutz ihrer kulturellen Identität, Respekt vor ihren Gesetzen, Beteiligung am Aufbau ihrer jeweiligen nationalen Identität sowie Schutz vor jeder Form der Diskriminierung, Unterdrückung und Ausgrenzung.

Die islamischen Gelehrten unterstrichen die Notwendigkeit, die Bemühungen um die Bewahrung des muslimischen Kulturerbes in nichtmuslimischen Ländern zu koordinieren und zu beschleunigen. Sie forderten daher die OIC auf, die kulturellen und religiösen Rechte sowie die Kulturidentität der muslimischen Immigranten zu schützen (§ 49). Ebenso empfahlen sie erneut, den Kampf gegen die Islamophobie zu internationalisieren - durch die Kooperation zwischen der OIC und anderen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, dem Europarat, der OSZE, der Afrikanischen Union etc. (§ 12) - um den Schutz islamischer Minderheiten und ihrer Identität in der westlichen Diaspora zu sichern. Dabei ist es der Erinnerung wert, dass die OIC-Länder dieselben historischen und kulturellen Rechte den indigenen Religionsminderheiten aus vorislamischer Zeit auf ihrem Gebiet verweigern, das nach der historischen Eroberung islamisiert wurde.

In seinem Bericht über die Empfehlungen der diversen Kommissionen betonte Ihsanoglu den vorrangigen Bedarf an islamischer Solidarität und Aktivität in allen politischen, wirtschaftlichen und religiösen Bereichen. Seiner Erklärung zufolge impliziere wahre Solidarität notwendigerweise die Stärkung von Institutionen und die tiefe Überzeugung einer Gemeinschaft, deren Bestimmung auf gemeinsamen Werten gründe, wie sie in Koran und Sünna formuliert seien (§ 4), und die Randbedingungen der guten Islamherrschaft hervorbrächten (§ 7).

Hinsichtlich des Terrorismus erhob er den Anspruch, dessen wurzelhafte Ursachen offen anzusprechen, aber militärische Operationen auszuschließen, weil sie nur neue Gewalt erzeugten (§ 10). Fremdbesatzung durch Selbstverteidigung zu bekämpfen, bedeute indes, wie die OIC immer wieder behauptete, keinen Terrorismus. Darüber hinaus sollte sich jeder Verbindung zwischen Islam, Muslimen und Terrorismus widersetzt werden. Diese Sicht-

weise wurde offensichtlich von der klassischen Djihadtheorie diktiert, der zufolge die Selbstverteidigung von Nichtmuslimen als Angriff zu gelten hat, der allerdings durch Unterwerfung vermieden werden kann.

Natürlich wurde das schädliche Potential der westlichen Medienmacht untersucht, das sich allerdings auch als Mittel nutzen ließ, „um ein positives Bild des Islam zu entwerfen und die Interessen der Umma zu fördern" (§ 13). Im als unabdingbar betrachteten Dialog der Zivilisationen sollte die OIC eine zentrale Rolle spielen, indem sie auf der Prüfung von Texten und Lehrinhalten im Westen bestand. Zwar war die Fortsetzung des Dialogs wichtig, doch bedurfte es der Gleichheit der Partner, gegenseitigen Respekts sowie der Reziprozität und Würde.

Die OIC-Konferenz plante ein „Zehnjahres-Aktionsprogramm", das die Innenpolitik der globalen Umma sowie deren Außenpolitik mit nichtmuslimischen Nationen festlegen sollte. Die Planung verlangt, die islamische Solidarität zu stärken, um den Muslimen zu ermöglichen, in der internationalen Politik mit einer Stimme zu sprechen.[63] Dabei wird erneut der Kampf gegen die Islamophobie empfohlen, die bekanntlich dem Rassismus gleichkommt. Um diese Fehlentwicklung erfolgreich zu kriminalisieren, sollten die westlichen Staaten ihren Einfluss auf die internationalen Organisationen geltend machen. Zudem würde sich die OIC um eine UN-Resolution bemühen, welche die Islamophobie verbietet und die Mitgliedsstaaten auffordert, passende Gesetze zu erlassen und mit abschreckenden Sanktionen zu verbinden.

Das Abschlusskommunique des Zehnjahresprogramms schlug vor, die westlichen Medien zu nutzen, um die Sache der Umma zu fördern und die islamischen Werte aufrecht zu erhalten. Ebenso bekräftigte es die Verpflichtung der OIC zur Solidarität mit muslimischen Minderheiten in nichtmuslimischen Ländern. Um deren Rechte im Ausland zu garantieren, würde die Organisation mit internationalen und regionalen Einrichtungen zusammenarbeiten. Daher wurden enge Kontakte zu den Regierungen der Gastgeberländer empfohlen, wobei sich die OIC auf den Dialog der Zivilisationen konzentrieren und die Religionen für eben den Dialog der Religionen sorgen sollten.

Im Abschlusskommunique zur Konferenz selbst[64] bestätigte man die Geltung der Kairoer Erklärung zu den islamischen Menschenrechten und be-

[63] Zehnjahres-Aktionsprogramm, um den Herausforderungen zu begegnen, mit denen die Muslim-Umma im 21. Jahrhundert konfrontiert ist, www.oic-oci.org/ex-summit/english/ 10-years-plan.htm (Zugriff 21. September 2010).

[64] Abschlusskommunique der dritten außerordentlichen Sitzung der Islamischen Gipfelkonferenz - „Meeting the challenges of the 21. Century, solidarity in action" („Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Solidarität in Aktion"),

tonte, wie dringlich die Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft sei, um Israel Zwangsmaßnahmen aufzuerlegen. Es erneuerte frühere Resolutionen und Beschlüsse der OIC zu Jammu und Kaschmir, Indien, Zypern, Nagorno-Karabakh und Somalia und hob die Solidarität mit der gerechten Sache der Muslime in diesen Ländern hervor (§ 5). Fünf Jahre später erschien es wissenswert, wie viele dieser OIC-Projekte von der EU und internationalen Organisationen übernommen wurden.

Ebenso verurteilte die Konferenz im Dezember den Kampf gegen den Terrorismus, der mit ausschließlich militärischen Mitteln geführt wird. In der Annahme, dass dies nur die Gewalt intensivieren würde, vertrat man den Standpunkt, sich eher mit den „tieferen Ursachen" zu befassen (§ 10).[65] Die EU stimmte der OIC-Position zu und legte ihrer Politik und Anti-Bush-Propaganda die Verurteilung des militärischen Kampfes gegen Terrorismus zugrunde, wobei sie mit Nachdruck dessen „tiefere Ursachen" hervorhob. Weiter oben wurde bereits erwähnt, dass im Jahre 1972 anlässlich des palästinensischen Massakers an den israelischen Sportlern dieselben Argumente vom Ex-Nazi-Führungspersonal der Interpol vorgetragen wurden. Sie dienten jahrzehntelang als Vorwand, den PLO-Terrorismus zu ignorieren - wie auch als eine Art Refrain im Chor der Chirac, Prodi, Chris Patten und anderer, um dem Opfer - Israel - die Schuld zuzuschieben. Offensichtlich sucht man damit die Verteidigung im Krieg gegen den Terrorismus zu neutralisieren und sie durch politische Kapitulation zu ersetzen. Die OIC betonte die Unzulässigkeit aller Versuche, eine Verbindung zwischen Terrorismus und Islam bzw. Muslimen herzustellen - ein Grundsatz, der nachdrücklich von der EU und Präsident Bush vertreten und kürzlich von den Vereinigten Staaten vorbehaltlos bestätigt wurde.

Ihsanoglu hatte Solana aufgefordert, den Medien einen Code zu verordnen, der spezifische Sensibilitäten der Muslime berücksichtigte. Als Reaktion auf die islamischen Empfindlichkeiten erstellten die USA und die EU im März 2007 für ihre Diplomaten eine Liste verbotener Wörter, zu denen die Begriffe *Djihad, Fundamentalisten* und *islamischer Terrorismus* gehörten. Unter Barack Obama verlängerte sich diese Liste in einem Ausmaß, das zu Konfusion über Antiterror-Operationen führte, denn nun gab es keine Terroristen mehr, sondern nur noch „Aktivisten" und „Militante". Andererseits wurde das Wort „Siedler" zu einem generellen Begriff für Israelis. Laut Auskunft eines EU-Beamten wird das Lexikon der verbotenen Wörter mit dem Anspruch geheim gehalten, dass Vorsicht beim Gebrauch

www.Oic-oci.org/ex-summit/english/fc-exsumm-en,htm (Zugriff 21. September 2010).

[65] Dritte außerordentliche Sitzung, Bericht des Generalsekretärs, „Neue Vision für die muslimische Welt: Solidarität in Aktion".

bestimmter Begriffe geboten ist, um Terrorismus vorzubeugen.[66] Solches bedeutet, dass wenn die Europäer sich der Provokation von Muslimen, d.h. der schlechten Angewohnheit enthalten, deren heilige Glaubensinhalte herauszufordern, sie von Angriffen verschont blieben und Terrorismus gänzlich aufhören würde!

Seither beinhaltet der Kampf gegen den Terrorismus „Respekt" vor der Religion und den Bräuchen der muslimischen Immigranten sowie die Einübung einer klugen Sprache, die es vermeidet, sie zu reizen. Also gehört der Respekt vor dem Islam nun zum Sicherheitsarsenal der Europäer. Folglich berichtete 2008 ein Artikel der London *Times*, dass man staatliche Führungskräfte in Hunderten von Broschüren aus dem Jahre 2007 unterwies, wie sie über Terrorismus zu reden hatten, ohne die Muslime zu beleidigen. Eine von Beamten des Innenministeriums verfasste Anleitung legt nahe, die Wörter *muslimischer* bzw. *islamischer Terrorismus* zu meiden und stattdessen „gewaltsamer Extremismus" zu benutzen. Ebenso sollte vermieden werden, von westlichen bzw. muslimischen Gemeinschaften zu sprechen und durch „Diversitäten" zu ersetzen, weil sich ansonsten wieder die Vorstellung einer homogenen Muslimwelt verstärken könnte.[67] Solche Vorschläge erinnern an die der Anna-Lindh-Stiftung, die Europa und den Islam konzeptuell und geographisch in derselben Zivilisation verorten wollen (s.u. S. 164 ff.).

15. OIC-Vorschriften als Basis für interne westliche Regeln

(in Europa angewandte Empfehlungen -
Kursivierung durchgängig von der Autorin)

Ein weiteres Dokument des OIC-Gipfels in Mekka ist von besonderer Wichtigkeit, weil es Eurabiens Innenpolitik direkt beeinflusst. Es enthält eine Liste von Empfehlungen, die von einer Kommission prominenter Persönlichkeiten zur Genehmigung durch die OIC vorgetragen wurde. Obwohl es von muslimischen Gelehrten verfasst ist, würde dieses Dokument zu einer Art normativen Manifests für die europäische Innenpolitik, sollten sich die Euro-Regierungen die Vorschläge darin zueigen machen. Allerdings

[66] *Bruno Waterfield*, „Don't confuse Terrorism with Islam, says EU". Telegraph.co.uk, 31. März 2007, www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1547133/Dont-confuse-terrorism-with-islam-says-EU.html (Zugriff 21. September 2010). Siehe auch Ministerrat der Europäischen Union, Partial Declassification - Annex, register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st05/sto5469-re03ex01.en07.pdf (Zugriff 21. September 2010); und Europa-Parlament, Parlamentarische Fragen - Antwort, www.europarl.europa.eu/sides/getAHAnswers.do?reference-E-2007-3587&language-EN (Zugriff 21. September 2010).

[67] *Stephanie Coudron*, „Terrorism Phrase Book to Put Officials on Guard", *The Times*, London, 2. April 2008.

sind sie bereits heute mehrheitlich angenommen sowie in die Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union integriert.

Das Dokument[68] enthält Empfehlungen für die Innenpolitik, soweit Angelegenheiten der Umma betroffen sind, wie zum Beispiel Bekämpfung der Armut, Kinderarbeit, Analphabetismus, Anregung zu kreativem, innovativem und kritischem Denken innerhalb des Bildungssystems sowie zum Kampf gegen religiösen Extremismus und Terrorismus. In Bezug auf die Außenpolitik der OIC-Mitgliedsländer befürwortet es eine Reihe von kurz-, mittel- und langfristig ausgerichteten Maßnahmen, die nachfolgend thematisch gegliedert sind.

OIC-Empfehlungen zu internationalen Organisationen

1. *die OIC-Beziehungen zu internationalen und regionalen Organisationen zu stärken* und sie zu nutzen, um die Stimme des Islam zu verstärken und die Sache der Muslime voranzubringen;
2. die OIC-Mitgliedsstaaten anzutreiben, eine aktivere Rolle in internationalen Organisationen zu spielen. *Die OIC-Mitglieder sollten Kandidaten aus Mitgliedsländern für Positionen in internationalen Funktionen unterstützen',*
3. *auf eine aktivere Koordination zu drängen,* um die gerechte Sache der Muslime in besetzten Gebieten zu fördern.

OIC-Empfehlungen zu internationalen Beziehungen

1. die bestehende EU-OIC-Verbindung weiter zu festigen sowie die Beziehungen und Dialoge der OIC mit Japan, Korea, China, Südamerika mit Macht voranzutreiben;
2. die OIC zur Entwicklung eines standardisierten Grundschul-Lehrplans anzuregen, um alle Vorurteile untereinander (Muslimländer) zu beseitigen; den Generalsekretär zur Forderung an die westlichen Länder zu veranlassen, die Voreingenommenheit gegen Islam und Muslime aus den Lehrplänen zu entfernen;
3. sich darum zu bemühen, die Situation der Muslim-Gemeinden und -Minderheiten in den Non-OIC-Ländern zu verbessern;
4. die moralische Verpflichtung der Westmächte anzusprechen, die direkt oder indirekt dazu beigetragen haben, dass Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Aggression und endlose Dispute die Muslime in Mitleidenschaft zogen; und mitzuhelfen, dass die sozio-ökonomischen Standards der armen Länder im Süden angehoben werden;

[68] „Recommendations of the OIC Commission of Eminent Persons (C.E.P.)", Saudi-Arabia, 5-6 Dhul-Qa'da 1426/7.8. Dezember 2005, www.oic-oci.org/ex-summit/english/em-persons-rep.htm (Zugriff 21. September 2010).

5. eine geeignete Umwelt bzw. Anreize für westliche bzw. ostasiatische Länder zu schaffen, ihre Hilfen, Finanzierungen und technologischen Knowhow-Transfers verfügbar zu machen, um die sozio-ökonomische Entwicklung der muslimischen Länder zu verbessern und zu beschleunigen;

6. *die positiven Impulse bekannt zu machen, welche die islamische Zivilisation in Spanien dem Westen,* der Humanität *durch Toleranz und friedliche Koexistenz* der drei abrahamitischen Religionen (Islam, Christentum, Judentum) sowie durch Gelehrte des Islam der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie gaben;

7. die westliche Führerschaft und Öffentlichkeit aufzuklären über a) *die positive Rolle des Islam im Aufstieg der modernen Zivilisation* und b) über deren *moralische Verpflichtung,* die sozio-ökonomische Entwicklung des Südens zu fördern;

8. somit auch den interreligiösen und interzivilisatorischen Dialog zwischen Orient und Okzident voranzubringen;

9. die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Gefahren zu lenken, die durch die Einflüsse von Zionismus, Neo-Konservatismus, aggressiv-christlichen Evangelikaiismus, jüdischen bzw. hinduistischen Extremismus auf die internationalen Angelegenheiten entstehen, damit auch auf den „Krieg gegen Terrorismus";

10. die Prinzipien internationaler Solidarität zu verankern, um die wirtschaftliche und kulturelle Trennung zwischen Reich und Arm, Nord und Süd zu überbrücken;

11. die Vorstellung vom friedlichen Djihad in seinen vielen Dimensionen zu fördern, z.B. als Djihad in der Ökonomie, Bildung, Intellektualität, Ökologie, Moral oder auch als Djihad gegen Armut, Verbrechen, Drogen, AIDS etc.

12. sowohl Konfrontation als auch Kapitulation im Umgang mit westlichen Kräften zu vermeiden;

13. die Großmächte zu überreden, die wurzelhaften Ursachen des Terrorismus anzusprechen, sowie eine intensivere Koordination in der OIC anzustreben, um den Terrorismus zu bekämpfen (zwischen Muslimen?);

14. die Gleichsetzung des Islam mit Terrorismus zurückzuweisen;

15. die Idee zu fördern, dass die Kampagne gegen Terrorismus nur mit umfassenden und ausgewogenen Maßnahmen Erfolg haben kann, speziell indem Armut, Intoleranz, Ungerechtigkeit und Fremdbesatzung offen als einige der Basisursachen für Terrorismus benannt werden;

16. ein glänzendes, gleichwohl ausgewogenes Bild der wahren Werte und Prinzipien des Islam *durch alle zu Gebote stehenden Mittel und Kanäle* zu fördern;

17. Bücher zu publizieren über die zivilisatorischen Vermächtnisse des Islam in Spanien, auf dem Balkan, in Zentral- und Südasien und anderen Weltgegenden, die den *Focus auf Toleranz und interreligiöse Harmonie,* die Wirtschaftsentwicklung der Muslime und *ihre Beiträge zur modernen Wissenschaft und Technologie* lenken;

18. die positiven Aspekte der Scharia zu fördern und zu propagieren, insofern sie kompatibel mit Modernität und Modernisierung sind, was klar von negativen und abschreckenden Aspekten zu unterscheiden ist;
19. Forschungsstudien zu betreiben, die unter Beweis stellen, dass islamische Werte und Prinzipien sich nicht im Konflikt, sondern in Übereinstimmung mit den menschlichen Werten befinden, wie sie im internationalen Diskurs gebräuchlich sind;
20. die islamischen Prinzipien des Respekts vor kulturellem, religiösem und zivilisatorischem Pluralismus zu propagieren, ebenso wie die Praxis, über die Zeitalter hinweg an diesen Prinzipien festzuhalten. Dabei sollte herausgestellt werden, dass die muslimischen Denker *im Religionsvergleich* auch *Pioniere des Dialogs zwischen den Zivilisationen* waren.[69]

Im Medienbereich:

1. die Förderung von Islam und Muslimen zu betreiben als eine zeitgenössische Zivilisation, welche die Diversität der Kulturen, Religionen und Zivilisationen anerkennt und respektiert;
2. die Kräfte zu bündeln, um der anti-islamischen Propaganda in den internationalen Medien entgegen zu wirken;
3. Überlegungen über eine angemessene Medienstrategie anzustellen, einschließlich der Anwerbung professioneller Organisationen, um das Image von Islam und Muslimen im Westen und im Rest der Welt zu verbessern;
4. internationale Journalisten für den intellektuellen und humanistischen Austausch zu engagieren;
5. die Universalität der Lehren und Werte des Islam weltweit zu verbreiten.

Diese Vorschläge sind erfolgreich implementiert worden in internationalen und regionalen Organisationen, die weltweit islamische Interessen vertreten. Eine Spezialität ist dabei die unablässige Verdammung von Islamophobie in der UN-Vollversammlung und -Menschenrechtskommission, aber auch die globale Verurteilung der israelischen Selbstverteidigung („Cast Lead") in Gaza (Januar 2009), die weltweite Unterstützung für die pseudohumanitäre Pro-Hamas-Flotilla und der Boykottkrieg gegen Israel, unterstützt von der Group of Eiders unter Führung des früheren Erzbischofs Desmond Tutu. Nachfolgend wird untersucht, wie man weitere Beschlüsse im Westen durchgesetzt hat.

[69] Diese Aussage stammt vom Palästinenser Ismail Raji al-Faruqi, s. *Bat Ye'or*, Eurabia, 221.

16. Die OIC-Konferenzen: Djidda (2006), Dakar (2008), Kampala (2008)

Am 15. März 2006 führte das Exekutivkomitee der OIC die erste Ministerkonferenz in Djidda durch.[70] Auf der Agenda standen neben anderen Themen die diffamierenden Cartoons von Dänemark, das Palästina-Problem und die Lage im Irak. Hinsichtlich der Karikaturen erklärte die Konferenz, dass dazu die Schlussfolgerungen der EU-Außenminister auf ihrer Ratssitzung am 27. Februar 2006 für die Welt des Islam äußerst enttäuschend ausgefallen seien. Man beklagte sich, der Rat habe lediglich Notiz davon genommen, dass „Freiheiten mit Verantwortlichkeiten" einhergehen, und „die Meinungsfreiheit in einem Geist des Respekts vor religiösen Glaubensformen und anderen Überzeugungen ausgeübt werden sollte. Gegenseitige Toleranz und Respekt sind universale Werte, die wir alle hochhalten sollten". Die OIC-Minister bedauerten, dass der EU-Rat in seine Planungen keine Maßnahmen einbezog, die eine Wiederholung solcher diffamierenden Akte in der Zukunft verhinderten.[71]

Das Ministerkomitee in Djidda entschied, dass die OIC-Mitgliedsstaaten und der Generalsekretär sich darum bemühen sollten, die folgenden Ziele zu erreichen:

1. Annahme einer Resolution in der 61. Sitzung der UN-Vollversammlung, der zufolge die Diffamierung von Religionen und religiösen Symbolen, Gotteslästerung und Verunglimpfung der Propheten zu ächten und beleidigende Handlungen für die Zukunft zu verhindern waren.
2. Planung einer globalen Strategie zur Prävention religiöser Diffamierungen sowie die Einrichtung eines angemessenen und effizienten Maßnahmenkatalogs.
3. Intensivierung der Kontakte zur internationalen Gemeinschaft, insbesondere Europa, zum EU-OIC Joint Forum und zur Allianz der Zivilisationen, um deren Dialog zu beleben.

Das Komitee beschloss, noch engere Kontakte zur internationalen Gemeinschaft zu knüpfen, speziell zu EU-Ländern und internationalen Organi-

[70] OIC, The Executive Committee Meetings, www.oic-oci.org/page_detail.asp?p_id=193 (Zugriff 21. September 2010). Das OIC Exekutivkomitee setzt sich zusammen aus: a) die OIC-Gipfeltroika, die Malaysia, Qatar und Senegal umfasst; b) die OIC-Troika der Außenminister (ICFM) - aus dem Jemen, der Türkei und Aserbeidjan; c) der Außenminister von Saudi-Arabien als Gastgeberland und d) der OIC-Generalsekretär.

[71] Abschlusskommunique, verabschiedet von der ersten Ministerkonferenz des Exekutivkomitees der Organization of the Islamic Conference (OIC-Troikas), Djidda - Königreich Saudi-Arabien, 15. Safar 1427/15. März 2006, § 7, www.oic-oci.org/english/conf/exec/OIC%20-%20En.pdf (Zugriff 21. September 2010).

sationen, um auf eine erweiterte Kooperation mit den Muslim-NGO's zu drängen. Diese sollten einen konstruktiven Dialog einleiten, ihre verlässlichen Dienste anbieten „und diese Absichten mit ihren europäischen Partnern verfolgen, um die wahren Werte des Islam sowie dessen tolerante und humanitäre Botschaft bekannt zu machen" (§ 8).

Hinsichtlich Palästinas empfahl das Komitee demokratische Wahlen in Gaza, die denn auch die Hamas an die Macht brachten (Januar 2006). In seiner üblicherweise rassistischen und diffamierenden Sprache gegenüber Israel, das fälschlicherweise des Angriffs auf islamische und christliche Heiligtümer bezichtigt wird, beschloss das Komitee, den Druck auf die internationale Gemeinschaft zu erhöhen, um die Maßnahmen gegen Israel zu verschärfen. Derweil setzte es die politische und materielle Unterstützung der Palästinenser fort, die somit weiter an der Errichtung ihres Staates arbeiten konnten, mit Jerusalem als Hauptstadt.

Im März 2008 traf die OIC-Gipfelkonferenz erneut zusammen, diesmal in Dakar, Senegal, und bestätigte die Richtlinien des Zehnjahres-Aktionsprogramms, das man im Dezember 2005 in Mekka verabschiedet hatte. Die Deklaration von Dakar[72] hebt als besonders wichtig hervor, die islamische Umma zu einer politischen Einheit zusammenzufassen, die sich auf gemeinsame Werte und Interessen gründet. In Dakar verkündeten die Staatsoberhäupter ihre Entschlossenheit, „sicherzustellen, dass die Anliegen der Umma Priorität genießen in Übereinstimmung mit den Resolutionen, die diesbezüglich von der Islamischen Konferenz und den Vereinten Nationen verabschiedet wurden". Diese Versicherung bezieht sich auf den Beschluss der OIC, Judäa und Samaria (West Bank) von Israel zu trennen, und den dreitausend Jahre alten Namen Jerusalem (Yerushalayim) durch *Al-Quds* zu ersetzen. Wie in den christlichen Ländern, deren gesamte vorislamische Geschichte vom Djihad gelöscht wurde, so wird auch die Islamisierung Israels schließlich die vorkoranische, jüdisch-christliche Geschichte unterdrücken.

Von eben dieser Weltregion, so die Erklärung der OIC, kamen die spirituellen Botschaften, „die für die Liebe zum Nächsten eintreten, was unsere strikte Loyalität zu den Werten des Islam deutlich macht, einer Religion des Friedens, die sämtliche Formen des Exklusivismus und Extremismus verbietet". Die Erklärung versäumt freilich zu erwähnen, dass das Gebot „Du wirst deinen Nachbarn lieben wie dich selbst" erstmals in der Hebräischen Bibel auftaucht (Leviticus 19:18) - nicht im Koran. Vielmehr drücken die Weigerung, die Legitimität Israels in seiner historischen Heimat

[72] OIC, 11. Sitzung der islamischen Gipfelkonferenz - Deklaration von Dakar, 13./14. März 2008, www.oic-oci.org/isll/english/DAKAR-DEC-llSUMMIT-E.pdf (Zugriff 21. September 2010).

anzuerkennen, und die Entschlossenheit, es mit Terrorismus auszutreiben, eben diesen rassistischen Exklusivismus und Extremismus aus.

Einmal mehr wird der Islamophobie der Kampf angesagt, mitsamt der Notwendigkeit eines Dialogs der Zivilisationen, der gegen sie angehen soll. Also wird das Konzept der islamischen Solidarität erneut bekräftigt:

> Hiermit erneuern die Führer der muslimischen Länder ihre Bürgschaft für das OIC-Ziel der Erhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt. Damit halten sie sich an die Schlüsselmission der Vereinten Nationen (sie) sowie an die internationale Legalität als allgemeine Regel ohne irgendwelche politischen Doppelstandards. Somit verkünden wir einmal mehr unsere Beschlussfassung, nämlich zu gewährleisten, dass sich alle Anliegen der Umma gemäß den einschlägigen Resolutionen der OIC und UN durchsetzen (…)
>
> Auf der Basis dieser tiefen Überzeugung erneuern wir, die Könige, Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Organisation der Islamischen Konferenz, unsere Verpflichtung, noch härter daran zu arbeiten, dass das wahre Bild des Islam weltweit besser geschützt wird. Und dies im Einklang mit den Richtlinien des Zehnjahres-Aktionsprogramms, die vom Dritten Außerordentlichen Gipfel im geheiligten Mekka herausgegeben wurden und *eine Islamophobie bekämpfen, die nach der Verzerrung unserer Religion trachtet* (Kursivierung v. Übers.).
>
> Folgerichtig hören wir nicht auf, mit Nachdruck alle Formen von Extremismus und Dogmatismus zu verdammen, die nicht kompatibel mit dem Islam sind, einer Religion der Mäßigung und friedvollen Koexistenz. Es ist dieser Wesenszug, der uns den Dialog der Zivilisationen unterstützen lässt. Nach unserer Überzeugung ist es daher wichtig, entsprechend solcher Richtlinien eine vorbereitende Phase zu planen, indem eine internationale Konferenz über den Islamisch-Christlichen Dialog organisiert wird, an dem neben anderen Akteuren auch Regierungen teilnehmen.

Die Synode vom Oktober 2010, die Vatikan und Ostkirchen versammelte, sollte ein Schritt in dieser muslimisch-christlichen Begegnung sein. Die Glorifikation der islamischen Vollkommenheit durchdringt die Resolution von Dakar, die wie eine Flagge des Islam über der Welt gehisst wird:

> Wir sind stolz, der gesamten Welt einmal mehr zu verkünden, dass sich die Umma angesichts der Herausforderungen in der glücklichen Lage befindet, in des Heiligen Koran erhabenen Lehren die richtigen Lösungen für die Probleme zu finden, die derzeit die Gesellschaften bedrängen. Der Islam, eine Religion der totalen Hingabe an Allah, den Allmächtigen, ist auch ein unersetzlicher Träger des

* Anm. d. Übers.: Die Aussage ist hervorgehoben, weil sie die Islamophobie als *aktive Kraft* darstellt, während sie nach gängiger Interpretation der Psychologie eine *passive Reaktion* auf Gegenstände und Situationen ist, die zwar Methoden der persönlichen Angstbewältigung, aber keine Strategien der kollektiven Aggression entwickelt (Herder Lexikon der Psychologie II, 783 - Freiburg 1971; *E. Roudinesco/M. Plön,* Wörterbuch der Psychoanalyse, 795 f. - Wien/New York 2004). Insofern ist die weitere, rechtliche Behandlung des Begriffs geeignet, den Trend zum Totalitarismus zu kennzeichnen.

Fortschritts in dieser Welt, insofern seine Rettungsbotschaft alle Wendungen des Lebens umfasst.

Derlei politreligiöse Deklarationen, in denen die Religion alles durchdringt, sind im Juden- und Christentum undenkbar. Die Sättigung aller Lebensbereiche mit Islam vermehrt die Anpassungsprobleme in westlichen Gesellschaften, speziell für die von der OIC unterstützten Immigranten. Folgerichtig wird der Multikulturalismus zum Imperativ. Dabei bildet der Bezug zum Koran als einer Quelle, die Lösungen für alle Probleme spendet, ein Basisprinzip der Muslimbruderschaft. In einer Studie von 1997 schrieb der stellvertretende Vorsitzende, Muhammad Ma'mun al-Hudaybi:

Die zwei Quellen des Islam sind der Ruhmreiche Koran und die Sünna, welch letztere beides ist: eine theoretische Erklärung und eine praktische Anwendung des Ruhmreichen Koran. Diese beiden Quellen wurden zum einzigen Bezugspunkt für alles, was mit der Lebensordnung der muslimischen Person, Familie und Gemeinschaft verbunden ist. Gleiches gilt für den islamischen Staat und alle Aktivitäten der Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Kultur, Bildung, Gesetzgebung und Rechtsprechung. Der islamische Glaube und die Scharia haben das Individuum und die Gesellschaft geregelt, den Herrscher und die Beherrschten. Sie haben höchste Autorität, und weder ein Herrscher, noch ein beherrschtes Volk konnte jemals irgendetwas darin verändern.[73]

Generalsekretär E. Ihsanoglu bestätigte diesen Eindruck monolithischer Kraft in seiner Ansprache in Dakar (2006) - kurz vor den seinerzeitigen US-Kongresswahlen:

Das OIC-Generalsekretariat gab den Botschaftergruppen der OIC, speziell in Genf und New York, im Sinne besser koordinierter Aktivitäten größtmögliche Unterstützung. Mit tiefem Verständnis für ihre Verantwortung hat unsere Organisation die Rolle des legitimen Repräsentanten und einer Stimme der Muslimwelt in Fragen des Dialogs zwischen den Zivilisationen und Glaubensformen übernommen. *Ebenso bekämpft sie den gefährlich anwachsenden Trend zur Islamophobie durch dynamische Interaktion mit der internationalen Gemeinschaft* , speziell mit den UN, der OSZE, dem Europarat, der EU und mit westlichen Regierungen. Wir haben starke Verbindungen zu den Zentralen von „Think Tanks" in Europa und in den USA aufgebaut, um unsere Sichtweisen und Werte darzustellen und unsere Anliegen zu verteidigen. [Ebenso waren wir erfolgreich bei der Bündelung ihrer

[73] The Principles of the Muslim Brotherhood, www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=813&LevellD=2&SectionID=116 (Zugriff 3. Mai 2009).

* Anm. d. Übers.: Die Aussage ist hervorgehoben, weil sie die Islamophobie als *aktive Kraft* darstellt, während sie nach gängiger Interpretation der Psychologie eine *passive Reaktion* auf Gegenstände und Situationen ist, die zwar Methoden der persönlichen Angstbewältigung, aber keine Strategien der kollektiven Aggression entwickelt (Herder Lexikon der Psychologie II, 783 - Freiburg 1971; *E. Roudinesco/M. Plön*, Wörterbuch der Psychoanalyse, 795 f. - Wien/New York 2004). Insofern ist die weitere, rechtliche Behandlung des Begriffs geeignet, den Trend zum Totalitarismus zu kennzeichnen.

> Stimmen in internationalen Körperschaften, so dass die Muslime einen Block bilden, wenn es um Fragen von ausschlaggebender Bedeutung für die Umma geht]. Wir haben einen kommunikativen Brückenschlag vollzogen zu internationalen Medien und Pressezentralen, um die Stimme der Muslimwelt an die westlichen Gesellschaften speziell und die globale Öffentlichkeit allgemein zu richten.[74]

Laut Ihsanoglu ist es Israel, das fortlaufende Krisen provoziert, um den Friedenprozess zu blockieren. Es ist nicht die von den Gaza-Bewohnern gewählte Hamas, die ein Gelübde zur Zerstörung Israels ablegt und deren mörderische Charta zur Tötung aller Juden aufruft:

> Die Lage in Palästina bleibt aufgrund der von Israel fabrizierten Dauerkrise beklagenswert. Denn sie bezweckt, den Friedensprozess aufzuhalten und die vielen Friedenspläne und -Initiativen zu vereiteln, welche die internationale Gemeinschaft vorgeschlagen hat. Wir haben diese Praktiken verurteilt. Wir sind der festen Überzeugung, dass es unerlässlich wird, diese Angriffe und perfiden Verbrechen offiziell zu dokumentieren und die Täter vor internationale Rechtsautoritäten zu bringen, die - wie der Internationale Gerichtshof - für diese Art bislang straflos begangener Taten zuständig sind.

In Vorausnahme des Urteils* nahm dieser Beschluss seitens der Hamas die Form intensiver und wahlloser Raketenangriffe auf Israel an. Sie dauerten sieben Jahre und provozierten *Operation Cast Lead,* während derer bewaffnete Hamas-Kämpfer sich unter die Zivilbevölkerung mischten. Daher legte ein Komitee unter Vorsitz von Richter Goldstone im Oktober 2009 der UNO einen voreingenommenen Bericht vor, den er später selbst bedauerte.

Im Juni 2008 versammelten sich die OIC-Außenminister in Kampala, Uganda. Ihre Beschlüsse forderten den Rückzug Israels hinter die Waffenstillstandslinien von 1949[75] und bestätigten erneut die zentrale Bedeutung der Al-Quds-Frage für die Umma. Die Minister baten das OlC-Sekretariat

[74] www.oic-oci.org/isll/englisch/SG-speech-sum.pdf (eingesehen am 3. Mai 2009). Der Satz in Klammern kommt von der französischen Übersetzung desselben Zitats, das aber in der englischen fehlt.

[75] „Resolutionen zur Sache Palästinas, Die Stadt Al-Quds, die Erhabene, und der arabisch-israelische Konflikt", angenommen von der 35. Sitzung des Rats der Außenminister (Sitzung über Wohlstand und Entwicklung), Kampala, Republik von Uganda, 14.-16. Djumada al-Thani/1429H (18.-20. Juni 2008) Resolution Nr. 6/35-P zur Lage in Zypern, 15-18, www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35-CFM -%-PAL-RES-FINAL.pdf (Zugriff 3. Mai 2009).

* Anm. d. Üb.: Da westliche Gesetze inakzeptabel, also unwirksam sind und der OIC-Beschluss von höchsten Autoritäten kommt, nimmt er allmählich schariaähnlichen Charakter an, deren Regeln die Muslime zu Selbstjustiz berechtigen und auch die Euro-Rechtsprechung zu unterwandern beginnen. Im Rahmen der von der Autorin geschilderten Vorgänge stellen die Europäer die von ihnen selbst finanzierten Angriffe abnehmend in Frage, was sie - speziell in der UNO - zu einem schleichenden Präjudiz für das Verschwinden Israels macht (vgl. *Pedro Sanjuan,* Die UN-Gang, Springe 2006).

darum, Konferenzen und Seminare mit internationalen und regionalen Organisationen zu planen, die sich mit den historischen Grenzen des Islam und den Möglichkeiten befassten, wie sich die Versuche der „israelischen Besatzer", sie zu modifizieren, durchkreuzen ließen. Allerdings ist in Koran oder Sünna weder Jerusalem noch irgendeine andere Stadt oder Region in Palästina erwähnt. Nur die Bibel berichtet über die Geschichte dieses Landes, das mit dem Volk Israel verbunden ist und mehr als zwei Jahrtausende vor dem Koran und Muhammads Geburt beginnt. Diese Realität, in Europa bestens bekannt, sollte eigentlich verhindern, dass die Israelis als „Besatzer" von Jerusalem oder sonstiger Gegenden in ihrem Land bezeichnet werden.

In der Sitzung von 2008 erklärten die OIC-Minister ihre Unterstützung für den Beschluss der Arabischen Liga, Al-Quds als die arabische Kulturhauptstadt für das Jahr 2009 zu betrachten. Sie forderten den Vatikan, die Ostkirchen und andere christliche Gemeinschaften auf, sich nach dem Prinzip „Land für Frieden" am Kampf gegen die Judaisierung zu beteiligen Faktisch entspricht dieses Vorgehen dem Fundament des Djihad, indem den Nichtmuslimen der Frieden des Dhimmitums nur gewährt wird, wenn sie ihr Land den islamischen Aggressoren übergeben. Die hier zitierte Resolution 242 der UN-Voll **Versammlung** vom 29. November 1967 erwähnt keine „besetzten arabischen Gebiete" - eine später auftauchende Formulierung - noch fordert sie die Schaffung eines arabischen Palästina, noch erwähnt sie überhaupt das palästinensische Volk.

Die OIC-Minister riefen eine einschlägige Resolution Zypern betreffend in Erinnerung, die in der 31. Sitzung der islamischen Außenministerkonferenz (ICMFA) in Istanbul (14.-16. Juni 2004) angenommen worden war. Diese Entschließung genehmigte die Teilnahme des „türkisch-muslimischen Volkes von Zypern an der OIC unter dem Namen Türkisch-Zypriotischer Staat". Es ist offensichtlich, dass das Modell Palästina auch auf Zypern, Armenien, Kaschmir und andere Regionen Anwendung findet, die vom Islam erobert und anschließend von ihren vorislamischen, indigenen Völkern befreit wurden. Auf diese Weise wird seit 1968 die Kreation eines palästinensischen Volkes, die Inkarnation des arabisch-muslimischen Irredentismus, im Kontext der osmanischen Eroberung wiederholt. (Die Konferenz - d. Übers.)

bestätigt erneut die früheren Resolutionen der Islamischen Konferenzen zu der Zypernfrage, die ihre feste Unterstützung für die gerechte Sache des türkisch-muslimischen Volkes von Zypern als integralen Teil der islamischen Welt ausdrücken;

4. *fordert* die Mitgliedsstaaten auf, durch enge Verbindungen die effektive Solidarität mit dem türkisch-muslimischen Volk von Zypern zu stärken, im Hinblick auf materielle und politische Hilfe die unmenschliche, ihm aufgezwungene Isolation zu überwinden und ihre Kontakte in allen Bereichen zu verstärken und zu erweitern …

7. *bekräftigt* die frühere Entscheidung (bis das Zypernproblem gelöst ist), den gerechten Anspruch des türkisch-muslimischen Volkes von Zypern zu unterstützen, in allen internationalen Foren, in denen das Zypernproblem zur Sprache kommt, auf der Basis der Gleichheit beider Parteien in Zypern[76] gehört zu werden:

ist ernsthaft besorgt über die Aggression durch die Republik von Armenien gegen die Republik von Aserbeidjan, welche die Okkupation von etwa 20 Prozent aserbeidjanischen Territoriums zum Ergebnis hatte [...] - (und)

3. *verurteilt nachdrücklich* jegliche Plünderung und Zerstörung der archäologischen, kulturellen und religiösen Monumente in den besetzten Gebieten Aserbeidjans;

4. *verlangt* energisch die strikte Durchsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrats und den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug der armenischen Streitkräfte von allen besetzten aserbeidjanischen Gebieten, einschließlich der Nagorno-Karabakh-Region, und fordert Armenien nachdrücklich auf, die Souveränität und territoriale Integrität der Republik von Aserbeidjan zu respektieren;

7. *drängt alle* Staaten, von jeglichen Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung an Armenien Abstand zu nehmen, um dem Aggressor jegliche Möglichkeit zu entziehen, den Konflikt zu schüren und die Okkupation des azarbeidjanischen Gebiets fortzusetzen. Die Territorien der Mitgliedsstaaten sollten nicht für den Transit solcher Lieferungen nutzbar gemacht werden.[77]

Zum Thema Indien stellten die Minister den „indischen Versuch" fest, „den legitimen Freiheitskampf der Kaschmiris zu verleumden und als Terrorismus zu verunglimpfen", und verlangten, in den Dialogprozess zwischen Indien und Pakistan eingeschaltet zu werden. Sie forderten Indien auf, seine massiven Menschenrechtsverletzungen in den Staaten von Jammu und Kaschmir zu beenden; (die Konferenz - d. Übers.)

äußert Besorgnis über den alarmierenden Anstieg in der wahllosen Anwendung von Gewalt sowie die ungeheuerliche Verletzung von Menschenrechten (sie), die gegen unschuldige Kaschmiris verübt wird, und bedauert, dass es Indien dem Ermittlungsgremium der OIC nicht erlaubt, das von ihm besetzte Jammu bzw. Kaschmir zu besuchen, und mithin versäumt, die wertvolle Dienstofferte der OIC in Anspruch zu nehmen; (die Konferenz)

bedauert die Restriktionen, mit denen die indische Regierung die Bewegungsfreiheit der Kaschmir-Führer im IOK (von Indien okkupiertes Kaschmir) einschränkt;

[76] Oic/Cfm-35/2008/Pol/Res/Final, „Resolutions on Political Affairs" („Resolutionen zu politischen Angelegenheiten"), angenommen von der 35. Sitzung des Rats der Außenminister (Sitzung über Wohlstand und Entwicklung), Kampala, Republik Uganda, 14.-16. Djumada al-Thani/1429H (18.-20. Juni 2008) Resolution Nr. 6/35-P zur Lage in Zypern, 15-18, www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35-CFM-%-PAL-RES-FINAL.pdf (Zugriff 3. Mai 2009).

[77] Oic/Cfm-35/2008/Pol/Res/Final, „Resolutionen zu politischen Angelegenheiten", angenommen von der 35. Sitzung des Rats der Außenminister (Sitzung über Wohlstand und Entwicklung), Kampala, Republik von Uganda, 14.-16. Djumada al-Thani/1429H (18.-20. Juni 2008) Resolution Nr. 6/35-P zur Aggression der Republik Armenien gegen die Republik Aserbeidjan.

registriert mit Bedauern den indischen Versuch, den legitimen Freiheitskampf der Kashmiris zu verleumden und als Terrorismus zu verunglimpfen, und *würdigt* dabei, dass die Kaschmiris den Terrorismus in allen Ausdrucksformen verurteilen, den Staatsterrorismus inklusive [...];

fordert Indien auf, fortan die umfassenden und systematischen Verletzungen der kaschmirischen Menschenrechte zu beenden und eine unparteiische Untersuchung der offenen Frage von mehr als 1000 namenlosen, im Uri-Distrikt des IOK entdeckten Gräbern zuzulassen;

mahnt zudem Indiens Erlaubnis an, dass internationale Menschenrechtsgruppen und humanitäre Organisationen Jammu und Kaschmir besuchen;

bestätigt, dass politische Prozesse oder Wahlen, die unter Fremdbesatzung ablaufen, die Ausübung des Rechtes auf Selbstbestimmung durch das kaschmirische Volk nicht ersetzen können, wie es in den relevanten Sicherheitsratsbeschlüssen vorgesehen und in der Jahrtausenderklärung der UN-Vollversammlung erneut bekräftigt wird [...];

schlägt vor, dass die OIC die Herausgabe jährlicher Berichte über die Menschenrechtslage im von Indien besetzten Jammu und Kaschmir in Gang setzt;

empfiehlt, dass die Mitgliedsstaaten darin fortfahren, ihre Positionen in internationalen Foren zu koordinieren, und *beauftragt* die OIC-Kontaktgruppe für Jammu und Kaschmir, sowohl im Rahmen der OIC-Ministertreffen als auch im Jahresturnus zusammenzutreten, parallel zur Tagung der UN-Vollversammlung, der UN-Menschenrechtskommission sowie der Unterkommission für die Förderung und Bewahrung der Menschenrechte.[78]

Drei Monate später (Oktober 2008) wurde in Europa die Zweite Internationale Konferenz über Dialog und interkulturelle Bildung in Kopenhagen durchgeführt. Mitveranstalter waren das Dänische Zentrum für Kultur und Dialog, das dänische Außenministerium, die UNESCO, das OIC-Sekretariat, die ISESCO (Organisation für islamische Erziehung, Wissenschaft und Kultur), die Allianz der Zivilisationen, die Anna-Lindh-Stiftung und der Europarat. OIC-Generalsekretär Ihsanoglu äußerte die Hoffnung, dass die Konferenz eine neue Ära des interkulturellen Dialogs, der interreligiösen Verständigung und des konstruktiven Austauschs einleiten würde. Er erklärte, dass die Konferenzteilnahme der OIC eine Reaktion auf den intensiven Wunsch der Mitgliedsländer war, den anschwellenden Strom von Stereotypen, der Desinformation, des Vorurteils, der Diskriminierung und Intoleranz gegen die Muslime und ihre Religion einzudämmen. Sie hofften, die Quellen der Konfrontation zwischen Islam und Westen zu verringern oder ganz zu beseitigen, indem die interkulturellen und interreligiösen Dialoge

[78] Oic/Cfm-35/2008/Pol/Res/Final, „Resolutions on Political Affairs" („Resolutionen zu politischen Angelegenheiten"), angenommen von der 35. Sitzung des Rats der Außenminister (Sitzung über Wohlstand und Entwicklung), Kampala, Republik Uganda, 14.-16. Djumada al-Thani/1429H (18.-20. Juni 2008) Resolution Nr. 6/35-P zum Jammu-Kaschmir-Disput, 7-9.

in Zusammenarbeit mit westlichen Regierungen sowie internationalen und regionalen Organisationen genutzt würden.

Ihsanoglu betonte immer wieder, wie wichtig Erziehung und Menschenrechte für die OIC-Länder seien, ohne dabei klarzustellen, dass diese Rechte mit den Vorschriften der Scharia kompatibel sein müssen, wie es prinzipiell schon in Dakar bestätigt worden war. Ebenso bekräftigte er, dass die OIC-Länder die Menschenrechte und die Freiheit der Rede respektierten und die Provokation zu religiösem Hass auf nationaler Ebene verböten - eine Behauptung, deren Richtigkeit sich weder im Recht, noch in der Realität nachweisen lässt. Die Meinungsfreiheit, so der Generalsekretär, solle nicht als Alibi für Extremismus dienen, weder im Westen noch in der Muslimwelt, denn Extremisten stellten sich gegen Diversität und gemeinsame Bemühungen um den Frieden. Hinzu komme, dass Kooperation und Konsens in diesem Aspekt Mitgefühl, Respekt, Menschenrechte und internationales Recht erforderten Er zeigte sich optimistisch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Organisation für islamische Erziehung, Wissenschaft und Kultur (ISESCO)[79], mit der UNESCO sowie der Kooperation des Europarats mit dem Forschungszentrum für islamische Geschichte, Kunst und Kultur (IRCICA) im Bereich des Geschichtsunterrichts. Er führte weiter aus:

> Ich bin besonders an Projekten interessiert, die zur korrekten Beschreibung unserer gemeinsamen Vergangenheit führen und darüber aufklären, dass Islam kein Fremdkörper, sondern integraler Teil der europäischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in allen Feldern menschlichen Bemühens ist, und die zeigen, dass und wie die islamische Zivilisation und Kultur zum Entstehen des modernen Europa beigetragen haben.[80]

Seit 1967 ständig wiederholt, sind solche Vorschläge darauf ausgerichtet, Europa die Immigration als eine völlig berechtigte, legale Maßnahme aufzunötigen, die gesamte Kultur, Tradition und Rechtsprechung inklusive - kurz, der Islam findet in Europa zu sich selbst zurück. Daher gelten Europäer, die sich gegen diese Rückkehr sperren, als zu bekämpfende Islamophobe und Rassisten.

Ein Jahr später wurde Anders Fogh Rasmussen, früher Dänemarks Ministerpräsident, neuer NATO-Generalsekretär (1. August 2009). Die Türkei widersprach seiner Wahl unter dem Vorwand, er habe es abgelehnt, sich für die dänischen Karikaturen zu entschuldigen, obwohl er sie missbilligt hatte. Ankara gab die Opposition erst auf, als sich Rasmussen verpflichtete, der Muslimwelt die Hand zu reichen, und Präsident Obama sich dafür ver-

[79] Zu ISESCO-Publikationen siehe unten.

[80] Rede Seiner Exzellenz Prof. Ekmeleddin Ihsanoglu in der Kopenhagener Konferenz, 22. Oktober 2008, www.oic-oci.org/topic.asp?t_id=1548&x_key= (Zugriff 3. Mai 2009).

bürgte, dass ein Türke einer von Rasmussens Stellvertretern sein und türkische Offiziere zum Oberkommando der Allianz gehören würden.

Während er in der Türkei weilte, um mit Premierminister Recep Tayyip Erdogan NATO-Operationen in Afghanistan und die Verbesserung der Beziehungen zur Muslimwelt zu besprechen, erklärte Rasmussen beim Iftar, dem abendlichen Fastenbrechen im Monat Ramadan: „Sehen Sie bitte meine Anwesenheit heute Abend als klaren Ausdruck meines Respekts vor dem Islam als einer der größten Weltreligionen". Erdogan ergriff die Gelegenheit, kritisierte terroristische Akte, die im Namen des Islam verübt werden, und drängte auf größeren Respekt vor den Muslimen im Westen. Den türkischen EU-Beitritt im Visier, sagte er: „Wenn die Europäische Union ein globaler Akteur sein will, die Heimstatt der Allianz der Zivilisationen, dann muss die Türkei ihren Platz in der Union einnehmen".

Erdogan und sein Außenminister Davutoglu schlugen Rasmussen vor, enge Kontakte der NATO mit den 56 Mitgliedsstaaten der OIC aufzubauen. Sie baten den Generalsekretär, eine gemeinsame Konferenz der NATO und OIC zu organisieren, um die Missverständnisse zwischen den Welten des Westens und des Islam auszuräumen. Zudem arbeitete Ankara einen Vorschlag aus, der der Kommunikation zwischen den beiden Organisationen einen institutionellen Funktionsrahmen gab.[81]

Die türkische Zeitung *Today's Zaman* (Ankara) berichtete am 1. Oktober 2010, Rasmussen habe „der EU nahegelegt, mit der Türkei ein Sicherheitsabkommen zu schließen, dem Land einen Sonderstatus in der European Defense Agency (EDA) zu geben und es in die Entscheidungen bei EU-Sicherheitsmissionen einzubinden".[82]

[81] www.todayszaman.com/tz-web/news-185374-ankara-to-propose-joint-nato-oic-conference-in-talks-with-rasmussen.html (Zugriff 28. August, 2009).

[82] www.todayszaman.com/tz-web/news-223147-rasmussen-pushes-eu-to-give-turkey-security-role.html (Zugriff 1. Oktober 2010).

II. Multikulturalismus

1. Innenpolitik der EU

Der Multikulturalismus entwickelte sich in zwei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Bereichen europäischer Politik. Der eine bestand im europäischen Projekt, in dem Multikulturalismus ein essentielles, positives Instrument zur Bildung von Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft darstellte. Hier bezog er sich auf Bevölkerungen, welche dieselben Werte teilten, dieselbe Kultur und insbesondere dieselbe Sehnsucht nach Frieden.

Der andere Prozess betraf die euro-arabische Integration rund um das Mittelmeer. In diesem Kontext kam der Multikulturalismus aus der Mehrheit der muslimischen Immigranten, die es ablehnten, sich in die westlichen Gesellschaften zu integrieren. Damit wurde Multikulturalismus zum wesentlichen Element der gemeinsamen, euro-mediterranen Sicherheits- und Zuwanderungspolitik, indem er es erleichterte, diese Ablehnung zu umgehen. Die Ideologie der modernen Multikultur postuliert die Gleichheit aller Kulturen (kultureller Relativismus) und damit auch der Werte, die sie vertreten. Dabei sollte man festhalten, dass diese Gleichheitsidee nur im Westen existiert, während islamische Gesellschaften ihre Überlegenheit offen verkünden (Koran 3/110).' Dies öffnet zwar im multikulturellen Konzept eine asymmetrische Relation, die aber effektiv geleugnet werden muss.

Heute bildet (die Schieflage aus - d. Übers.) Multikulturalismus ein fundamentales Element in der innereuropäischen und internationalen Politik. Er bestimmt die Beziehungen zwischen Europa und Islam, während sich dies auf andere Kulturen wie China, Japan und Indien nicht erstreckt. Die Erklärung findet sich in den Versen des Koran, die den Muslimen untersagen, Brauch und Glauben von Nichtmuslimen zu übernehmen. Dies schließt die namentlich genannten Juden und Christen ein, die man nicht zu Freunden machen und deren Ideen man nicht annehmen darf (5/51-57). Dagegen erlaubt der Multikulturalismus den Muslimen, in den Westen zu emigrieren und ihre Kultur und Sitten auf Augenhöhe mit den Einheimischen beizubehalten - gemäß den Prinzipien der Wertegleichheit und „Diversität". So vermeiden sie die Integration, die ihnen ohnehin strengstens verboten ist.

[1] Der Koran, Übers, und Anm. von *N(assim) J(oseph) Dawood* (Penguin Books: New York 1987).

Indem sie den Multikulturalismus (als Pflichtkonzept - d. Übers.) beschworen, umgingen die Länder Europas und der Arabischen Liga seit den 1970er Jahren die Hindernisse der vom Koran untersagten Integration. In der zweiten Konferenz der OIC in Lahore 1974 ging ihr Generalsekretär, Hasan Muhammad al-Tuhami, auf dieses Problem ein. Er sprach vom islamischen Staat, der sich bemühen sollte, für den Islam in nichtmuslimischen Ländern zu werben, und lud islamische Experten dazu ein, ihre Anstrengungen in einer intellektuellen Erneuerung zu bündeln, die „die Hoffnungen unserer Nation wahr machen würde, eine breite Basis für diese und die kommende Generation zu schaffen". Eine solche, so Tuhami, müsse gebildet werden

> aus gläubigen und nachdenklichen Männern, die fähig sind, den islamischen Staat in diversen Bereichen zu führen, dabei nichtmuslimische Länder zu überholen und somit zukünftige Generationen zu retten. Eine solche Führerschaft würde ein Beispiel für diejenigen setzen, welche die Flut von Verwirrung und Verderbnis eindämmen und die Söhne unserer gegenwärtigen Generation gegen die blinde, sinnlose Einschränkung durch die Methoden, Bräuche und Konzepte der Nichtmuslime schützen wollen.[2]

Ebenso hatte Al-Tuhami empfohlen, die islamischen Finanzen durch die Scharia zu regeln, und die Schaffung eines Europäischen Islamrates angesprochen, der als koordinierende Körperschaft für alle islamischen Zentren und Institutionen agieren sollte. Dieser Rat würde zudem die europaweite Verbreitung der wahren Lehren des Islam unterstützen sowie die Aktivitäten der *da 'wa* (Einladung zum Islam - d. Übers.) und die Errichtung islamischer Kulturzentren verstärken. Parlamentarier der PAEAC - loyale Vertreter und Verbreiter der OlC-Politik in Europa - trafen in Straßburg zusammen (7./8. Juni 1975) und verabschiedeten Beschlüsse mit den Forderungen,

> die historischen Beiträge der arabischen Kultur zur Entwicklung Europas anzuerkennen; den Beitrag hervorzuheben, den die europäischen Länder immer noch von der arabischen Kultur erwarten können, speziell im Bereich der menschlichen Werte [...], durch die Euro-Regierungen den arabischen Ländern großzügige Möglichkeiten zu öffnen, welche die muslimischen Immigranten und ihre Familien dazu befähigen, am arabischen kulturellen und religiösen Leben teilzuhaben [...]; die Regierungen der Neun aufzurufen, sich dem kulturellen Sektor des euro-arabischen Dialogs in konstruktivem Geist zu nähern und der Verbreitung der arabischen Kultur in Europa höchste Priorität zu verleihen.[3]

Die Europäische Gemeinschaft übernahm die Option des Multikulturalismus als Folge der massiven Wellen muslimischer Einwanderung, die durch

[2] Report on Islamic Summit 1974: Pakistan. Lahore, 22.-24. Februar (Karachi 1974), s. die Rede von *Al-Tuhami,* 195-219 und *Bai Ye'or,* Eurabia: The Euro-Arab Axis (Madison, N.J., Fairleigh Dickinson University Press, 2005), 75-77.

[3] *Bat Ye'or,* a.a.O., 63-69.

die offizielle Politik des Euro-Arabischen Dialogs angetrieben und durch den Barcelona-Prozess (1995) noch ausgeweitet wurden. Die Förderer dieses Sozialmodells priesen die Vorbilder der arabischen und osmanischen Imperien, in denen verschiedene ethnische und religiöse Gruppen zusammengelebt hätten. Das Argument ist freilich eine Täuschung, weil diese Imperien ausschließlich islamisches Recht anwandten und andere Religionen nur in einer Form von Knechtschaft (Dhimmitum) duldeten, welche lediglich die Vorherrschaft des Islam und die Ungleichheit von Kulturen bezeugte. Zudem war die Existenz diverser ethnischer Gruppen innerhalb der Muslim-Imperien das Ergebnis der Eroberung und Annexion fremder Gebiete als islamisches Territorium, deren Völkerschaften enteignet und auf den Status des Dhimmitums reduziert wurden. Diese Sachlage, die ein Resultat der Djihad-Kriege zur Islamisierung nichtmuslimischer Länder ist, unterscheidet sich gänzlich von der gegenwärtigen Situation, die durch frei gewählte Immigration in (nur noch teilweise - d. Übers.) souveräne, europäische Staaten geschaffen wird. Auf einer weniger allgemeinen Ebene ist anzumerken, dass die Aneignung des Multikulturalismus durch die EU deren eigenen Politik zur Vereinheitlichung ihrer Gesetze widerspricht. Die Übernahme von Scharia-Gesetzen führt eine alternative, religiös fundierte Rechtsprechung in die EU ein, die in Geist und Gesetzgebung in Opposition zum europäischen Recht und den Nichtmuslimen feindlich gegenübersteht.

Schon im November 2000 hatte die OIC in Doha einen Text mit dem Titel „*Strategie islamischer Kulturaktion im Westen*" verabschiedet,[4] nach 2009 umbenannt in *Die Strategie islamischer Kulturaktion außerhalb des islamischen Westens.* Darin konstatiert die ISESCO, ein Hauptorgan der OIC, dass „die Gemeinschaften muslimischer Einwanderer in Europa Teil der islamischen Nation" sind, und nach der Modifikation des Gesetzes von 1974[3] „deren zweite und dritte Generationen die Existenz dieser Gemeinschaften zu einer dauerhaften statt vorübergehenden gemacht haben". Die OIC betrachtet es als Pflicht, die Herkunftsmerkmale dieser Immigranten in Europa und der speziellen Aspekte ihrer Identität zu bewahren (S. 5). In verfahrenstechnischer Hinsicht empfiehlt sie

> strategische Arbeit, d.h. sich bewusst zu sein, dass zivilisatorische Projekte nur zustande kommen, wenn sie sich auf effektive Pläne und Strategien gründen. Die OIC hat mehrere Leitkonzepte für die islamische Welt in den Bereichen Kultur, Erziehung und Technologie aufgestellt. Und im Wissen darum, dass die islamischen Diaspora-Gemeinden einen Teil der islamischen Nation bilden, hat die

[4] www.isesco.org.ma/english/strategy/documents/Strategy%20West.pdf (Zugriff 6. Januar 2011).

[5] Vor dem Gesetz von 1974 konnten Immigranten von außerhalb der EU nur mit einem Arbeitsvertrag einreisen, ohne Familie und nur für begrenzte Zeit.

> Organisation diese Leitpolitik für die Gemeinschaft im Westen in Gang gesetzt, um bestimmte Ziele zu erreichen (S. 7).

Mithin arbeitet die ISESCO unermüdlich daran, die Koordination und Einigung der Politiken und Einstellungen zu gemeinsamen Islamaktivitäten im Westen auf die Bereiche Erziehung und Kultur zu konzentrieren, denn

> die Bewahrung der Identität erfordert eine rechtsgültige islamische Erziehung. Ebenso verlangt sie nach sorgfältig ausgearbeiteten Programmen hinsichtlich Bildung, Führung und Sozialfürsorge (S. 10). Daher sollten die Muslime in Europa einen einheitlichen Plan für die Zukunft der dortigen islamischen Präsenz entwerfen. Diese Strategie sollte sich darauf ausrichten, den Muslimen der Diaspora die erforderlichen Bedingungen zu schaffen, um die Schlüsselpositionen in den Gastgebergesellschaften zu besetzen - ökonomisch, kulturell, politisch, informationell. Dies sind die Hauptgründe gewesen, die eine Strategie der islamischen Kulturaktion erfordern, speziell zugeschnitten auf die Muslimgemeinden im Westen (S. 16).

Laut ISESCO verlangt das Konzept verschiedener Zivilisationen danach,

> sich der Prinzipien des islamischen, zivilisatorischen Friedens bewusst zu sein, und die kulturelle Identität der Muslime gegen die Fallgruben ideologischer und politischer Trends zu schützen, die unserer zivilisatorischen Identität nicht entsprechen.[6]

Der Bezug auf „islamischen Frieden" impliziert, dass er sich irgendwie von einfachem Frieden unterscheidet. Die ISESCO klärt über die Verbindung zwischen Kultur und Religion auf, die es erleichtert, die Kulturstr^tegie auf der Religion aufzubauen:

> Die strategischen Konzepte basieren auf dem *islamischen Referenzprinzip,* das kulturelle Aktionen nicht nur als Palette von Kenntnissen und Techniken, sondern als eine Art Gottesdienst sieht, womit sie der spirituellen Dimension der angestrebten, globalen Ausbreitung der Muslime besonderes Gewicht verleihen.[7]

Im vierten Kapitel wird das ISESCO-Dokument detaillierter untersucht (s.u. S. 115 ff.).

Ersichtlich steht der Multikulturalismus im Zentrum der *Gemeinsamen Strategie* des Europarates für die Mittelmeer-Region (19. Juni 2000). Obwohl das Dokument offiziell nur bis 2006 gültig war, hat es dennoch zu dauerhaften Funktionen und Automatismen geführt. In Koordination mit der OIC bestimmt der multikulturelle Mechanismus die EU-Sicherheitsstrategie Er ist in eine Ideologie integriert, die aufgebaut und aufgezwungen wurde

[6] www.isesco.org.ma/english/strategy/documents/Strategy %20West.pdf (Zugriff 6. Januar 2011), 7.

[7] Ebd. (Zugriff 6. Januar 2011), Betonung von der Verfasserin.

[8] 22.7.2000 EN *Officiai Journal* of the European Communities I, 183/5, Gemeinsame Strategie des Europarats zur Mittelmeer-Region vom 19. Juni 2000 83/5-10.

von Lobbies der Europäischen Kommission, etikettiert als „Repräsentanten der Zivilgesellschaft". In scheindemokratischer Verkleidung verbreiten diese Lobbies eine Politik und pflanzen den EU-Bürgern Aktionsprogramme ein, die von Ministerrat und Kommission für sie beschlossen werden, über die sie aber nicht das Geringste wissen.

2. Europäische Kultur im Dienste der Da'wa

Geradezu enthusiastisch begrüßte die Europäische Kommission die Empfehlungen der und ihre Forderungen nach Kooperation und Dialog, wobei die Euro-Parlamentarier diese Wünsche sogar vorweggenommen hatten. Denn Straßburger Beschlüsse aus den 1970er Jahren, erweitert um viele inoffizielle Entscheidungen des euro-arabischen Dialogs, hatten bereits die Grundlagen für das Eindringen der arabischen Kultur in die Europäische Gemeinschaft gelegt. Diese Politik wurde im Rahmen der Texte und Empfehlungen verstärkt, die sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats am 19. September 1991 zueigen machte.[9]

Die Versammlung rief zu breiterer, kultureller Zusammenarbeit mit Nichtregierungs-Institutionen und Organisationen wie dem Western Institute of Islamic Culture in Madrid und dem Institut du Monde Arabe in Paris auf. Sie richtete die Forderung an den EU-Ministerrat, der islamischen Welt größere Bedeutung im zwischenstaatlichen Aktivitätsprogramm des Europarats und in den Empfehlungen an die Regierungen der Mitgliedsstaaten zuzumessen (Art. 11). Außerdem empfahl die Versammlung, die Zahl der Lehrstühle in Arabisch und Islamkunde zu erhöhen und den Islam in die wesentlichen Curricula der Universitäten aufzunehmen. Diese Ersuchen gingen in die Barcelona-Deklaration von 1995 ein, die das Studium der arabischen und islamischen Quellen der europäischen Zivilisation als Standardinhalt der Schulbücher in Europa einforderte. Solche Maßnahmen sollten begleitet werden von steigenden Zahlen bei der Übersetzung und Veröffentlichung islamischer Werke, sowohl klassisch als auch modern. Ebenso sollten die Museen in diesem Kontext eine wesentliche Rolle spielen. Und hinsichtlich der Medien hatte die Versammlung entschieden, dass sie „die Produktion, Koproduktion und Sendung von Radio- und Fernsehprogrammen über die islamische Kultur" steigern müsse.

Zehn Jahre später erklärte Walter Schwimmer, der österreichische Generalsekretär des Europarats (1. September 1999-31. August 2004) in der

[9] Europarat, Parlamentarische Versammlung, Diskussion der Versammlung, 19. September 1991 (11. Sitzung) (siehe Dok. 6497, Bericht des Komitees für Kultur und Erziehung, Berichterstatter: Mr. De Puig), Straßburg 1992; s.a. *Bat Ye'or*, Eurabia, 168-73.

Konferenz der islamischen Außenminister in Istanbul am 14. Juni 2004: „Die islamische Komponente ist ein integraler Teil der europäischen Diversität". Dies entsprach der Sichtweise, die in der ISESCO-Broschüre zur islamischen Kulturstrategie in Europa, dargelegt ist. Schwimmer schlug den OIC-Außenministern vor, gemeinsame Projekte zum Thema des Unterrichts über Geschichte und Religionsvielfalt rund ums Mittelmeer zu entwerfen, um den interkulturellen und interreligiösen Dialog zu fördern, und fügte hinzu, „dass die globale Bedrohung durch den Terrorismus den Dialog erforderlicher macht als je zuvor". Damit ist klar, dass die einzige Antwort der EU auf Terrorismus der Dialog ist, der im Kultursektor als europäisches Dhimmitum zu verstehen ist, als eilfertiger Propagandadienst an der islamischen Kultur.

Im Dezember 2004 veranstaltete der Europarat, zusammen mit der UNESCO, der Arabischen Liga, und Saudi-Arabien eine Konferenz in Kairo über „Das Bild der arabischen und islamischen Kultur in europäischen Geschichtsbüchern". Unter dem Motto „Lernen, zusammen zu leben" fand sie im Rahmen des euro-arabischen Dialogs statt, dessen Thematik in der Reinigung europäischer Geschichtsbücher von negativen Stereotypen der arabo-islamischen Kultur bestand. Besorgt über den „Zusammenstoß der Zivilisationen", bekräftigte die EU-Kommission eine enge Verbindung mit der OIC. Unter den vielen Projekten für die Medien, das Fernsehen, die Literatur und Künste startete sie die „Seele für Europa", ein Vorhaben, das 2002 konzipiert wurde und sich direkt mit Romano Prodi verband,[10] dem seinerzeitigen Präsidenten der Kommission. Um die Kulturszene Europas zu untersuchen, brachte man die „Zivilgesellschaft" zusammen - Akademiker, Wissenschaftler und Vertreter von Kultur, Politik und Geschäft. Auch auf der Folgekonferenz von Berlin (17.-19. November 2006) waren sich die Teilnehmer, Repräsentanten des internationalen Kulturlebens, der Wirtschaft und Politik, über die kulturelle Dimension (der Politik - d. Übers.) Europas einig.'[1]

Neben vielen anderen Vorhaben hoben die Veranstalter hervor, dass die Kulturpolitik Europas für dessen Außenpolitik eintreten solle, um ihre Stellung auf internationaler Bühne zu verstärken, denn die Kulturbasis würde die Strategie auf globaler Ebene unterstützen. Solches bedeutete allerdings, die Kultur der Politik zu unterwerfen und sie ihres Frei Weitscharakters zu berauben - wie einst im Faschismus. Um den Konflikt der Zivilisationen zu

[10] *Romano Prodi,* Linkskatholik, früheres Mitglied der Christlichen Demokraten, Minister in Giulio Andreottis Kabinett von November 1978 bis März 1979 und zweimal Premierminister Italiens.

[11] „Eine Union der Werte", Endfassung des Textes verabschiedet vom XVI. EPP Kongress, Berlin. Januar 2001, www.euractiv.com/en/culture/dialogue-islam-key-parteuropean-intercultural-year/article-169403.

vermeiden^forderte Richard von Weizsäcker, früherer deutscher Bundespräsident, dass das kulturpolitische Potential Europas die Basis seiner Außenpolitik werden solle. Unter Bezugnahme auf Javier Solana, Europas Hohem Vertreter der Außenpolitik und Kurator der Konferenz, betonte er, dass Europa gut daran tue, „sich intensiver als zuvor als Partner im Dialog der Kulturen zu betätigen". Die Konferenz übernahm diese Position, im Gleichschritt mit der OIC, die sie in ihrem Zehnjahresprogramm formuliert hatte. Damit gab sie Ihsanoglus Forderungen in der Wilton-Park-Konferenz (März 2006) und dem Ministertreffen in Djidda im gleichen Monat nach. Die Berliner Konferenz beschloss, dass die Kulturaktion als grundlegender Faktor der Außenpolitik und Entwicklung an sich fungieren und daher als solcher gefördert und eingesetzt werden sollte.

Hans-Dietrich Genscher, früherer deutscher Außenminister, schlug als Schlüsselwert die „aktive Toleranz" vor, weil sie die Immigranten von ihrer Treuepflicht zu Europa und seinen Werten eher entlasten würde als gegenüber ihren Aufenthaltsländern, denn wie es hieß, sollte dieses Konzept die Einbürgerung einschließen. Schon beim Hamburger Symposium des euro-arabischen Dialogs 1983 hatte Genscher erklärt, dass dieser Dialog unvollständig wäre, solange sein politischer Aspekt (europäische Unterstützung für den arabisch-palästinensischen Krieg gegen Israel) von der Europäischen Kommission ignoriert oder leichtfertig behandelt würde. Er hatte im Weiteren bekräftigt, dass das gemeinsame, 1975 in Kairo formulierte Memorandum des euro-arabischen Dialogs auch dessen Charta darstellte. Diese Charta verknüpfte die beiden Partnerparteien, die Arabische Liga und die Europäische Gemeinschaft, durch einen gemeinsamen Willen „der auf höchster Ebene entstand".[12] Damit wollte Genscher bestätigen, dass die EG und die Länder der Arabischen Liga bezüglich Israel und Amerika dieselben Ziele verfolgten, und dass der politische Teil des Dialogs, der für die arabische Seite von zentraler Wichtigkeit war und die Grundlage aller euro-arabischen Abkommen bildete, nicht zugunsten ökonomischer, kultureller und sozialer Einflussfelder vernachlässigt werden sollte.[13]

Die Teilnehmer der Berliner Konferenz von 2006 verlangten daher, eine europäische Kulturcharta vorzubereiten. Sie wünschten ein Programm von Aktionen und Finanzierungen, das die ständige Kontrolle der gemeinsamen Europolitik und der für kulturelle Zwecke reservierten Ressourcen erleichterte. Sie betonten die Bedeutung der Kultur für die Aufrechterhaltung der

[12] Zu diesem gemeinsamen Memorandum siehe *Bat Ye'or,* Eurabia, 89.

[13] *Jan Friedmann, Klaus Wiegrefe,* Studien-Highlights, Die Rolle des deutschen Außenministeriums im Holocaust, *Spiegel Online International,* 27. Oktober 2010. Die Studie stellt heraus, dass ehemalige Nazi-Verbrecher als Diplomaten in arabische Länder entsandt und bis weit in die 1980er Jahre von Genscher protegiert wurden.

Sicherheit sowie den Bedarf an Maßnahmen, welche die kulturelle Inklusion und interkulturellen Fähigkeiten verbesserten. Faktisch bestätigte dieses Programm also, dass die Sicherheitspolitik die Kultur dominierte.

Im Gefolge dieser Konferenz leitete die EU-Kommission ein reichhaltiges Programm von Kulturaktionen in allen Sektoren ein. Die der Kommission angegliederte Anna-Lindh-Stiftung wurde mit der Durchführung und der Aufgabe betraut, 2008 als das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs (ID) vorzubereiten. Die Kommission stellte fest, dass zwischen den komplementären Feldern des internen Kulturdialogs der EU-Mitgliedsstaaten und der Förderung des Dialogs zwischen Kulturen und Zivilisationen im internationalen Rahmen eine untrennbare Verknüpfung bestand.

Zudem hatte die Kommission bereits einen umfangreichen Katalog von Vorschlägen erstellt, den sie dem Europarat und Europäischen Parlament zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs vorlegte.[14] Zu den dort aufgelisteten, politkulturellen Initiativen gehören Staatsbürgerschaft, Asylpolitik, Integration von Immigranten sowie der Kampf gegen Diskriminierung, soziale Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Mit Blick auf die Ursprungsländer vieler Zuwanderer stellte die Vorlage die Bedeutung des Dialogs im Kontext der euro-mediterranen Partnerschaft heraus, die u.a. auch den Jugendaustausch und das kulturelle Erbe umfasste. Ein Höhepunkt dieser Aktivitäten war 2005 die Gründung der Anna-Lindh-Stiftung, benannt nach der schwedischen Außenministerin, die die feindseligste aller Israelkritiker in Europa war. Bei der Eröffnung der Bibliothek in der Zentrale der Stiftung in Alexandria im November 2003 standen zur Kennzeichnung der jüdischen Zivilisation die Protokolle der Weisen von Zion neben der Hebräischen Bibel. In der Zusammenfassung der Ziele und geplanten Aktivitäten erklärte die Kommission,

> das Bewusstsein der europäischen Bürger und all jener, die in der Europäischen Union leben, zu der Erkenntnis anzuheben, wie wichtig die Entwicklung einer aktiven, weltoffenen Staatsbürgerschaft ist, die kulturelle Diversität achtet und auf den gemeinsamen Werten der Union basiert, auf dem Respekt vor der menschlichen Würde, vor Freiheit, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Solidarität, den Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat sowie den Menschenrechten, Minderheitenrechte inklusive.[15]

In einer Bemerkung am Ende von Seite 6 wird festgestellt, dass der Endzweck dieses Beschlusses, das Konzept der „aktiven europäischen Staats-

[14] Kommission der europäischen Gemeinschaften, Vorlage zur Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs (2008), vorgestellt von der Kommission, Brüssel 2005/aaaa (COD). Dieses Dokument, datiert von 2005 ohne weitere Details: ec.europa.eu/culture/portal/events/pdf/proposal_en.pdf (Zugriff 6. Januar 2011).

[15] Ec.europa.eu/culture/portal/events/pdf/proposal.en.pdf, 6.

bürgerschaft", nicht nur die EU-Bürger nach Artikel 17 des Europäischen Gemeinschaftsvertrages betrifft, also die Bürger der Mitgliedsstaaten, sondern für jeden gilt, der permanent oder vorübergehend in der EU lebt. Das Europäische Jahr würde es erleichtern, Projekte ausfindig zu machen, die zum interkulturellen Dialog passten und die Synergien zwischen diesen Aktivitäten weiterentwickelten. Es würde

> die Beiträge der verschiedenen Kulturen zu unserem Erbe und unserer Lebensform hervorheben und das Bewusstsein der europäischen Bürger und aller in der EU lebenden Personen, speziell der jungen Menschen, dafür stärken, dass es wichtig ist, nach Wegen zu suchen, den interkulturellen Dialog zu nutzen, um in Europa eine aktive, weltoffene Bürgerschaft zu verwirklichen, welche die kulturelle Diversität respektiert und sich auf die gemeinsamen Werte der EU gründet.[16]

Mit Rücksicht auf die Erweiterung der EU sowie die Vielfalt von Kulturen und Völkern in der Gemeinschaft machte die Kommission deutlich, dass der interkulturelle Dialog zentrale Bedingung des europäischen Projekts war. Sie bevollmächtigte die Mitgliedsstaaten, ihre Stimme in der Welt besser hörbar zu machen und effektive Partnerschaften mit Nachbarländern voranzutreiben - eine Formel, die sich generell auf die arabischen Mittelmeer-Anrainer bezieht. Der Kommission zufolge würde der Dialog es der Union ermöglichen, die Zone der Sicherheit und Demokratie über die EU hinaus auszuweiten und die Wohlfahrt und Stabilität der dort Lebenden positiv zu beeinflussen. Daher bildete er ein essentielles Instrument in diversen Bereichen, zum einen „zur Bekämpfung von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", zum anderen zum „lebenslangen Lernen, der Integration von Immigranten sowie der Forschung und Politik im audiovisuellen Sektor".[17] Mithin war der Dialog ein Faktor von steigender Bedeutung für die „Nachbarschaftspolitik".

Nach Annahme der Kommissionsvorschläge am 18. Dezember 2006 veröffentlichten Parlament und Ministerrat der EU einen Beschluss zum Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs (2008).[18] Es wurde betont, dass er wichtige Beiträge leistete zur Realisierung strategischer und politischer Ziele sowie zur Förderung nachbarstaatlicher Partnerschaften, die insgesamt die Wohlfahrt und Sicherheit Europas steigern würden (§ 5). Dem Dialog wurde eine Schlüsselrolle in den Politiken und Instrumenten der Union in diversen Bereichen der Erziehung, des Sozialen und der Politik zugewiesen.

[16] Ebd., 7.

[17] Ebd., 11.

[18] Beschluss Nr. 1983/2006/EC des Europäischen Parlaments und des Rats vom 18. Dezember 2006, betreffend das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs (2008), Official Journal of the European Union, 30. Dezember 2006, L412/44-L412/50.

einmal mehr im Kampf gegen Diskriminierung, soziale Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie die Integration von Immigranten und allgemeine Asylpolitik (§ 6). Die Ziele des interkulturellen Dialogs sollten über die Medien angestrebt werden, deren übergeordnete Bedeutung sich durch einschlägige Information und Werbekampagnen weiter verstärken und auf nationaler und kommunaler Ebene primär an Jugend und Kinder wenden würde. Die Durchführung dieser Aktivitäten wurde der Union übertragen (§ 19):

> Da die Ziele dieses Beschlusses von den Mitgliedsstaaten nicht hinreichend verwirklicht werden, können sie mit Blick auf die Notwendigkeit, speziell der multilateralen Partnerschaften und des transnationalen Austauschs, wesentlich besser auf Unionsebene wahrgenommen werden. Die Union kann sich Maßnahmen im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip nach Artikel 5 des Vertrages zueigen machen.

Mit diesen Entscheidungen bestätigte das Europäische Parlament die Vorschläge der OIC, speziell jene, welche die Medien und die neuen Erziehungsprogramme für Kinder auf die OIC-Linie brachten. Diese Forderungen, die nun die Einmischung der Muslimwelt in die EU-Domänen der Information und Bildung einführten, waren bereits auf dem Mekka-Gipfel von 2005 formuliert worden.

Dabei ist ausdrücklich die Ähnlichkeit des OIC-Begehrens zur Immigration und der EU-Beschlüsse hervorzuheben. Im Jahre 2005 hatte OIC-Generalsekretär Ihsanoglu zahlreiche Forderungen vorgetragen, zu denen die Überprüfung von schulischen Lehrplänen und der interkulturelle Dialog in Gestalt von Informationskampagnen in allen Medien gehörten. Er äußerte den Wunsch, in der muslimischen Jugend einen Sinn für Zugehörigkeit und Bürgerschaft anzuregen, der dem Konzept der europäischen Staatsbürgerschaft entspricht, aber von derjenigen der EU-Staaten unabhängig und offen für jeden (primär unter dem Islam - d. Übers.) ist. Von dieser Warte verschwindet die Territorialität in der Globalität, wobei im multikulturellen Markt die Bezüge auf die ethnische und kulturelle Herkunft gelöscht werden. Das Hohe Beratungsgremium der Anna-Lindh-Stiftung stellte fest, dass eben dieses Konzept der einzelnen, unterschiedlichen Zivilisationen aufgegeben werden müsse zugunsten einer globalen Zivilisation, welche die Werte aller Kulturen auf die gleiche Stufe stellt.

Offensichtlich erhebt man nur in Europa die Forderung nach einem solchen kulturellen Relativismus, der sich in institutionalisierter Form an den Direktiven der Kommission zur Reform der Bildung und Geschichtskonzeption ablesen lässt. Die europäische Kultur, die über Jahrtausende in wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt, geprüft und archiviert wurde, soll ihre spezifische Identität verlieren. Dieser Ausverkauf kam in Gang, als die

OIC auf dem Mekka-Gipfel (2005) ihr Zehnjahresprogramm verkündete, die Stärkung der Umma durch Koran und Sünna, ein Beschluss, der seither von jeder Folgekonferenz bestätigt wurde. Im Weiteren forderte die OIC von Europa, die immensen Beiträge der islamischen Kultur und Zivilisation zur europäischen Entwicklung anzuerkennen und in die Lehrpläne der Schulen und Universitäten aufzunehmen. Damit wurde die europäische Kultur zum Schrumpfen und Verschwinden gebracht, während andererseits der islamische Stolz auf eine mythische Unübertrefflichkeit in einen kulturellen Imperialismus führte.

Der obsessive Dialog als Heilmittel gegen alle Übel vereint EU und OIC in einem einzigartigen Kult. Die Beschlüsse und Programme der Kommission könnten die OIC-Ansprüche nicht besser befriedigen. Deren Zehnjahres-Aktionsprogramm vom Mekka-Gipfel brachte als entscheidende Teile seiner Strategie die Kampfpositionen gegen Islamophobie und Israel in Anschlag. Indem sich Ihsanoglu der dänischen Cartoon-Affäre bemächtigte, kehrte er die Sachlage erfolgreich um. Während er auf internationalen Podien eine Kampagne gegen Islamophobie ablaufen ließ, zauberte er den islamischen Terrorismus aus Europa heraus. Somit ersetzte die Schändung des heiligen Islamsymbols (die Muhammad-Karikatur - d. Übers.) die terroristischen Verbrechen und Drohungen gegen die Europäer.

Einige Monate vor dem Berliner Treffen zum Interkulturellen Jahr hatte die OIC eine Megakonferenz im Londoner Wilton Park (2./3. Mai 2006) anberaumt, um die Islamophobie in Europa öffentlich zu brandmarken. In seiner Eröffnungsrede erklärte Ihsanoglu, dass die Muslime und ihre Religion in zunehmendem Maße mit Klischees verunglimpft, diffamiert, ausgegrenzt und seit 9/11 bzw. den Terroranschlägen von Madrid (2004) und London (2005) zum Ziel von Hassverbrechen gemacht würden. Ihm zufolge bestand eine starke Verbindung zwischen Islamophobie im Westen und antiwestlichen Gefühlen in der Muslimwelt. Mit dieser falschen Gleichsetzung ließ der OIC-Generalsekretär die historischen und religiösen Plattformen verschwinden, die im Djihad und Dhimmitum dem Hass auf Nichtmuslime zugrunde liegen.

Im Rahmen der muslimischen Opferfixierung behauptete der Redner, dass die Muslime die Leidtragenden der westlichen Islamophobie und ihrer einseitig proisraelischen Politik seien. „Im Rahmen der spürbar voreingenommenen Nahost-Politik der USA und der europäischen Länder kurbelt der wachsende Trend zur Islamophobie zusätzlich die antiwestliche Tendenz in der islamischen Welt an". Ungerührt von der Gefahrenlage der von den Terrorattacken getroffenen Europäer, fuhr Ihsanoglu fort: „Was ist eigentlich diese schreckliche Stereotypisierung, die wir in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts erleiden? Sie ist ein Phänomen, das uns an die grausi-

gen Erfahrungen mit dem Antisemitismus der 1930er Jahre erinnert".[19] Es dürfte schwer fallen, sich eine zynischere Aussage vorzustellen. Denn faktisch hatte nicht nur die arabische Welt die Nazis und ihre antijüdische, genozidale Politik unterstützt, aber dass die USA und Europa des pro-israelischen Vorurteils im Nahen Osten angeklagt werden, offenbart den enormen Druck, den die OIC auf den Westen ausübt, um ihm ihre anti-israelische Politik aufzuzwingen.

3. Multikulturalismus und die Anna-Lindh-Stiftung

Um die Ziele der *Gemeinsamen Strategie* im mediterranen Raum zu erreichen, bedurfte es der EU-Annäherungspolitik an die arabischen Mittelmeerländer. Im Oktober 2003 legte eine Gruppe von 18 Personen, das von Romano Prodi geschaffene Hohe Beratergremium (HLAG - High Level Advisory Group*),[20] in Brüssel einen Bericht vor mit dem Titel *Dialog zwischen Völkern und Kulturen im Euro-Mittelmeer-Gebiet.*

Indem er von Prodi gestellte Fragen beantwortete, war der Bericht Teil einer Politik, welche die Herausbildung einer Wohlstandszone als angeblich typisch für friedliche, euro-arabische Beziehungen anstrebte.[21] Die Studie entwickelte ein Verfahren, mit dem eine euro-arabische Symbiose in allen Bereichen der EU aufgebaut werden sollte. Dabei legte der generelle Tenor des Berichts ein Schuldgefühl auf Seiten Europas gegenüber den arabischen Mittelmeerländern nahe. Er empfahl der EU, Maßnahmen zu ergreifen, die die Zivilgesellschaft an die erforderliche Politik anschlossen, um „die Diskriminierungen, an denen die europäischen Bürger mit Migrationshinter-

[19] Statement Seiner Exzellenz Prof. *Ekmeleddin Ihsanoglu,* Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz in der Ersten Internationalen Konferenz, organisiert von der OIC unter dem Thema „Challenging Stereotypes in Europe and the Islamic World: Working Together for Constructive Policies and Partnerships" (Das Herausfordern von Stereotypen in Europa und in der islamischen Welt: miteinander kooperieren für konstruktive Politik und Partnerschaft), Wilton Park Konferenzzentrum. London, 2. Mai 2006.

[20] Ko-Präsidenten: Assia Alaoui Bensalih und Jean Daniel, Mitglieder des Gremiums: Malek Chebel, Juan Diaz Nicholas, Umberto Eco, Samuel N. Eisenstadt, George Joffe, Ahmed Kamal Abdoulmagd, Bichara Khader, Adnan Wafiq Kassar, Pedrag Matvejecic, Fatima Mernissi, Tariq Ramadan, Faruk Sen, Fouzi Skali, Simone Susskind-Weinberger, Tullia Zevi, www.iemed.org/documents/lindhgroupen.pdf (Zugriff 6. Januar 2011) - (* Von der Übersetzung als „Hochgradgremium" wird hier zur Unterscheidung von der „Hochgradgruppe" abgesehen (s.u. S. 98 f.).

[21] Euromed-Report, 66 EN, *Romano Prodi,* Präsident der Europäischen Kommission, „Sharing Stability and Prosperity", Ansprache an die Tempus Meda Regionalkonferenz, Bibliotheca Alexandrina, Alexandria, 13. Oktober 2003.

grund immer noch zu oft leiden" zu beenden, ebenso wie „die andauernde Ungerechtigkeit, Gewalt und Unsicherheit im Nahen Osten [...]".

Dieser Satz bezieht sich auf das Palästinenser-als-Opfer-Syndrom, das die OIC Europa aufbürdet und dessen Lösung sie durch unaufhörliche Erpressung und Drohung zu erreichen sucht. Andererseits erscheinen die menschlichen Tragödien in Muslimländern offenbar als zu banal, um erwähnt zu werden - die Unterdrückung einheimischer Christen und anderer Nichtmuslime, die fast tägliche Anstachelung zu mörderischem Hass gegen die Juden, speziell in der Hamas-Charta von 1988 und sogar in den Print- und Bildmedien, und die ständigen Angriffe des palästinensischen Terrors auf die Sicherheitsrechte der Israelis. Hier lässt sich die Dauerhaftigkeit zweier verbundener, formativer Aspekte Eurabiens ausmachen: die Forderungen der muslimischen Immigranten in Europa, gemischt mit der sich verschärfenden Verurteilung des Staates Israel, der dort angeblich Antisemitismus provoziert.

Der zweideutige Begriff der „Zivilgesellschaft" betrifft europäische Propagandisten, die von der EU beauftragt sind, die öffentliche Meinung mit von den Regierungen bezahlten Aktivitäten zu beeinflussen, um deren Politik zu unterstützen. Die im Bericht ständig wiederholten Beschuldigungen Europas werden durch die Prodi-Methode, nämlich durch eine Frage gerechtfertigt, „Was können wir als Europäer tun, die Feindseligkeit der arabo-muslimischen Welt uns gegenüber zu beenden?" Dies bedeutet faktisch, sich selbst der Feindseligkeit anzuklagen, deren Opfer man ist.

Der Bericht des Hohen Beratergremiums empfiehlt die Verschmelzung der beiden Seiten des Mittelmeers, wo eine multikulturelle, mediterrane Gesellschaft als Basis einer gemeinsamen Zivilisation entstehen soll. Dies bedingt die Indoktrination der Menschen im Norden wie auch im Süden mit dem Bewusstsein eines gemeinsamen Schicksals, indem man ihnen die Vereinigung von Werten, Interessen und politischen Prioritäten oktroyierte, die die Einheit der beiden Küsten bewirken würde. Dazu schlug das Beratergremium ein Programm vor, das sich in jeden Aspekt der Beziehungen zwischen den Völkern um das Mittelmeer mit dem Geist des Dialogs zwischen den Zivilisationen ausbreiten soll. So würde es das soziale Gewebe durchdringen und eine starke wechselseitige Bindung sichern, nicht nur zwischen Regierungen und Institutionen, sondern auch zwischen Bürgern und Völkern.

Hier kann man fragen, ob die Europäer Solidarität empfinden wollen mit jenen, die allein stehende Frauen verdammen, die Gleichheit mit nichtmuslimischen Ländern ablehnen, die den religiösen und ethnischen Minderheiten historische Rechte in ihren eigenen, islamisierten Gebieten verweigern, die die Zerstörung Israels befürworten und jede westliche politische, soziale

und kulturelle Einrichtung bekämpfen, sei es der Säkularismus, die Gleichheit der Rechte oder die Unabhängigkeit des Rechts. Will das Beratergremium die Europäer zu Anhängern des hasserfüllten Fanatismus der Hamas und ihrer Verbrechen machen, des antichristlichen und antijüdischen Rassismus in vielen muslimischen Ländern, der Gewalt gegen abtrünnige Muslime und Freidenker, der Rechtfertigung von Diktatur und Terrorismus und der Verfolgung der Bahai, deren pazifistische Religion in den Ländern des Islam verboten ist? Warum sollten sie sich eigentlich mit Menschen gemein machen, die den Djihad als Heiligen Krieg verehren und religiöse Gebote zur Vernichtung des Westens erflehen?

Der Bericht formuliert die formativen Prinzipien, die diese mediterrane Zivilisation schmieden sollen. Dabei geht es um Gleichheit, Respekt vor anderen, Freiheit des Gewissens, soziale Solidarität und Wissen. Der Text erklärt nicht, mit welchen Mitteln diese erstaunlichen Prinzipien den damit nicht kompatiblen, von der Scharia geregelten Völkern beigebracht werden. In diesen Gesellschaften ist der Nichtmuslim weder respektiert, noch mit dem Muslim gleichgestellt, wobei die Freiheit des Gewissens und das Wissen durch die Standards der Scharia bestimmt werden. Somit stellt die im August 1990 von der OIC beschlossene Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten im Islam fest, dass alle Menschen eine Familie bilden - sie stammen von Adam ab und vereinigen sich im Gehorsam gegenüber Allah, also im Islam.[22] Der betreffende Artikel (1) bestimmt die Rechte und Pflichten dieser Familie, ihre Gleichheit ohne Diskriminierung nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder anderen Aspekten und endet mit der rätselhaften Aussage: „Wahrer Glaube ist die Garantie für die Erweiterung dieser Würde auf dem Pfad zu menschlicher Völlendung". Gleichwohl ist und bleibt der Islam der einzige wahre Glaube.

Artikel 2 stellt fest, dass das Leben ein zu schützendes Geschenk Allahs und *es verboten ist, Leben zu nehmen, es sei denn, es ist von der Scharia angeordnet.* Körperliche Unversehrtheit ist ein garantiertes, vom Staat geschütztes Recht *und es ist verboten, es ohne einen von der Scharia verordneten Grund zu brechen* (2.d). Artikel 10 verkündet: „Islam ist die unbefleckte Religion. Es ist verboten, irgendeine Form von Zwang auf den Menschen auszuüben, seine Armut oder Unwissenheit auszunutzen, um ihn zu einer anderen Religion oder zum Atheismus zu bekehren". Wahrscheinlich bezieht sich dieses sibyllinische Gerede auf den Sunnaglauben, nach dem jedes Kind als Muslim geboren (fitra - arab.: islamisches Sein - d. Übers.) und daher die Konversion zu einer anderen Religion untersagt ist. Zur Frei-

[22] Die Erklärung zu den Menschenrechten im Islam, angenommen und herausgegeben anlässlich der 19. Sitzung der Islamischen Konferenz der Außenminister in Kairo am 5. August 1990.

heit des Gewissens und Wissens sagt Artikel 16, dass jede wissenschaftliche, literarische, künstlerische oder technische Arbeit geschützt ist, *vorausgesetzt, ein solches Werk steht nicht im Gegensatz zu den Prinzipien der Scharia.* Artikel 24 und 25 erklären: *Alle in dieser Deklaration festlegten Rechte und Freiheiten hängen von der Scharia ab* und: *Die islamische Scharia ist die einzige Bezugsquelle für die Erläuterung oder Klärung jedweden Artikels dieser Deklaration* (Kursivierungen v. Übers.).

Im Jahre 2000 veranstaltete die Islamische Weltliga in Rom ein internationales Symposium (25.-27. Februar) über Menschenrechte im Islam, an dem etwa 200 Delegierte aus 43 Ländern teilnahmen.[23] Wie es hieß, sollte sich das Symposium um Verbesserungen der bestehenden Gesetzgebung bemühen, wobei der Islam, eine Religion, die sich auf Menschenrechte und Individualpflichten gründe, einen fundamentalen Beitrag zur internationalen Menschenrechtsdebatte leisten könne. Nach dem Studium der geltenden Abkommen zogen die Delegierten den Schluss, dass „ihre Essenz" unzureichend für die Entwicklung der Welt sei, wobei sie mit ‚JEssenz" einen religiösen Unterbau meinten. Desgleichen richteten sie einen Appell an die Regierungen der Welt und die internationalen Organisationen, die einschlägigen Deklarationen und Konventionen zu modifizieren. Sie forderten die Regierungen der Erde auf, die folgenden, vom Symposium als automatische Garantie der Menschenrechte betrachteten Prinzipien zu beachten:

- Menschenrechte sollten religiöse Vorstellungen und Werte respektieren, die von Gott (bzw. Allah - d. Übers.) durch seine Propheten und Apostel verfügt wurden.

  Diese Formulierung ist typisch islamisch und kommt in den zwei anderen monotheistischen Religionen nicht vor, wo Propheten und Apostel nicht die Funktion ausüben, die ihnen vom Islam zugewiesen wird.

- Rechte sollten zum Ausgleich der Funktionen und Bedürfnisse des Menschen mit Pflichten verknüpft werden, damit er eine Familie und Gesellschaft aufbaut und auf eine Weise „die Erde bewohnt", die nicht im Widerspruch zu Gottes (Allahs) Willen steht.

  Dieses Prinzip leitet seine Inspiration vom Koran ab und setzt voraus, dass die Menschen sich dieses Willens bewusst sind, um ihm folgen zu können, offensichtlich nach den Regeln des Koran und der Tradition.

- Der Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und Zivilisationen sollte als Methode bestärkt werden, die ein besseres Verständnis der Menschenrechte fördert, um die Menschheit vor den Schrecken des bewaffneten

[23] Die Schlussadresse des Symposiums wurde als ganzseitige Anzeige der Islamischen Weltliga in der International Herald Tribüne vom 16. März 2000 abgedruckt.

Konflikts zu schützen. Daher sollte jede Anstrengung unternommen werden, die Diskriminierung nach Rasse, Hautfarbe, Sprache oder Nationalität auszuschalten.

Die letztere Anweisung erwähnt nicht die Religion. Allerdings erklärt der folgende Satz die Auslassung mit dem Ziel des Symposiums, nämlich mit der Behauptung, dass die Unterwerfung unter das islamische Recht menschliches Verstehen und internationale Stabilität garantiert, weil die Menschenrechte ihre wahren Wurzeln im islamischen Recht haben. Hier lässt sich erkennen, dass sich die Menschenrechte mit religiöser und politischer Bekehrung verbinden, ein Prinzip, das völlig uneins mit der Allgemeinen Deklaration (der UNO - d. Übers.) ist. Das islamische Symposium von Rom endete mit zwölf Erklärungen, die hier teilweise zusammengefasst werden:

- Islam ist beides: Religion und Gesetz (Scharia). Er liefert einen umfassenden Rahmen für das Leben des Menschen auf der Erde, er verwirklicht Gerechtigkeit, schützt die Würde des Menschen und sichert seine friedvolle Koexistenz mit anderen [sie],
- Die Würde des Menschen ist ein Vermächtnis Allahs, der beides ist: die Quelle der Menschenrechte und der Ursprung des Maßstabs, an dem das Verhalten des Menschen gemessen werden sollte.
- Die gesamte Menschheit ist an der Verantwortung beteiligt, den Versuch zu unternehmen, das zu erfüllen, was Allahs Wille auf Erden ist. Die Menschen müssen kooperieren in der Festlegung von Gesetzen, Regeln und Chartas, um das Gemeinwohl nach Allahs Willen voranzubringen [...]
- Der Respekt vor dem Glauben an Allah und das Leben im Einklang mit göttlichen Grundsätzen bilden eine zuverlässige Basis, Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz zu erreichen und mithin ein besseres Leben für die Menschheit zu sichern [...]
- Die Verwirklichung von Gerechtigkeit [hier: islamische Gerechtigkeit] in allen Völkern, ungeachtet der Nationalität, Religion, Ethnie, Rasse oder des Geschlechts, ist ein Grundsatz der Scharia, der Ruhe, Stabilität und Sicherheit für alle Mitglieder der Gesellschaft garantiert.

Artikel 12 setzt voraus, dass der Islam Terrorismus und Gewalt gänzlich ablehnt, wobei Terrorismus hier nicht nach der Handlung, sondern nach der Ideologie beurteilt wird. Bestimmte Anliegen, wie z.B. das der Palästinenser, rechtfertigen Terrorismus, der in einem solchen Fall nicht als Verbrechen eingestuft wird. Artikel 14 erklärt schließlich, dass es für alle Muslime obligatorisch ist, ob Regierung oder Volk, die Scharia in jedem Bereich des Lebens anzuwenden, und mit den seriösen Massenmedien zusammenzuar-

beiten, um den Islam einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und die Beziehungen zu den anderen Nationen und Kulturen zu stärken.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die Kairoer Deklaration zu den Menschenrechten im Islam gehen offenbar aus zwei völlig unterschiedlichen Konzepten hervor. Dies ist ein extrem wichtiger Punkt, der von den Vertretern der Mittelmeer-Union nie erwähnt wird, aber faktisch die gegensätzlichen Bedeutungen, Prinzipien, Rechte und Gesetze bedingt. Die Anwendung des Multikulturalismus auf Bevölkerungen, in denen man die diametralen Gegensätze leugnet, schafft die Bedingungen für Bürgerkrieg. Wenn die Muslime in Europa nach den Regeln der Scharia leben müssen, wird das Leben ihrer europäischen Mitbürger unmöglich, aber sie werden den Verlust ihrer Freiheit nicht kampflos hinnehmen.

Zu diesen grundlegenden Widersprüchen sagt der Bericht des Beratergremiums nichts. Um die Mittelmeer-Gesellschaft auf der Basis des idealisierten Modells des jüdisch-christlichen Dhimmitums in Andalusien und im osmanischen Reich entstehen zu lassen, befürwortet es gemeinsame Institutionen und die Überarbeitung der Lehrpläne in Schulen, Universitäten und kulturellen Einrichtungen. Der Bericht schlägt die Schaffung einer neuen Organisation vor, deren Netzwerke die Medien, Veröffentlichungen und Lehrinhalte kontrollieren sollen, um sie von ihren negativen Stereotypen zu reinigen.

Im Dezember 2003 akzeptierten Europarat und EU-Außenminister dieses Projekt mitsamt der Organisation für Kulturkontrolle, die man Anna-Lindh-Stiftung nannte. Damit waren die Mechanismen für die mentale Konditionierung der gesamten europäischen Kultur unter der Aufsicht einer maßgebenden Instanz eingerichtet - der Anna-Lindh-Stiftung. Als ein Netzwerk der Netzwerke würde diese Stiftung zusammen mit den arabischen Ländern auf nationalem und internationalem Niveau das Management der Programme und Aktivitäten in allen Bereichen betreiben - politisch, sozial, kulturell, audiovisuell, medial, bildungstechnisch und künstlerisch.[24]

Einige Monate später (5./6. Mai 2004) trafen die EU-Außenminister in Dublin zusammen und genehmigten die Gründung der Euro-Mediterranen Parlaments-Versammlung (EMPA - Euro-Mediterranean Parliamentary Assembly - (s.o. S. 37 f.), die als Instrument für die Förderung der Demokratie und allgemeiner Aktivitäten in der Mittelmeer-Partnerschaft tätig werden sollte. Dabei gab die EU ihrem Wunsch Ausdruck, in ihre Kooperation mit regionalen Organisationen die Forderungen des Arabischen Liga-Gipfels aufzunehmen. Die neue EMPA war in Einklang mit den Empfehlungen des Hohen Beratergremiums gebildet worden, als erster Schritt zum gemeinsamen, euro-mediterranen Aktivismus. Die erste EMPA-Sitzung fand vom

[24] Zu weiteren Details über diese Stiftung siehe Bat Ye'or, *Eurabia,* Kap. 17.

12. bis 15. März in Kairo statt. In ihrer Abschlusserklärung erinnerten die Teilnehmer die euro-mediterranen Partner daran, nach den Prinzipien der Barcelona-Deklaration,

> sich gemäß den Regeln des internationalen Rechts jedes direkten oder indirekten Eingriffs in die inneren Angelegenheiten eines anderen Partners zu enthalten; die souveräne Gleichheit und alle darin enthaltenen Rechte zu respektieren, in ihren Systemen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu entfalten und in diesem Rahmen zugleich eines jeden Recht anzuerkennen, sein eigenes politisches, sozio-kulturelles, ökonomisches und rechtliches System frei zu wählen und zu entwickeln.[25]

Mit anderen Worten: Die Scharia muss in den Ländern, in denen sie existiert, als legitim akzeptiert werden. Dies lässt die Forderungen nach Reformen des Rechts, Gleichheit der Geschlechter und Religionen, Freiheit der Meinung, des Gewissens und der Religionszugehörigkeit, Respekt vor anderen, speziell den Nichtmuslimen, als weitgehend nutzlos entfallen, obwohl sie die Ziele der Mittelneerpolitik und der Anna-Lindh-Stiftung bilden. Im Gegenteil, die Parlamentarier forderten die EU auf, ihre Leistungen zu steigern und die Finanzmittel zu erhöhen, die man für die Modernisierung der arabischen Länder brauchte - ohnehin bereits hohe Beträge, die aus den Steuern der Europäer kommen. Nur Israel entkam dem Prinzip der Nicht-Intervention, da die EU ihre Israel-Politik auf der Versorgung der palästinensischen Araber aufbaute. Sie spannte sich selbst in den israelisch-arabischen Konflikt ein als Verbündete der Araber und bedingungslose Beschützerin der Palästinenser, eine Strategie, die seit den 1960er Jahren ihre gesamte Politik bestimmte. Im Wetteifer um die Auszehrung Israels verdient sich die EU den arabischen Beifall, indem sie verspricht, nach Jordanien mit Palästina ein zweites Protektorat aufzubauen - auf den strittigen Gebieten von Judäa und Samaria, die sie Israel allmählich entzieht.

Während Europa sich immer enger an der arabischen Welt orientierte, brach im März 2003 der Krieg gegen Saddam Hussein aus und steigerte den arabischen Hass auf den Westen. Unter Führung von Solana und Prodi vervielfältigte die EU daraufhin ihre Projekte zur Förderung der Multikultur und Toleranz sowie zur Bekämpfung der „Fremdenfeindlichkeit" in Europa. Sie finanzierte eine Kampagne zur Solidarität mit den Palästinensern, förderte inoffiziell ein antiamerikanisches Klima und heizte eine extrem bösartige, antisemitische und judophobische Propaganda an. Die Einschüchterungskampagne der OIC in internationalen Foren löste, verbunden mit der Zermürbung Europas durch den Terrorismus, in der EU eine Ablenkungspolitik aus. Sie verknüpfte die von der Kommission orchestrierte, antisemitische Aufwiegelung mit einer rassistischen Diffamierung des Staates

[25] www.europarl.europa.eu/intcoop/empa/plenary_sessions/cairo_2005/cairo_03.05_final_declaration_en.pdf; s. a. die Barcelona-Deklaration.

Israel, der schwer getroffen wurde durch Boykott und Ausgrenzung in den akademischen, pro-palästinensischen Kreisen Europas.

Alle anti-israelische und anti-amerikanische Gehässigkeit konnte jedoch die marokkanischen Islamisten nicht davon abhalten, am 11. März 2004 in Madrid einen Anschlag zu verüben, der fast 200 Todesopfer und über 2000 Verletzte forderte. In den anschließenden Wahlen verlor die mit den Amerikanern verbündete Aznar-Regierung und wurde durch die des Sozialisten José Luis Rodrigo Zapatero ersetzt, der sich unverzüglich den Forderungen der Araber und der OIC bezüglich Irak, Zuwanderung und Dialog unterwarf. Er zog das spanische Kontingent aus den Streitkräften der Koalition im Irak zurück und übernahm die zuwanderungsfreudige EU-Immigrationspolitik auch für Spanien. In der Folge erfüllte er die Forderungen der OIC, indem er mit der Türkei die *Allianz der Zivilisationen* gründete.

Im Oktober 2004 erzeugte die Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh in Amsterdam eine Atmosphäre der Verunsicherung und Furcht, die sich durch den Krieg im Irak und die Entdeckung terroristischer Zellen in Europa verstärkte. Am 5. November 2004, wenige Tage nach dem Attentat an van Gogh, hielt Prinzessin Maxima von Holland eine Rede in Den Haag, um die allgemeine Entrüstung zu beruhigen. Die Prinzessin unterstrich die Bedeutung, welche die Chancengleichheit für Frauen und Immigranten und ihre aktive Beteiligung in der Gesellschaft hat. Sie hob deren Talente und Kenntnisse hervor und legte Gewicht auf die Notwendigkeit, in einem Geist der Offenheit den Einwanderern mit Vertrauen und Respekt vor ihrer anderen Kultur zu begegnen. Immigranten, so die Prinzessin, suchten ihre Identität im neuen Land, ohne ihre Wurzeln zu verleugnen. Dies war freilich eine geschickte Beschwichtigungsausrede für den Multikulturalismus im Kielwasser des Verbrechens.

Am 7. Juli 2005 töteten in England aufgewachsene Selbstmord-Islamisten in U-Bahn und Bussen 52 Menschen und verletzten mehr als 700; zwei Wochen später folgte ein scheiternder Anschlagsversuch durch britische Muslime, weitere drei Monate danach (Oktober - November) brachen in den Vorstädten Frankreichs ausgedehnte Unruhen aus. In dieser Atmosphäre von Hass, Terrorismus und Chaos veröffentlichte die dänische Zeitung *Jyllands Posten* am 30. September 2005 zwölf Karikaturen des Propheten Muhammad, die einige Monate später in der Muslimwelt Reaktionen von beispielloser Gewalt mit über 200 Toten und ungeheurer Zerstörung nach sich zogen. Die Arabische Liga und die OIC, die sich zuvor nicht sonderlich betroffen über Hunderte getöteter und Tausende verletzter Europäer gezeigt hatten, ergriffen nun die Gelegenheit der Cartoonaffäre und funktionierten sie zum Skandalthema der Dritten OIC-Konferenz des Islamischen Gipfels in Mekka um (7./8. Dezember 2005).

4. Multikulturalismus und Islamophobie im UN-Menschenrechtsrat (Genf)

Auf dem Mekkagipfel kündigte die OIC ihre Entschlossenheit an, den Kampf gegen Islamophobie auf Staatsebene, in allen nationalen und internationalen Foren fortzusetzen. Aber wie waren eigentlich die Ausformungen und Definitionen von Islamophobie zu kennzeichnen? Besteht sie in der Ablehnung ungeregelter Zuwanderung oder in der Freiheit der Meinung, des Ausdrucks und der Presse? Oder findet man sie in der (westlichen - d. Übers.) Loyalität zu Kultur, Land und Menschenrechten oder im Wunsch nach nationaler Sicherheit und in der Ablehnung der Scharia bzw. im Widerstand Europas gegen die Islamisierung insgesamt? Wie sich zeigen lässt, bilden alle diese Elemente in unterschiedlichem Maße Teile der „Islamophobie" (Anführungszeichen v. Übers.), die von der OIC - speziell via UNO - zum neuen Kampfgebiet gegen Europa gemacht wurde.

Mit großem Geschick hat die OIC es fertig gebracht, die von den Islamisten geschaffene Lage gegen den Westen zu kehren, denn der wurde mit einem Taschenspielertrick zum Angreifer der Muslime, die dennoch weiterhin freiwillig dorthin einwandern. Indem man die Islamophobie in einen internationalen, in UN-Foren diskutierten Rechtsfall und dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zufolge sogar in ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verwandelte, wurden die Verbrechen des Terrorismus in den Hintergrund gerückt.[26] Gemäß dem Djihad- Prinzip, das die Schuld für Aggression dem Ungläubigen zuschiebt, der sich nicht unterdrücken lassen will, hatten sich Westler, die sich gegen Terrorismus schützen wollten, der Islamophobie schuldig gemacht.

Als Preis für ihre Sicherheit leben die Europäer unter der andauernden Bedrohung durch den Terror und Vergiftung durch den Antisemitismus, die ihnen von den eigenen Politikern aufgezwungen werden. Während sie wie in Kriegszeiten leben und sich an öffentlichen Plätzen und Transporteinrichtungen (primär Flughäfen, zuweilen auch Bahnhöfen - d. Übers.) Durchsuchungen unterziehen müssen, hat die OIC unter Einschluss der UN die Zahl der Konferenzen und Dialoge vervielfältigt, in denen man sich über Europas Islamophobie gegen die leidtragenden Muslime beklagt, die derweil gleichwohl fortfahren, massenhaft nach Europa einzuwandern.

[26] Recep Tayyip Erdogan, Premierminister der Türkei, forderte anlässlich des Fastenbrechens mit José Luis Zapatero in Istanbul die internationale Gemeinschaft auf, die Feindseligkeit gegen den Islam zum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu erklären, siehe *Thomas Seibert,* „Feindschaft gegen den Islam - .Verbrechen gegen die Menschlichkeit'", The National, 17. September 2008, www.thenational.ae/news/worldwide/middle-east/enmity-with-islam-crime-against-humanity (Zugriff 6. Januar 2011).

Die wiederholten Beschuldigungen füllen die Berichte des Doudou Diene, des senegalesischen Sonderberichterstatters über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und verwandte Formen der Intoleranz an die UN-Kommission, den späteren Menschenrechtsrat in Genf. Diene verlangte von der EU einen starken politischen Willen, die „rassistischen, fremdenfeindlichen Plattformen" zu unterdrücken, die sich an Unsicherheit und nationale Identität wenden, um die Zuwanderung zu bekämpfen. Er schloss auf eine ernste Diskriminierung der arabo-islamischen Bevölkerungen, Gewalt gegen deren Gebets- und Kulturstätten, Feindseligkeit gegenüber dem Islam und seinen Anhängern und die intellektuelle Legitimation von Islamophobie. Er brandmarkte jede Verbindung des Islam mit Terrorismus und die Überwachung von Plätzen, an denen Islam praktiziert und gelehrt wird - der Moscheen und Gläubigen. Dagegen empfahl er „die Einführung von rechtlichen, politischen und administrativen Maßnahmen" zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit".[27]

Natürlich erwähnt Diene zu keiner Zeit irgendwelche antichristliche Gewalt in Irak, Gaza, in den Autonomen Gebieten der Palästinenser, in Ägypten, im Maghreb, Iran, Indonesien, Türkei, Saudi-Arabien und in allen anderen Muslimstaaten, die von der Scharia regiert werden. Ebenso wenig erfasst sein Schriftsatz den fanatischen, genozidalen Hass auf Israel in diesen Ländern, den Ansporn zu Feindschaft und Menschenrechtsverletzungen - speziell in der Hamas-Charta - noch die Ausgrenzung der Frauen, liberalen Muslime und Abtrünnigen, den Kult von Terror und Tod gegen Westler, die Hochsee-Piraterie und die Geiselnahme zur Erpressung von Lösegeld. Er ignoriert alle Tatsachen, die die von ihm selbst gebrandmarkte Situation erklären. Er spricht nicht über die Europäer, die unter dem Eindruck stehen, mit den massiven Wellen illegaler Zuwanderung einer Invasion ausgesetzt zu sein, die das Asylrecht untergraben und die Institutionen des Staates überlasten, speziell in den Bereichen der Unterbringung, Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Sicherheit.

Diene sah Kontrollen für die Zuwanderung in den Westen, Sicherheitsmaßnahmen gegen den Terrorismus sowie nationale und kulturelle Trends in Europa als gleichermaßen islamophobisch. In seinen zahlreichen Berichten an die Kommission/Ratsversammlung und die UN-Vollversammlung lenkt er die Aufmerksamkeit auf zwei Entwicklungen, die er als besonders

[27] Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and all forms of racial discrimination: Situation of Muslim and Arab populations in various regions of the world (Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und alle Formen der rassenbedingten Diskriminierung: Situation der muslimischen und arabischen Bevölkerungen in diversen Regionen der Welt), Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen, Genf, E/CN.4/2006/17, 13. Februar 2006. Ich danke David G. Littman, der mir die hier zitierten Berichte des Doudou Diene zugänglich gemacht hat.

beunruhigend empfindet: Danach entstehen nicht nur Rassismus und Fremdenfeindlichkeit als Funktionen des nationalen und kulturellen Identitätsbewusstseins, sondern auch die Misshandlung von Ausländern, Asylanten, Flüchtlingen und Zuwanderern. Er betont es als für Europa wichtig, Rassismus zu verurteilen und seine neue Identität in einer ethnischen, religiösen und kulturellen Pluralität zu prägen, anstatt „unter der Maske des Kampfes gegen den Terrorismus, die .nationale Identität' zu verteidigen, die .nationalen Prioritäten' zu fördern und .illegale Immigration' zu bekämpfen"[28] (letztere Anführungszeichen v. Übers.).

Er verdammt den Einfluss fremdenfeindlicher Strömungen in Europa auf die „Praktiken in Justiz, Verwaltung und Sicherheit, die Ausländer, Zuwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende kriminalisieren".[29] Er betrachtet Europa offenbar als weites Feld für die Kolonisierung, als Kontinent, aus dem nationale Einheiten und indigene Kulturen zu entfernen sind, eben wie jene der Nichtmuslime in den Ländern, die einst nach den Eroberungen islamisiert wurden. Die Loyalität zu europäischen Kulturformen als Rassismus anzuklagen, erscheint nicht sehr ausgewogen, wenn man dies im Lichte der OIC-Forderung sieht, die den Schutz der Kulturidentität muslimischer Zuwanderer in ihren Gastgeberländern verlangt.

Dienes Anschuldigungen nahmen in Berichten an die UN-Vollversammlungen am 20. September 2006 und 21. August 2007 an Schärfe zu,[30] indem er Vorkehrungen zur Sicherheit als religiöse Diffamierung und Verletzung von Menschenrechten rügte: „Ein wesentlicher negativer Einfluss ist die Neigung und zuweilen die ideologische Position in vielen Regierungen, die der Ansicht sind, dass die Sicherheit des Landes und seiner Menschen bereits die gesamte Substanz der Menschenrechte ausmacht" (S. 4). Hier lässt sich feststellen, dass Dienes Kritik identisch mit Europas Kritik an Israel ist, insofern ersteres letzteres wegen seiner Sicherheitsmaßnahmen gegen Terrorismus bestraft.

Diene brandmarkt diesen ideologischen Kontext, der (aus seiner Sicht - d. Übers.) den Respekt vor den Menschenrechten untergräbt. Er beklagt die Diskriminierung der Muslime, die er zwei Hauptproblemen zuschreibt: dem Sicherheitsimperativ Europas und seinen nationalen Identitäten. Seine Berichte scheinen die Menschenrechte der Europäer zu ignorieren, die ihrerseits vom Djihad-Terrorismus verletzt werden. Dieser legitimiert die wahllose Tötung europäischer Zivilisten bzw. bedroht sie mit kollektiven Terror-Repressalien, wenn sie nicht islamischen Regeln folgen, die im Gegensatz zu ihren Gesetzen und ihrer Meinungsfreiheit stehen, speziell in Bezug auf

[28] Bericht vom August 2005, A/60/283, 5-9, Anführungszeichen im Text.
[29] Ebd., 9.
[30] A/HRC/2/3, 20. Sept. 2006 und A/HRC/6/6, 21. Aug. 2007.

Israel. Auf gleiche Weise verletzt die illegale Einwanderung die bestehenden Gesetze der europäischen Staaten.

Diene scheint die Regierungen Europas zu drängen, ihre eigenen Gesetze zu brechen, den Willen ihrer Bürger zu missachten, ihnen sogar entgegenzuwirken, um die Zuwanderung zu privilegieren. Seine grobe Kritik vergleicht die europäischen nationalen Identitäten, die Anti-Terror-Maßnahmen und die Ablehnung illegaler Immigration mit rassistischer, fremdenfeindlicher und islamophober Obstruktion der Multikultur und Zuwanderung, die sich trotz einheimischer Opposition endlos fortsetzen müsse. Mit UN-Rechtfertigung findet sich hier auf subtile Weise die djihadistische Definition von Täter und Opfer, wie sie Bassam Tibi formuliert hat. Der Aggressor ist detjenige, der die Verbreitung des Islam in seinem Land behindert.

Diese Anklagen wurden im 300 Seiten starken Bericht der Amnesty International (AI) von 2007 aufgegriffen, der die Verschlechterung der Menschenrechte größtenteils auf das obsessive Sicherheitsbedürfnis der Westler und den Kampf gegen den Terrorismus zurückführt.[31] In der Präambel geht die AI-Generalsekretärin, Irene Khan, auf das OIC-Argument ein und erhebt Vorwürfe in moralisierendem Ton: „Wir sind bereit, Kompromisse mit den Rechten anderer zu schließen, um unsere eigene Sicherheit zu gewährleisten". Sie schließt: „Keiner gewinnt", und das ist eben falsch, denn das Leben Unschuldiger wird eher bewahrt, wenn die Kriminellen überwacht werden. Amnesty International entrüstete sich über die Angst vor Terrorismus, die der Rechtfertigung von Sichermaßnahmen beschuldigt wird, die demnach unberechtigt in die Menschenrechte eingreifen. Schließlich kommt es dazu, dass die Grundrechte der Europäer auf Leben und Sicherheit gegen solche der Immigranten ausgetauscht werden, sich außerhalb des Rechts und jenseits aller Kontrollen in den Euro-Ländern niederzulassen.

[31] *Le Temps*, Genf, 24. Mai 2004.

* Anm. d. Übers.: Der Totalitarismus, der in dieser und anderen, nicht abschließbaren Forderungen wirkt, gründet sich auf die soritische oder auch „Haufen"-Logik (griech.: *soros* = Haufen), der zufolge es nicht möglich ist, beim Ansammeln von Sandkörnern zu bestimmen, ab welchem Status etwas entstanden ist, das man einen Haufen nennen kann. Ebenso ist es totalitären Ideologien, vorliegend dem Islam, unmöglich, einen akzeptablen Zustand des ungläubigen Lebens zu benennen, der außerhalb der vollständigen Unterwerfung bzw. des Todes liegt. Keine noch so weitgehende Toleranz kann den Alleinanspruch des extremen Denkens befriedigen, solange sie von einer eigenen Identität ausgeht. Hier setzt die machttechnische Asymmetrie an, die den elitären Teil zum Nutznießer der Massentoleranz macht. Denn wie Kant ausführt, sucht der Mensch trotz seiner „Ehr-, Herrsch- und Habsucht" die Extreme zu meiden und erscheint als „Thier, das einen Herrn nötig hat", um „Eintracht selbst wider … Willen hochkommen zu lassen" *(Kant,* Werke IV, 40 - Ed. Weischedel) - eine genaue Entsprechung zur dhimmitümlichen Demut, wie sie Bat Ye'or für die europäischen Eliten beschreibt.

In seinen vielen Berichten wiederholt Diene immer gleiche Beschuldigungen. Er fordert die EU auf, strenge Sanktionen zur Unterdrückung von Bewegungen gegen die multikulturelle Identität zu verhängen, die nun die europäische sein und entsprechend akzeptiert werden muss. Aber mit welcher Autorität entscheidet eigentlich Doudou Diene, ein Senegalese, über die wahre Identität von mehreren hundert Millionen Europäer? Die Antwort ist, dass er mit seinem Bild der Europäer das Bild des Dhimmitums malt. Wie die Original-Dhimmis sind nun auch die Westler verpflichtet, sich der kulturellen und demographischen Kolonisierung ihres Landes durch massive Einwanderung zu beugen. Sie müssen ihre nationale Geschichte, Identität und Kultur aufgeben, ebenso wie das Recht auf Verteidigung gegen den terroristischen Djihad, denn diese Position bedeutet Islamophobie. Die OIC verlangt dagegen, die kulturelle und religiöse Identität der Muslime zu schützen und deren Kulturerbe in Non-OIC-Staaten,[32] in nichtmuslimischen Ländern, zu bewahren.

In seinem Bericht an den Menschenrechtsrat vom 20. Februar 2008[33] konstatiert Diene das wachsende Ausmaß, in dem Europa Diversität und Multikulturalismus ablehnt. Er führt dies auf Rassismus zurück und empfiehlt die Herausbildung rechtlicher und administrativer Instrumente, mit denen sich die Werte, Identitäten und historischen Lehrinhalte, die dem Multikulturalismus widerstehen, ersticken lassen. Solche Vorschläge übersehen freilich die Grundrechte, die den europäischen Bevölkerungen die Freiheit des Denkens, Glaubens und Ausdrucks geben. Erneut definiert Diene Antiterrormaßnahmen als Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (§ 5), wobei diese aus dem ideologischen, politischen und kulturellen Widerstand gegen ethnische Migration und religiöse Multikultur (§ 62) entstehen. Der Nationalstaat, so Diene, repräsentiert eine exklusive nationale Identität, die sich gegen einen demokratischen, universalen, egalitären Multikulturalismus und damit auch gegen den Respekt vor ethnischen, religiösen und kulturellen Identitäten stellt. Diese theoretischen, doktrinären Überlegungen, die darauf abzielen, nationale Kultur und Erinnerung in Europa zu löschen, die ihrerseits als rassistische und islamophobe Hindernisse in der Ansiedlung der muslimischen Religionskultur erachtet werden, machen den Multikulturalismus zum Werkzeug einer Art von Soft-Djihad. In diesem Kontext stellt Artikel 12 der Deklaration zu den Menschenrechten im Islam fest:

> Jeder Mensch soll im Rahmen der Scharia das Recht haben, sich frei zu bewegen und ob im In- oder Ausland, seinen Wohnort zu wählen und als Verfolgter um Asyl in einem anderen Land nachzusuchen. Das Land seiner Zuflucht soll seine

[32] Vgl. den Text des Mekka-Gipfels von Dezember 2005.
[33] A/HRC/7/19.

Sicherheit gewährleisten, es sei denn, das Asyl kommt durch eine Handlung zustande, welche die Scharia als Verbrechen einstuft.

Was bedeutet hier „im Rahmen der Scharia"? Der Bericht des *Observatoriums für Islamophobie* der OIC (Kursivierung v. Übers.) an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen vom 24. Juli 2008 trägt eher noch ernstere Anklagen gegen den Westen vor. Nachdem er die Islamophobie als eines der Hauptprobleme in der modernen Welt hervorgehoben hat, stellt der Bericht fest, dass die Muslime im Westen stereotypisiert und zu Opfern diverser diskriminierender Praktiken gemacht werden, wobei man ihre religiösen Symbole herabwürdigt und beleidigt. Mithin wird besonderes Gewicht auf die gefährlichen Rückwirkungen gelegt, welche diese Form der Feindseligkeit mit der schwierigen Lage der Muslime und der Diffamierung des Islam für Sicherheit und Weltfrieden verursacht. Während er die Forderung nach europäischer Gesetzgebung und internationalen Einrichtungen zur Bekämpfung dieser Missetaten erhebt, erkennt der Bericht an, dass westliche Regierungen, NGO's und Vertreter der Zivilgesellschaft ernsthaft Notiz von der großen Bedeutung genommen haben, die die Schmähung des Islam für die Muslime hat.

Allerdings setzt der Text voraus, dass diese Initiativen nicht ausreichen, weil es an klaren Begriffen mangelt, das Problem anzusprechen, und das Strafrecht fehlt, um die Islamhasser vor Gericht zu stellen und den Missbrauch der Meinungsfreiheit einzuschränken. Man sollte hier anmerken, dass jeder Europäer, der nationale bzw. kulturelle Werte oder religiöse Überzeugungen auf der Basis der Bibel verteidigt, der Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus angeklagt werden könnte. Theoretisch würde die Aussage genügen, dass Abraham in der jüdisch-christlichen Tradition kein Muslim ist und dass *Isa*, der muslimische Jesus, der im Koran den Islam predigt, keinerlei Ähnlichkeit mit dem Jesus der Evangelien hat - oder dass es kaum glaubwürdig ist, wenn der Koran festlegt und den Muslimkindern im Westen beigebracht wird, dass Allah die Juden in Affen und Schweine verwandelt.

Am 2. September 2008 legte Doudou Diene einen Bericht über die aktuellen Formen des Rassismus, der rassebedingten Diskriminierung,* der Fremdenfeindlichkeit, der Manifestationen religiöser Diffamierung und insbesondere über die Tragweite der Islamophobie für die Inanspruchnahme aller Rechte vor.[34] Er verbreitet sich hier über die Gewalt gegen Muslime seit

* Anm. d. Üb.: Die Inflation des Rassebegriffs in den islamischen Publikationen zwingt zuweilen zur Hinnahme ermüdender Wiederholungen, verdeutlicht aber auch den zwanghaften Einfluss eines systemischen Nazismus, der in der EU-OIC-Variante als *Muftismus* zum Vorschein kommt und eine fast hundertjährige Tradition hat (vgl. o. Einl. 1.).

9/11 und stellt fest, dass er auf Wunsch des Rates der Islamophobieprüfung Vorrang einräumt, wobei er hinzufügt, dass dem Antisemitismus und Christenhass eigentlich die gleiche Aufmerksamkeit zukommen sollte. Es fragt sich, warum die Kommission und der Rat für die Menschenrechte jahrelang ihre Aufmerksamkeit diesem Aspekt gewidmet haben, der im weiteren Sinne die Rechte illegaler Einwanderer im Ausland beinhaltet. Dagegen sind die Rechte der Einheimischen sowie der nichtmuslimischen, aber legalen Ausländer in Scharia-Ländern wesentlich ernsteren Verletzungen ausgesetzt, ganz zu schweigen von der Verweigerung historischer, politischer und kultureller Grundrechte für die Israelis im eigenen Land, den mörderischen Bedrohungen, der Diffamierung ihres Menschseins als Affen und Schweine sowie ihrer Religion als Dauerthema der arabisch/islamischen Medien. Bestätigt diese Parteilichkeit zugunsten eines einzelnen Sektors nicht die Diskriminierung anderer Bereiche? Verweist sie nicht auf die Dominanz der OIC über den Menschenrechtsrat und die UNO insgesamt?

Es trifft zu, dass der Berichterstatter das weltweite Wiederaufbrechen rassistischer Gewalt und Xenophobie gegen religiöse, ethnische und kulturelle Minderheiten beklagt, doch spricht er nur von Extremisten, Neonazis und nationalistischen Gruppen im Westen (§ 7). Er vergisst die Islamisten und Djihadkämpfer in Europa und im Großteil der Muslimländer, inklusive Türkei, Ägypten, die Levante, Afrika und Asien, ebenso wie jene, die in Europa die dort geltenden Gesetze brechen und vom Glauben abgefallene Muslime und Freidenker angreifen.

Laut Diene besteht eine der Islamophobie-Formen in der westlichen Ausgrenzung von Muslimen aus wichtigen politischen und sozialen Bereichen (§ 19), ein Punkt, um dessen Korrektur sich die OIC besonders intensiv bemüht. Obwohl es viele Beweise gegen diese Anschuldigung gibt, könnte sich eine solche Ausgrenzung auch durch die abwehrende Haltung so mancher Immigranten gegen die Integration in ihr Gastgeberland sowie ihre Feindseligkeit gegenüber der von ihnen abgelehnten Kultur erklären. In ihren Ländern werden die Juden und Christen als aus dem Vörislam stammende, religiöse und ethnische Minderheiten verachtet. Sie sind von höheren Positionen ausgeschlossen und erleiden ungeheuerliche Diskriminierungen, wenn sie nicht ganz einfach verfolgt oder in Kirchen massakriert werden. Es ist der Erwähnung wert, dass kürzlich in den Westen eingewanderte Muslime mehr Ministerposten und andere wichtige Stellungen besetzen als alle ihre Christen-, Juden-, Berber-, Kurden- oder Hindu-Pendants, denen es gelang, die religiösen und ethnischen Säuberungen in ihrem islamisierten Stammland zu überleben. Ebenso ist festzustellen, dass Artikel 12

[33] A/HRC/7/19.

der islamischen Erklärung zu den Menschenrechten die Einreise und Zuwanderung als Gegenstand der Scharia beschränkt.

In Verbindung mit den Gründen für Islamophobie (§ 20) führt Diene als einen Markstein die Kreuzzüge an, nicht jedoch die Djihad-Eroberungen, die vier Jahrhunderte zuvor das Land der Christen, Hindus und Buddhisten islamisierten. Immerhin erwähnt er eine Identitätskrise im Westen, die durch einen nichtwestlichen Multikulturalismus mit starkem muslimischem Einschlag zustande gekommen sei. Er gab also zu, dass die muslimische Zuwanderung einen erheblichen Druck ausübte, den Bevölkerungen gegen ihren Willen den Multikulturalismus aufzuzwingen. Diene führte zudem aus, dass zu den Islamophobie-Faktoren ebenso die Polarisierung im Israel-Palästina-Konflikt, die Ölkrisen und das „Erscheinen politischer Bewegungen, die den Einsatz von Gewalt durch den Islam legitimieren", zu zählen seien. Darüber werden wiederum die Menschen vergessen, die über 40 Jahre dem Terror in Europa zum Opfer gefallen sind, die Geiseln der Lösegelderpressung aus Entführung sowie die Luft- und Seepiraterie. Die Bedrohung durch den globalen Djihad, der Terrorismus und die generelle Unsicherheit, die Unruhen in den Vorstädten und die Ehrenverbrechen kommen in diesem Betrugsszenario nicht vor.

Der Sonderberichterstatter spart nicht mit harscher Kritik an der Meinungsfreiheit, dem Kronjuwel der westlichen Kultur. Erneut rügt er die Programme gegen den Terrorismus, die Verteidigung nationaler Identität und Sicherheit, welche die Islamophobie legitimieren und zugleich trivialisieren (§ 23). Diene erinnert daran, dass er in seiner gesamten Amtszeit (2002-2008) das eine zentrale Thema betont habe, nämlich die Position des Islam im Aufbau der neuen Identität Europas. Wie gesehen, ist eben dies auch die Position der OIC, die von ihrem Generalsekretär Ihsanoglu eifrig vertreten und Europa zur Befolgung verordnet wird. Aus diesem Grund, so Dienes Warnung, darf der politische und ökonomische Umfang der europäischen Einigung keinesfalls den Blick dafür trüben, dass das neue Europa als multikulturelle Konstruktion entsteht. Mit anderen Worten: Die Rekonstruktion Europas muss den Islam einschließen, was dazu verpflichtet, alle islamfreien Identitäten voller Verachtung zu verdammen.

In seiner Analyse des Antisemitismus unterstreicht Diene dessen Spannkraft in seinem historischen Ursprungsland Europa - eine freilich eher irrtümliche, zumindest voreingenommene Ansicht. Mit Ausnahme der iberischen Halbinsel (das moderne Spanien und Portugal) zeigte sich die christliche Judenfeindschaft erstmals in den byzantinischen Gebieten im Orient und in Nordafrika, die im 7. und 8 Jahrhundert islamisiert wurden. In Europa entwickelte sie sich speziell während der Kreuzzüge und der muslimischen Eroberung des Balkan (11.-17. Jahrhundert). In den islamisierten

Christenländern wurde von Anbeginn die Judophobie, gepaart mit Christophobie, in den islamischen Rechtkorpus eingebaut (8. und 9. Jahrhundert), der auf den heiligen, arabischen Texten beruht.[35] Nach ihrer Vertreibung aus dem Hidjaz im Jahre 640 war dieses Gebiet (und später ganz Arabien - d. Übers.) den Juden und Christen fortan verboten. In ihrem vom Islam eroberten Land wurden sie enteignet, in getrennte Quartiere sowie im 8. Jahrhundert in einen entwürdigenden Status gezwungen, wie ihn islamische Juristen festlegten. So ist Dienes Verfahren verfehlt, die Judophobie allein Europa anzulasten und ihren islamischen Aspekt zu vertuschen. Darüber hinaus behauptete er, dass der Hinweis auf jüdisch-christliche Wurzeln (im Islam - d. Übers.) antisemitisch sei, während sie natürlich historische Realität sind. Sie werden wiederum von den Muslimen geleugnet, die den vom Koran abgeleiteten Anspruch erheben, dass Jesus ein muslimischer Prophet war. Muslime weisen kategorisch jede Anspielung auf eine christliche Abstammungslinie vom Judentum mit der Maßgabe zurück, dass der Islam die Quelle des Christentums sei. Diene verbreitet sich über Antisemitismus in Europa und Amerika, aber erwähnt denjenigen in den Muslimländern kaum, bietet insofern also ein schiefes Bild.[36]

Im Rahmen einer Untersuchung des Christenhasses in der islamischen Region zählt er als zeitgenössische Gründe auf: den Kolonialismus, die Verbindung des Westens mit dem Christentum, die These (Samuel Huntigtons - d. Übers.) vom *Clash of Civilizations,* das Proselytenmachen der Evangelikaien und das aggressive Dogma der europäischen Säkularität. Diese „Analyse" (Anführungszeichen v. Übers.) nach Art eines Potpourri erklärt nicht die Ermordung von Kopten, die Entführung und Vergewaltigung ihrer Töchter und Ehefrauen, das Niederbrennen und Zerstören ihrer Kirchen, die irakischen Massaker an assyrischen Christen und anderen, die sich weigern, die Kopfsteuer (*djizya*) zu zahlen, eine vom Koran den Nichtmuslimen auferlegte Pflichtsteuer - alles Angriffe, die mit den von Diene aufgezählten Ursachen nichts zu tun haben. Seinem Bericht zufolge scheinen die Gründe für den muslimischen Christenhass eher von den Christen selbst zu stammen.

In all den mehr oder weniger unberechtigten, in tendenziöser Form vorgetragenen Anschuldigungen wird der OIC-Plan vom Mekka-Gipfel (2005) sichtbar, der in den nachfolgenden Konferenzen bekräftigt wurde, d.h. den

[35] *Elias al-Makdisi/Sam Soloman,* Al-Yahud: The Islamic Doctrine of Enmity and the Jews, Advancing Native Missions, P.O.Box 5303, Charlottesville, Va 22905, www.Adnamis.ord.2010.

[36] Zum Antisemitismus im Islam siehe *Andrew G. Bostom,* The Legacy of Islamic Antisemitism from Sacred Texts to Solemn History, Vorwort von *Ibn Warraq* (New York: Prometheus Books 2008).

Kampf gegen Islamophobie in nationalen und internationalen Foren auszutragen und den Westen zur Ächtung von Konzepten zu zwingen, die in Europa obsolet sind, nämlich zur Kritik von Religion und Blasphemie. Im Westen bedeutet diese Politik den ernsten Bruch der Meinungs- und Glaubensfreiheit. Hinzu kommt, dass der OIC-Rat den Europäern ein System aus Verunsicherung und Multikulturalismus aufzuzwingen sucht, indem er die legitime Loyalität der Europäer zu ihrer nationalen Identität, Kultur und Geschichte verurteilt und Maßnahmen gegen Terrorismus und illegale Zuwanderung brandmarkt.*

Der Multikulturalismus ermöglicht Immigranten, die sich nicht ins Gastgeberland integrieren wollen, ihre Identitäten und Gesetze auf Augenhöhe mit denen der Europäer durchzusetzen, ungeachtet der erheblichen Gegensätze in Bezug auf die Meinungsfreiheit sowie den Status der Frauen und der Familie. Gleichwohl erscheint der Unterschied zwischen beiden Seiten in der Auslegung der Menschenrechte sowie in den Kriterien für eine objektive Einstufung der Kultur- und Lehrinhalte unüberwindlich. Daneben ist es der schariatische Gehorsam der Muslime in jedem Aspekt ihres Lebens, so wie von der Kairoer Menschenrechtserklärung gefordert, und ihre Verwurzelung in Koran und Sünna, so wie von der OIC verlangt, der ein unzulässiges Schutzrecht beansprucht und die Integration in ein postreligiöses, säkulares, libertäres Europa extrem problematisch macht.

Am 27. März 2008 hatte die OIC Erfolg mit einer weiteren Resolution zum „Kampf gegen die Diffamierung von Religionen", die der UN-Menschenrechtsrat annahm. Dieser Beschluss unterstellt die Meinungsfreiheit dem Respekt vor Religion und Glauben und befreit die Religionen allgemein sowie die Schariagesetze speziell von jeder Kritik. Die OIC ist der Auffassung, dass der Kampf gegen den Terrorismus eine gravierende, diskriminatorische Wirkung gegen muslimische Minderheiten ausübt und den Staat zu geeigneten Maßnahmen verpflichtet, den Respekt vor Religionen zu schützen und sich gegen ihre Diffamierung einzusetzen.

In der nachfolgenden Sitzung am 16. Juni 2008 nötigten mehrere OIC-Delegierte den Ratspräsidenten, den rumänischen Botschafter Doru Romulus Costea dazu, (dem Menschenrechtler - d. Übers.) David G. Littman bei der Verlesung eines Drei-Minuten-Statements zur Gewalt an Frauen im Islam das Wort abzuschneiden. Die Erklärung kam von zwei NGO's, der *Association for World Education* (AWE) und der *International Humanist and Ethical Union* (IHEU), und erwähnte die Wörter „Scharia" und „Fatwa",

* Anm. d. Üb.: Nicht nur dieses Buch legt nahe, dass der europaweit häufigste Abwehrstereotyp - „Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" - eine Schöpfung des OIC-Rats ist.

(isl. Rechtsmeinüng - d. Übers., s.a. o. Einl. I.).[37] Aufgrund von 16 Tagesordnungspunkten - die Hälfte von OIC-Ländern - wurde Littman 16mal unterbrochen und die Sitzung anschließend für 45 Minuten ausgesetzt.

Mit knapper Mehrheit nahm der Menschenrechtsrat am 25. März 2010 schließlich die von Pakistan geförderte OIC-Eingabe gegen die Diffamierung von Religionen an.[38] Die Resolution bestätigt die OIC-Entscheidungen des Gipfels von Mekka und aller Folgekonferenzen hinsichtlich der Herabwürdigung von Religionen, ihrer stereotypen Darstellung in den Medien und ihrer Verknüpfung mit Terrorismus. Sie übernimmt die seit dem 9/11-Anschlag von der OIC vertretene, muslimische Opfersicht (s.o. S. 30, u. S. 147), die eine Diskriminierung als Ergebnis ethnisch-religiöser Klischees und der Überwachung der Muslimgemeinden in nicht näher benannten Westländern behauptet. Mehrfach betont der Beschluss die Pflicht des Staates allgemein und des westlichen Staates speziell, die Islamophobie zu bekämpfen und die muslimischen Gemeinschaften weltweit zu schützen.

Da dieses Dokument vorgibt, in sich die Sorge der gesamten Welt über religiöse Verfolgungen zu vereinen, ließe sich umso eher fragen, warum es sich konsequent ausschweigt - sowohl zu der Verletzung nichtmuslimischer Rechte durch den Terrorismus (Israel, USA, Europa, Indien, Afrika) als auch zu den mörderischen Kriegs- und Tötungsaktionen, den Vergewaltigungen, den Aufwiegelungskampagnen zu Hass und Völkermord gegen Israel, insbesondere seitens Iran, Hamas (Gaza), der Autonomiebehörde und der Hizbullah (Libanon). Obwohl es allgemein formuliert ist, will das Papier ersichtlich die muslimischen Immigranten in den westlichen Ländern schützen, indem es jede Kritik an deren Intoleranz gegenüber dem Nichtislam verhindert. Paragraph 8 verurteilt vehement das Minarettverbot, das durch eine Völksabstimmung in der Schweiz am 29. November 2009 beschlossen wurde. Wie es heißt, würde sie als Ausdruck von Islamophobie „zu gefährlichen, unabsichtlichen und nicht vorhersehbaren Konsequenzen" führen können.

Man fragt sich, warum nur die Minarette erwähnt wurden, während den Kairoer Juden das Gebet in ihrer ältesten Synagoge untersagt ist, die Palästinenser Aufstände gegen die Restauration einer Jerusalemer Synagoge aus dem 19. Jahrhundert veranstalteten, die unter der jordanischen Besatzung (1948-1967) zerstört worden war, und es nach wie vor islamweite, strenge Restriktionen gibt, die die Errichtung und Reparatur religiöser, nichtmusli-

[37] Die Information wurde von David G. Littman geliefert. Zu weiteren Details s. *Littman,* „UN Human Rights Council: Any mention of the word *shari'a* is now taboo", 19. Juni 2008. www.jihadwatch.org/archives/021461.php.

[38] Vereinte Nationen, Menschenrechtsrat, Genf, A/HRC/131.1, 13. Sitzung, Agendapunkt 9.

mischer Einrichtungen einschränken bzw. - in einigen Ländern - den nicht-islamischen Gottesdienst überhaupt verbieten. Daneben bedeuten die Drohungen, die der türkische Ministerpräsident Erdogan für die Staaten bereithielt, die den Völkermord an den Armeniern anerkennen, ergänzt durch die Ankündigung, die armenischen Einwanderer aus der Türkei zu vertreiben,[39] eine Verletzung von deren Rechten auf Bewahrung ihrer Geschichte und des Gedächtnisses an ihre größte Tragödie.

Die OIC ist also durchaus erfolgreich bei der Durchsetzung der Forderungen der Ministerkonferenz von Djidda (15. März 2006), nämlich auf globaler Ebene durch UN-Körperschaften die Herabsetzung von Religionen und religiösen Symbolen, die Blasphemie, die Verunglimpfung von Propheten zu ächten und eine ebenso weltweite Strategie zu planen, die mit so angemessenen wie wirksamen Maßnahmen die religiöse Diffamierung auch zukünftig verhindert. Der Zweite OIC-Bericht (2008/2009) über die *Beobachtung der Islamophobie* (Kursivierung v. Übers., s.a. o. S. 91, u. S. 142) ist Gegenstand des vierten Kapitels.[40]

Im Lichte dieser Entwicklung wird erkennbar, dass sich der Menschenrechtsrat der islamischen Menschenrechtserklärung von 1990 annähert, die in Artikel 22 feststellt:

1. Jedermann soll das Recht haben, seine Meinung frei in einer Weise zu äußern, die nicht im Widerspruch zu den Prinzipien der Scharia steht;
2. Jedermann soll das Recht haben, für das Richtige einzutreten und das Gute zu fördern sowie vor dem Falschen und Üblen zu warnen, gemäß den Normen der islamischen Scharia;
3. Information ist von vitaler Notwendigkeit für die Gesellschaft. Sie darf nicht in einer Art ausgebeutet oder missbraucht werden, die die Weihe und Würde von Propheten verletzen, moralische und ethische Werte untergraben bzw. auflösen sowie die Gesellschaft korrumpieren und beschädigen oder ihren Glauben schwächen kann.

[39] *Suna Erdem*, „Recep Tayyip Erdogan droht, 100.000 illegale Armenier zu vertreiben", The Times online, London, 18. März 2010 (Zugriff 9. April 2010).

[40] Juni 2008 bis April 2009, herausgegeben anlässlich der 36. Versammlung des Ministerrats, Damaskus, Syrisch-Arabische Republik, 23.-25. Mai 2009.

III. Multikulturalismus, die OIC und die Allianz der Zivilisationen

1. Multikulturalismus und die Allianz der Zivilisationen

Spanien, ein Land, das auf eine ausgeprägte, antijüdische Tradition zurückblickt und Israel erst anerkannte, als der EU-Beitritt 1985 dazu zwang, reagierte auf den Madrider Anschlag im März 2004 mit gesteigerter Unterwürfigkeit gegenüber der arabischen Welt. Folgerichtig bestand Ministerpräsident Zapatero darauf, den Vorsitz der 60. Jahrestagung der Arabischen Liga in Algier (22. März 2005) zu übernehmen, der er die Gründung einer *Allianz der Zivilisationen* (AZ) vorschlug. Diese Körperschaft sollte gemäß dem OIC-Plan an der Annäherung des Islam und des Westens in den Bereichen Politik und Kultur arbeiten. Vor einem vollzähligen Plenum arabischer Führer erläuterte er sein Projekt, das auch die Thematik des Barcelona-Prozesses und der Anna-Lindh-Stiftung einschloss. Er fügte es allerdings in einen ehrgeizigeren, international weiter gezogenen Kontext ein, der sich auf multilateraler Systembasis mit den Vereinten Nationen verknüpfte. Die Annäherung zwischen dem Westen und der Muslimwelt gehörte nun zur UN-Globalstrategie.

Angespornt durch das Versprechen, sein Äußerstes für die Beseitigung der Missverständnisse zwischen dem Westen und der OIC zu tun, vertrat Zapatero die nicht mehr ganz neue Idee eines konstruktiven Dialogs zwischen Völkern, Religionen und Zivilisationen. Auch die Türkei und UN-Generalsekretär Kofi Annan unterstützten die Absicht, gegen die Trennungen und Vorurteile zwischen den Kulturen, speziell zwischen dem Westen und dem Islam, vorzugehen. Faktisch kam das Projekt von der OIC und nicht von Zapatero, der nur als deren Repräsentant für Europa auftrat.

Von Kofi Annan ausgewählte Persönlichkeiten formten eine Hochgradgruppe (HGG), die einmal mehr den „Zusammenstoß der Zivilisationen"

* Der englische Ausdruck *high level bzw. high grade group* schließt an die elitäre Tradition an, die Hierarchien mit der Begrifflichkeit des überkulturellen „Hochgrads" festzuschreiben, wie im „Hochgrad-Beratergremium", „Hohen Repräsentanten", „Hohen Rat", „Höchsten Gremium" etc. Die Semiosphäre (s.o. Einl. 5.) wandelt diese Suggestiv-Begriffe zu Fachtermini mit Routine-Abkürzungen (vorliegend HLG bzw. HGG), die die soziale Schieflage - wie auch den „Dhimmi" - zur Selbstverständlichkeit machen.

schlichten sollte. Als Frucht ihrer vielgerühmten Fähigkeiten legte diese Gruppe namens der AZ im November 2006 ihren Bericht vor.[1] Sie übernahm die islamische Geschichtssicht und schob dem Westen und Israel die Schuld an den laufenden Konflikten zu. Die sollten, so die Gruppe, mit dem Zionismus und dem europäischen Kolonialismus begonnen haben, als ob der Imperialismus des Djihad seit dem 7. Jahrhundert in drei Kontinenten nur ein pastoraler Spaziergang durch unbewohnte Landstriche gewesen wäre. Es fällt schwer, sich einen flacheren, primitiveren, mit noch mehr Verdrehungen angefüllten Text auszudenken, als diesen Bericht einer Organisation, die sich mit dem hochtrabenden Namen einer „Allianz der Zivilisationen" schmückt.[2]

Wie präsentiert dieser Bericht das 20. Jahrhundert? „Vielen brachte das vergangene Jahrhundert Fortschritt, Wohlstand und Freiheit, für andere markierte es eine Ära der Unterwerfung, Entwürdigung und Enteignung".[3] Die Herrschaft totalitärer Systeme quer durch Europa, Asien und Afrika, die Völkermorde an den Armeniern, Griechen und Assyrern im osmanischen Reich, Kaukasus, Balkan, Irak und in Syrien von 1914 bis 1933, zwei Weltkriege mit über 20 Millionen Toten im Ersten und über 40 Millionen im Zweiten, der einzigartige Horror des Genozids an den europäischen Juden, gefolgt von den ethnischen Säuberungen der Juden aus arabischen Gebieten mit Pogromen, Massakern, Vergewaltigungen, Enteignungen, willkürlichen Verhaftungen und Vertreibungen waren wohl insgesamt unwichtig, ebenso wie die vielen Millionen, die in der Sowjetunion, Kambodscha, Ruanda, Sudan und anderswo umgebracht wurden. All diese Walzen menschlicher Barbarei verschwinden und machen der OIC-Doktrin der „Unterwerfung, Entwürdigung und Enteignung" Platz. Dies wahrscheinlich in Anspielung auf die palästinensischen Araber, jedoch ohne Bezug auf die jüdischen Bewohner von Judäa, Samaria und Jerusalem, die 1948 nach dem Krieg der Arabischen Liga gegen Israel - mit der Invasion von fünf Armeen und der aktiven Beteiligung palästinensischer Araber - vertrieben wurden. So sieht die Weisheit der Hochgradgruppe (HGG) hinsichtlich der beispiellosen Höhepunkte menschlicher Tragödien im 20. Jahrhundert aus.

Der Bericht häuft Klischee auf Klischee über Ungerechtigkeit, Unzulänglichkeit und Okkupation (wessen von wem?). Weltweite Konflikte und Terrorismus werden reduziert auf den Zwiespalt zwischen den Privilegierten und Benachteiligten, den Mächtigen und Schwachen, den Reichen und Ar-

[1] Vgl. Alliance des civilisations? in Controverses No. 9, November 2008 (Paris: Editions de l'Eclat).

[2] „Alliance of Civilizations", Bericht der Hochgradgruppe, www.unAOC.org, 13. November 2006 (New York: United Nations 2006).

[3] Ebd., Report 3, § 1.1.

men, weil, so der Bericht, Armut zu Verzweiflung und Entfremdung führt. Kurz: Wir begegnen hier den europäisch-marxistischen Stereotypen, die ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Hinsichtlich des Terrorismus sollen wir nach dessen „tiefen Ursachen" suchen, während wir dabei „die Verbindungen erkennen werden zwischen Frieden, Sicherheit, sozial-ökonomischer Entwicklung und Menschenrechten".[4] Mit anderen Worten: Ein Holzbein bekommt sozusagen einen Gipsverband, denn die HGG sieht die Ursachen der Konflikte in „ständiger Diskriminierung, Erniedrigung und Ausgrenzung" und in der Empörung, die durch „wachsende Demütigung und Verzweiflung" provoziert wird.[5]

Die Allianz schlägt ebenso vor, diese Konflikte durch die Bekräftigung gegenseitigen Respekts zwischen den Völkern zu verringern und ein Verhältnis zu schaffen, „das den Beziehungen zwischen westlichen und islamischen Gesellschaften besondere Aufmerksamkeit widmet". Der Bericht empfiehlt „ein praktikables Aktionsprogramm (auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene), das von Staaten, internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft betrieben wird und hoffentlich hilft, die Feindseligkeit zu vermindern und die Harmonie zwischen den Nationen und Kulturen in der Welt zu fördern".[6] Indem dieser Aktionsplan aktuell in Europa und Amerika - ohne Wissen der Bürger - ausgeführt wird, setzt er die Interessen der OIC durch.

Die HGG bemüht sich um die Formulierung von Prinzipien, mit denen sich eine Kultur des Dialogs und Respekts zwischen allen Kulturen und Nationen gestalten lässt. Wie es heißt, kann „nur das Recht und ein effektives multilaterales System mit den Vereinten Nationen als Kern" eine derart interdependente Welt regulieren, eine Strategie, die gemeinsam von EU und OIC gegen US-Präsident George W. Bush (und bis Obama Amerika allgemein - d. Übers.) vertreten wird.

Die Beschwörung magischer Formeln wie Gesetze, Verträge, internationales Recht und Menschenrechte[7] umgeht das Problem, indem die Hochgradgruppe sie missbräuchlich einsetzt. Sprechen wir von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der *International Bill of Human Rights,* den Genfer Konventionen und anderen UN-Vertragswerken des internationalen Rechts oder von Menschenrechten nach Maßgabe der Scharia und des universalen Djihadrechts, die zu all diesen und vielen anderen Verträgen im Widerspruch stehen? Dieselbe Bedeutungslücke lässt sich in der Auflistung von Terrorismus ausmachen, wo derjenige der PLO und des Baath-Systems

Ebd., Report 6, § 2.6.
Ebd., Report 10, § 3.13.
Ebd., Report 4, § 1.5.
Ebd., Report 5 und 23.

eines Saddam Hussein fehlt, ebenso wie der Völkermordversuch der Darfur-Muslime an Christen und Animisten im Sudan.

Aufgrund ihrer aufwendigen Aktivitäten in zahlreichen Dialogen rühmt sich die Allianz einer umfassenden, multipolaren Analysemethode der globalen Perspektiven und Beziehungen zwischen Zivilisationen. Dennoch hebt sie hervor, dass sie sich hauptsächlich auf westliche und islamische Gesellschaften konzentriert. Dies führt dazu, sich entgegen historischer Realität auf eine Darstellung friedlicher Koexistenz zu stützen, „zwischen Christentum, Islam und Judentum von unserem Beginn an" - trotz einiger Konflikte, die „mehr politischer als religiöser Natur" gewesen sein sollen. So merkt die Hochgradgruppe an, dass

> während des Mittelalters die islamische Zivilisation eine wesentliche Quelle der Innovation, des Wissenserwerbs und wissenschaftlichen Fortschritts war, die zum Entstehen der Renaissance und Aufklärung in Europa beitrug. Historisch stand es den Juden und Christen unter muslimischer Herrschaft weitgehend frei, ihren Glauben zu praktizieren.[8]

Diese Klischees folgen den nachfolgend zitierten Empfehlungen der Islamischen Konferenz in Mekka (vgl. a. oben S. 49, 53, 77).

- Bekanntmachung der positiven Beiträge der hispano-islamischen Zivilisation zur westlichen Kultur und Humanität in Form von Toleranz, friedlicher Koexistenz der drei abrahamitischen Religionen (Islam, Christentum, Judentum) und der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie durch muslimische Gelehrte und Wissenschaftler.[9]
- Aufklärung der westlichen Führer und Öffentlichkeit über a) die positive Rolle des Islam im Aufstieg der westlichen Moderne und b) deren moralische Verpflichtung, die sozio-ökonomische Entwicklung des Südens (also des Islam - d. Übers.) zu fördern.
- Publikationen über das Erbe der islamischen Zivilisation in Spanien, auf dem Balkan, in Zentral- und Südasien und anderen Weltgegenden, die die interreligiöse Harmonie und Toleranz, ökonomische Entwicklung und den muslimischen Beitrag zur Entfaltung der modernen Wissenschaft und Technologie behandeln.

Ferner erteilte die HGG die Anweisung, gegen Publikationen vorzugehen, welche dieser Geschichtsversion widersprechen, weil sie - in flagranter Verdrehung der Realität - nicht die aktuellen Konflikte bzw. die ansteigende Feindseligkeit zwischen den Islamvölkern und dem Westen erklären. Der Gruppe zufolge liegen die Wurzeln dieser Phänomene „in Entwicklungen

[8] Ebd., Report 11, § 4.2 - Diese Ansichten werden heute von amerikanischen (und europäischen - d. Übers.) Journalisten wiederholt.

[9] Parenthesen im Text.

des 19. und 20. Jahrhunderts, beginnend mit dem europäischen Imperialismus, dem sich daraus ergebenden Auftauchen antikolonialer Bewegungen und der Erbschaft der Konflikte zwischen ihnen".[10] Die obligatorische Anklage des Westens und Israels macht eine historische Lüge geltend, die als die Grundwurzel allen Übels die Gründung des Staates Israel behauptet, nämlich

> als Beginn einer Kette von Ereignissen [sie], die weiterhin eine der windungsreichsten in den Beziehungen zwischen westlichen und islamischen Gesellschaften ist. Israels andauernde Besetzung palästinensischer und anderer arabischer Territorien sowie der ungeklärte Status Jerusalems - eine heilige Stadt für Muslime und Christen wie auch für Juden - haben mit der fügsamen Hinnahme durch westliche Regierungen Bestand und sind die Hauptgründe für Empörung und Zorn der Muslimwelt gegenüber dem Westen. Diese Okkupation wird in der Muslimwelt als eine Form des Kolonialismus empfunden und hat viele glauben gemacht, ob richtig oder falsch, dass Israel ein abgekartetes Spiel mit „dem Westen" treibt. Diese Wahrnehmungen und Verstimmungen wurden weiter verschlimmert durch Israels kürzliche, unverhältnismäßige Rachemaßnahmen in Gaza und im Libanon.[11]

Dieser Behauptung wird ihr (strategischer) Zwilling angefügt:

> Die Invasion bestimmter muslimischer Länder durch westliche militärische Streitkräfte sowie deren fortgesetzte Anwesenheit in diesen Ländern, verbunden mit der Unterdrückung politischer Bewegungen in der Muslimwelt, gehören zu den Gründen für gewalttätige Ausdrucksformen. Wie die Geschichte in vielen Ländern bestätigt, *tragen politische Repression und ausgedehnte Besatzung dazu bei, zum eigenen Schutz gewalttätigen Widerstand zu provozieren**

Zunächst sollte angemerkt werden, dass die Begriffe *Israels andauernde Besetzung* sowie *andere arabische Territorien* der gegen Geschichte und Geographie gerichteten, islamischen Perspektive entsprechen, denn die bis zum Ende des britischen Mandats 1948 - mit Galiläa - offiziell als Judäa und Samaria bekannten Regionen konstituieren das historische Erbe und Heimatland des jüdischen Volkes, dessen mehrtausendjährige Geschichte im Lande Israel das Fundament des Christentums war und bleibt. Der Bericht gesteht interne Probleme in der Muslimwelt ein, wobei als einzige Form der Diskriminierung die Unterdrückung der Frauen erwähnt wird, die durch eine irrtümliche Interpretation des Islam zustande gekommen sein soll. Er bemerkt die Existenz „intra-muslimischer Debatten", doch finden diese Diskussionen faktisch im Westen statt, denn mit Ausnahme einiger seltener, muslimischer Kritiker bildet der Djihad in seiner Originalversion als Erobe-

[10] „Alliance of Civilizations", Report 12, § 4.3.

[11] Ebd., § 4.4.

[12] Ebd., Report 13-14, § 4.2.

* Anm. d. Üb.: Im Totalitarismus spiegelt sich das eigene Verhalten im dem Anderen Vorgeworfenen.

rungskrieg den islamischen Konsens. Getreu der Linie, die die OIC 2005 im Symposium von Mekka festgelegt hatte, sucht die Hochgradgruppe den Djihad zu rehabilitieren:

> Die Vorstellung des Djihad ist reich an Bedeutungsnuancen. Sie reichen vom Kampf zwischen Gut und Böse, der jedem Individuum wesentlich ist (oft bezeichnet als „größerer" Djihad), bis hin zum bewaffneten Kampf als Verteidigung der Gemeinschaft (der „kleinere" Djihad).[13]

Man könnte fragen, welche Verteidigungskriege in Arabien, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika, Asien und Europa von arabischen und später türkischen Stämmen eigentlich geführt wurden, gegen Völker, die sie bzw. ihre Länder in Arabien oder Asien nicht angegriffen hatten. Die Hochgradgruppe wendet sich gegen die falsche Interpretation des Wortes „Djihad" durch (islamische - d. Übers.) Extremisten zur Rechtfertigung von Gewalt, wobei der Begriff „Terrorismus" vermieden wird. Denn wenn diese Ermunterungen zu Gewalt

> von den Medien und westlichen Führern aufgegriffen und verstärkt werden, verliert die Idee des Djihad ihre Bedeutungsvielfalt und positiven Begriffsinhalte für die Muslime und bleibt nur noch mit Bedeutungen des Negativen und Gewalttätigen verbunden, die dem Begriff fälschlicherweise zugeschrieben worden sind.

Wir können die Empfehlungen der HGG mit den nachfolgenden der OIC vergleichen, um dem Faden der Beeinflussung zu folgen, nämlich *die Vorstellung vom friedlichen Djihad in seinen vielen Dimensionen zu fördern, Z. B. als Djihad in der Ökonomie, Bildung, Intellektualität, Ökologie, Moral oder auch als Djihad gegen Armut, Verbrechen, Drogen, AIDS etc.* (vgl. die gleichen Kriterien in § 11 der OIC-Erklärung o. S. 54 - d. Übers.). Die Vorschläge lassen sich auf die OIC-Empfehlungen in Mekka zurückführen in Bezug auf die Heiligkeit des Djihad, die politischen Aspekte der Weltmission (*da'wa*) und die Klagen gegen die westlichen Medien: *Arbeitet zusammen gegen die anti-islamische Propaganda in den internationalen Medien.*

Auf dieser von der OIC geschaffenen Grundlage entwarf die HGG ihre allgemeine Politik für die Allianz der Zivilisationen. In Lehnstreue zur OIC war es erwartungsgemäß die Palästinafrage, die ihrer dringenden Zuwendung bedurfte. Sie empfiehlt „eine gerechte, würdige und demokratische Lösung", die in der islamischen Interpretation von Gerechtigkeit und Demokratie der Hamas-Sicht folgt. Als echter Dhimmi-Staat sollte Israel die Gründung eines lebensfähigen, palästinensischen Staates erleichtern und dadurch riskieren, selbst lebensunfähig zu werden - als ob Jordanien mit über 77 Prozent seines Areals seit 1922 kein palästinensischer Staat gewesen wäre. So sollte Israel sich selbst opfern, verstümmeln, zerstören - gemäß

[13] Ebd., Report 15, § 4.17 - Parenthesen und Anführungszeichen im Original. Die Erwähnung des historischen Djihad wird heute als Islamophobie betrachtet.

der auch von Europa geübten Praxis - um im Namen der Djihadmoral Frieden und Sicherheit im Dhimmitum zu genießen.

Die Hochgradgruppe schlägt vor, konkurrierende Erzählungen von der Entstehung des Staates Israel zu entwerfen. Sie sieht darin ein höchst wertvolles Instrument, wie zweifellos auch konkurrierende Darstellungen des Holocaust den Nazismus rehabilitieren können. Die Gruppe erzählt uns, dass aus islamischer Sicht die Wiederherstellung des Staates Israel als Aggression und Okkupation zu sehen ist. Allerdings gilt dasselbe für die Entislamisierung Spaniens, Portugals, Siziliens, Serbiens, Griechenlands und des Balkan, alles frühere arabische oder osmanische Kolonien, ebenso wie Kaschmir, Indien und andere asiatische Länder - spätantike Gebiete des Djihad und Dhimmitums - ganz zu schweigen von den anderen modernen Zitadellen des Unglaubens (d.h. Europa und Amerika - d. Übers.), die zur Eroberung bestimmt sind.

„Konkurrierende Erzählungen" über die Wandlung muslimischer Besatzer, die über Jahrhunderte des Krieges aus ihren europäischen Kolonien verdrängt wurden, konnten großherzig die Rückkehr von Millionen ihrer Nachkommen sowie die Kompensation ihrer Vermögen und Ländereien rechtfertigen, die zuvor von den Christen konfisziert worden waren. Deren eigene Vorfahren waren freilich ihrerseits in den Eroberungen des Djihad enteignet, vertrieben und massakriert worden. Die Hochgradgruppe erzeugt ein falsches Gleichgewicht zwischen dem globalen Djihad-Imperialismus und der Befreiung von Dhimmi-Völkern. Letztere waren von einer Kriegsideologie enteignet und entmenschlicht worden, die den islamischen „Schutz" (Anführungszeichen v. Übers.) im Austausch gegen Land gewährte - nach der Formel: Frieden der Dhimmi-Unterwerfung für die Hergabe von Land.

In Wirklichkeit waren die einzigen, die vertrieben bzw. zum Verlassen ihres Landes verpflichtet wurden, die von der Gruppe verschwiegenen, zivilen jüdischen Flüchtlinge aus arabischen Ländern, während die meisten Araber des Mandats Palästina zu Flüchtlingen durch einen hausgemachten Krieg wurden - mit ihrer Kollaboration während der Invasion Israels 1948 durch die fünf arabischen Armeen. Um der OIC-Politik den Anschein von Seriosität zu verleihen, regte die Gruppe ein Weißbuch an, das die konkurrierenden Erzählungen beider Seiten vorstellen sollte.

> Ein solches Dokument könnte eine solide Grundlage für die Arbeit wichtiger Entscheider liefern, die in die Bemühungen um die Konfliktlösung eingebunden sind. Eine nüchterne, rationale Analyse würde den Palästinensern deutlich machen, dass die Kosten für jahrzehntelange Missverständnisse, Stigmatisierung und Besatzung nun anerkannt werden, während sie gleichzeitig dazu beitragen, die Befürchtungen der Israelis auszuräumen. Diese Leistung würde die Position derer

stärken, die eine gerechte Lösung des Konfliktes anstreben, während sie die Extremisten auf allen Seiten schwächt. Denn sie würden nicht mehr als die Helden einer Sache auftreten, die sie sich aneignen konnten, weil ihre Geschichte unerzählt blieb oder von der Gemeinschaft der Nationen absichtlich ignoriert wurde.[14]

Dank Europa, das seit 1973 zum Schutz gegen Terrorismus die palästinensische Sache vertreten hatte, profitierte letztere wie keine andere von der globalen Aufmerksamkeit und speziell von den Milliarden, die die Euro-Bürger in ein Fass ohne Boden zahlten. Ohne deren Wissen finanzierte die EU Terrorismus und Hass gegen Israel, um den Terror von Europa fernzuhalten und somit Sicherheit zu kaufen.

Der erzwungene Weggang der Juden aus arabischen Gebieten und ihre Enteignung wurden nicht nur von der Hochgradgruppe, sondern auch von der Weltöffentlichkeit ignoriert, ebenso wie die Geschichte des Martyriums und der Entmenschlichung der Dhimmis, die palästinensischen Juden inklusive, die über die Jahrhunderte Massaker, Versklavung, Ausweisung sowie ethnische und religiöse Säuberungen im eigenen Land zu erleiden hatten. Das Weißbuch erhob zwar den Anspruch, den Frieden zu bringen, fügte jedoch eher der Diffamierung Israels und dem palästinensischen Opferkult eine weitere Episode hinzu. Ihsanoglus Erklärung in der Konferenz von Dakar (März 2008) bestätigte diese Absicht, indem er eine offizielle Dokumentation der israelischen Verbrechen verlangte, um sie vor internationale Gerichte, z.B. den neu geschaffenen Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen zu bringen.

Man fragt sich nach den Motiven, die das Weißbuch mit der Wiederherstellung des Staates Israel beginnen lassen und somit jede vorherige, jüdische Geschichte löschen. Tatsächlich zielt es darauf ab, unter der Ägide der UN und der Allianz der Zivilisationen eine Denkschrift für die *nakba* (arab.: Heimsuchung, Unheil - d. Übers.) von 1948 zu verfassen, das Gegengewicht zur Shoah. Sie ist Israel und der Welt anzulasten, um nicht nur Nazismus durch Judenhass zu rehabilitieren, sondern auch die muslimisch-palästinensischen Regime, die über Jahrhunderte die Dhimmis im Lande Israel beherrschten. Die moralische Zerstörung der israelischen Souveränität, ein zentraler Grundsatz des euro-islamischen Antisemitismus', soll den Weg für die Wiederkehr von Auschwitz ebnen, die seit Jahrzehnten von den euro-arabischen Dialogen programmiert und mit beruhigenden Floskeln von

[14] Ebd., Report 18, § 5.7 - In einem Artikel im *Boston Globe* konstruierte der Schriftsteller *James Caroll* dieses Muster eines Gleichgewichts zwischen Shoah und Nakba: „New talks, old wounds", Neudruck in der International Herald Tribüne, 8. September 2008.

* Anm. d. Üb.: Im Text heißt es „das … Regime", das jedoch „über Jahrhunderte" aus der Abfolge von Klanen unterschiedlicher Herkunft bestand (vgl. *Joan Peters,* From Time Immemorial, 152 ff.).

Frieden und Gerechtigkeit getarnt wird. Diese Politik verbirgt sich in der Erklärung der Neun von London (1979), gefolgt von der in Venedig (1980) und wird von der PAEAC[15] durchgesetzt - dies alles, um die Ansprüche der Arabischen Liga und der OIC zu befriedeigen.

2. Ein Kontinent ohne Einwohner: die Strategie der Partnerschaft

Auch die weiteren, allgemeinen Politikvorschläge wiederholen diejenigen der OIC. Sie fordern die Entwicklung des Multikulturalismus in internationalen Organisationen, insbesondere in den Vereinten Nationen, womit sich der globale Einfluss der OIC verstärkt. Andere Beiträge empfehlen Zuwanderungs- und Asylregeln in Europa, die auf der westlichen Version der Menschenrechte beruhen. Diese Empfehlungen betonen, welch „zentrale Bedeutung der Aktivismus der Zivilgesellschaft" hat, was mit anderen Worten heißen soll, dass die Propaganda zu intensivieren ist, um die öffentliche Meinung über die Netzwerke der Allianz zu konditionieren.

Die HGG verlangt ein stärkeres Engagement in den „Mechanismen zur Förderung ihrer Empfehlungen und speziell in denen zur friedlichen Lösung von Konflikten".[16] Zu diesem Zweck schlägt sie die Einrichtung und Kontrolle diverser Netzwerke innerhalb der Bevölkerung vor. Indem sie die „Zivilgesellschaft" vertreten sollen, bilden sie die Sprachrohre für die Propagierung der OIC-Politik im Westen.

Als (strategischen - d. Übers.) Teil der Allianz der Zivilisationen regt die Gruppe den Aufbau von *Partnerschaften* mit internationalen Körperschaften an, die ähnliche Ziele verfolgen. Ebenso rät sie zur Stärkung und Koordination dieser Partnerschaften mit dem UN-System. Die Partnerschafts-Strategie stimmt mit der OIC überein, der es über wuchernde Dialogsysteme gelingt, die politischen und religiösen Führer der EU einzuschüchtern und zu kontrollieren. Sie werden zu Sprechern der OIC in einem Europa reduziert, dessen Sicherheit von der Unterwerfung seiner Bevölkerungen abhängt. Ebenso strebt die HGG eine gesteigerte Kooperation zwischen den Partnerschaften und jenen Organisationen an, mit denen sie und die Allianz ohnehin schon intensiv zusammengearbeitet hatten, nämlich

> die Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO), die Europäische Union, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Organization of the Islamic Conference (OIC), die Liga der Arabischen Staaten, die Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorga-

[15] Gemäß dem einschlägigen Statement in deren Broschüre mit dem Titel 1974-1994", Seite 34.

[16] „Alliance of Civilizations", Report 20, § 5.17.

nisation des Islam (ISESCO), United Cities and Local Governments (UCLG), die World Tourism Organisation (UNWTO) sowie weitere nationale und internationale Organisationen, öffentlich und privat.[17]

Diese Anregungen zeigten große Ähnlichkeit mit denen, die Ihsanoglu 2006 dem Europäischen Parlament vorgetragen hatte, sowie auch mit den Empfehlungen des Mekka-Gipfels (§§ 1, 2): d.h. *1. die OIC-Verbindungen mit großen internationalen und regionalen Organisationen zu stärken und sie zu nutzen, der Stimme des Islam und seiner Sache größere Geltung zu verschaffen; 2. die OlC-Staaten zu drängen, eine aktivere Rolle in internationalen Organisationen zu übernehmen. OIC-Mitglieder sollten Kandidaten von Mitgliedsstaaten unterstützen, Positionen in internationalen Funktionen zu übernehmen.*

Offensichtlich agiert die Hochgradgruppe als ein verlängerter Arm der OIC, der sich hinter (primär nichtmuslimischen bzw. kryptokonvertierten - d. Übers.) Marionetten verbirgt. Der zweite Teil des Berichts untersuchte die wesentlichen Handlungsmittel für die Umsetzung dieser Politik, denn Jugend und Erziehung sind Bereiche von entscheidender Bedeutung,[18] ebenso wie die Medien und die Zuwanderung. Die Erziehung braucht „Respekt vor verschiedenen Kulturen durch ein Verständnis für gemeinsame Werte und Ideale".[19] Für diesen Sektor empfiehlt die HGG, dass

Regierungen, multilaterale Institutionen, Universitäten, Bildungswissenschaftler und wichtige Politiker getrennt und gemeinsam daran arbeiten sollten, die Ausbildung in den Bereichen der Globalität, Interkulturalität und der Menschenrechte auszuweiten.[20]

Um dies zu erreichen, mussten UNESCO und ISESCO, die Hauptorgane der OIC, mit Zentren für die Bildungsforschung und den Gestaltern von Studienprogrammen kooperieren. Der Zweck war eine regionale Verteilung von Schulbüchern über Menschenrechte, die dann staatlich durchgeführt würde.[21] Die Konfusion (durch den Gegensatz - d. Übers.) zwischen der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und der islamischen, der Scharia folgenden Deklaration, setzte sich allerdings fort.

[17] Ebd., Report 21, § 5.18.

[18] Siehe den Bericht vom 8. November 2002 an die Europäische Parlamentsversammlung von dessen Komitee für Kultur, Wissenschaft und Erziehung durch den Berichterstatter der spanischen Sozialisten, *Luis Maria de Puig,* assembly.coe.int/Documents/WorkingDocs/doc02/FGOC9626.htm (Zugriff 6. Januar 2011) sowie Europas Parlamentsversammlung, Empfehlung 1590 (2003) Kulturelle Kooperation zwischen Europa und den Ländern des südlichen Mittelmeers, assembly.coe.int/Documents/AdoptedText/TA03/FREC 1590.htm (Zugriff 6. Januar 2011). Siehe auch die Ziele der Anna-Lindh-Stiftung.

[19] „Alliance of Civilizations", Report 25, § 6.4.

[20] Ebd., Report 33, §1, Kursivdruck im Text.

[21] Ebd.

Der Westen sollte also von den Lehrmethoden der ISESCO inspiriert werden, der islamischen Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, deren Kenntnisse in Tausenden von Koranschulen von Saudi-Arabien bis Pakistan gewürdigt werden können. Die ISESCO-Publikationen entwickeln eine historisch-religiöse Version des Koran. Hier kommt biblische Geschichte nicht vor; denn alle jüdischen Monumente sind Denkmäler muslimischer Propheten, die von den Juden usurpiert wurden; einen jüdischen Tempel in Jerusalem hat es nie gegeben, und israelische Ausgrabungen sind kriminelle Akte gegen das muslimische Erbe.

Weitere Vorschläge der HGG befassen sich mit dem Geldsammeln bei öffentlichen und privaten Spendern, um die Forschung über das multikulturelle Zwiegespräch und Verständnis zu fördern. Ebenso verfechten sie den Einsatz von Religionsführern in der Vermittlung anderer Glaubensrichtungen:

> Mitgliedstaaten und multilaterale Organisationen wie die OIC und die EU sollten in der Durchsetzung von Bildungsinitiativen zusammenarbeiten, um die Aufnahmefähigkeit für interkulturelle Toleranz, Respekt, Bürgerbeteiligung und soziales Engagement auszubauen."[22]

Sollte es der EU gelingen, Verse des Koran bzw. Teile der Scharia zu ändern? Die Hochgradgruppe beschwört die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und ignoriert zum Schein, dass sie 1990 in den Muslimländern durch die Kairoer Deklaration zu den islamischen Menschenrechten effektiv ersetzt wurde. Aus Sicht der HGG schließt die Erziehung junger Menschen ein entscheidendes Element, nämlich den Jugendaustausch ein:

> *Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die Organisation der islamischen Konferenz sollten ein gemeinsames Ziel setzen, ausgehend von der Zahl der Jugendbegegnungen zwischen ihren Ländern von Ende bis Anfang der Liste für den interregionalen Austausch. Dabei gebührt Vorrang dem Austausch mit längerem Aufenthalt, dem Gruppenaustausch und dem Austausch, der hinreichend finanziert ist, um die Beteiligung nichtelitärer Gesellschaftsschichten zu ermöglichen,*[23]

Dieser Vorschlag fördert verdeckte, als längerer Aufenthalt verkleidete Immigration von OIC-Ländern in die USA und EU. Indem die Beschlüsse des Mekka-Gipfels von 2005 und der OIC-Folgekonferenzen entschieden, die weltweite Umma wieder in Koran und Sünna zu verwurzeln, würden sie mit von der OIC geschützten und organisierten Immigranten eine große

[22] Ebd., 35, § 5, Kursivschrift im Text.

[23] Ebd., 36, § 2, Kursivschrift im Text. Dieser Vorschlag wurde von Präsident Obama in seiner Kairoer Rede am 4. Juni 2009 akzeptiert.

Tragweite für Europa entfalten, so wie bereits von der Dakar-Konferenz 2008 und der ISESCO verfochten.

Die HGG schlug vor, alle für den Jugendaustausch erforderlichen Strukturen und Finanzmittel zwischen westlichen und OIC-Ländern gemeinsam zu planen. Ein Kulturfonds und eine Abteilung für Vernetzungen würden Kontakte schaffen für

> *junge, muslimische Künstler, Schriftsteller, Musiker, Filmemacher etc.* mit ihren westlichen Kollegen und führenden Kräften in der Kulturindustrie. Dabei sollte es das Ziel sein, die Durchdringung anderer Gesellschaften mit der zeitgenössischen, muslimischen Kultur zu erleichtern und damit die Sache des Dialogs und gegenseitigen Verstehens voranzubringen.[24]

Diese Forderungen ermutigen die muslimische Immigration in den Westen, erweitern den Wirkungskreis der islamischen Kultur und bestimmen die imperialistische Strategie der OIC sowie den Trend im Westen, sich zum selbstgefälligen Sendekanal islamischer Mission (*da'wa*) zu machen. Erneut entsteht die Frage, für welchen Frieden all diese exorbitanten Ansprüche der OIC eigentlich erforderlich sind, wenn die friedlichen und respektvollen Beziehungen zu Japan, China, Indien und anderen, nichtmuslimischen Ländern solcher Bedingungen nicht bedürfen. Impliziert nicht für den Fall, dass Europa sie nicht erfüllt, die permanente Bezugnahme auf Frieden eine terroristische Bedrohung? Umgekehrt lässt der islamische Vorschlag die parallele Notwendigkeit (in einem „Dialog" - d. Übers.) entfallen, die westliche Kultur in den muslimischen Ländern zu verbreiten.

Für den Bereich der Immigration schlägt die Gruppe geeignete Schritte vor, die „die soziale Entfremdung der jugendlichen Zuwanderer" verringern. Sie unterstützt den Kampf in Europa gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Diskriminierung eingewanderter Gemeinschaften. Die EU soll die Immigranten mit Arbeit, Unterkunft, Sozial- und Gesundheitsdiensten, Bildung und vielem mehr versorgen. Sie soll in den Gemeinschaften die Herausbildung kommunaler Vertretung und Führerschaft fördern, sowie „Verknüpfungen und Netzwerke, die als repräsentative Körperschaften dienen können, um sich in Kultur- und Religions-Dialogen mit anderen Gemeinschaften und/oder Regierungsstellen zu engagieren".[25] Es wurde sogar in Betracht gezogen, Preise an Gesellschaften zu vergeben, die sich im Kampf gegen Diskriminierung besonders hervorgetan haben. Was werden die Kriterien für einen solchen Erfolg sein? Wie viele muslimische Minister oder Präsidenten sollten an der Spitze der europäischen Staaten stehen? Und wer wird die Preise verteilen? Nicht zuletzt sind es die europäischen

[24] Ebd., 37, § 4, Kursivschrift im Text.
[25] Ebd., 39, § 5.

und amerikanischen Führer, die die Kultur der muslimischen Immigranten propagieren müssen:

> *‚Amerikanische und europäische Universitäten und Forschungszentren sollten ihre Forschung ausweiten auf die bedeutsamen ökonomischen, kulturellen und sozialen Beiträge, welche die Gemeinschaften der Immigranten zum Leben in Amerika und Europa leisten. Ebenso sollten sie Publikationen aus der Muslimwelt fördern, die eine gewisse Bandbreite des Islam und des islamischen Lebens abdecken.* Eine solche Forschung würde diejenigen in Politik und Medien unterstützen, die nach maßgeblichen Bezügen zur integralen Rolle der zugewanderten Gemeinschaften suchen".[26]

Die Hochgradgruppe empfiehlt den westlichen Führern, „die öffentlichen Aussagen von Immigranten lobend hervorzuheben, um deren Gefühl der Entfremdung zu vermindern. Dieses Vorgehen würde die Integrationsdebatte erleichtern und zugleich das „verfinsternde Gespenst des rassistischen und xenophobischen Vorurteils auf ein Minimum schrumpfen lassen". Mithin legt der Bericht nahe,

> eine Medienkampagne zu entfalten, die Diskriminierungen infolge der laufenden Nachrichten über die Immigranten zu bekämpfen, ihre positiven Beiträge sowie die Vorzüge der Diversität des Landes und mithin die Gefahren der Stereotypie hervorzuheben. Eine solche Kampagne sollte ebenso betonen, dass alle Bewohner des Landes das Recht haben, angemessene Dienstleistungen zu fordern und zu erhalten, sich über Diskriminierung zu beklagen und ebenso angemessene Abhilfe zu verlangen.[27]

Es ist offensichtlich, dass man solche Maßnahmen nicht für Europäer ins Auge fasst, die Opfer von Gewalt sind, geschweige denn für nichtmuslimische Minderheiten im islamischen Raum. Tatsächlich werden die Programme, die auf allen Ebenen die „Dekonstruktion" der westlichen Gesellschaften vorsehen, in den EU-Staaten bereits konkret angewendet und von der Kommission überwacht. Das Programm der Allianz der Zivilisationen liefert dabei die Software für die Kolonisierung Europas. Die Prämiierung von Gesellschaften, die sich besonders für die Rechte und Kulturen der Immigranten engagieren, regt den Appetit vieler Regierungen und Parteien in Europa an, Muslime mit Immigrationshintergrund in einflussreiche Positionen zu hieven. Der Diversitätsplan bzw. Jasager-Aktionismus (*affirmative action*), den Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy ins Leben gerufen hat, entspricht dieser Strategie.

Wären solche Ernennungen durch Qualifikation und Sachkenntnis begründbar, könnte man sie rechtfertigen; dagegen sind sie inakzeptabel, wenn sie lediglich dem Diktat der OIC folgen, noch dazu von Belohnungen

[26] Ebd., 39, § 7, Kursivschrift im Text.
[27] Ebd., 40, § 7.

motiviert. Menschen aus religiösen Minderheiten wie Juden, Armenier, Griechisch Orthodoxe - ebenso wie Protestanten und Katholiken in jeweiligen Majoritäten - haben höhere Positionen in den europäischen Regierungen erlangt. Sie verdienten sich solche Auszeichnungen allerdings durch ihre Fähigkeiten und nicht auf Wunsch einer supranationalen Fremdorganisation wie der OIC. Hinzu kommt, dass letztere sich zur Wahrung der Interessen aller Muslime in der Welt und zum Garanten ihrer ohnehin obligatorischen Loyalität zu Koran und Sünna ausruft. Gleichwohl haben solche Äußerungen viele Muslime in Europa aufgeschreckt.

Die Vorschläge und Belohnungen der Hochgradgruppe folgen den Befehlen der Ulama (Gelehrte des Islam - d. Übers.), die 2005 am Mekka-Gipfel teilnahmen. Sie entsprechen deren Besorgnis über die Rechtslage der muslimischen Minderheiten und „die Herausforderungen, auf die sie in ihren Aufenthaltsländern treffen". Die Gelehrten hatten erkannt, dass die Bemühungen beschleunigt zu koordinieren waren, um das kulturelle Erbe der Muslime in nichtmuslimischen Gebieten vor dem Verfall zu bewahren. Die OIC setzte sich selbst zur Schutzherrin ihrer religiös-kulturellen Rechte und kulturellen Identität ein (§ 49).

Die westlichen Medien, die von der Gruppe permanent der allzu liberalen Verbreitung von Vorurteil und Unwissen bezichtigt werden, hätten dem Bericht zufolge schon längst der unverantwortlichen Ausnutzung ihrer Freiheiten abschwören müssen. Um gegen von ihnen geduldete, extremistische und islamophobe Tendenzen vorzugehen, mussten daher Programme für Jugendliche und Erwachsene gestaltet werden, die Methoden zum Abbau von „Desinformation" vermitteln. Dabei fällt weder ein Wort über antiwestlichen und/oder antijüdischen Rassismus bzw. rassistischen Judenhass im Islamgebiet, noch die Leugnung des Djihad und die diversen Aspekte des historischen Revisionismus, noch den Armeniergenozid und die Shoah, geschweige denn über die gesamte Geschichte des islamischen Imperialismus und Kolonialismus.

Die Hochgradgruppe merkt an, dass die Ereignisse in „Palästina", Afghanistan und Irak die Muslimwelt über die Schikanen an den dortigen Glaubensbrüdern aufklärten und Sympathie und Solidarität mit ihnen hervorriefen. Dagegen habe sich in den Nachrichten und Kommentaren des Westens „ein erheblich nationalistischerer und zuweilen antimuslimischer Tenor gezeigt, insbesondere seit den Ereignissen des 11. September".[28] Die Gruppe schlug ein Maßnahmenpaket vor, die Medien unter Kontrolle zu bringen, zu dem auch die Koproduktion von Filmen gehörte. Eine davon („Djenin, Djenin") sollte zum verhängnisvollen Beispiel geraten, weil sie nichts als

[28] Ebd., 31, § 6.24.

ein Mischmasch aus anti-israelischer und pro-palästinensischer Propaganda darstellte.

Da die OIC bereits ihre Politik zur Ausweitung des Internet im Islamraum formuliert hatte, gab der HGG-Sprecher dazu einschlägige Empfehlungen ab:

> *Regierungen sollten mit internationalen Organisationen, anderen Regierungen und Technologie-Unternehmen kollaborieren, um den Zugang zum Internet mit Schwerpunkt auf islamische Länder auszuweiten.*
>
> Die Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) könnte bei der Formulierung einer ehrgeizigen, aber vorstellbaren Zielvorgabe für ihre Mitgliedsländer die Führung übernehmen, d.h. dass es bis 2020 in den Unterrichtsräumen jeder Grund- und Hauptschule und jeder Universität in der Muslimwelt Computer mit Internetzugang geben sollte. Zur Verwirklichung dieses Ziels sind Konsortien von Investoren, Technologiefirmen und sonstigen Partnern zu bilden, die Hilfestellung geben können. Dazu sollten die wesentlichen Projektpartner in relevanten Pilotprogrammen und Technologie-Unternehmen mit Programmen in Entwicklungsländern konsultiert und die Lernergebnisse von der OIC an die Regierungen der Mitgliedsländer weitergeleitet werden. Ebenso sollte die OIC mit dem Internet-Kontrollforum zusammenarbeiten, das nach dem Weltgipfel der Informationsgesellschaft in Tunis gegründet wurde, um die Erhältlichkeit und Bezahlbarkeit des Internet in der Muslimwelt zu fördern. Zudem sollte die Beteiligung an Programmen wie der Ein-Laptop-pro-Kind-Initiative aufgegriffen werden, die sich die Verbesserung der Lernchancen für Millionen von Kindern in der Entwicklungswelt zum Ziel gesetzt hat."[9]

Der Computer ist freilich kein unschuldiges Technikinstrument. Das Internet kann ein fürchterliches Werkzeug für Krieg und Tod werden, wenn es der Anstachelung von Hass und Kommunikation zwischen Terroristen dient. Die Hochgradgruppe fordert nachdrücklich zur positiven Darstellung der Muslime in Medien und Filmen auf, während dergleichen nicht von islamischen Ländern verlangt wird, weil dort anscheinend alles zum Besten steht. Alle Analysen und empfohlenen Maßnahmen betreffen faktisch nur den Westen, was dessen angebliche Verantwortung für Konflikte und deren entsprechende Lösung suggeriert. Daraus ergibt sich, dass nur Vorurteile gegenüber Muslimen erwähnt werden, nicht jene der Muslimländer gegenüber den Nichtmuslimen.

Die Verletzungen der europäischen Menschenrechte, Freiheit und Sicherheit durch den islamischen Terrorismus kommen nirgends vor. Im Gegenteil, der Bericht spricht lediglich die westliche Verpflichtung an, Wissen und Technologie an die Völker des Südens zu übertragen, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu finanzieren, ihre Immigranten und Arbeitslosen aufzunehmen, sich für den politischen, ökonomischen und kulturellen Fort-

[29] Ebd, § 6, Kursivschrift im Text.

schritt der muslimischen Immigranten in den Gastgeberländern einzusetzen, ihre Empfindlichkeiten und Ängste zu lindern, die seit 9/11 durch Diskriminierung und Islamophobie geschürt werden und ihre fundamentalen Bürgerrechte verletzen. Dank der Einwilligung und Rückgratlosigkeit der westlichen Führer erleben wir im 21. Jahrhundert eine Nachbildung bzw. Wiederherstellung des Kalifats aus dem 7. Jahrhundert. Ein Vergleich dieses Forderungskatalogs mit Artikel 23b der Kairoer Deklaration zu den Menschenrechten im Islam besagt:

> Jedermann soll berechtigt sein, sich direkt oder indirekt an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes zu beteiligen. Ebenso soll er das Recht haben, in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Scharia öffentliche Ämter zu übernehmen.

Hier besteht also eine Vorkehrung, der zufolge das Management öffentlicher Funktionen für Muslime reserviert ist, die über Geschick im Umgang mit der Scharia verfügen. So knüpft der Tenor des Allianzberichts an die palästinensische bzw. muslimische Opferrolle an und bringt unter dem dürftigen Vorwand des „doppelten Standards" den Widerwillen gegen Israels Souveränität zum Ausdruck. Die Umgestaltung der *nakba* im Weißbuch „wird ihre volle Bedeutung (Böses mit Gutem - d. Übers.) vergelten und in Chancen umsetzen, die Beziehungen des Islam zum Rest der Welt zu normalisieren". Solche Phrasen verdecken die strukturelle und religiöse Wirklichkeit in der Muslimwelt, denn der Konflikt in Kaschmir und der Terrorismus in Indien sind ebenso alt und kommen aus denselben ideologischen Quellen wie der Krieg gegen Israel. Europa misst dagegen der Resolution (noch) nicht „die volle Bedeutung" zu, die sie für die „Normalisierung" der Beziehungen zwischen dem Islam und dem Rest der Welt hat. Dabei steht das Ziel fest:

> Für die Palästinenser wie auch die arabisch-muslimische Welt und die Muslime allgemein ist es entscheidend, die Tatsache zu verstehen und anzuerkennen, dass wir, die Hochgradgruppe, die Verantwortung dafür übernehmen, dass jeder mit Sicherheit weiß, welches Gewicht und welchen Preis diese sechzig Jahre der Irrtümer, Stigmatisierungen sowie verschleierten und missbrauchten Wahrheiten haben.[30]

Solche Anklagen (mit versteckten Drohungen - d. Übers.) beziehen sich natürlich auf Israel und diejenigen, die dessen Befreiung im Stammland unterstützen und die entmenschlichende Djihad-Ideologie der palästinensischen Araber zurückweisen. Das missionarische Selbstverständnis der HGG leitet sich direkt ab von der Zweiten Internationalen Konferenz über die Hilfe für Arabische Völker (Kairo, 25. - 28. Januar 1969), in der die Sponsoren und Teilnehmer bereits feierlich erklärten,

[30] Ebd., 53.

> dass alle Informätionsmedien aktiviert werden sollten, um die Weltmeinung aufzuklären, die durch die trügerische Propaganda Israels und seiner Unterstützer in Ignoranz und Konfusion gehalten wird. Es obliegt allen Teilnehmern an dieser Konferenz als moralische und politische Pflicht, die Wahrheit zu enthüllen und in allen Kontinenten zu verbreiten, über Presse, Radio, Fernsehen, Demonstrationen, Besuche von Delegationen, speziell die Organisation von Seminaren und Konferenzen im Westen.[31]

Seither mussten alle Synagogen, jüdische Kulturzentren, und israelische Botschaften mit Schutzeinrichtungen ausgestattet werden, und die meisten Medien haben israelpositive Meinungen ihrer Zensur unterstellt. Mithin lebte auch in Europa der Ansporn zu Hass und Diffamierung wieder auf. Es ist diese sorgfältig geplante Sendung der OIC, für die sich die Hochgradgruppe mit großem Fleiß engagiert hat.

Eine weitere Unwahrheit, mit der die HGG hausieren geht, besteht in der Behauptung, dass die Palästinenser Opfer einer Geschichte sind, „die unerzählt blieb und von der Gemeinschaft der Nationen zu lange ignoriert wurde".[32] Bei der „Sache der Palästinenser" handelt es sich indessen um eine globale Obsession, die nun alle Tragödien der Menschheit ersetzen soll. Dabei wird eine Aussage von 1969 wortwörtlich wiederholt: „Die öffentliche Weltmeinung [wird] durch die trügerische Propaganda Israels und seiner Unterstützer in Ignoranz und Konfusion gehalten". So kommt erneut die Entschlossenheit der OIC zum Ausdruck, alle Staaten - ob dafür oder dagegen - zu zwingen, sich gegen Israel zu stellen. Indem die „internationale Gemeinschaft" das Land verfallen ließe, wäre dies für die Palästinenser

> der ersten Schritt auf der Straße zu neu gewonnener Würde und Glaubwürdigkeit, welche die Bedeutung und Wirklichkeit eines Prozesses wieder herstellen können, der offenbar geeignet ist, schlussendlich den Frieden herbeizuführen".[33]

Dieser Prozess ähnelt dem Dhimmitum, in dem die Herabwürdigung der Dhimmis die Würde der Muslime erhöht, und auch der Sprache von Auschwitz, nach welcher der Vörhof zur Vernichtung ein „Arbeitslager" war. Dem entsprechend nimmt der „Frieden" (Anführungszeichen v. Übers.), der auf dem von OIC und Hochgradgruppe weltweit geschürten Hass gegen Israel aufbaut, dessen Ableben voraus.

Was soll man von diesem einseitigen Bericht halten, der den Vereinten Nationen, der OIC und internationalen Organisationen das Recht gibt, die Prozesse der Politik, Gesetzgebung, Kultur und Denkweise von 350 Millionen Europäern (inzwischen 500 Millionen - d. Übers.) zu bestimmen? Faktisch könnte man ihn deuten als eine Art Abhandlung über Dhimmitum, ver-

[31] Zu weitern Details siehe *Bat Ye'or,* Eurabia, 45, Kapitel 4.
[32] „Alliance of Civilizations", Report 54.
[33] Ebd.

streut über einen Kontinent, dessen Bewohner - wie auch die Israelis - eigentlich nicht existieren. Eine internationale, multipolare, faschistoide und totalitäre Regierung, die eine derartige Kultur-Inquisition betreibt, wird die demokratisch gewählten, nationalen Systeme ersetzen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit schalten geheime Gremien ihre Entscheidungen über Netzwerke, Partnerschaften und „Repräsentanten der Zivilgesellschaft", die von niemandem außer ihnen selbst gewählt wurden und von so „humanitären" wie mysteriösen „Stiftungen" für Gerechtigkeit und Frieden bezahlt werden.

Der Bericht nimmt indes klarere Konturen an, wenn man ihn im Lichte der ISESCO-Konferenzen in den Blick nimmt, die die *Durchdringung und Unterwanderung der westlichen Kultur bis ins kleinste Detail* planen (Kursivierung v. Übers.).

3. ISESCO und der Medienplan gegen Israel

Die ISESCO ist eine offizielle Organisation sowie eines der wesentlichen Organe der OIC. Seit 1982 hat sie Dutzende von Programmen betreffend die heiligen Stätten des Islam und Christentums in Israel aufgelegt. Die wichtigsten waren die internationalen Symposien in Rabat (1993 und 2002) unter der Schirmherrschaft des marokkanischen Königs und in Amman (7./8. Juni 2004). In seiner Einführungsrede stellte der moderate König Muhammad VI. fest:

> Die destruktiven und deformierenden Akte, die von der Verwaltung der Okkupanten begangen wurden, um die Fakten und Wahrheiten der Geschichte zu entstellen, verursachen ernste Schäden an den heiligen Stätten des Islam und des Christentums und verletzen die Weihe und Werte, die sie für die Gläubigen der verschiedenen Religionen versinnbildlichen.[34]

[34] *Protection of Islamic and Christian Holy Sites in Palestine,* Publikationen der ISESCO (Islamic Eucational, Scientific and Cultural Organization - 1452H/2004. Organisation der Sitzungsberichte der internationalen Konferenz durch ISESCO in Rabat, 7./8. Juni 2004.

* Anm. d. Übers.: Eine so interessante wie zutreffende Wahrnehmung der Autorin, weil sie auf die Verhärtung der Elitenherrschaft und die Verschärfung der machttechnischen Asymmetrie verweist, die sich heute in der „radikalen Demokratie" der Parteiendiktatur ausdrückt und anscheinend kein Volk braucht (vgl. o. Einl. 3.; s.a. *H. H. von Arnim,* Volksparteien ohne Volk, 308 ff. - München 2009). Hinzu kommt, dass nach koranischer Lehre die Nichtmuslime keine menschlichen Existenzen sind, was sie den härteren Regeln der Scharia überantwortet. Letztere bedeuten, wie Bat Ye'or dokumentiert, einen Totalitarismus, der den historischen Djihad mit den EU/OIC-Netzwerken aktuell fortsetzt und Europa von „falschen", weil *islamophoben* Menschen befreit.

" Anm. d. Üb.: Die OIC-Strategie folgt exakt dem Penetranzprinzip der esoterischen Kontrolltradition, wie am Quibus-Licet-Register (Weishaupt) und Panopticon-Wachturm (Foucault) illustriert (s.o. Einl. 4.).

Als Präsident des Al-Quds-Kommitees, das der OIC angegliedert ist, betrachtete der König solche Aktionen, dazu noch die archäologischen Exponate in den Museen, als Angriff auf alle Gläubigen. Allerdings hatten die Israelis diejenigen Kirchen, die von den muslimischen Besatzern zerstört worden waren, wieder aufgebaut, weil es bei ihnen im Gegensatz zur Scharia kein Gesetz gibt, das die Restaurierung oder auch den Neubau von Kirchen verbietet Dabei ist zu erwähnen, dass Marokko - wie ganz Nordafrika - eine Gegend ist, aus der nahezu alle Spuren der christlichen Geschichte in vorislamischer Zeit verschwunden sind. Abdulaziz Al-Tuwaydjiri, Generaldirektor der ISESCO, ging in seiner Rede noch einen Schritt weiter: „Die von Israel begangenen Verbrechen haben ein Ausmaß an Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Aggression erreicht, das die Menschheit bislang noch nicht erlebt hat, weder in diesem, noch in irgendeinem früheren Zeitalter".[35]

Unter der Schirmherrschaft König Abdullahs II. fand eine zweite internationale ISESCO-Konferenz vom 23.-25. November in Amman statt. Wiederum war das offizielle Thema der Schutz der heiligen Stätten des Islam und des Christentums in Palästina. Gleichwohl offenbarte dieser Aspekt - unter dem Deckmantel des palästinensischen Krieges gegen Israel - die islamische Strategie, auf breiter Front in alle Sektoren der Wirtschaft, Kultur, Religion, Politik und Medien einzudringen. Einführend eröffnete Al-Tuwayridji die Konferenz „über die heiligen Stätten in diesem Land der Prophetie". Dies bezog sich natürlich auf die jüdischen Propheten und biblischen Figuren, die der Koran „islamisiert" hat, denn Muhammad hatte als Prophet des Islam nur in Arabien gelebt. Er fuhr fort:

> Unsere Verantwortung für die islamischen und christlichen Heiligtümer in Palästina entspringt unserer Verpflichtung in der ISESCO gegenüber der palästinensischen Sache. Wir alle glauben, dass sie im Zentrum aller Streitfragen steht und die höchste Aufgabe in der Welt des Islam und der Ostkirchen bildet, die ein Teil unserer arabischen bzw. islamischen Zivilisation sind.[36]

Die zwei Bände umfassende Publikation[37] der Konferenzprotokolle in Rabat und Amman stellt ein Monument des Hasses und antijüdischer Agitation dar, das die nationalsozialistische Literatur hinter sich lässt, mit Sätzen wie „Juden sind die Feinde Allahs, die Feinde des Glaubens und die Feinde der Anbetung Allahs" (S. 253), in der französischen Übersetzung: „Sie sind

[35] Protection of Islamic and Christian Holy Sites in Palestine, 15.

[36] „Protection of Islamic and Christian Holy Sites in Palestine", Sitzungsberichte der 2. internationalen Konferenz), Amman, 23.-25. November 2004. ISESCO. 1426H/2007, 18. Die französische Übersetzung weicht davon etwas ab.

[37] Ich danke David G. Littman, der mich auf diese Publikationen hingewiesen hat.

die Feinde Gottes, des Glaubens und anderer Religionen".* Dazu der Dozent Adnan al-Subah, Präsident des palästinensischen Djenin-Informationszentrums:

> Menschen, die mit der Tora vertraut sind, von deren Verfälschung wir überzeugt sind, kennen das Ausmaß des Bösen, das sie ihren Propheten zuschreiben: Korruption, Verrat, Unzucht und deren Billigung. Mit diesen Tatsachen müssen wir uns wappnen, wenn wir die zionistische Propaganda in der Welt mit greifbaren Fakten konfrontieren, als Teil unserer Verteidigung des Glaubens und der Gläubigen dieser Welt, wo immer sie sein mögen" (S. 254).

Wahrscheinlich hatte der Dozent die Bibel, von der er spricht, nie gelesen, denn seine Behauptungen sind Phantasien. Sie sollen eher Hass unter den Analphabeten ausstreuen, sie manipulieren und konditionieren, wie er auch selbst ausführt: *„Dieses Vorgehen ist geeignet, Verbindungen zwischen den Gläubigen der Erde zu knüpfen. In unseren Bemühungen um Information müssen wir uns auf den einfachen Juden konzentrieren und das glaubensfeindliche Zionistenregime bloßstellen".*

Zweifellos war Al-Subah nicht bewusst, dass die Hebräische Bibel zu den grundlegenden Texten der Christenheit gehört und seine Schmähungen der Tora auch weit über eine Milliarde Christen beleidigen - nicht nur aus Gründen des Glaubens, sondern allein schon wegen der sich offenbarenden, enormen Ignoranz. Im Weiteren entwickelte der Vortragende, der über die ISESCO mit der Allianz und der EU kollaboriert, einen Vorschlag für die UN und andere Organisationen:

> Zu diesem Zweck wäre es vorteilhaft, eine Konferenz der Gläubigen der Welt einzuberufen, welche die Wahrnehmung der heiligen Stätten vereinheitlicht [sie], um die zionistischen Bewegungen vermehrt einzudämmen und ihre schändlichen Praktiken gegen islamische und christliche Heiligtümer zu entlarven. Diese Praktiken sollten der internationalen Gemeinschaft enthüllt werden, als Verletzung der Menschenrechte und eklatanter Bruch internationaler Konventionen, Verträge und Pakte sowie der zivilisatorischen Werte moderner Gesellschaften. Ebenso wäre es nützlich, die UN-Organisation und andere angeschlossene Körperschaften dazu zu drängen, sich von der Pflicht zur Verteidigung der hochmütigen Prinzipien zu befreien, für die sie einst gegründet wurden.'

* Anm. d. Üb.: Obwohl die Autorin zahlreiche Belege für die Nähe des Islam zum Nazitum anbietet, ist das Beispiel an dieser Stelle zu kommentieren, um ihre Aussage nicht als unfreiwillige Übertreibung erscheinen zu lassen, wie sie Michael Curtis' im Vorwort zur englischen Version andeutet (s.u. S. 195). Die Formulierung „Feinde Allahs und des Glaubens" mag für sich allein gesehen noch nicht über die Menschenverachtung der Nazi-Doktrin hinausgehen, doch ist es nach Auskunft der Autorin die zweibändige Massierung der Androhung von Gewalt und Vernichtung, die keinen Vergleich mit den Praktiken des Dritten Reichs zu scheuen braucht. Die Aussage lässt insofern die Nazis hinter sich, als sie von einer „Kulturorganisation" kommt, die mit der Vernichtung Israels die Shoah vollenden will.

Die Schriften zur Erregung religiösen Hasses waren im Genfer Palast der Nationen auf einem Empfang nach einer OIC-Tageskonferenz am 19. Dezember 2008 zum Gedenken an den 60. Jahrestag der UNO-Menschenrechtserklärung ausgestellt

4. Die Medienstrategie gegen Israel: Infiltration des Westens

Die von der ISESCO organisierten Konferenzen von Rabat und Amman stellen einen monumentalen Fall historischer Mythomanie dar, die jede jüdische Spur im Land der Bibel zu leugnen und dessen arabisches bzw. islamisches Gepräge seit dem dritten vorchristlichen Jahrtausend zu beweisen sucht. Die Juden werden beschuldigt, die biblischen Propheten, die eigentlich Muslime waren, ‚judaisiert" und sich des Alters anderer Völker bemächtigt zu haben, da die Juden selbst ohne Geschichte seien. Dasselbe könnte man von den Christen behaupten, die sich Jesus, den Propheten des Islam, widerrechtlich aneigneten. Die Amman-Konferenz sollte ein globales Verfahren für die Re-Islamisierung Jerusalems (Al-Quds) entwickeln, denn wie einer der Vortragenden erklärte, „ist Jerusalem der Eckstein des spirituellen Gefüges und des jüdisch-zionistischen Daseins. Würde man ihn entfernen, bräche das gesamte Gefüge und die zionistische Wesenheit wie ein Kartenhaus zusammen".[39]

Die Referenten betonten die große Bedeutung muslimisch-christlicher Solidarität im Kampf um Al-Quds und Israels Vertreibung aus der heiligen Stadt. Sie schlugen eine Reihe von Methoden vor, u.a. die Adoption muslimischer und christlicher Heiligtümer in Al-Quds durch sämtliche Moscheen, Kirchen, Klöster sowie sonstige muslimische und christliche Einrichtungen weltweit. Sie empfahlen dazu eine breit angelegte Aktion in der UNO, in den USA und in den NGO's. Die vereinte muslimisch-christliche Medienkampagne in globalem Rahmen würde dann die israelischen Unwahrheiten aufdecken - eine weitere Schnittstelle mit der Allianz der Zivilisationen. Die Al-Quds-Promotion sollte über Film, Fernsehen, Musik und Festivals erfolgen, unter Aufsicht eines muslimisch-christlichen Spezialteams zum Einsatz geeigneter Techniken. Derlei Programme erinnern an die Politik der Anna-Lindh-Stiftung und der Allianz, die die Vereinigung zu einer muslimisch-christlichen Kultur anstreben.

Die Kampagne sollte über internationale Organisationen in humanistischem Stil ablaufen und im allseitigen Interesse jeden Anschein von Chau-

[38] *Adnan Ibrahim Hassan al.Subah,* Präsident des Djenin-Informationszentrums, „Role of Palestinian Civil Society in the Protection of Holy Sites in Palestine", ebd., 254.

[39] Ebd., 195.

vinismus oder Überheblichkeit vermeiden, um den wahren Charakter der USA und Israels zu enthüllen und sie in die Isolation zu treiben. Sie sollte mit den Gemeinschaften der Welt in deren Sprachen und Denkweisen kommunizieren, um die Medien ihr Publikum nach jeweiliger Kultur, Geschichte und Zivilisation beeinflussen zu lassen. Dies bedingte schon vor dem Start qualifiziertes Wissen über die andere Seite, das für die ganze Welt gelten und bei jeder Aktivität vom Support der internationalen Medien und globalen Plattformen profitieren würde - mit ausgewählten Profilen wie eben den Kenntnissen über Sprache und Mentalität des jeweiligen Publikums.

Die Aktionspläne ließen eine Strategie erkennen, die ein attraktives Auftreten und eine wissenschaftliche Sprache einsetzen sollte. Die Kampagne würde all das Leiden seit der Aufrichtung des rassistisch-zionistischen Gebildes 1948 untersuchen, in exakter Parallele zur Planung des Allianz-Weißbuchs. Die Referenten betonten die entscheidende Funktion und Bedeutung, die den Medien im Kampf gegen Israel zukamen. Der islamischen Position empfahl man, eine kompromisslose Loyalität zu den Rechten der Araber und Palästinenser zu beweisen, ebenso wie die Gewissheit, dass die Re-Islamisierung Jerusalems der Stadt ihre spirituelle Ausnahmestellung des Friedens sowie der Koexistenz in religiöser Harmonie und Glaubensblüte zurückgeben und sie zur Mittlerin von Kultur und Zivilisation machen würde (S. 175). Natürlich hat dieses Bild mit der islamischen Al-Quds-Geschichte nichts zu tun. Es geht um eine Vision, tausend Jahre vor Muhammad von den Propheten und Königen Israels entwickelt, die weder Arabisch sprachen, noch den Islam predigten.

Abdallah Kanaan, Generalsekretär der Königlichen Kommission Jordaniens für Al-Quds-Angelegenheiten, stellte ein ausführliches Verfahren zur Infiltration islamischer Politik in allen westlichen, kulturellen und medialen Bereichen vor. Mit dem Appell für die palästinensische Sache entsprach es dem einschlägigen Allianz-Plan perfekt.[40] Nach Kanaans Konzept sollte zunächst der euro-amerikanische Kontext untersucht werden, um die Heiligtümer der Muslime und Christen in ein globales Problem zu verwandeln. Dazu würde auf regionaler und internationaler Ebene, insbesondere im Westen, eine große Anzahl von Konferenzen über Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturfragen abgehalten. Der Redner breitete die verschiedenen Meinungsstränge in Europa und Amerika aus, um daraus einen Aktionsplan maximaler Effizienz zu filtern. Er untersuchte die westlichen Medien, um Mit-

[40] Dr. *Abdallah Kanaan,* Generalsekretär der Königlichen Kommission für Al-Quds-Angelegenheiten, Amman, Haschemitisches Königreich von Jordanien, „Media Plan for Publicizing the Caus of Al-Quds Al-Sharif Affairs in the West, and Mechanisms for ist Implementation", ebd., 187-208.

tel für den Kampf gegen Israel zu erschließen. Im Einzelnen empfahl der Plan: 1. Klarheit der Ziele, 2. Flexibilität für erfolgreiche Interaktion, 3. graduelles Herangehen an die Verbreitung sekundärer Ziele, darauf das Vorrücken zur Durchführung des Hauptziels durch Stückelung in kurz-, mittel- und langfristige Teilziele und 4. Überwachung der Medienstrategie durch ein einziges Gremium, das im Vorhinein lokale, regionale und internationale Entwicklungen berücksichtigen sollte. Auf kurze Sicht empfahl der Autor:

> 1. Veröffentlichungen über die Geschichte Jerusalems seit seiner Gründung durch die kanaanitischen Jebusiten [sie] bis heute. Dies soll durch einen systematischen und zugleich intensiven Prozess erreicht werden, der von der öffentlichen Meinung im Westen leicht aufgenommen wird und wenig Zeit, materiellen Aufwand und geistige Anstrengung kostet. Er sollte sich auf genaue und dokumentierte Information stützen, die ihrerseits auf archäologischen Funden sowie glaubwürdigen Dokumenten und Manuskripten beruht und dabei die torabasierte Geschichte verwirft.
>
> 2. Auf der Grundlage dieser Methode die Popularisierung islamischer und christlicher Heiligtümer, beginnend mit der Al-Aqsa-Moschee, die gemäß dem edlen Hadith *nur 40 Jahre älter ist als das erste Heiligtum, das jemals für die Menschheit geschaffen wurde,*** die Al-Haram-Moschee in Mekka.[41]

Indem er die zahlreichen Punkte des Medienkrieges der OIC gegen Israel im Westen aufzählte, zitierte der Redner Argumente, die von vielen westlichen Journalisten, Intellektuellen, Ministern und Regierungschefs *ad nauseam* wiederholt werden. Während deren Inspirationsquelle nun sattsam bekannt ist, werden nachfolgend einige der Ziele zusammengefasst, die der Vortragende als kurzfristig einstuft und mit den europäischen Führern gemeinsam angestrebt werden.

Es war notwendig, die Europäische Union davon zu überzeugen, dass eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts in ihrem eigenen, vitalen Interesse lag. Denn damit könnte es sich - speziell Deutschland - von den Altlasten der Geschichte befreien, die Partnerschaft mit der arabischen Welt ausweiten und vollen Zugang zu deren Märkten erlangen. Solange die palästinensischen Araber keinen eigenen Staat hätten, würden die Beziehungen zwischen der EU und den Arabern instabil bleiben. Ebenso wichtig war

[41] Dies sind Formulierungen muslimischer Traditionen, ebd., 201.

* Anm. d. Üb.: Abgesehen vom programmatischen Namen des Generalsekretärs verweist der sarkastische Einwurf der Autorin auf die implizite Anerkennung der jüdischen Geschichte durch den islamischen Gegner, indem die polytheistischen Jebusiten, die dem Astarte-Ishtar-Kult anhingen, als Herrscher von Jerusalem dem König David vorausgingen, der das klassische Reich der jahwistischen Israeliten aufrichtete (vgl. *Raddatz,* Allah und die Juden, 18 f.).

** Kursivierung v. Übers., um auf die totalitäre „Logik" zu verweisen, welche die Zeit löscht und das nichtislamische Ältere als „nichtmenschlich" und als nichtexistent bzw. vernichtenswert ausschließt, weil es nicht „der Menschheit", d.h. dem Totalanspruch des Islam dient (s. a. o. S. 6 ff.).

die nachdrückliche Feststellung, dass die amerikanische Pro-Israel-Position im Widerspruch zum internationalen Recht stand, sowohl die europäischen als auch die amerikanischen Interessen selbst bedrohte sowie erhebliche Tragweite für Frieden und Sicherheit in der Welt hatte. Dieses Argument, das die OIC den europäischen Politikern und Journalisten diktierte, wurde von den westlichen Medien der Öffentlichkeit eingehämmert und wirkte als Katalysator für die Feindseligkeit der Europäer gegenüber Amerika, speziell US-Präsident Bush.

Eine weitere Taktik sollte der westlichen Öffentlichkeit die Gefahren bewusst machen, die ihren Interessen durch die israelische Politik drohten. Dem Westen, insbesondere den USA, musste klar gemacht werden, dass der Zorn der Araber und Muslime aus der Unterstützung Israels kam. Diese Hilfestellung sollte als einer der wichtigen Faktoren für die Gewalt präsentiert werden, die gegen westliche Interessen im Nahen Osten und sogar im Westen selbst von Einzeltätern angewandt wurde, die emotional auf tragische Ereignisse in ihren Familien reagierten,[42] (die Opfer durch westliche Militärpräsenz zu beklagen hatten - d. Übers.). Die Westler mussten überzeugt werden, dass Frieden unmöglich war, solange Israel den Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung verweigerte, die Errichtung eines souveränen Staates im gesamten, seit 1967 „besetzten" Gebiet, die Rückkehr der „Flüchtlinge" und Al-Quds als Hauptstadt. Mit ihrem Abzug aus allen „arabischen" Gebieten hatten die Israelis auch ihre zionistisch-rassistische Haltung aufzugeben. Auf diese auch in Amerika erfolgreiche Taktik berief sich US-Präsident Barack Obama, um im März 2010 Israels Premierminister Netanyahu öffentlich zu demütigen.

Zum Schluss hob der Redner hervor, wie wichtig es sei, der westlichen Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass die gemeinsamen Interessen der Araber, Muslime und des Westens niemals mit denen Israels übereinstimmen könnten. Insofern müsste dem Westen verständlich werden, dass die einzige Chance für Frieden in der Befreiung Israels von Waffen und Rassismus lag. Er wiederholte das von Chirac, Prodi und anderen Euro-Führern unablässig bemühte Argument, nach dem die amerikanische Unterstützung Israels dessen Fähigkeit blockiere, sich an internationale Beschlüsse zu halten, an denen die USA anfänglich selbst mitgearbeitet hätten. Mit Nachdruck stellte er fest, dass es dieser Position an Ausgewogenheit mangele und sie „die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten und Europas untergräbt sowie Frieden und Sicherheit der gesamten Welt beeinflusst".[43]

[42] Diese und die vorangehenden Argumente wurden oft von Romano Prodi, Jacques Chirac und linken Euro-Politikern benutzt, um die antisemitische Erregung der Jahre 2000-2005 wegzureden.

[43] Ebd., 202.

Indem er die mittelfristigen Ziele darlegte, präsentierte der Vortragende einen umfassenden Plan für die Unterwanderung und Islamisierung des Westens. Er schlug vor, sich der Mithilfe gewisser Intellektueller, Literaten und einflussreicher Gruppierungen zu versichern, die in der Lage waren, im Rahmen des Nahost-Konflikts und speziell der Al-Quds-Frage die öffentliche Meinung im Westen in ihrem Sinne zu formen. Diese Kampagne sollte auf UN-Resolutionen zugreifen, die die Grundlage für den Medienplan bildeten. Auch hier wirkt sich die EU-Stützungspolitik für das „internationale Recht" der UN insofern aus, als sie die Weltkontrolle der OIC verstärkt, weil letztere mit ihren Verbündeten alle internationalen Foren beherrscht.

Als weitere Taktikvariante schlug der Referent darüber hinaus vor, die Medien sowie kulturelle, intellektuelle und ökonomische Kreise mit Einfluss im Westen zu infiltrieren, um sie mit dem arabischen Standpunkt vertraut zu machen und zu überzeugen, dass die Politik ihres jeweiligen Landes „den zionistischen Interessen und ihren diversen Formationen, insbesondere im ökonomischen Bereich, und nicht den eigenen, vitalen Interessen ihrer Länder [sie] diente".[44] Weitere Themen waren:

3. die diskrete und indirekte Ermutigung von Tendenzen westlicher Kreise zur Kritik am Zionismus und an der Judaisierung Jerusalems, und dies auf eine Weise, die verhindert, dass solche Initiativen von der zionistischen Bewegung bzw. deren sieht- und unsichtbaren Tentakeln angegriffen, isoliert und schließlich aufgehoben werden. Solches würde es ermöglichen, diese Tendenzen als Druckmittel zu nutzen, der Zionistenlobby und der jüdisch-christlichen Zionistenkoalition (*neo-conservatives*)[45] bei der Verteidigung ihrer vitalen Interessen entgegenzutreten;

4. die Konzentration auf die Entlarvung von Gesetzen gegen Antisemitismus - z.B. das Gatsio (Gayssot)-Gesetz in Frankreich und Bushs Gesetz gegen Antisemitismus, die keine Wirkung haben, weder auf die wichtigen, noch die weniger wichtigen Interessen Amerikas, sondern eher einen Spiegel der Israeli- und Zionisten-Interessen bilden und als maßgeblicher Faktor in der internationalen Politikorientierung dienen. Letztlich führen sie eine Schwächung dieser Länder herbei und berauben sie ihrer Entscheidungskraft;

5. die Transformation der Al-Quds-Frage von einer Angelegenheit sporadischer Behandlung in ein wesentliches, arabisches Problem.

Darauf fasste der Redner die Langzeitziele des Medienplans zusammen, von denen wir zwei aufgreifen, nämlich

[44] Ebd., 204.

[45] Parenthesen im Text. *James Caroll* veröffentlichte eine heftige Kritik gegen christliche Zionisten, die er beschuldigte, Amerika und den Friedensinteressen im Nahen Osten zu schaden, „Onward. Christian Zionists", International Herald Tribüne, 26. August 2010.

> die Europäische Union zentral und einzelstaatlich zu ermutigen, von einer Position, die die negative US-Haltung nachahmt, zu positiven Einstellungen umzuschalten. Die EU sollte die Bühne nicht den USA überlassen, denn sie muss fähig sein, ihre eigenen Sichtweisen und Positionen voranzutreiben. Diese würden dann eher übereinstimmen mit dem internationalen Willen in Bezug auf den arabisch-israelischen Konflikt, die israelische Besatzung der arabischen Territorien, einschließlich Jerusalem, sowie mit dem Recht der arabischen Palästinenser auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates mit Al-Quds als Hauptstadt. Nur so kann die EU ein wesentlicher Mitspieler werden, statt auf amerikanische Anweisungen und Belehrungen zu warten, als ob diese Inhalte das alleinige Spielfeld der amerikanischen Administration wären, und die EU-Länder nur das ausführen könnten, was die USA genehmigten. Mit anderen Worten, es ist notwendig, das amerikanische Monopol auf die Palästina- und Jerusalem-Fragen sowie den arabisch-israelischen Konflikt mit all seinen Dimensionen und Verästelungen zu bändigen.

Kanaan erklärte, dass die EU ein unabhängiger Akteur werden müsse, „der sich nicht Washingtons Diktaten unter dem Vorwand unterwerfe, dass der Nahe Osten von den USA dominiert würde und die Europäer nichts ohne die Genehmigung der US-Verwaltung unternehmen könnten". Anders ausgedrückt, so Kanaan, „das Ziel muss sein, die US-Hegemonie in der Region und das amerikanische Monopol auf die Handhabung des Israel-Palästina-Konflikts und die Jerusalem-Frage zu beenden". Das zweite Ziel bestand darin,

> das Palästina-Problem und den arabisch-israelischen Konflikt von internen US-Fragen in externe Fragen umzuformen, die primär von den gegenseitigen Interessen der Amerikaner, Muslime und Araber beherrscht werden. Dies würde die Immunität der Politik Israels durchbrechen und das Land zwingen, sich dem Willen der internationalen Gemeinschaft und den UN-Resolutionen zu beugen.[46]

Der Bezug auf die Vereinten Nationen zeigt, dass die OIC - mit dem Support der NAM (Non-Aligned Movement) - die UN kontrolliert, und kündigt zudem an, dass die neue Weltordnung, zu deren Entwicklung Europa so viel beigetragen hat, dem Recht der Scharia unterworfen wird. Der Vortragende beschrieb die vielen Mechanismen, mit denen sich dies auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene ausführen ließe. Dazu gehöre die Aktivierung der arabischen und muslimischen Gemeinschaften im Westen, insbesondere in den USA. Diese Muslime sollen angeregt werden, sich am politischen Leben in ihren Ländern zu beteiligen, um größeres politisches Gewicht zu erlangen, anstatt an den Rand gedrängt zu werden, einflusslos und zu Wahlzeiten unbeachtet. Er hob hervor, dass die muslimische Gemeinschaft aus wichtigen Wissenschaftlern, Intellektuellen und Politikern bestehe und daher erheblichen Einfluss im Westen ausüben könne.

Kanaan, a.a.O., 205.

Auf diese Strategie, die die Wirkung der OIC im Westen durch die Immigranten und deren wachsendes Gewicht in den Gastgeberländern auszuweiten sucht, hatten bereits Ihsanoglu im Europäischen Parlament 2005[47] sowie auch schon die Gründer des Euro-Arabischen Dialogs angespielt. Des Weiteren war die Politik in Europa und Amerika daran zu hindern, wohltätige Organisationen zu verbieten, die dem Autor zufolge nur im humanitären Bereich arbeiteten, während sie sich faktisch ebenso mit dem Geldsammeln für den Djihad-Terror beschäftigten. Der Referent erwähnte die finanziellen Aspekte und Instrumente dieser Strategie, weil sie diverse Möglichkeiten öffneten, und schlug vor,

> 9. arabisches und muslimisches Kapital zu ermutigen, in westliche Medien - mit Schwergewicht auf die USA - zu investieren, in die diversen medialen Formen der Druck-, Bild- und Audiosektoren, um das jüdische Monopol in den US-Medien zu brechen.
>
> 10. arabisches und muslimisches Investment ebenso anzuregen, sich in modernen Informations- und Kommunikationstechnologien zu engagieren. Dazu gehören das Internet sowie die Produktion von Fernseh- und Kino-Dokumentationen, die einen Wandel der öffentlichen Meinung in denjenigen Sektoren bewirken können, die sich bei der Meinungsbildung über Kulturen und Zivilisationen ganz besonders auf diesen Typus der Bildungs- und Medienquellen verlassen (S. 206).

Kanaan riet dazu, „die arabischen und muslimischen Gemeinschaften zu ermuntern, sich in die Gesellschaften, in denen sie leben, so weit wie möglich zu integrieren, um an Glaubwürdigkeit zu gewinnen", Kontakte zu Studenten und Lehrkräften an den Universitäten, speziell in den USA, zu knüpfen sowie Verbände von *Al-Quds-Freunden* aus Kollegen im höheren Bildungsbereich zu schaffen.[48] Er präsentierte diverse Projekte betreffend die Medien und öffentliche Meinungsbildung im Westen, wie zum Beispiel den Aufbau eines mehrsprachigen Satellitenkanals *Al-Quds.* Dieser „wird mit einem Team von Medienleuten, Informationsspezialisten, Historikern und sonstigen Intellektuellen besetzt, die sich in der Al-Quds-Frage und ihren diversen Dimensionen [sie] auskennen". Im Westen lebende, arabische und muslimische Denker, Gelehrte und Intellektuelle sollten den Muslimen empfehlen, Extremismus, Fanatismus und Gewalt abzuwehren, „denn solches kann nur schaden und negative Reaktionen auf die arabischen und islamischen Streitfragen hervorrufen".

Der Vortragende verbreitete sich ausführlich über die Möglichkeiten, „moderne Kommunikationsmittel zu nutzen, speziell die Einrichtung von Al-Quds gewidmeten Websites. Ebenso sind Muslime dazu anzuregen, sich

[47] Vgl. § 6 seiner Rede.

[48] *Robert Spencer,* Stealth Jihad. How Radical Islam is Subverting America without Guns or Bombs (Washington, D.C.: Regnery 2008).

in einem internetgestützten Kampf für Al-Quds zu engagieren, um ein Gegengewicht zu den Aktivitäten der zionistischen Bewegung und ihren krakenhaften Formationen* zu schaffen, deren gefährlichste der christliche Zionismus und seine neo-konservative Führung ist". Arabische Radiostationen und Satellitenkanäle wie Al-Djazira, Al-Arabia und Dubai sollen „wöchentliche Programme in Englisch" [über Al-Quds] aussenden, „die sich an die öffentliche Meinung des Westens wenden und Medienleute nutzen, die sich in der westlichen Mentalität auskennen und in der Lage sind, sie - unter Mithilfe der UN-Resolutionen - zugunsten der Al-Quds-Sache zu beeinflussen". Die Programme über Al-Quds sollten in Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch, Russisch und anderen Sprachen verfasst werden.[49]

Verbände der *Al-Quds-Freunde* in amerikanischen und europäischen Unternehmen sollten Arbeits- und Studienkreise bilden, die die Aktivitäten der NGO's für die Al-Quds-Sache auf arabischer, muslimischer und internationaler Ebene unterstützen. Dem würden „alle Publikationen" hinzugefügt, „die von Amerikanern, Europäern und Juden gegen Israel, seine Politik und den Zionismus veröffentlicht werden". Diese würden in Broschüren erneut herausgegeben und in diversen Sprachen im Westen verbreitet, um die dortige öffentliche Meinung aufzuklären. Es sollten Filme produziert werden, „welche die Barbarei in Israel enthüllen, die Gefahren zeigen, die mit der Zerstörung der Häuser und der Ermordung der arabisch-palästinensischen Menschen einhergehen, und daher in der islamischen Welt so weit wie möglich verbreitet werden müssen" (S. 208).

Nicht zuletzt sollen Experten für westliche Angelegenheiten „in die Diskussion über die Grundlinien des Medienplans eingeschaltet werden, um ihn auszugestalten und die Bedingungen für seinen Erfolg abzusichern." Diese Spezialisten würden sich konzentrieren auf westliche Medien, Politik und öffentliche Meinung, Psychologie, Religion, Rechtslehre, Kultur und die Geschichte von Al-Quds. In zwei Anmerkungen, die im französischen Text vorkommen, aber in der englischen Version fehlen, erwähnt der Autor „zionistische Geschichten über angebliche Nazimassaker" und erläutert: „Die ‚Kristallnacht' war die Nacht, in der Juden von den Nazis verfolgt und die Fenster ihrer Häuser und Geschäfte eingeschlagen wurden".

[49] Al-Quds Underground (AQU) wird von Cordaid (Holland), der Anna-Lindh-Stiftung und SICA, ebenfalls in Holland, finanziert. AQU organisiert intime Begegnungen mit Bewohnern des arabischen Jerusalem an geheimen Orten, um die Schönheit der „Diversität" zu feiern. Juden sind freilich nicht zugelassen, s. a. NGO-Monitor, 26. November 2009.

* Anm. d. Üb.: Erneut ist auf die spiegelbildlichen Wahrnehmungen in totalitären Konstellationen zu verweisen, die oft mit ähnlichen Mustern operieren und hier mit dem Bild der „Krake" auch zutreffend das Prinzip der unausweichlichen Durchdringung bzw. Umschlingung umschreiben (s. o. Einl. 4.).

Weiter unten werden wir sehen, dass die von den UN geförderten Netzwerke, die die EU, OIC und deren Kulturflügel ISESCO in der Partnerschaftsstrategie verbinden, für die Durchsetzung dieser Politik in allen westlichen Ländern verantwortlich sind. Dabei wurden die Christen, die unter der palästinensischen Autonomiebehörde leben, zu einem überlauten Megaphon für die OIC-Politik, dokumentiert unter dem Titel *Kairos Palestine*, der von palästinensischen Theologen verfasst und vom Genfer Weltrat der Kirchen am 11. Dezember 2009 in Bethlehem veröffentlicht wurde.[50]

Am 1. März 2010 schrieb mit Blick auf die im Oktober gleichen Jahres angesetzte Synode der griechisch-katholische Melkitenpatriarch von Antiochia, Alexandria und Jerusalem an Papst Benedikt XVI. Die katholischen Kirchen des Nahen Ostens sollten zusammentreffen, um die eskalierenden Probleme für die Christen in der Region zu diskutieren und ihrer Flucht ein Ende zu setzen. In seinem Brief wies der Patriarch auf seine Pflicht hin, den Papst über die anwachsenden Gefahren in der Region zu informieren, insbesondere für die Christen:

> Es gibt einen diffusen, aber sicheren Anstieg des islamischen Extremismus, der von den Drohungen der israelischen Regierung gegen Palästinenser, den Libanon, Syrien (und Iran) provoziert wird und sich in alle Länder der Region ausbreitet. Sogar in Syrien, wo dieser Extremismus bislang sehr begrenzt war, ist sein Vorrücken - trotz regierungsseitiger Gegenmaßnahmen - zunehmend erkennbar geworden.

Wie der Patriarch weiter ausführt, zögert dieser Extremismus nicht, besonders in Ägypten und Irak und speziell gegen Christen terroristische Methoden einzusetzen. Der Geistliche bat darum, dass

> die Diplomatie des Heiligen Stuhls ihre Bemühungen verdoppeln möge, die Regierung in Tel Aviv - auch gegen ihren radikalen Flügel - von der ernsten Gefahr zu überzeugen, die von diesem Trend ausgeht. Sie richtet sich auf mittlere, vielleicht auch kurze Sicht gegen das Interesse und die Zukunft des Staates Israel, der den Frieden ebenso braucht wie die arabischen Länder, um normal zusammen leben zu können. Diese [Überzeugungsarbeit] muss wahrscheinlich von den USA und solchen europäischen Ländern ausgehen, die nachdem sie die Geburt des Staates Israels gefördert und ihn seither unterstützt haben, auch in der Lage sein sollten, hinreichenden Druck auf ihn auszuüben.

Erneut schloss sich der Kreis des Dhimmitums: Muslime massakrieren Christen, die den Juden die Schuld zuschieben, obwohl diese ihnen nichts angetan haben. So drückten im Juni 2010 viele katholische Organisationen ihre Solidarität mit der Bevölkerung von Gaza aus, welche die Hamas, ihre mörderische Charta sowie ihr andauerndes Bombardement israelischer Städte und Dörfer unterstützt. Zu den Fürsprechern gehören u. a. die franzö-

[50] Am 22. Februar 2010 online gestellt von *Menachem Macina*, www.debrieving.org/3001 l.html (Zugriff 6. Januar 2011).

sischen Organisationen Justice et Paix, Mission de France, Pax Christi France, Chrétiens de la Méditerranée, Comité Catholique contre la faim et pour le développement und Le Secours Catholique.

In einem gleichzeitigen Treffen mit Papst Benedikt XVI. in Nikosia beklagten Bischöfe aus Nahost und Offizielle des Vatikan die Leiden der Christen in der Region. Der Papst stellte gleichwohl ein Papier mit der Aussage vor, dass „heute die Emigration deswegen besonders überhand nimmt, weil der Israel-Palästina-Konflikt die gesamte Region destabilisiert". Während es die „israelische Okkupation" anklagte, bewahrte das Dokument Schweigen über die muslimische Christenverfolgung.[51]

Seinerseits verschwendet Europa Euro-Milliarden an palästinensische NGO's und Vertreter der „Zivilgesellschaft", die zum Boykott Israels und seiner Dämonisierung und Entrechtung aufrufen - in Schulen, Fernsehen, Rundfunk, in palästinensischen Publikationen und im internationalen Diskurs.[52] Seit 2005 wird eine Palästinensische Woche gegen „israelische Apartheid" (Anführungszeichen v. Übers.) an Universitäten und in den großen Städten Europas, Kanadas und der USA durchgeführt, die zu Boykotten und Sanktionen Israels sowie zum Abzug von Investitionen aufruft, zuletzt vom 1. bis 10. März 2010 (und seither fortgesetzt - d. Übers.). Wie der *NGO-Monitor* in seiner umfassenden Analyse darstellt, gehört die Mehrheit der Redner bei diesen Hassdemonstrationen den NGO's an, die von europäischen Regierungen, der EU-Kommission und dem nach Obamas Wahl gegründeten New Israel Fund finanziert werden.[53] Am 6. März 2010 rief der iranische Außenminister Manoucher Mottaki die Welt auf, Jerusalem vor der Judaisierung zu retten, vor der Zerstörung von Kirchen und Moscheen, eine Aussage, die sich im Einklang mit dem Medienprogramm der OIC befand, deren wesentliches Mitglied der Iran ist.[54]

Auf ihrer Website weist die ISESCO darauf hin, dass für 2008/2009 das ISESCO/UNESCO-Kooperationsprogramm 128 Aktivitäten enthält, die sich auf die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kommunikation, Außenbeziehungen und nationale Kommissionen erstrecken. In der Präsentation führt die Organisation aus: „Der Dreijahres-Aktionsplan stellt den ersten Teil des ISESCO-Aktionsplans für die Jahre 2010 bis 2018 dar [...] Die

[51] *Rachel Donadio,* „Pope highlights plight of Christians in Mideast", International Herald Tribune, 7. Juni 2010.

[52] *Gerald M. Steinberg,* Europe's Hidden Hand, EU Funding for Political NGO's in the Arab-Israeli Conflict, Analyzing Processes and Impact. Monographie-Serie des NGO-Monitor, April 2008.

[53] www.ngo-monitor.org/article/israeli_apartheid_week_ngo_involvement (Zugriff 3. April 2010).

[54] www.jihadwatch.org2010/3 (Zugriff 27. Marz 2010).

Gegenreaktion auf die aggressive Kampagne gegen den Islam und die Muslime bildete ein wesentliches Ziel des auslaufenden Plans und damit den Kern der Aktionen während dieser Periode".[55]

Das zentrale Strategieziel des Aktionsplans für 2007/2009 richtete sich konzentriert gegen die Islamophobie. So musste die ISESCO eine große Zahl von Programmen und Projekten weiterführen, weil sie den Kampf gegen die Anti-Islam- bzw. Anti-Muslim-Front als festen, strategischen Zweck plante. Die Partnerschaft mit internationalen Organisationen und NGO's für den Einsatz gegen Islamophobie gehörte zu den Hauptzielen dieses Verfahrens. Die Korrektur des Image von Islam und Muslimen im Westen ist für die Zeit 2010-2012 vorgesehen. Dabei weist der Aktionsplan in den Bereichen Bildung und Kultur der islamischen Erziehung den Vorrang innerhalb der kulturellen Diversität und Dialogförderung zu.

ARADESC ist das arabische Netzwerk für die UNESCO/ISESCO-Forschungspolitik im Bereich der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte. Es brüstet sich mit seinem Vertrauen darauf, dass Menschenrechte universal, unteilbar und voneinander abhängig sind, und dass kulturelle Rechte, wie alle anderen Menschenrechte, Ausdruck und Bedingung der menschlichen Würde sind. Daraus leitet es die Überzeugung ab, dass die Verletzung der Kulturrechte zu Spannungen und Identitätskonflikten führen, so dass der Respekt vor kultureller Diversität, Toleranz, Kooperation und Dialogförderung zur unabdingbaren Voraussetzung wird.

Das Netzwerk fordert zu Respekt vor Freiheit und kultureller Verschiedenheit auf, die auch eine fundamentale Rolle in der Stärkung der Demokratie spielen. Die Erklärung empfiehlt den Respekt vor der Wahlfreiheit in der kulturellen Identität, der Freiheit des Glaubens, Gewissens und religiösen Bekenntnisses, der Freiheit der Meinung - einschließlich der entsprechenden Werte und der Ausübung von Kulturaktivitäten, die mit den Prinzipien der Menschenrechte und Demokratie übereinstimmen.

Was ist von einer solchen Sprache von Seiten tyrannischer Regime zu halten, die ihre vorislamischen Minderheiten, teilweise mit Folter und Versklavung, unterdrücken? Die Worte sind an den Westen in seiner eigenen Sprache gerichtet, um die Rechte der muslimischen Immigranten in ihren Gastgeberländern zu wahren. Trotz dieser edlen Verpflichtung erkennt die ISESCO, die die islamische Erklärung zur kulturellen Diversität übernommen hat, die Kulturrechte Israels, der Juden und Christen nicht an, denn deren religiöse und kulturell-historische Stätten sind vom Islam vereinnahmt.

[55] www.isesco.org.ma/english/actionPlan/action.php?idd=TDD_REF_ACT (Zugriff April 2010 - der genaue Tag war von der Autorin nicht mehr zu eruieren - d. Übers.).

In gleichem Sinne wurden auch die heiligen Stätten der Juden im Irak islamisiert, die an die Propheten Hesekiel und Daniel erinnern, ebenso wie das Josefsgrab in Sichern. Im Oktober 2000 brannten arabische Vandalen einen Großteil der antiken Synagogenreste in Jericho nieder, und das Orthodoxe Patriarchat siecht in seiner eigenen Hauptstadt Konstantinopel dahin.

Am 3. März 2010 schrieb Abdulaziz al-Tuwaydjiri, Generaldirektor der ISESCO, an die UNESCO-Generaldirektorin Irina Bokova. Er drängte seine Kollegin zu sofortigem Handeln, um Israels fortwährende Fälschungen der islamischen Geschichte in Palästina zu beenden. Zudem wiederholte er seine Anfrage, der zufolge die UNESCO Israel auffordern sollte, die Entscheidung zu widerrufen, Al-Haram al-Ibrahimi und die Bilal Ibn-Rabah-Moschee seiner Liste jüdischer archäologischer Fundstätten anzufügen, da dies „nicht dem internationalen Recht entspricht".[56]

Bei den Örtlichkeiten, auf die hier mit islamisierten Namen Bezug genommen wird, handelt es sich um Gräber in Hebron, nämlich das der Hebräischen Patriarchen Abraham, Isaak und Jakob und ihrer Frauen (Machpelah) aus Herodischer Zeit (1. Jahrhundert), sowie Rachels Grab nahe Bethlehem, das über früheren jüdischen Heiligtümern erbaut wurde. Von 1266 an untersagten die Muslime den Juden und Christen, die Machpelah zu betreten. Nach der britischen Besetzung des Heiligen Landes im Jahre 1917 wurde den Christen, nicht jedoch den Juden erlaubt, das Grab zu besuchen. Erst ab 1967, nach dem Sechstagekrieg, konnten die Juden wieder an ihrem Jahrtausendschrein beten.

In seinem Antrag No. 184/Ex 37 folgte der UNESCO-Exekutivrat dem Ersuchen der ISESCO und forderte, dass Rachels Grab und die Höhle von Machpelah nicht zu den Besitztümern des nationalen Kulturerbes Israels gehören sollte.

[56] www.iina.me/english/news.php?go=fullnews&newsid=105 (Zugriff April 2010-vgl. Anm. 177).

IV. Die Zerstörung der Nationen Europas

1. Das Verschwinden der Demokratie

Die meisten Europäer haben noch nicht verstanden, dass ihre Regierungen die souveränen Strukturen ihrer Staaten absichtlich aufgebrochen haben. Sie glauben immer noch, ihr nationales Schicksal durch das von ihnen gewählte, demokratische System prägen zu können. Dabei hat sich ihnen faktisch die Entscheidungsmacht über die Innen- und Außenpolitik längst entzogen. Die EU-Bevölkerungen werden heute in den Feldern der Politik, Kultur und Information von transnationalen und internationalen Organisationen beeinflusst wie z.B. der Anna-Lindh-Stiftung und der Allianz der Zivilisationen. Im Bereich der Immigration, Bildung und Sozialpolitik sind es die Körperschaften der OIC und ISESCO, die sich mit Netzwerken von globaler Machtwirkung überlappen - mit dem entscheidenden OIC-Einfluss auf die UNO.

Der Machttransfer der EU-Staaten von lokalen und nationalen Wirkungsfeldern auf internationale Organisationen vollzieht sich über instrumenteile Begriffe wie „Dialog", „Partnerschaft" und „Multikulturalismus", ihrerseits verbunden mit Netzwerken, die von den Staaten eingerichtet werden. Neben zahlreichen transnationalen Systemen, die an die UN andocken, handelt es sich bei diesen Netzwerken - im Wirkungskreis der Mittelmeerpolitik - um den Euro-Arabischen Dialog, Medea, den Barcelona-Prozess, die Mittelmeer-Union, die Anna-Lindh-Stiftung, die Allianz der Zivilisationen, die Euro-Mediterrane Parlamentsversammlung (EMPA). Die UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East - d. Übers.). Dazu kommen weitere, die sich mit von der EU finanzierten NGO's verknüpfen, ebenso wie Kultur-, Politik- und Wirtschaftsprojekte der Araber. Mit ihren Unterverzweigungen bilden sie ein weitläufiges Netz, das sich durch an Unternetze erteilte Instruktionen ständig weiter ausdehnt - an Myriaden von NGO's, an von ihnen selbst ausgewählte Repräsentanten der „Zivilgesellschaft", an Aktivisten des Palästina-Komplexes, des Israelboykotts, des Multikulturalismus an sich. Das Netzwerk der Politinstitute und Thinktanks, oft von der EU-Kommission finanziert, wandelt diese Direktiven in öffentliche Meinung um, indem es sie in die Medien, Veröffentlichungen, Filme, und sonstige Propaganda einschleust - ein Fass ohne Boden für Milliarden.

Die Europäer sind sozusagen umschlossen von einem Spiegelspiel, das unentwegt und auf jeder Ebene vorgefertigte Meinungen in Harmonie mit den Polit- und Kulturprogrammen aussendet, die sie freilich nicht überschauen, oft ablehnen, aber mit ihren Steuern finanzieren. Dies bildet das Prinzip der „Kohärenz" innerhalb der Strategie des Europarats und der Partnerschaftspolitik mit den südlichen Nachbarn. In Artikel 26 fordert sie, dass der Ministerrat, die Kommission und alle EU-Staaten die Kohärenz, Einheit und Effektivität der Unionsstrategie gewährleisten müssen.[1]

Dieses elitäre, undurchsichtige System untergräbt die Demokratie. Es vermeidet Überschaubarkeit, indem es sich hydraartig in Netzwerken und Unter-Netzwerken vervielfältigt. Unter dem Regime von Wirtschaftsinteressen, islamisch motiviertem Terrorismus, Energiebedarf und Hochfinanz artikuliert es sich in humanitären und moralischen Begriffen. Europäische Politiker und Intellektuelle, denen ihre eigenen Bürger misstrauen, werden von der OIC wieder in diesen Kreislauf eingespeist, um dort ihre Termitenarbeit fortzusetzen. Die Umformung des „Europa der Nationen" in ein einiges Europa, das sich in die internationalen Organisationen wie UNO, UNESCO, OIC und andere integriert, entspricht der globalistischen EU-Strategie, speziell im Rahmen der Mittelmeer-Politik.

Die Zerschlagung der europäischen Nationalismen, die im 20. Jahrhundert durch zwei Weltkriege sowie sozialistische, pazifistische und universalistische Bewegungen diskreditiert wurden, erleichterte die panislamischen Ambitionen, die zudem von den Petrodollars animiert wurden. Schon in den 1950er Jahren akquirierte Said Ramadan (s.o. S. 5, 17) saudische Gelder, um in ganz Europa Zentren der Muslimbruderschaft einzurichten. Mit Nachdruck bestätigte die OIC-Konferenz 1973 die expansive Strategie, während die europäischen Nationen zerfielen, ausgesaugt durch den Aufbau der EU, durch Zuwanderung und Globalisierung.

Diese Perspektive treibt die gemeinsame EU-OIC-Politik dazu an, sich sowohl gegen den Kulturnationalismus als auch die Euro-Einzelidentitäten zu wenden - aus jeweils anderen Gründen. Die Globalisierung fördert die multikulturelle Internationalisierung einer europäischen Bevölkerung, die dazu bestimmt ist, sich fortlaufend zu verändern und schließlich in der Union der beiden Mittelmeerufer zu verschwinden. Unter solchen Umständen ist auch das besondere, europäische Bewusstsein, das über 2000 Jahre gewachsen ist, zum Zerfall verurteilt. Derweil werden die europäischen, nationalen und kulturellen Merkmale mit Rassismus gleichgesetzt und auf EU- und UN-Ebene erbittert bekämpft, wobei die transnational organisierte

[1] „Gemeinsame Strategie des Europarats in der Mittelmeer-Region vom 19. Juni 2000" (2000/458/Cfsp), Official Journal of the European Communities, 22. Juli 2000, L 183/5.

OIC eine ähnliche Methodik verfolgt. Allerdings besteht sie im Gegensatz zur EU darauf, die Umma weiterhin in ihrer koranischen Religion und kulturellen Tradition zu verwurzeln, im historischen Erbe und im globalistischen Ehrgeiz des *Kommenden Kalifats.*

2. Innenpolitische Konvergenz der EU und OIC

Die 9. Konferenz des Islamgipfels verabschiedete 2000 in Doha eine islamische Kulturstrategie für den Westen, die im Folgejahr in einer Broschüre der ISESCO publiziert wurde, betitelt *Islamische Kulturaktion im Westen* (später umbenannt in *Strategie der islamischen Kulturaktion außerhalb der islamischen Welt).* Dieses Handbuch erklärt die Motive, Ziele, Methoden und Konzepte eines umfassenden Vorgehens, das über Europa hinaus im gesamten Westen implementiert werden soll. Wie gesehen, ist ein solches Interesse der OIC nicht neu (s.o. S. 57 ff.). Seit 1974, als die islamische Mission (*da'wa*) durch die Familienzusammenführung einen neuen Impuls erhielt, hatte die OIC die Vorteile der Immigration und die Methoden diskutiert, die die Muslime vor dem teuflischen Einfluss Europas schützen sollen. Die Broschüre legt ein klar definiertes Verfahren dar, das die zweite und dritte Generation der Immigranten in ihrer Kultur authentisch bewahren, im Islam-Glauben verwurzeln und den Geboten des Koran und der Scharia unterstellen soll. Zugleich stattete man sie mit den für die Verwirklichung der islamischen Ziele erforderlichen Mitteln aus.[2]

Da den Autoren die Unvereinbarkeit der westlichen Werte und Gesetze mit den Vorschriften des Islam durchaus geläufig war, schlugen sie eine Reihe von Schritten vor, die die Integration und Assimilation der Muslime in die europäische Kultur verhindern sollten. Ihre Methode verlangte, innermuslimische Trennungen zu beseitigen, um im Rahmen einer erweiterten Islamgemeinde das Entstehen eines geeinten europäischen Islam zu erleichtern. Die Planung der vereinten Islamkultur sah vor, die Identität der Muslime in ihren diversen Aspekten zu festigen und die Gemeinschaften der Immigranten zu drängen, sich strikt nach dem islamischen Wertesystem zu organisieren, um ihr Leben nach dessen Regeln zu führen (S. 31).

Das Verfahren, alle europäischen und westlichen Muslime zu vereinigen, bedingte eine ebenso einheitliche Zugehörigkeit, die durch die zwingende Kenntnis des Arabischen, der Sprache der islamischen Offenbarung und Gläubigkeit, sowie der Geschichte und Zivilisation des Islam geformt würde. Zu diesem Zweck sollte auch einem Netz von islamischen Lehrern,

[2] Zur Signifikanz von Koran und Hadith für die Immigranten s. *Sam Solomon/E. al-Maqdisi,* Al-Hidjra, The Islamic Doctrine of Immigration, 2009, www.pilcrow press.com.

Schulen, Instituten und Universitäten die Aufgabe übertragen werden, die einschlägige Unterweisung von der Wiege an voranzutreiben, Mann und Frau in Jugend- und Erwachsenenalter durch ihr Arbeitsleben zu begleiten, um ihnen die notwendige Hilfestellung in Gestalt eines gezielten Bildungs-, Kultur- und Sozialprogramms zu geben (Kap. 4 und 6).

Indem man die Einwandererkinder die Großartigkeit ihres Kulturerbes lehrte, könnten sie auch die Fülle der zivilisatorischen Anleihen des Westens vom Islam erkennen. Die islamische Identität könnte jeden Aspekt ihres Lebens organisieren und sowohl das Verhalten als auch die Beziehungen untereinander festlegen. Mithin sollten sich die Muslime auch für die westlichen Kulturen interessieren, weil sie reichhaltige Quellen für die islamische Kultur seien und deren Grundlagen nicht unbedingt widersprächen. „Es sollte Gewicht gelegt werden auf die Harmonie der islamischen Kulturinhalte, ihrer Werte und Prinzipien in ihrer umfassenden und universellen Ausrichtung auf die gemeinsamen, menschlichen Werten und Prinzipien" (S. 82).

Eine solche Planung sollte die Präsenz des Islam im Westen stärken, die Rolle der islamischen Kultur bei der Absicherung und Immunisierung islamischer Identität aktivieren, das kollektive Gedächtnis wieder aufrichten und es in ganz Europa reaktivieren, um schließlich die ausschlaggebenden Elemente und Abläufe für das „gesegnete islamische Wiedererwachen" zu vereinigen (S. 49, § 8). Die schwindende Verblendung durch die westliche Zivilisation und ihre Kritik bedeuten ein „gesegnetes Bewusstsein", das zur konsequenten Stärkung einer unumkehrbaren islamischen Präsenz in Europa führen sollte und somit „zur Ratifikation des zivilisatorischen Projektes als einer Alternative, die auf dem wahren Islam und damit der positiven Aufnahme menschlicher Zivilisation beruht" (S. 70). Diese Präsenz kann ihre edle Aufgabe und Ziele freilich nur in Harmonie mit dem Geist des Islam verfolgen (S. 70-71). Dabei soll die Verstärkung der islamischen Kultur eine neue Wahrnehmung hervorbringen, die sich auf die Versöhnung der Muslime mit den anderen gründet „und deren Traditionen und Bräuche auf eine Weise respektiert, die einen Sinn für Vertrauen und Ruhe schafft" [sie] (S. 71, § a).

Mehrere Seiten der Abhandlung befassen sich mit der aktuellen Stoßwirkung der muslimischen Zuwanderung auf die europäischen Gesellschaften. Die Autoren stellen fest, dass Europa sich durch die definitive und irreversible Islampräsenz in eine multi-ethnische und multi-kulturelle Gesellschaft umstrukturiert, die ihren harmonischen, monolithischen Charakter im Sinne „einer spezifischen historischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Abstammung" verliert (S. 52). Indem es somit zu einer ethnisch-kulturell-religiösen Multigesellschaft wird, bietet Europa dem Islam und der Muslim-

weit eine einzigartige Gelegenheit, in der es gar nicht anders kann, als ihrer Präsenz im Westen Vorschub zu leisten.

Insofern waren auch die europäischen Schulen mittelfristig aufgerufen, ihre Lehrpläne und Lehrsysteme im Grundschulsektor zu ergänzen, um sich den Erfordernissen der Immigrantenkinder anzupassen (S. 65). Die Broschüre erklärt die schulischen Rückstände dahingehend, dass die westlichen Schulen es ablehnen, sich der muslimischen Kinderkultur zu öffnen und ihr weiterhin die westlichen Kulturwerte aufzwingen. Daraus erwächst der Vorwurf eines assimilatorischen Anspruchs seitens der Schulen, der den Kulturkonflikt durch den Widerstand der muslimischen Schüler gegen das westliche Lehrsystem heraufbeschwört (S. 64). Um diesen Zustand zu korrigieren, muss die neue Erziehungsstrategie sie gegen „unberechtigte, kulturelle Eingriffe, intellektuelle Assimilation und erzieherische Hegemonie" des Westens schützen (S. 69) und sich um die Einführung des Islam in die Schulfacher, Lehrpläne und in den Geschichtsunterricht bemühen. Daher war von den verantwortlichen Bildungsbehörden zu verlangen, das Image des Islam in den europäischen Schulbüchern und Geschichtslehren zu verbessern (S. 77).

Zu den Hauptpflichten gehört die Vermittlung der arabischen Sprache und der islamischen Kultur, denn die westlichen Schulen planten (angeblich - d. Übers.), „durch organisierte, destruktive Methoden die unbewusste Bezugsstruktur des Immigrantenkindes zu zerstören, die es aus der Familie und der Basiskultur mitbringt" (S. 65). Die Autoren der Abhandlung werfen dem Erziehungssystem vor, sich anderen Kulturen zu verweigern und die Gesellschaft dazu anzuhalten, jeden abzulehnen, der nicht die europäische Kultur und ihre Werte übernimmt. Dieses System behandele die Immigranten, als ob sie weder irgendwelche Wurzeln, noch islamische Bezugspunkte hätten, wobei ihre Religion, Sprache und Kultur ignoriert würden. Insofern sei Europa verantwortlich für das Versagen der muslimischen Schüler, müsse daher die Prinzipien der Integration und Assimilation aufgeben und akzeptieren, dass sich auf seinem Boden innerhalb eines multikulturellen Rahmens eine islamische Bevölkerung ansiedele.

Die Autoren bekräftigen wiederholt, dass die Aufrichtung des Islam in Europa den obersten Dauerplatz in der Prioritätenliste der Muslimgemeinden und ihrer Führerschaft einnehmen müsse. Ihnen obliege es, eine Rechtsprechung auf der Basis islamischer Prinzipien und damit eine Strategie aufzubauen, die den Muslimen eine entscheidende Rolle in jedem sozialen Bereich ermögliche. Die Versuche, über allerlei Organisationen und etablierte Strukturen politischen Einfluss auszuüben, sind durchaus erfolgreich, denn vielen Muslimen gelang es, führende Positionen z.B. in Stadtverwaltungen ihrer Gastgeberländer zu übernehmen. Ebenso geben Muslime ihre

Wählerstimmen den muslimischen Parlamentariern bzw. solchen, die in gesetzgebenden Gremien mit den Interessen der Islamgemeinden sympathisieren. Im Ergebnis wird dies dazu führen, dass die Stimme des Islam gehört und dessen religiöse und kulturelle Erfordernisse respektiert werden, doch schwächte dabei die schlechte wirtschaftliche Planung der Muslime ihren Anspruch auf ökonomischen und finanziellen Einfluss. Gleichwohl bzw. deshalb sollte die Strategie eine neue Kultur hervorbringen, „gekennzeichnet von Dialog, Knowhow-Transfer und der Abstimmung der Bemühungen zwischen allen Beteiligten, um diese Ziele zu erreichen" (S. 81).

Alle diese Maßnahmen in Bildung, Kultur und Sozialem sind indes nur das mittelbare Werkzeug einer langfristigen Perspektive. Deren Erfolg öffnet den Weg zur eigentlichen, universalen Islam-Mission (*da'wa*), die vom europäischen bzw. westlichen Islam getragen und von der weltweiten Umma unterstützt wird. Um der Botschaft des Islam zu dienen, ihrem ewigen Erbe, das im Glauben an Allah, im Koran und der Tradition seines Propheten wurzelt, ist es erforderlich, Pläne und Programme zu entwerfen sowie Medienexperten und Spezialisten auszubilden und

> Radio- und Satellitenstationen einzurichten, die rund um die Uhr Programme in diversen Sprachen für die muslimischen Gemeinden und Gesellschaften in Europa aussenden. Dabei sollte sich dem islamischen Erbe bzw. dessen Wiederherstellung gewidmet werden, in der Form von interessanten Radio- und Fernsehprogrammen, die islamische Kunst und Literatur für die junge Muslim-Generation in Europa einschließen, sowie Mittel und Wege, mit denen sich Kooperation, Koordination und technischer Erfahrungsaustausch im Dienste der islamischen Medien erreichen lassen (S. 84).

Eine Mission dieser Größenordnung, die auf die Konversion des Westens zum Islam abzielt, erfordert eine angemessene, starke Führerschaft, der die gesamte Umma zuarbeitet. Der Plan enthielt ebenso die Schaffung eines Hohen Rats für Erziehung und Kultur auf kürzere Sicht, d.h. die aktuelle Zusammenarbeit mit den westlichen Stellen. Er sollte aus qualifizierten Personen gebildet werden, die von islamischen Instituten in Europa auszuwählen sowie von Spezialisten der ISESCO und Komitees in allen EU-Ländern zu unterstützen waren. Der Hohe Rat sollte dafür verantwortlich sein, einheitliche Bildungsprogramme und Lehrsysteme zu entwerfen, die sowohl den unantastbaren Werten des Islam als auch der Situation in Europa entsprachen. Er würde die Ziele und Grundlinien einer Einheitsmethode für den gesamten Westen ausarbeiten (S. 89-96).

Der Rat sollte zu der Körperschaft ernannt werden, die mit den europäischen Bildungsbehörden auf regionaler und nationaler Ebene über den Unterricht der muslimischen Kinder verhandelt, und um staatliche Finanzhilfe nachsucht bei den OIC-Ländem, der OIC selbst sowie anderen einschlägigen Islamorganisationen. Der Support ist für Zentren und sonstige Einrich-

tungen vorgesehen, die sich mit dem Aufbau von Schulen für die Kinder der Muslimgemeinden in Europa befassen. Ebenso würden europäische Institutionen, allen voran der Europarat und das EU-Parlament, um Projekte gebeten, die islamische Einrichtungen unterstützen und eine gemeinsame Vorgehensweise entwickeln (S. 89).

Diese Methodik erarbeitet diverse Projektformen. Diejenige für die erste Generation der Immigranten strebt danach, sich der islamischen Kultur bewusst zu werden, und bekämpft mit Hilfe der ISESCO und islamischer Regierungen das Analphabetentum. Die Projekte für die zweite und dritte Generation beinhalten die Vermittlung des Islam und der arabischen Sprache sowie die Unterstützung westlicher Intellektueller und Bildungsexperten, die sich bei ihren Behörden für die Aufnahme von Islamstudien in die offiziellen Lehrpläne einsetzen. Damit folgt man den Beispielen in Belgien, Holland, Spanien, im Eisass und einigen Bundesländern in Deutschland. Der Bericht reicht auf das Jahr 2000 zurück, was vermuten lässt, dass sich die Liste inzwischen erheblich verlängert hat. (Zum Beispiel - d. Übers.) stimmte Kanzlerin Angela Merkel im Rahmen ihres Türkeibesuches im März 2010 der Errichtung türkischer Schulen in Deutschland zu, wo nach offiziellen Angaben über drei Millionen Türken leben.

Weitere Forderungen betreffen die Aufnahme des Arabischen als moderner Weltsprache in die Lehrpläne der Schulsysteme, die Ausbildung von Arabisch-Lehrern für Nichtmuslime sowie Anreize zur Forschung auf diesem Gebiet. Ebenso beinhaltet die Liste die Förderung „der muslimischen Kinderkultur durch hochqualitative Kinderbücher und Geschichten über islamische Themen in europäischen Sprachen" (S. 90), ein Projekt, das bereits weitgehend realisiert ist. Denn in europäischen Städten kursieren Geschichten über die Verwandlung von Juden in Affen sowie die Islamisierung von Jesus und hebräischen Propheten. Mittelfristig werden in dem Projekt folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

2.1. Vorbereitung der rechtlichen, organisatorischen und bildungstechnischen Bedingungen, um islamische Schulen speziell für die Gemeinschaften in Europa einzurichten, sowie die dortigen Regierungen einzuladen, sich an der Finanzierung dieses wichtigen Projekts zu beteiligen;

2.2. Ausarbeitung einer Planung, das Erziehungspersonal für den Unterricht an islamischen Privatschulen auszubilden und dafür ein Europäisches Lehrerseminar zu errichten;

2.3. Schaffung eines Fonds zur finanziellen Unterstützung islamischer Privatschulen, der mit islamischen Regierungen und Hilfsorganisationen *kollaboriert* [sie];

2.4. Aufbau einer wissenschaftlichen Institution unter der Kontrolle des Hohen Rats, unter dessen Aufsicht die Erziehungspläne für die islamischen Privatschulen vorbereitet werden;

2.5. Einrichtung eines *Islamischen Beobachtungspostens* in Europa, der den Fortschritt der Kindererziehung im Westen verfolgt, sowie einer *Datenbank,* mit der sich die kulturelle und bildungsmäßige Entwicklung der Muslimgemeinschaften verbessern lässt ([S. 90] - Kursivierungen v. Übers.; zum Kontrollaspekt s.o. S. 97, Einl. 4., 6.).

Im europäischen Kontext zielt diese Mission in der Hauptsache darauf ab, den Muslim fest in seiner Unterwerfung allein unter Allahs Willen sowie im Glauben an diesen einen Gott (*tauhid* - arab.: Einheit - d. Übers.), den Koran und dessen Überbringer Muhammad zu verankern. Der Prediger soll in der Methodik dieser Rechtleitung, in nachhaltiger Streittechnik und einer zugleich moderaten Haltung in der Predigt unterwiesen werden. Er soll ein Verhalten vermeiden, das Antipathie und ablehnende Reaktionen erzeugt, und daher die Toleranz der islamischen Gesetzgebung und das Erfordernis hervorheben, den von ihr gezogenen Grenzen zu gehorchen. Im Rahmen der Da'wa-Methodik werden die speziellen Kennzeichen des rechtgeleiteten Predigers betont, der seinen Vortrag auf die jeweilige Zuhörerschaft einstellen soll. Dabei wird neben der Organisation der Da'wa selbst der Bedarf an sorgfältiger Vorbereitung, Qualifikation und Einübung des Predigers unterstrichen.

Der Prüfung, auf welchen Wegen die Mission durchgeführt wird, folgt die Analyse der Themen, mit denen man über sie informiert. Wie aus der bisherigen Darstellung hervorgeht, haben die Autoren den Westen ständig unfairer und tendenziöser Vorurteile gegenüber dem Islam bezichtigt und auf deren Bestrafung durch die jeweiligen Regierungen bestanden. Um diesem auch durch die Medien verbreiteten Missstand Abhilfe zu schaffen, forderte man koordinierende Maßnahmen zwischen den europäischen Politikern und der OIC. Der Dialog zwischen den Zivilisationen sowie die Planungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Religion und Soziales sollte helfen, die Islamophobie und die Verbindung zwischen Islam und Terrorismus zu verhindern. Als integraler Teil der Mission hatte jedwede Information dem Islam zu dienen. Das Recht auf Wissen wird nur respektiert, soweit es sich auf den Wirkungskreis der Scharia beschränkt.

Die islamische Informationsstrategie im Westen will der Weltbotschaft des Islam dienen, ihr ewiges Erbe an die Folgegenerationen weiterzugeben, um die Prinzipien des Islam in die Herzen und Hirne zu senken. Dabei ist ein Cyberspace-Kanal geplant, der rund um die Uhr in mehreren Sprachen Sendungen für die muslimischen Gruppierungen und Gemeinschaften in Europa verbreitet. Ein akademisches Institut für den Weltislam und ein Ausbildungszentrum für gehobenes technisches Personal sollen die Muslime befähigen, in Kooperation, Koordination und technischem Knowhow-Austausch im Bereich der Informationsherstellung, aber auch im Umlauf islamischer

Berichte, Filme und sonstiger Materialien auf komplementäre Augenhöhe mit dem Weltniveau zu kommen.

Diese für den Westen geschneiderte Islamstrategie wurde bereits 2001 veröffentlicht, wenngleich sie allerdings bislang kein einziger europäischer Politiker erwähnt hat. Neben den hier untersuchten Punkten gibt es noch weitere beachtenswerte Details, allen voran die permanente Verkündigung der islamischen Perfektion und Toleranz, einer Kennzeichnung, auf der man seit dem Mekka-Gipfel von 2005 besonders hartnäckig bestanden hat. Allein durch unentwegte Wiederholung erlangte diese Glaubensaussage eine erfolgreiche Verbreitung und Akzeptanz im Westen. Auch dessen Polit- und Kultureliten stimmen in diesen Wiederholungskanon ein und bestätigen somit die von Allah offenbarte Wahrheit. Weitere Punkte betreffen die Instrumente der Methodik, nämlich die Interkulturalität, das Wucherwachstum von Partnerschaft und Dialog auf allen Ebenen und Feldern als den Sendekanälen, über welche die westlichen Gesellschaften durchdrungen werden, die Lobbyarbeit bei Politikern, die mit der Thematik sympathisieren, und die Infiltration der politischen Parteien, um die islamischen Interessen zu fördern. Da diese Strategie Teil der Da'wa-Mission ist, soll eine gemäßigte, weltoffene Sprache verwendet werden, die Gewicht auf die gemeinsamen, islamo-westlichen Werte sowie die Konformität der islamischen Prinzipien mit den universalen Werten der Humanität legt.

Ab 2001, speziell als Folge des 9/11-Terrorangriffs, kam im Westen ein wucherndes Wachstum von Organisationen für islamorientierte Dialoge in Gang. Viele westliche Politiker übernahmen öffentlich die die OIC-Sicht, nach der islamischer Terrorismus eine Konsequenz der westlichen Aggression sei und nur einen winzigen Muslimrand betreffe, der seinerseits Opfer der Verarmung und erzürnt über die Ungerechtigkeiten des Westens sei. So steigerte Europa seine Hilfszahlungen an arabische Länder, verhärtete die anti-israelische Politik und schürte das Schuldbewusstsein in seinen Organisationen. Intern arbeiteten die islamo-westlichen Netzwerke für Dialog und Annäherung daran, die Vorschläge der *Strategie für die islamische Kulturaktion im Westen* (s.o. S. 132) umzusetzen. In den interreligiösen Dialogen bekamen die christlichen Theologen den politischen Druck ihrer Regierungen zu spüren, die sich für die Harmonie in der islamo-westlichen Welt (also für Eurabien - d. Übers.) engagierten. Die politische Einmischung in religiöse Angelegenheiten veranlasste die christlichen Theologen, koranische Interpretationen biblischer Texte einzuführen, die zwar im Gegensatz zu ihren ursprünglichen Bedeutungen standen, aber die Kongruenz der islamo-christlichen Werte zum Vorschein brachten, wie von der *Strategie* gefordert. Die schleichende Islamisierung der christlichen Theologie erzeugte Trennungen, welche die Kirchen nur noch weiter schwächten, zumal sie

mit einem monolithischen, von seiner eigenen Perfektion überzeugten Islam konfrontiert waren.

Im April 2008 diskutierte die Parlamentarische Versammlung des Europarats ein Maßnahmenpaket für die Immigration allgemein und die der Muslime speziell.[3] Da Diskriminierung, Armut und soziale Ausgrenzung den Nährboden für Extremismus bildeten, lud die Beschlussfassung des Gremiums die Euro-Regierungen dazu ein, diese Faktoren ernsthaft zu bedenken und die Islamophobie rigoros zu bekämpfen. Den Staaten des Europarats wurden konkrete Schritte nahegelegt, die es den Zuwanderern und deren Nachkommen ermöglichten, speziell den Angehörigen muslimischer Gemeinschaften, sich durch den Zugang zu Arbeit, Berufsausbildung, Erziehung, Unterkunft und öffentlichen Diensten, frei von Diskriminierung, in die Gesellschaft zu integrieren. Die Euro-Regierungen und die Gesellschaft als Ganzes hatten sich dabei an die soziale Diversität anzupassen und die Hindernisse für die Integration der Immigranten sowie der Menschen mit Migrationshintergrund zu beseitigen, um eine offene, teilnehmende Bürgerschaft herauszubilden, die aktiv am öffentlichen und politischen Leben mitarbeitete (§ 7).

Neben vielen anderen Empfehlungen forderte die Versammlung die Mitgliedstaaten des Europarats auf, sich in jedem Bereich gegen Diskriminierung, Islamophobie, das Schüren von Hass sowie für die Entfernung von Schulbüchern einzusetzen, die den Islam mit den Stereotypen einer feindseligen, bedrohlichen Religion kenn- bzw. fehlzeichneten. Sie drängte die Staaten, Informationen über den islamischen Beitrag zur westlichen Gesellschaftsform zu verbreiten, um solche Klischees zu überwinden. Insofern bestehe Bedarf, Menschen mit Migrationshintergrund in den politischen Parteien, Gewerkschaften und NGO's zu fördern und eine offene Debatte über die Rückwirkungen der Außenpolitik auf das Problem der Radikalisierung anzustoßen. Diese Behauptung übertrug die Ursache des Radikalismus vom islamischen Kontext auf die europäische Politik, die somit auch der Billigung durch die OIC und die Immigranten unterstellt wurde.

Die Versammlung forderte die Euro-Staaten auf, die Muslime zur Übernahme gesellschaftlicher Funktionen anzuregen, ohne die Säkularität der Gesellschaft und der Institutionen ihrer jeweiligen Länder in Frage zu stellen. Sie sollten die europäische Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen, obwohl sie im Gegensatz zur Islamischen Deklaration steht. Die Versammlung verlangte daher von den Muslimen in ihren Gemeinden, speziell in der Jugend, europäische Basiswerte zu verbreiten,

[3] Resolution 1605 (2008). Muslimgemeinden in Europa und Extremismus. Text von der Versammlung verabschiedet am 15. April 2008 (13. Sitzung).

deren Übereinstimmung mit der islamischen Religion zu betonen[4] und abzusichern, dass diese Grundwerte in muslimischen Religionsschulen gelehrt würden. Die Irreführung in diesen Empfehlungen scheint beabsichtigt, um die Unterwerfung der Versammlung unter die OIC zu verdecken.*

Artikel 6 des Maastricht-Vertrages sieht vor, dass sich die Europäische Union auf die Grundsätze der Freiheit, Demokratie, des Respekts vor Menschenrechten und Grundfreiheiten, sowie auf das Recht und sonstige von den Mitgliedstaaten geteilte Prinzipien gründet. Er erwähnt weder den Koran, noch die Scharia als Grundlagen der EU. Der Ehrgeiz der OIC, sie in die Basisprinzipien Europas zu integrieren, wird zu einer Kollision führen bzw. zur Beschleunigung der subversiven Wühlarbeit, die bereits weit fortgeschritten ist.

Vom 9. bis 19. Juni 2009 kamen Vertreter aus Europa, Russland, Lateinamerika und der Karibik, Südostasien und Ozeanien in Rabat zur 10. Sitzung des Hohen Rates für Erziehung, Wissenschaft und Kultur für Muslime außerhalb der islamischen Welt zusammen. Hier wurden gemäß den Rahmenbedingungen der ISESCO diverse Beschlüsse gefasst: zur Ausbildung der Imame und religiösen Führung, zur Intensivierung strategischer Beziehungen zum Europarat und der EU im Bereich der Erziehung, Wissenschaft, Kultur sowie medialen Kooperation und zum Aufbau von Radiostationen in Osteuropa für Sendungen in einheimischen Sprachen. Ebenso beschloss man eine umfassende Planung für die Aktivitäten arabischer Schulen außerhalb der islamischen Welt, einen Verbund dieser Schulen unter Kontrolle der ISESCO zu schaffen, die Kulturidentität der Muslime und ihrer Kinder außerhalb der islamischen Welt zu festigen und nach ISESCO-Regeln Lehrstühle für Frieden und Dialog einzurichten - an den Universitäten von Mekka, Kairo und Rotterdam in den Niederlanden, aber auch an anderen, nichtmuslimischen Standorten.

[4] Kursivierung von der Autorin. An dieser Stelle ist die Konformität der Parlamentarischen Versammlung mit der *Strategie* festzustellen.

* Anm. d. Üb.: Die Vermischung der religiösen Aspekte nahm so intensive Formen an, dass der aufkommende Begriff des „*Chrislam*" sogar die gemeinsame Zustimmung der Befürworter und Gegner des „Dialogs" fand (vgl. *Raddatz,* Von Gott zu Allah?, 334 f. - München 2001).

** Anm. d. Übers.: Der hier benutzte englische Begriff des *rout* kann sowohl Aufwühlen und Flucht als auch Aufruhr und Pöbel bedeuten und bezeichnet recht anschaulich die derzeitige Mischlage in Europa, die sich von der einfachen Subversion über bereits laufende Pöbelaufstände in Richtung eines Bürgerkriegs bewegt.

3. Zweiter Observationsbericht der OIC über Islamophobie (2008-2009)

In der 36. Sitzung des Rates der Außenminister in Damaskus (23.-25. Mai 2009) stellte die OIC ihren *Zweiten Observationsbericht über Islamophobie* vor (Juni 2008 bis April 2009 - Kursivierung v. Übers.).[5] Der Bericht beginnt mit einer Einführung Ekmeleddin Ihsanoglus, in der er noch einmal wiederholt, dass die gemeinsamen Werte der Menschheit auf einer festen Verpflichtung zu den Menschenrechten sowie der Anerkennung der angeborenen Würde aller Menschen gründen müssten. Der Redner unterstrich, dass Menschenrechte und Grundfreiheiten als essentielle Absicherungen von Toleranz und Akzeptanz zu betrachten seien, als unverzichtbare Bestandteile von Stabilität, Sicherheit und Kooperation.

Ihsanoglu betonte ebenso, dass die Islamophobie in allen ihren Ausdrucksformen die Sicherheit und den globalen Frieden gefährden könne und von der internationalen Gemeinschaft kollektiv und vordringlich zu behandeln sei. Sie stelle eine Bedrohung freundlicher und friedvoller Beziehungen nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen Völkern dar. Daher habe die OIC seit 1998 die Entwicklung eines Dialogs zwischen den Zivilisationen betrieben und auch mit einstimmiger Unterstützung der internationalen Gemeinschaft das Jahr 2001 zum *Internationalen Jahr des Dialogs zwischen den Zivilisationen* erklärt. Der Redner erinnerte daran, dass die OIC mehrere interreligiöse und interkulturelle Dialoginitiativen angeregt habe, die den Willen der Muslimwelt reflektierten, den Westen in einen konstruktiven Dialog einzubinden, um die Intoleranz zu besiegen und die Harmonie zwischen den Religionen und Kulturen nachhaltig zu etablieren. Dies führte zur Gründung der UN- Allianz der Zivilisationen, ein Unternehmen, das Zapatero nach dem Terroranschlag von Madrid 2004 nachdrücklich gefördert hat (s.o. S. 76, u. 153).

Der Bericht beschwört erneut den 9/11-Anschlag, das amerikanische Symbol für die Massaker des Djihad im Westen. Dieses Datum wird indessen von seiner Bedeutung getrennt und in ein Symbol der Islamophobie umgeformt, das die Muslime als Opfer des Westens kennzeichnet. Angeblich rührt daher die Wiederbelebung rassistischer und islamophobischer Tendenzen, die seither den Einsatz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, speziell in westlichen Ländern, in Frage stellen. Wie es heißt, trage

[5] 2nd Observatory Report on Islamophobia, Juni 2008 bis April 2009, herausgegeben anlässlich der 36. Sitzung des Rates der Außenminister, Damaskus, Syrisch-Arabische Republik, 23.-25. Mai 2009, Original: Englisch, OIC/CFM-36/OBS/ISLAMOPHOBIE-2/SG-REP www.oic-un.org/document_report/Islamophobia_rep_May_23_25_2009.pdf (Zugriff 6. Januar 2011).

diese Situation zu Missverständnissen und falschen Wahrnehmungen des Islam in nichtmuslimischen Ländern bei. Daraus resultiere wiederum ein Anstieg der diskriminatorischen Behandlung sowie der negativen Beschreibung und stereotypen Verzerrung von Muslimen, die im Westen permanent oder temporär lebten. Trotz eines durchaus spürbaren Fortschritts, den man bei der Beseitigung institutioneller Benachteiligung erreicht habe, ließen sich dem Bericht zufolge in vielen Ländern neue und steigende Wellen der Ausgrenzung, Voreingenommenheit, Stigmatisierung, Entfremdung und sogar hasserfüllter, rassistischer Gewalt feststellen.

Daher wird für den Berichtszeitraum eine systematische, gezielte und nachhaltige Kampagne gegen den Islam und seine Anhänger gerügt. Der Bericht führt eine Reihe beunruhigender Trends auf, die angeblich in Teilen der westlichen Welt besonders intensiv ablaufen. Anstachelung zu Hass, Diskriminierung und Intoleranz gegen den Islam und die Muslime, die Erzeugung falscher Wahrnehmungen, indem ihre Werte deformiert und ihre Symbole beleidigt werden. Dem Bericht zufolge bedürfe dabei ein Bereich ganz besonderer Umgestaltung, nämlich die *institutionelle Islamophobie* (Kursivierung v. Übers.) in Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Denn es fehlten zentrale Kenntnisse über die islamische Zivilisation in Lehrbüchern und Lehrplänen vom Kindergarten bis in die Universität. Es würden sogar Akademiker und Erzieher angegriffen, die Schüler dazu anhielten, sich mit dem Islam als einer moralischen, fortschrittlichen Kraft vertraut zu machen, die Europa immerhin über ein Jahrtausend lang zivilisatorisch geformt habe. Islamophobie nähre sich aus den Negativbildern des Islam und der Muslime durch Desinformation oder durch selektive Wahrnehmung ohne historischen Kontext, nicht zuletzt aus der verzerrenden Berichterstattung in den Medien.

Der Bericht brandmarkt die Verweigerung von Finanzmitteln für die akademische Forschung über zeitgenössische Fragen der Religion und des Sozialen im Islam sowie die Einschränkung der Lehrerausbildung in den Feldern Multikulturalismus und Integration. Danach spielten die Schulen die Vorwürfe, Einschüchterungen, verbale und physische Herabsetzungen herunter, die der Islam als Opferreligion hervorriefe. Sie stritten die Notwendigkeit ab, in den Schulklassen das Problem der Islamophobie konkret in den Griff zu nehmen (S. 11-12). Ebenso würden die Diskriminierungen und Vorurteile gegen Muslime bei der Vermietung von Wohnungen und der Einstellung von Arbeitskräften bemerkbar. Hinzu kämen der Mangel an angemessenen Stätten für Gottesdienst und Begräbnisse, das Kopftuchverbot in Restaurants und anderen öffentlichen Orten, die Polizeipraktiken - Behandlung bei Durchsuchungen, Arrest, Einreise, Zoll etc. - sowie generelle Belästigungen, Angriffe und Vandalismus. Die Islamphobie habe demnach eine feindliche Stoßwirkung auf die Erscheinungsform, Ehre, kulturelle

Identität und Selbstachtung der Muslime weltweit, und höhle ihre grundlegenden Menschenrechte aus.

Über zahlreiche Dialoge und Kontakte betreibt die OIC eine enge Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern, mit spezifischen Ländern des Westens sowie der Allianz der Zivilisationen, um das interkulturelle Verständnis zu verbessern und die Verbreitung von Hass und Intoleranz zu vereiteln. Daher formuliert der Bericht eine gemeinsame Strategie, die zur Vereinigung von Islam und Westen führen soll, dass nämlich anhand der hier zentral gebündelten Gesichtspunkte die internationale Gemeinschaft zuerst das Problem erkennen sowie dann auch fähig und bereit sein müsse, die Islamophobie zu bekämpfen. *Die Bedeutung der intellektuellen Front im Kampf gegen Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime erfordert sorgfältig geplante Verfahren sowie Anpassungen in den Werte- und Wahrnehmungssystemen des Westens* (Kursivierung v. Übers.). Der politische Wille der Regierungen sollte es sich zur eindeutigen Pflicht machen, den Dialog als Schlüsselfaktor in einem globalen Vorgehen gegen die Islamophobie zu betreiben. Dabei müsse die politische Führung unterstreichen, wie wichtig ein unvoreingenommener, korrekter Diskurs ist und sich jeglicher Hassbegriffe und anderer diskriminatorischer bzw. extremistischer Ausdrucksformen enthalten. Für die lokale Ebene hebt der Bericht hervor,

- dem Islam dieselbe offizielle Anerkennung zukommen zu lassen wie jeder anderen Mainstream-Religion in den europäischen Staaten;
- besondere Aufmerksamkeit den nationalen Rechtssystemen zu widmen, speziell in Ländern mit hohem Islamophobie-Vorkommen, und klare Kriterien zu schaffen für die Einrichtung einer Berichtsstruktur und Datenbank über Hassverbrechen und nicht zuletzt auch zur Denunziation solcher Verbrechen zu ermutigen;
- die Kapazitäten in der Muslimgemeinschaft und Zivilgesellschaft des Westens auszubauen, um sie zu befähigen, mit den lokalen und nationalen Behörden jederzeit und über jeden Punkt die jeweils erforderlichen Vereinbarungen zu treffen;
- durch beide Seiten einen revidierten Bildungsplan - insbesondere für die junge Generation - herauszugeben, der in Schlüsseldisziplinen wie Geschichte, Philosophie, Sozial- und Humanwissenschaften einen ausgewogenen Blick auf andere Kulturen und Zivilisationen anbietet und mithin Toleranz, Respekt und Verständnis für „den anderen" fördert;

* Anm. d. Üb.: Mit diesem Kernsatz wird deutlich, dass nicht nur der laufende, intellektuelle Diskurs, sondern auch die gesamte Diskursforschung, also der strukturelle Wandel des Weltbilds selbst, Gegenstand der globalistischen Umformung ist, an welcher der Islam als globaler „Player" teilnimmt. Damit bestätigt sich erneut die *Islamophobie* als totalitärer Kampfbegriff des *Kommenden Kalifats.*

- Terrorismus und Extremismus zu bekämpfen und auf einem klaren Verständnis ihrer grundlegenden Ursachen und Wirkungskreise zu fußen, um Fehlauslegungen und Angriffe auf unschuldige Individuen und Organisationen zu vermeiden (S. 24—26).

Mit Präsident Obama hat Amerika nun einen radikaleren Weg in diese Richtung eingeschlagen. Der Bericht zitiert die Vorschläge, die Admiral William J. Fallon für den Umgang mit Muslimen gemacht hat,[6] nämlich ihrer Darstellung der Streitfragen zuzuhören und die Konsequenzen mit ihnen zu diskutieren, das Interesse der USA an Frieden und Stabilität zu demonstrieren, indem sie sich mit der Mehrheit ähnlich denkender Muslime im nahöstlichen Friedensprozess solidarisieren und mit weltweiten Initiativen beispielhaft vorangehen, also den Worten auch Taten folgen lassen. Ebenso soll den weniger entwickelten Ländern bei Fragen der Gesundheit, Bildung und Sicherheit mit qualifizierter Information geholfen werden (siehe Mekka-Gipfel von 2005), die Formalitäten für die Einreise in die USA festzulegen, um peinliche Verzögerungen zu vermeiden (wie von der Allianz der Zivilisationen empfohlen), und durch persönliches Engagement und respektvolle Behandlung der Menschen Vertrauen zu schaffen (S. 23-24). Letzteres erinnert an die vom Dhimmi zu zollende Demut, enthält aber keinerlei islamische Reziprozität. Dies zeigt sich z.B. in Erdogans arrogantem, verächtlichem Verhalten gegenüber Israelis und Armeniern als früheren Dhimmis oder auch gegenüber Parlamenten, die bereit sind, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen.

Admiral Fallons Vorschläge sind offensichtlich identisch mit denen der OIC, speziell hinsichtlich der Erpressung Israels zu Konzessionen, die die Sicherheit des Landes gefährden und den Israelis die Rechte auf Freiheit und Geschichte in der eigenen Heimat verweigern. Sowohl Europa als auch die Obama-Administration haben sich der islamischen Sicht angeschlossen, Israel den Dhimmistatus zuzuweisen. Indem sie vor den Vertretern der Djihad-Ideologie buckeln, provozieren sie internationale Demonstrationen gegen den Judenstaat, die letztlich nur ihnen selbst schaden. Dabei ist erneut anzumerken, dass die Menschenrechtspolitik, die die OIC für die muslimischen Immigranten in Europa anmahnt, in keinem einzigen Land dieser Organisation zur Anwendung kommen, weil beide Seiten über unterschiedliche Rechte sprechen. Die OIC erkennt für Nicht-OIC-Länder keinerlei Menschenrechte an, weder die Religion, noch die Kultur, noch die Geschichte betreffend, während die Rechte der Muslime nur *im Rahmen der Scharia* gelten (Kursivierung v. Übers.).

[6] Fellow des Zentrums für internationale Studien am Massachusetts Institute of Technology.

Der Bericht, der sich wortreich über die Übel der Islamophobie auslässt, erwähnt mit keinem Wort den islamischen Terrorismus gegen den Westen, Wirtschaftsboykotte, Luftpiraterie, Lösegelderpressungen sowie die Massaker an Nichtmuslimen, Versklavungen, Vertreibungen und Unterdrückungen des Dhimmitums, die in den afrikanischen und asiatischen Ländern der OIC verübt werden. Solche Tatsachen zu erwähnen, fällt natürlich unter die Rubrik der Islamophobie.

In den Vorschlägen der OIC, die den Westen von der Islamfurcht befreien sollen, lassen sich die *Strategie der Islamischen Kulturaktion im Westen* und das Programm des Mekka-Gipfels von 2005 leicht wieder erkennen. Der Bericht bezieht sich auf das System aus Partnerschaft, Kollaboration und betrügerischem Einverständnis, das zwischen den Führungsebenen der OIC und EU entstanden ist und in diesem Buch im Zusammenhang mit Multi-Lateralismus und -Kulturalismus untersucht wird. Die Islamophobie, so wie sie der Bericht anprangert, kann als legitimer Widerstand in bestimmten Kreisen Europas gegen den demographischen und kulturellen Imperialismus der OIC in ihren Ländern gewertet werden, der sich wiederum mit der stillschweigenden Billigung der einheimischen Regierungen vollzieht. Diese gegenseitige Beeinflussung geht mit politischem Druck einher und ersetzt den demokratischen Prozess durch Autoritarismus.

Die Anklage mit dem Tatbestand der Islamophobie zementiert die Konfrontation zwischen den wissenschaftlichen Kriterien der europäischen Kultur und den Bedingungen der islamischen Politreligion, die die OIC dem Kontinent über die Forderungen der Massenimmigration aufzwingt. Beispiele sind die Auslegung des Djihad, sei es als Invasionskrieg oder als gerechter Krieg zur Wiederaneignung von Land, ebenso wie die Islamisierung der Bibel, der Unterricht über den armenischen Völkermord oder die Shoah bzw. die Weigerung, über sie (historisch korrekt - d. Übers.) zu informieren. Es geht um einen langfristigen Kampf, in dem einerseits die EU-OIC-Partner- und Seilschaften die Massen über das täuschen, was tatsächlich auf dem Spiel steht, und andererseits die OIC, die sich die westlichen Regierungen so lange zurechtbiegt, bis ihre Ziele erreicht sind.

4. Die EU-OIC-Konvergenz in der Außenpolitik

Soweit Israel, Amerika und die arabischen Staaten betroffen sind, lässt sich eine deutliche Konvergenz zwischen den Politiken der EU und OIC feststellen. Dies kann kaum überraschen, da sich alle Instrumente des Euro-Arabischen Dialogs (EAD) und seiner Folgeformen auf diese strategische Union richten. Von Anbeginn wurde die Koordination der eurabischen Politik durch die Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation

(PAEAC) abgesichert, (s.o. S. 21 f.), welche die Forderungen der Arabischen Liga zur europäischen Außen- und Immigrationspolitik an den Europarat und die Kommission weiterleitete. Dazu gehörten diverse Gewährleistungen: der muslimische Zugang zu Sozialdiensten, Schul- und Berufsausbildung und sonstigen Kultureinrichtungen, die Veränderung von Bezugnahmen auf den Islam in Lehrbüchern der Schulen und Universitäten, die Propagierung der glänzenden Zivilisation des Islam und die Benennung von muslimischen Immigranten für die Übernahme einflussreicher und sichtbarer Positionen in Politik, Bildung und Medien.

Schon in der Sitzung des Euro-Arabischen Dialogs in Tunis (10.-12. Februar 1977) schlug die arabische Seite die Gründung einer gemeinsamen Kommission zur politischen Konsultation vor (§ II).[7] Wahrscheinlich ist es dieses Organ, das zwar wie alle anderen Kommissionen des EAD mit der Arabischen Liga kooperierte, aber die politische Übereinstimmung zwischen den beiden Seiten ursprünglich herstellte. Die PAEAC entwickelte großen Einfluss auf die Verbreitung von Antisemitismus und Antizionismus, die Verstärkung des Multikulturalismus und die Islamisierung der europäischen Geschichtsgrundlagen. Mit der Unterstützung der Kommission fungierte und fungiert sie weiterhin als das europäische Sprachrohr der islamischen Da'wa. Diese Anwaltschaft ist klares Kennzeichen vieler PAEAC-Aktionsberichte.

In dieser Politik liegt somit auch die eigentliche Essenz der *Gemeinsamen Strategie des Europarats fiir die Mittelmeer-Region.* Das gesamte Verfahren zur Sicherheit und Verteidigung der EU gründet sich auf die Koordination der *Gemeinsamen Strategie* mit ihren arabischen Partnern, also den Mitgliedern der OIC. In seiner Präsentation auf dem Helsinki-Treffen am 25. Februar 2004 erklärte Javier Solana: „Es muss unsere Priorität sein, engere Beziehungen zur arabischen Welt zu unterhalten. Ohne eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts gibt es nur geringe Aussichten, sich um andere Probleme in der Region zu kümmern, die von wirtschaftlicher Stagnation und sozialer Unruhe heimgesucht ist".[8] Er erläuterte, dass die zukünftige Sicherheit auf einem multilateralen System von verbesserter Effizienz beruhen sollte, auf „einer geregelten internationalen Ordnung und gut funktionierenden internationalen Institutionen". Europa würde sich selbst

[7] Documents D'Actualité Internationale, Außenministerium Paris, Nr. 16-17, 1977, S. 319-24; *Jacques Bourrinet* (Hrsg.), Le Dialogue Euro-Arabe (Paris, Economica 1979), 308.

[8] Rede *Solanas* in Helsinki, 25. Februar 2004, „The European Security Strategy - The Next Steps?" in Cahier de Chaillot, Band 5, Nr. 75, Sicherheit und Verteidigung der EU, Grundlagentexte. 2004 (Sécurité et Défense de TUE, Textes fondamenteaux 2004), Institut d'Etudes de Sécurité, Union Européenne, Paris, Februar 2005.

nutzen, wenn es zur Stärkung der Vereinten Nationen beitrüge und sich fest auf einen effektiven Multilateralismus verpflichtete.

Die UN-Förderungspolitik stärkte sich ihrerseits durch eine gegen die USA gerichtete Strategie, die deren nationale Identität durch die gleiche multilaterale Utopie schwächt, in der auch Europa gefangen ist. Unter Einbindung der internationalen Ebenen hat sich Europa darum bemüht, die eigenen nationalen Identitäten zum Verschwinden zu bringen, die als Hindernisse auf dem Weg zu einer globalen Weltgesellschaft unter UN-Führung gesehen werden. Derweil baut die OIC, indem sie in die Gegenrichtung zieht und die UN islamisiert, an der universalen Umma, die sie in ihren religiösen und traditionellen Werten verwurzelt hält.

Offiziell war die EU-Mittelmeerpolitik um die Einrichtung einer sicheren Kontrollgewalt bemüht, um Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsentwicklung, Menschenrechte allgemein und Frauenrechte speziell, um ihre Unabhängigkeit und soziale Bedeutung, den Respekt vor den Minderheitenrechten, die Jugenderziehung beider Geschlechter und den Kampf gegen Terrorismus, alles Faktoren, die zu einer wissensbasierten Gesellschaft beitragen. Die Aufgabe der Partnerschaft besteht darin, das Verständnis zwischen den Völkern der EU und des Nahen Ostens zu fördern, also auch „den gegenseitigen Respekt vor den einzigartigen Kulturen dieser Völker"[9]

Allerdings richtete sich die Politik der islamischen Orthodoxisierung der OIC-Staaten, die deren Union zugrunde liegt, radikal gegen die Reformen der EU und zerstörte das Konzept einer Gesellschaft, die auf Wissen und nicht auf Glauben beruht. Die Euro-Milliarden, die für die europäische Anti-Israel-Politik und die Mittelmeerländer verschwendet wurden, blieben ohne Wirkung auf die bis heute unverminderte Diskriminierung, Plünderung und Massakrierung der christlichen Minderheiten. Die beispiellose, weltweite OIC-Kampagne zum Ansporn von Hass und Antisemitismus wirkt letztlich, selbst in einem davon beeinträchtigten Europa, dem Respekt vor mediterranen (bzw. orientalischen - d. Übers.) Kulturen kontraproduktiv entgegen.

5. Gemeinsame Themen der EU und OIC

Die bisherigen Kapitel haben bereits die Ähnlichkeiten zwischen EU und OIC in Politik und Propaganda beschrieben, sowohl mit Blick auf den arabisch-israelischen Konflikt als auch auf die Doppel **Strategie** der Durchdrin-

[9] Ebd., 138-139.

* Anm. d. Üb.: Daraus ergibt sich, dass die Euro-Milliarden im Zuge der islamischen Definition gegen Juden- und Christen nicht nur Israel schwächen, sondern auch den Christenschwund beschleunigen.

gung und Kontrolle Europas unter dem wachsenden Druck der Vereinheitlichung der EU- und OIC-Systeme. Dies lässt sich an der Palästinisierung der EU-Außenpolitik ablesen, die die paranoide OIC-Sicht der Immigrationsfragen widerspiegelt. Sie islamisiert das gesamte Denken, die Kultur und Gesellschaft, mit westlicher Schuld- und verinnerlichter Dhimmi-Mentalität, durch Islamic Banking, Scharia-Gerichte und die Traditionen des Islam, durch gesteigerte Unsicherheit und antizionistische Aggression - alles Bestandteile der multikulturalistischen Globalisierung. Solche Abläufe schwächen die lokale Souveränität, die der Infiltration durch die globalen Kontrollnetze weicht, welche ihrerseits mit der OIC und der politkulturellen *Palästinisierung* (Anführungszeichen hier gelöscht - d. Übers.) Europas verknüpft sind. Mit Blick auf den nicht existenten Einfluss der EU auf die Muslimwelt lässt sich von einer strikten Völlstreckerfunktion der Union sprechen, die die OIC-Anweisungen in Europa ausführt. Hier seien die Hauptaspekte der Ähnlichkeit zusammengefasst, die sich auch die Obama-Administration direkt nach Amtsantritt angeeignet hat.

1. Der Anschlag vom 11. September 2001 gilt als Auslöser für die Verfolgung der Muslime im Westen. Dieser Punkt taucht immer wieder in den Reden von Ihsanoglu und Doudou Diene auf, die sie in Foren der EU-OIC-Netzwerke wie der Anna-Lindh-Stiftung und der Allianz der Zivilisationen gehalten haben. Anschließend wurde er in diesem Sinne durch die Militanz der zivilgesellschaftlichen Vertreter, die aus diesen Netzwerken hervorgehen, zunehmend in Europa verbreitet. Das Thema harmoniert mit dem für die Ungläubigen gepflegten Schuldkomplex und der komplementären Djihad-Ideologie.[10] Die westlichen Schuldgefühle ziehen moralische Verpflichtungen nach sich, die der Mekka-Gipfel der OIC (2005) in seiner Politplanung hervorhebt:

> Betone die moralische Verpflichtung der Westmächte, die direkt oder indirekt verantwortlich für Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Aggression gegenüber muslimischen Völkern sind, um sich daher mit sozialer und ökonomischer Hilfe gegen die Armut in den Ländern des Südens einzusetzen.'[1]

Die Beschwörung all der Übel, welche die Muslime fortwährend kränken, befreit sie und ihre Führer zuverlässig von eigener Verantwortlichkeit, was zu den derzeitigen Ergebnissen geführt hat. Das Konzept einer Gerechtigkeit, die die Muslime von der Verantwortung für Misslingen und Mangel entlastet, entspricht der islamischen Geschichtssicht, in der die Ungläubigen

[10] Vgl. o. *Bassam Tibi* S. 6 f.

[11] Schlussresolution der OIC-Kommission eminenter Persönlichkeiten (C.E.P.) in der Dritten Außerordentlichen Sitzung der Islamischen Konferenz anlässlich des Gipfeltreffens in Mekka, der Geheiligten (Stadt), Königreich Saudi-Arabien, 5./6. Dhu'l-Qa'da 1426-7./8. Dezember 2005.

die Verantwortung für alles tragen, weil sie sich der Botschaft Allahs verweigern. Erneut unterstreicht der Mekka-Gipfel die westliche Generalpflicht:

> Kläre die westliche Führung und Öffentlichkeit auf über a) die konstruktive Rolle, die der Islam im Aufstieg der modernen westlichen Zivilisation spielte, und b) deren moralische Verpflichtung, die sozio-ökonomische Entwicklung des Südens zu fördern.[1"]

2. Die gemeinsame Bestätigung durch EU und OIC, dass der Islam die Wurzel und Teil der europäischen Zivilisation ist, was seine Rückkehr nach Europa rechtfertigt.

3. Der gemeinsame Kampf von EU und OIC, um den Multikulturalismus in Europa mitsamt aller religiösen (Bestrafung von Blasphemie) und rechtlichen Konsequenzen (Einrichtung der Scharia, wann und wo immer möglich) durchzusetzen.

4. Der Ersatz westlicher Kriterien für den Wissenserwerb durch historische Mythen wie das „Goldene Zeitalter von Andalusien" (Anführungszeichen v. Übers.), das unter Scharia-Regimen stand und mit den Berberdynastien ab dem 12. Jahrhundert Zwangskonversionen und **-Vertreibungen** von Juden und Christen durchsetzte. Teil desselben Trends **ist** freilich die Behauptung, dass die europäische Renaissance und moderne Wissenschaft aus der muslimischen Zivilisation hervorgingen.

5. Die gehässige Bibelfeindlichkeit seitens EU und OIC, die ihr jeden spirituellen und historischen Gehalt abspricht.

Diese Tendenz ist die Folge der antisemitischen bzw. antiamerikanischen Feindseligkeit eines Europa, das seit Oktober 1973 (s.o. S. 22) inoffiziell in die Linie der Muslimwelt gegen die USA und Israel eingeschwenkt ist. Die Loyalität dieser Völker zu ihren spirituellen und nationalen Werten, die ihren Kampf gegen den Djihad antreibt, weckt Angst und Abscheu in Politikern, die darauf stolz sind, Söldner der OIC zu sein, die palästinensische Sache zu vertreten und die Da'wa im eigenen Land zu betreiben. In Übereinstimmung mit den Zielen der Islamischen Medienstrategie im Westen hat die EU unablässig die OlC-Vörschläge verbreitet, die u.a. daraus bestehen, dass

> die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Gefahren gelenkt wird, die im Umgang mit internationalen Angelegenheiten von Zionismus, Neo-Konservatismus, aggressivem christlichen Evangelikaiismus, jüdischem, hinduistischem und säkularem Extremismus, nicht zuletzt vom „Krieg gegen den Terrorismus", ausgeht.[13]

[12] Ebd.
[13] Ebd.

Mit anderen Worten: Die Gefahr kommt vom Volk, das Widerstand gegen die Politik der Islamisierung leistet. Als Vollstrecker der OIC-Anweisungen vervielfältigten die EU-OIC-Netzwerke ihre Angriffe auf Israel und das jüdisch-christliche Amerika, indem sie unnachgiebig gegen die Formel des „Kriegs gegen Terror" kämpften, als ob US-Präsident Bush den islamischen Terror erfunden hätte. Indem sie ins OIC-Horn bliesen, erklärten sie militärische Operationen als wirkungslos, womit Länder gemeint waren, die sich in Selbstverteidigung gegen Terrorismus bewaffnen. Nur „Dialoge", so heißt es seitens dieser Lobbies, und die Milliarden, die in den Kampf gegen Armut und Ungerechtigkeit sowie in die Selbstgeißelung und Demütigung durch den Islam fließen, d.h. nur Entwürdigung, Konzessionen und erpresste Tribute können - möglicherweise - den Terrorismus erfolgreich beenden.

Durch über Medien und Intellektuelle verbreitete Propaganda brachten diese Netzwerke die westlichen Bevölkerungen dazu, den Widerstand Israels und Amerikas gegen den Djihad für die Quelle aller Konflikte zu halten. Jene europäischen Meinungstrends, die den „Krieg gegen den Terror" verhöhnen, aber andererseits den Djihad verschweigen und die Verantwortung für den Terror Israel und Bush zuschieben, sind Teil der OIC-Seilschaften. Allein das Mumbai (Bombay) - Massaker von 2008, um ein Beispiel zu nennen, beweist die Existenz des globalen, djihadistischen Islamterrors. Ihn zu leugnen, heißt die multikulturelle Agenda zu übernehmen, der Europa schon 1973 in der Kollaboration mit der PLO und dem „Dialog" mit der Terrororganisation zugestimmt hat.

6. Die angebliche Hauptrolle, die Israel als Anstifter von Krieg, Terror und Unrecht spielt, sozusagen als die Essenz des Bösen. Dieses Phantasma gehört zur politischen Doktrin, die in jedem Meeting bzw. Gipfel der OIC endlos wiederholt und von den EU-Führern und ihren Medien der öffentlichen Meinung mit einem Schwall immer gleicher Floskeln eingetrichtert wird. Der Mekka-Gipfel hat mehrfach bestätigt, dass die Palästina- und Al-Quds/Jerusalem-Fragen den Kern der OIC-Politik und der Umma-Strategie überhaupt bilden,[14] eine Position, die im Juni 2008 von der OIC-Ministerkonferenz in Kampala ratifiziert worden war (s.o. S. 61 f.).[1] Die Minister

[14] Abschlusskommuniqué des Zehnjahresplans der Konferenz.

* Anm. d. Übers.: Dieser Prozess läuft mit immer gleichen Klischees, aber zugleich ansteigenden Zuwendungen an die islamischen „Partner". Er folgt der gleichen soritischen Logik (s.o. S. 89 Anm.) wie alle anderen Machtprozesse und saugt westliche Exponenten an, die mit ihrem Renommée den islamischen Einfluss auf die öffentliche Meinung verstärken und somit auch die Korruption immer natürlicher erscheinen lassen. Erneut wird die moderne Umkehrdynamik deutlich, die Täter in Opfer und Versuche zur Bewahrung der eigenen Besitzstände und Kultur in diverse „Phobien" umwandelt.

verurteilten die „Kolonisierung" von Judäa und Samaria (West Bank), den Bau der „rassistischen Mauer" und verlangten die Gründung eines souveränen, lebensfähigen und unabhängigen Staates Palästina, der mit dem Gaza-Streifen und der Hauptstadt Al-Quds eine Einheit bilden sollte. Nach internationalem Recht ist dies eine illegale Position, die indes seit der Venedig-Erklärung 1980 als Gegenreaktion auf das israelisch-ägyptische Friedensabkommen von EU-Vertretern Wort für Wort der Öffentlichkeit eingehämmert wird, um den israelischen Staat auf ein nicht verteidigungsfähiges Maß zu stutzen und schließlich sein Ende herbeizuführen.

Die OIC-Minister legten Gewicht auf die Feststellung, dass die politischen Umtriebe und Expansionspläne Israels nicht nur die arabischen Länder und den Friedensprozess, sondern auch die anderen islamischen Staaten bedrohten und sogar Frieden und Sicherheit der gesamten Welt gefährdeten - gleichermaßen eine klassische Formulierung von Chiracs Frankreich und der EU, speziell während Prodis Amtsführung als Präsident der Kommission. Die pathologische Obsession mit Israel ist auch impliziter Teil des Nakba-Weißbuchs (s.o. S. 104 f.), das „alle Möglichkeiten und Intentionen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen dem Islam und dem Rest der Welt einsetzen wird". Würden damit etwa auch die Massenmorde wie der in Mumbai wundersamerweise aufhören?

Die Anschuldigung, dass Israel eher Täter denn Opfer des Terrorismus und daher Ursprung der Nakba und Ungerechtigkeit ist, drückt die Auffassung des Djihad aus, die Schuld für arabische Kriege gegen den Judenstaat auf dessen Widerstand zu übertragen. Wie oben erwähnt, macht sich aus demselben Grund der gesamte ungläubige Westen schuldig. Als Essenz des Bösen haben er und Israel die „moralische Pflicht", der Umma in überaus freigebiger Weise zu dienen und somit die Demutstradition der obligatorischen Dhimmi-Tribute zu erfüllen, die dankbar für die Erpressung macht, durch Geld von der Wiederaufnahme des Djihad verschont zu bleiben. Weitere, von OIC und EU ständig wiederholte Themen bestehen in 1. Israel als einzigem Hindernis zum Frieden zwischen Islam und Christentum, obwohl diese auf einen seit dreizehn Jahrhunderte andauernden Krieg vor der Gründung Israels zurückblicken, und 2. in Israel als einem Besatzer-, Apartheid- und Unterdrückerstaat.

In einem Vortrag in Herzliya (Israel) gestand Franco Frattini, EU-Kommissar für Sicherheit, dass es zwischen Europa und Israel zu viele Missverständnisse für zu lange Zeit gegeben habe, die durch eine gewisse anti-is-

[15] Beschlüsse zu den Fragen von Palästina, der Stadt Al-Quds, der Erhabenen, und des arabisch-israelischen Konflikts, die in der 35. Sitzung des Rates der Außenminister (*Sitzung über Wohlstand und Entwicklung)* gefasst wurden, Kampala, Uganda (14.-16. Djumada II, 1429H/18.-20. Juni 2008).

raelische Haltung in der EU-Führung und in der Öffentlichkeit zustande gekommen sei.[16] Viel zu lange, führte er weiter aus, habe Europa damit die legitimen Sorgen und Ängste Israels ignoriert. Sie ergäben sich aus Terror, Fanatismus und der Weigerung der Mehrheit im arabischen Lager, die Existenz Israels, geschweige denn dessen Legitimität zu akzeptieren. Insofern habe man ebenso zu lange Israels schwierige Lage geleugnet, während Europa sie hätte eher erkennen müssen, zumal der Terrorismus auch sein Problem sei. Allerdings, so Frattini, lehnten europäische Kritiker allzu oft ab, die durch Israel bedingten Risiken zu erkennen, und viele Europäer weigerten sich sogar, drei Jahre lang während der Zweiten Intifada zu akzeptieren, dass die Welle von Hass und Gewalt im Nahen Osten antisemitisch motiviert sein könnte. Diese europäische Krankheit habe sich neue Wurzeln und Formen angeeignet, wobei die Sachlage sich jedoch geändert und ein solches Vorurteil gegen Israel und die Juden im heutigen Europa keine Basis mehr haben sollte.

Im Gegensatz zu Prodi, der antisemitische Verbrechen als von Israel selbst provozierten, politischen Widerstand entschuldigte und mithin eher das Opfer als den Täter belastete, erklärte Frattini: „Dies ist schlicht nicht zu rechtfertigen - Punkt" und fügte hinzu: „Terrorismus ist eine globale Bedrohung, die die ganze Welt betrifft".

Mit dem Wahlsieg Silvio Berlusconis wurde er Außenminister. Er sprach zum Forum für europäisch-israelische Beziehungen in Berlin und wiederholte seine Kritik an Europas unausgewogener Israelpolitik mit dem Eingeständnis, dass legitime, politische Kritik zuweilen mit Antisemitismus verwechselt würde.[17] Waren Frattinis Wahrnehmungen berechtigt? Hier ist ein kurzer Überblick angezeigt.

Im Jahre 1973 schuf die Europäische Gemeinschaft ein neues Volk und dazu einen neuen Nationalismus, den es bis dahin nicht gegeben hatte: Palästinismus. Davor waren die Araber Palästinas zunächst Araber im britischen Mandat Palästina gewesen, die sich zu Jordaniern wandelten, nachdem Transjordanien 1949 Judäa und Samaria besetzt hatte. Während dieser Okkupation durch einen fremden Staat wurden alle jüdischen Einwohner enteignet und von den jordanischen Arabern vertrieben, die sich ihre Ländereien, Häuser und sonstigen Besitztümer aneigneten.

Die europäische Kreation eines neuen Nationalismus vollzog sich in den 1970er Jahren, als die EG unter Führung von Frankreich und Deutschland

[16] Einführende Bemerkungen von EU-Kommissar *Franco Frattini* anlässlich des Zweiten EU-Israel-Seminars zum Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus „Von außen hineinschauen: internationale Perspektive des Nahen Ostens. 60 Jahre Israel: Ausdauertest", 22. Januar 2008, Herzliya, Israel.

[17] Haaretz.com, 21. Juni 2008.

eine Allianz mit der Arabischen Liga gegen Israel bildete - über inoffizielle Vereinbarungen, die heute unter „Euro-Arabischer Dialog" firmieren.'[8] Dieses Verfahren zielte nicht auf eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts, sondern eher auf dessen Verewigung, indem ein künstliches Volk geschaffen wurde, das statt in ein Jordanien-Palästina integriert zu werden, zur Zerstörung Israels bestimmt wurde.

Chadli Klibi, seinerzeit Generalsekretär der Arabischen Liga, machte den Europäern klar, wie der Prozess abzulaufen hatte. In einer Rede vor dem diplomatischen Pressekorps in Paris am 6. Dezember 1979 erinnerte er an den Beschluss des Generalkomitees des Euro-Arabischen Dialogs vom Februar 1977 in Tunis (s.o. S. 112, 146) zu einer nachhaltigen Medienaktion in Europa, die den Begriff der „palästinensischen Flüchtlinge" (UN-Resolution 242 - 1967) durch „palästinensisches Volk" ersetzen sollte.[19] Die Arabische Liga erteilte Europa die Schlüsselfunktion - mit Frankreich als Antreiber - diese Idee der internationalen öffentlichen Meinung, speziell in Amerika, einzutrichtern, wobei Frankreich eine Zusatzformel erfand: Land für Frieden.

Der EG-Beitritt Großbritanniens und Irlands im Jahre 1973 stärkte die pro-arabische Politik der Gemeinschaft und damit auch die anti-israelische Politik des Euro-Arabischen Dialogs (1975). Über die 1970er Jahre verhärtete sich die EG-Position: Anerkennung eines palästinensischen Volkes, Israels Pflicht, sich hinter die Waffenstillstandslinien von 1949 zurückzuziehen, die obligatorische Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen, die Teilung Jerusalems und die Rückführung der arabischen Flüchtlinge, die durch die von der Arabischen Liga 1948 und zuvor von Palästinenser-Gruppen angezettelten Kriege gegen Israel verdrängt worden waren.

Im Jahre 1977 verlangte die EG die Anwendung der 4. Genfer Konvention auf die Mandatsgebiete, obwohl sie nicht den Status eines unabhängigen Staates hatten, und die vorherige Vertreibung der Juden sowie das Verbot ihrer Anwesenheit unter jordanischer Besatzung illegal waren. Die Beantragung der Konvention war insofern gar nicht erforderlich, als die Europäische Gemeinschaft die Illegalität der Juden in Judäa und Samaria auf eigene Initiative verfügt hatte, mit der Behauptung, dass sie eine Kolonisierung arabischer Gebiete darstelle. Diese ungenaue Aussage, deren Inhalte dann unter dem Druck des palästinensischen Terrors aufgezwungen wurden und - zusammen mit dem Ölembargo - ganz Europa einschüchterten, hatte jedoch zur Konsequenz, dass wieder einmal ein Volk imperialistisch enteignet wurde.

[18] Zu diesem Thema siehe *Bat Ye'or,* Eurabia.

[19] Groupe d'études sur le Moyen Orient, Nr. 80, Genf Dezember 1979.

In den Folgejahren beharrte die Gemeinschaft darauf, dass Friedensgespräche im UN-Rahmen stattfinden sollten, dessen seinerzeitiger Generalsekretär der Ex-Nazi Kurt Waldheim war. Wie Italiens Präsident Cossiga feststellte, ließ Europa die palästinensischen Terroristen auf seinem Gebiet schalten und walten und zugleich ein Waffenembargo gegen Israel in Kraft treten. Ebenso weigerte es sich zu jener Zeit (1978-1979), das Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten zur Kenntnis zu nehmen und brachte 1980 die Deklaration von Venedig heraus, in der es sich öffentlich mit der Politik der Arabischen Liga und der PLO solidarisierte.

Daraufhin setzte die Europäische Gemeinschaft eine pro-palästinensische Politik fort, die Israels vitale Sicherheitsinteressen gefährdete sowie Wirtschaftssanktionen, Boykotte und sonstige Drohungen zum Einsatz brachte. Sie vertrat palästinensische Forderungen, versuchte die USA von Israel zu trennen, förderte die Kontakte zur PLO, übernahm eine Politik der wirtschaftlichen Vergeltung gegen Israel und bemühte sich darum, dessen Abwehr gegen den palästinensischen Terror zu lähmen sowie auch dessen Kontrollkräfte in den „autonomen Gebieten" zu beschneiden und durch Palästinenser zu ersetzen. Auf der Basis lobbygestützter Hasspropaganda[20] ging damit auf internationaler Ebene eine Privilegierung Palästinas einher, die für dessen politische, ökonomische und strategische Unterstützung sorgte. Im Gefolge der Terroranschläge in Amerika, Madrid, und London veröffentlichte der Europarat im Jahre 2004 seine Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus.[21] Aus diesem Kampf musste Israel ausgeschlossen bleiben, weil Europa den palästinensischen Terror gefördert und seit 1973 auf seinem Boden geschützt hat.

Durch die (grundsätzlich - d. Übers.) anti-israelische Politik verlängerte sich nach dem Zweiten Weltkrieg der nationalsozialistische Kampf gegen Juden und Zionismus, der sozusagen hinter verschlossenen Türen die Nazi-Palästina-Allianz fortsetzte. Europa erkannte Israel erst nach den USA und der Sowjetunion an; jedes EU-Land ließ sich Zeit, Griechenland und Spanien bis 1980, daneben brauchte der Vatikan etwa weitere zehn Jahre. Nach dem Kampf gegen den Zionismus erfand die Europäische Gemeinschaft sogar eine neue Kriegskunst. Sie legitimierte die PLO, gab ihr ein Land und eine Hauptstadt, legte die Grenze dieser neuen Kolonie fest, erfand für sie eine Historie und Legitimität, errichtete ihre Institutionen und finanzierte die ganze Unternehmung fast im Alleingang. Die Alimentierung Palästinas sowie der euro-arabischen und euro-israelischen Anti-Israel-Lobbies ist ein Fass ohne Boden, für das die Steuerzahler Europas aufkommen.

[20] Zur detaillierten Analyse europäischer Politik s. *Roy H. Ginsberg,* The European Union in International Politics: Baptism by Fire (Lanham, Md. 2001).

[21] Cahier de Chaillot, Band V, Nr. 75, a.a.O., 29 f., Brüssel, 25./26. März 2004.

Kein europäischer Minister ist im Eingeständnis der Fehlhandlungen gegenüber Israel so weit gegangen wie der italienische Außenminister Frattini, wenngleich die Wahl von Angela Merkel und Nicholas Sarkozy einen Hauch von Entspannung in die kranke Atmosphäre der EU-Israel-Beziehungen einführte, die zuvor von Anna Lindh, Chirac, Prodi, Schröder, Solana, Patten und anderen verbreitet worden war. Faktisch scheint es den Euro-Eliten ein gewisses Vergnügen bereitet zu haben, Israel als Feind zu behandeln und ihrer jeweiligen Öffentlichkeit den winzigen Staat mit sieben Millionen Einwohnern als eine Gefahr zu präsentieren, die ihr eigenes, enormes Territorium mit einer Bevölkerung von einer halben Milliarde bedroht. Kurz: Europa hat die islamische Brille aufgesetzt, um der OIC zu schmeicheln, denn heute wirft die EU Israel erbost vor, immer noch zu existieren. Sie sieht den Judenstaat als Hindernis auf dem Weg zur Vermählung mit der Umma, die ihre Gunst allerdings sparsam verteilt, um in ihrer Funktion als Totengräber Israels erfolgreich zu sein.

Die EU-Beziehungen zu Israel haben sich formal, nicht in der Substanz entwickelt, auch wenn sie zuweilen freundlicher erscheinen. Im imaginären Friedensprozess orientiert Europa seine Bedingungen an der Linie der OIC, die sie freilich, weil nicht verhandelbar, auch nicht verändern kann. Europa ist an seine Zusagen an die Araber gebunden, ein Diktat der palästinensischen Terrorbedrohung aus den 1970er Jahren. Man hat sich selbst geknebelt durch die gemeinsamen, von Arafat-Bewunderer Solana konzipierten Sicherheitsstrategien und durch die prophetische Vision der euro-arabischen Bestimmung unter dem universalen Kalifat der OIC.

Ein palästinisiertes (Anführungszeichen hier gelöscht - d. Übers.) Europa, das seine Schuld freiwillig anerkannt hat, gewährt Palästina weiterhin eine diplomatische, politische, finanzielle und mediale Unterstützung, die es Israel verweigert. Große Teile der Euro-Medien betonen bei jeder Gelegenheit die Unschuld und Opferrolle Palästinas, wobei die EU, die ihre Geschichte bereits arabisiert bzw. islamisiert und ihre Politik palästinisiert hat, keine Skrupel entwickelt, dieselbe Prozedur an Israel zu vollziehen. Folgerichtig lehnt die Union es ab, ihre Beziehungen zu Israel außerhalb des palästinensischen Kontextes zu verbessern. Gleichwohl (und/oder deshalb - d. Übers.) nimmt man es nicht so genau mit den Menschenrechten bei den arabischen Partnern und palästinensischen Protégés, insbesondere nicht hinsichtlich Ägyptens, das ausgesprochen geübt im Kampf gegen Kopten, Bahais und Apostaten ist.

Die EU, bemüht um die Drosselung der israelischen Wirtschaft, gab im Januar 2008 massive Finanzhilfe für Palästina bekannt und bot in der ersten Ausbaustufe nicht weniger als sieben Milliarden US-Dollar an. Von der eigenen Großzügigkeit verleitet, legte die EU-Kommission mit dem

PEGASE-Mechanismus[22] ein neues Instrument auf, das europäische und sonstige internationale Hilfe als Beitrag zum Aufbau des palästinensischen Staates sowie auch als Dienst am Temporären Internationalen Mechanismus (TIM) bündeln soll. PEGASE wird eine breite Palette von Aktivitäten versorgen, vor allem in den vier Prioritätsbereichen der politischen Kontrolle, des sozialen Fortschritts, der Entwicklung im ökonomischen und privaten Sektor sowie der öffentlichen Infrastruktur. Auch Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaft, betonte wiederholt, dass die Europäische Kommission der größte Geldgeber für die Palästinenser ist.

Am 16. Juni 2008 erklärten die Außenminister der 27 EU-Staaten, dass Europa eine engere Partnerschaft mit Israel anstrebe, allerdings nur, wenn das Land Geburtshilfe für Palästina unter den Bedingungen der EU-OIC-Allianz leiste, was so viel heißt, dass es sich selbst abwickelt. Kurioserweise fassten die Außenminister im Dezember gleichen Jahres den einstimmigen Beschluss, die Beziehungen ohne Bedingungen zu verbessern. Salam Fayyad, Nummer Zwei hinter Abu Abbas, protestierte: „Der politische Prozess, in dem die Europäische Union eine Schlüsselrolle spielen will, zielt auf Schaffung eines palästinensischen Staates".[23] Nach den militärischen Maßnahmen Israels gegen den Hamas-Terrorismus im Januar 2009 und den gewaltsamen Reaktionen der EU-OIC-Seilschaften nahm die EU ihren Beschluss „mutig" zurück (Anführungszeichen v. Ubers.).

Mit dem Ziel Gaza stach im Juni 2010 eine Flottille in See, die aus Türken, Arabern, Deutschen und anderen Partisanen der Hamas-Massenmordpolitik bestand, um die israelisch-ägyptische Blockade zu brechen, die gegen den Nachschub für den jahrelangen, palästinensischen Raketenbeschuss von israelischen Städten und Dörfern eingerichtet worden war. Als Sponsor der Aktion trat mit der IHH (Insani Yardim Vakfi - türk. = Stiftung für Menschenhilfe - d. Übers.), eine türkische Organisation in Erscheinung, die mit der Erdogan-Regierung verbunden ist und von mehreren Ländern terroristischer Umtriebe beschuldigt wird. Als die Israelis das größte Schiff, die MV *Mavi Marmara,* enterten, entstanden Verluste auf beiden Seiten, wobei sich die Besatzung mit Brechstangen, Schlagstöcken und Messern unter Kampfrufen des Djihad zur Wehr setzte. Internationalen Terrorspezialisten zufolge kollaboriert die IHH mit der Al-Qa'ida und türkisch-bosnischen

[22] www.delwbg.cec.eu.int/en/index.htm. Europäische Kommission startet PEGASE: Ein neuer Mechanismus zur Unterstützung des palästinensischen Volkes. Europa-eu-un.org/articles/es/article_7681_es.htm (Zugriff 6. Januar 2011).

[23] *Michel Böle-Richard,* „Le pari israélien de l'Union Européenne", *Le Monde.fr,* 12/20/08, s.a. *Ray Archeid,* „UE-Israel: nouveau chapitre", *Guysen News International* www.guysen.com/articles.php?sid=8724.

Djihadgruppen, die in den frühen 1990ern in den Krieg gegen die Serben verwickelt waren.[24]

Diese Episode provozierte einen Chor überdimensionierter Verurteilungen Israels auf internationaler Ebene, der den gut geölten Medienapparat unter Beweis stellte, wie man ihn schon 2004 in der ISESCO-Konferenz von Amman geplant hatte. Dies stand freilich im Gegensatz zur medialen Indifferenz gegenüber den kurdischen Opfern türkischer Razzien, zur türkischen Blockade von Armenien seit 1993 und zur türkischen Okkupation von Nordzypern seit 1974, in denen Europas Unterwerfung unter den (neo)osmanischen Djihad auf dem Balkan zum Vorschein kommt.

Indem das Europäische Parlament mit einer überwältigenden Mehrheit Israel verurteilte, bestätigte es seine massive Unterstützung für die Hamas, die Inkarnation des Nazitums in einer Art islamischen Avatars. Sie wurde vom palästinensischen Zweig der Muslimbruderschaft unter Amin al-Husseini geschaffen, der sich wie Hitler für den Völkermord an den Juden einsetzte. Seither hat dieses Gespenst nicht aufgehört, in diversen Erscheinungsformen sein Unwesen in Europa zu treiben. Catherine Ashton, Hohe EU-Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik sowie Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, war der Auffassung, dass allein die Aufhebung der Blockade den Frieden bringen würde. Sie vergaß aber zu erwähnen, dass weniger die Blockade, sondern als essentielle Bedingung für Frieden die mörderische Charta der Hamas abzuschaffen war, der Partei, die immerhin von den Palästinensern demokratisch gewählt wurde.

Im EU-*Observer* (Brüssel) berichtet Andrew Rettman, dass am 6. Dezember 2010[25] eine große Gruppe früherer EU-Führer und -Kommissare, einschließlich Solana, Prodi und Patten, einen Brief an die EU-Regierungen und Leitungsebenen der EU-Institutionen sandte, in dem sie die Union zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel drängte. In diesem Schreiben erinnert die Gruppe daran, dass der Rat der EU-Außenminister am 6. Dezember 2009 ein Konvolut von zwölf „Ratsbeschlüssen zum Nahost-Friedenspro-

[24] International Herald Tribüne, 16. Juli 2010.

[25] *Andrew Rettman*, „Former EU leaders challenge Ashton on Israel", euobserver.com/9/31477, 10. Dezember 2010, zum Brief und den Unterzeichnern siehe www.usmep.us/usmep/wp-content/uploads/2010-12-10-EFLG-letter-toEU.pdf.

* Die von Bat Ye'or wiederholt angesprochene Charismatik des Palästina-Kultes verdankt sich der magisch-ideologischen Wirkung als Ersatzreligion wie auch der „profanen" Geldfunktion, die deren Profiteure in einem „selbstreinigenden" Prozess (Luhmann) erfasst (s.o. Einl. 3„ 4.). Im monetär belohnten Totalitarismus neigen solcherart konditionierte Akteure zur Vergöttlichung des „Anderen", vorliegend der Palästinenser als Katalysator für die säkulare Erlösung (vgl. *H. Rosenau*, Selbstgewissheit und Verzweiflung in: W. Schnädelbach (Hrsg.), Descartes im Diskurs der Neuzeit, 141 f. - Frankfurt 2000).

zess" verabschiedet hat. Die Gruppe forderte die Außenminister auf, im Rahmen ihrer für den 13. Dezember 2010 angesetzten Tagung konkrete Maßnahmen zur Implementierung der Dezemberbeschlüsse von 2009 zu ergreifen, denn „Europa kann es sich nicht leisten, die Anwendung dieser Prinzipien ein weiteres Mal zu vernachlässigen und zu verzögern".

Ebenso erinnert der Brief an den Ratsbeschluss Nr. 2, dem zufolge „die Europäische Union keinerlei Änderungen der Grenzen vor 1967 einschließlich Jerusalem anerkennen wird, ausgenommen solche, über die sich die Parteien einigen". In ihrem Kommentar verurteilen sie Israel und schlagen vor, „dass die EU ihre Position wiederholt, keine Änderungen an den Grenzen von Juni 1967 anzuerkennen und klarzustellen, dass ein palästinensischer Staat souverän das Territorium kontrollieren sollte, das zu 100 Prozent dem in 1967 besetzten Gebiet entspricht, einschließlich der Hauptstadt Ost-Jerusalem". Der dritte Ratsbeschluss lautet:

> *Als Ausdruck gemeinsamer Interessen und im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik steht die EU zur weiteren Entwicklung ihrer bilateralen Verbindungen mit der Palästinenser-Behörde bereit. In Erinnerung an die Berliner Erklärung bekräftigt der Rat seine Unterstützung bei Verhandlungen mit dem Ziel der palästinensischen Staatlichkeit sowie aller Bemühungen und Maßnahmen zu diesem Zweck und seine Bereitschaft zu einer zeitgerechten Anerkennung eines palästinensischen Staates. Er wird weiterhin Hilfestellung heim Staatsaufbau Palästinas leisten - innerhalb des Quartetts und unter Einschluss der CSDP-Missionen. Der Regierungsplan der Palästinenser-Behörde - „Palästina, Ende der Besatzung, Aufbau des Staates" - hat als wichtiger Beitrag zu diesem Ziel die volle Unterstützung der EU, die sich für eine erweiterte, internationale Förderung des Plans einsetzen wird.*

Anschließend betonen die Unterzeichner „den eindrucksvollen Fortschritt", den die Palästinenser-Behörde in der infrastrukturellen Entwicklung des neuen Staates erreicht hat und fügen hinzu: „Die Hilfe und Unterstützung der EU waren für diesen Erfolg lebenswichtig. Bis heute haben EU und Mitgliedsstaaten um die acht Milliarden Euro in den Friedensprozess investiert, vornehmlich in der Form der Hilfestellung für die Autonomiebehörde, palästinensische Institutionen und die Entwicklung der Infrastruktur im OPT. Indem sie weiterhin als Hauptgeldgeber für diese Aufgaben fungiert, unterstreicht die EU das vitale Interesse Europas am Aufbau eines palästinensischen Staates und der Verwirklichung einer Zwei-Staaten-Lösung" (§ 3).

Mit Blick auf den EU-Begriff des OPT (*Occupied Palestinian Territory)* legt der Brief großes Gewicht auf die Feststellung: „Über Jahrzehnte hat

* Anm. d. Üb.: Als „Quartett" firmiert eine Vierergruppe - UNO, USA, EU und GUS bzw. Russland -, die sich als ständiges Aufsichtsgremium für den Friedensprozess im Nahen Osten eingesetzt hat.

die EU die Siedlungen im OPT eindeutig als illegal bezeichnet, während Israel mit der Bautätigkeit fortfährt. Wie jeder andere Staat sollte auch Israel für seine Aktionen haftbar gemacht werden. Insofern steht die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel (§§ 4, 5). Wie die PAEAC, die 1975 als Euro-Vertretung der OIC gegründet wurde (eher 1974 - d. Übers., (s.o. S. 21), raten auch die Unterzeichner des Briefes nachdrücklich zu Boykott- und Vergeltungsmaßnahmen gegen den Judenstaat und beklagen in gleichem Atemzug, dass Israels Unbotmäßigkeit „die Glaubwürdigkeit der EU in der Wahrung des internationalen Rechts untergräbt" (§ 6). Derlei Bezüge auf „internationales Recht" sind in diesem Kontext lächerlich, denn welche Länder in Nahost und Afrika halten sich daran? Geht die Scharia konform mit „internationalem Recht"?

Beschluss Nr. 8 des Rates drückt tiefe Sorge über Ost-Jerusalem aus, das er zu keiner Zeit als jüdische Stadt, geschweige denn als Hauptstadt der Juden anerkannt hat, sondern als eine Stadt, die erstmals in der Geschichte die Hauptstadt der arabischen Palästinenser werden soll. Der neunte Beschluss beklagt die Sperrung des Gaza-Streifens als „inakzeptabel und kontraproduktiv", erwähnt aber nirgends die gazabasierten Terrorattacken auf Israel, noch die Massenmord-Charta der Hamas. Die Unterzeichner legen der EU nahe, einen Prozess des palästinensischen Staatsbaus (*Nation-Building)* zu fördern (§ 10), wobei sie die Widersprüchlichkeit (bzw. Komplementarität - d. Übers.) zu übersehen scheinen, die zwischen dem Aufbau Palästinas und dem Abbau der EU-Nationen besteht. Nachdem sie noch einmal die zwölf Ratsbeschlüsse ansprechen, schließen die Autoren mit einer an Zynismus und Israelfeindschaft kaum überbietbaren Anmerkung:

> Zusammenfassend möchte unsere Gruppe klarstellen, dass die EU über die letzten zwei Jahrzehnte ganz erhebliche Investitionen - nicht zuletzt mit den Mitteln der Steuerzahler - für die Grundlagen einer Zwei-Staaten-Lösung getätigt hat. Insofern sollte die EU auch jede mögliche Maßnahme zur Rechtfertigung dieser Investition treffen und somit im Interesse Europas handeln. Wenn aber kein politischer Fortschritt erreicht wird, sind weitere Ausgaben sinnlos - mit Ausnahme humanitärer Zwecke. Unter solchen Umständen ist Israel gefordert, seinen Verpflichtungen als Besatzungsmacht nachzukommen. Allerdings sind übergreifende Fragen wichtiger als verfehlte Investitionen. Es stehen nicht nur die Beziehungen der EU zu den unmittelbaren Konfliktparteien auf dem Spiel, sondern auch diejenigen zur erweiterten arabischen Gemeinschaft, mit der die EU fruchtbare diplomatische und wirtschaftliche Verbindungen unterhält.

Mit anderen Worten: Israel, schuldig geworden allein durch seine Existenz, muss die Kosten tragen, die der EU durch die auf die Beseitigung eben dieses Israel gerichtete Politik entstehen. Solches läuft unter der Bezeichnung des „Friedensprozesses", der „für Frieden und Gerechtigkeit arbeitet". In einer Zeit, in welcher der Nahe Osten im Chaos versinkt und

die islamischen Länder eine Daueijagd auf Christen betreiben, sind die EU-Führer auf die Schädigung Israels fixiert, nicht unähnlich den Nazigrößen, die noch die Todeszüge der Shoah füllten, als ihr Imperium zusammenbrach. Haben diese Führer jemals eine derartige Entschlossenheit an den Tag gelegt, wenn es darum ging, die in den islamischen Ländern verfolgten Christen zu schützen?

6. Folgerungen aus der EG/EU-Mittelmeerpolitik

Die Allianz mit dem Palästinismus zwingt die EU, sowohl den Djihad als auch das Dhimmitum zu leugnen und beide mit moralischer Autorität zu verbrämen. Sie bleibt permanent taub und stumm hinsichtlich der Unterdrückung von Christen und anderer Minderheiten unter muslimischer Herrschaft. Im Rahmen der Annäherungsstrategie an den Islam und in der Feindschaft gegen das biblische Christentum versucht die EU, letzteres von seinen jüdischen Ursprüngen zu trennen. Ihre intensive Mittelmeer- und Immigrationspolitik brachte sie dazu, Instrumente ihrer Destruktion zu schmieden, den Kampf gegen die eigenen historischen und nationalen Identitätsmerkmale zu führen. Während sie die Identität Europas mit dem Multikulturalismus zerstört, arbeitet sie daran, neue, islamweite Nationalismen aufzubauen - den Palästinismus sowie den bosnischen und kosovarischen Irredentismus. Beide bereiten Erdogans neo-osmanische Politik in den ehemaligen türkischen Balkankolonien vor.

Die Mittelmeer-Politik hat Europa in seinen Grundfesten erschüttert. Sie hat die Schul- und Universitätsbildung untergraben, die bereits von etlichen Geboten der Scharia geregelt wird. Demokratische Institutionen bestehen fast nur noch in der Erinnerung, wobei die Bürgerrechte, von ständiger Unsicherheit und Terrordrohung beschädigt, praktisch kaum mehr wert sind als das Papier, auf dem sie geschrieben stehen. Das Anna-Lindh-System verfolgt, eliminiert und zerstört die Freiheit der kritischen Rede und neutralisiert jede Gegenwehr. Die Ächtung der Islamophobie führt wieder die Verfolgung der Dissidenten ein. Auch wenn das Ziel, das die neo-nazistischen Trends jahrzehntelang so hartnäckig anstrebten, nun erreicht ist (z.B. Amerika gegen Israel auszurichten, um es zu isolieren), so bleibt trotz des Erfolges ein bitterer Nachgeschmack. Obama, ein Drittweltmann, verachtet ein Europa in Trümmern, obwohl es keine Anstrengung gescheut hat, ihm zum Sieg zu verhelfen.

V. Netzwerke der globalen Herrschaft

1. Die Rolle der European Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation (PAEAC)

In seinem bemerkenswerten Buch konstatiert Botschafter Bourdeillettes (s.o. S. 34) eine Wende in der französischen Politik, nachdem Israel 1967 durch einen Präventivschlag den Sieg über die Koalitionsarmeen von Ägypten, Syrien und Jordanien davongetragen hatte. In einer Pressekonferenz am 27. November verkündete General de Gaulle: „Unsere Politik der Freundschaft und Kooperation mit den arabischen Völkern des Nahen Ostens ist eine der wesentlichen Grundlagen unserer Außenpolitik". Damit war im Grunde alles gesagt, denn dieser Satz legte die Zukunft Europas fest.

Bourdeillette beobachtete in Paris, wie dort israelfreundliche Gruppierungen bedroht und gebrandmarkt wurden. Schleichend begann sich ein staatlicher Antisemitismus auszubreiten, für den der Boden schon in früheren Jahren vorbereitet schien. Solches forderte die Entrüstung des Botschafters heraus: „Die arabische Propaganda hatte freien Lauf. Es bildete sich eine Kampagne für palästinensische Flüchtlinge heraus. Arabische Staatsmänner trafen überall auf offene Türen, während keine einzige israelische Stimme zu hören war".[2]

In seiner Studie über die Regierungspolitik der Europäischen Union erläutert Neill Nugent, dass die Netzwerkstrategie Felder schafft, auf denen die Interessen und Entscheider zu einem Ausgleich der Unterschiede und Lösungswege kommen.[3]

Damit meint er, dass die Zusammensetzung der Netzwerke den Grad ihrer Offenheit für äußere Einflüsse und die Unabhängigkeit der Entscheider von der allgemeinen Öffentlichkeit bestimmt. Diese Struktur bezeichnet genau die euro-mediterranen Beziehungen, die zwischen 1970 bis 2000 inoffiziell und diskret an der europäischen Öffentlichkeit vorbei entwickelt wurden. Die Protagonisten der Netzwerkpolitik glaubten, dass sich die EU vollständig an diese Regierungsform angepasst hatte. Diverse Faktoren trugen

[1] *Bourdeillette,* a.a.O., 246-47.

[2] Ebd., 246.

[3] *Nugent,* The Government and Politics of the European Union (UK: Palgrave Macmillan, 2003), 490.

dazu bei: die inoffizielle Methodik der EU-Entscheidungen, die Vielfalt der Interessen, die auf die politischen Entscheider einwirken, und die Macht der Kommissare. Nugent weist ebenso auf die starke Abhängigkeit der EU-Politiker von externen Interessen hin, um an Information und Beratung über die Anwendung und Durchsetzung von Politik zu kommen.[4] Die eurabische Politik des Antizionismus und Dhimmitums ergibt sich direkt aus dem Import des christlichen Dhimmi-Verhaltens, speziell aus dessen palästinensischem, judophobem Muster.

Das erste Netzwerk, das eine wesentliche Rolle in der Arabisierung/Islamisierung Europas spielte, war die erwähnte PAEAC. Dieser Verband führte seine Aktivitäten auf verschiedenen politischen und strategischen Ebenen durch, zu denen vor allem zählten 1. die Kombination von Zuwanderung mit der Arabisierung der europäischen Kultur, 2. der Einfluss der Islamisierung/Palästinisierung und die Wiederkehr des Antisemitismus, 3. der Anti-Amerikanismus, primär angetrieben von linksextremen bzw. kommunistischen Tendenzen, 4. Mitarbeit an der Politik der Arabischen Liga.

Diese Kampagne weitete mit ihren einschlägigen Akteuren die OIC-Strategie nach Europa aus. Allerdings war die PAEAC nicht nur bloße Vollstreckerin der OIC-Interessen in Europa, sondern reaktivierte auch die trüben Allianzen des Nazismus und Faschismus mit dem arabischen Orient, die die Tradition der arabo- bzw. islamophilen Strömungen in der europäischen Politik verstetigten. Die PAEAC repräsentiert das so verborgene wie schamlose Gesicht der inoffiziellen Europolitik, die die Öffentlichkeit scheute und sich hinter geschlossene Türen auf die höchsten Ebenen des Staates zurückzog. Ohne die Zustimmung, Finanzierung und mediale Verbreitung durch die EU, die Kommission und den Europarat hätte die PAEAC niemals derart erfolgreich ihre und der OIC Ziele erreichen können.

Wie gesehen, hatte die Islamische Konferenz von London (Mai 1973) beschlossen, islamische Kulturzentren in Afrika und insbesondere in Europa zu finanzieren bzw. auszubauen. Im Folgejahr sprach der OIC-Generalsekretär diese Verpflichtung noch einmal in Lahore an, „weil ein großes Bedürfnis verspürt wurde, die Lehren des Islam zu verbreiten und den muslimischen Gemeinden in Europa zu helfen, diese Funktion in effektiver und fruchtbarer Weise auszuüben". Mit Bezug auf die Londoner Konferenz erinnerte er an deren Beschluss,

> einen Islamischen Europarat einzurichten, der als Koordinierungsstelle zwischen allen islamischen Zentren und Institutionen dient. Im Übrigen wird er helfen, die wahren Lehren des Islam in ganz Europa zu verbreiten. Zweifellos werden auch weitere Konferenzen dieser Art die Aktivitäten der Da'wa beschleunigen und die Kulturzentren unterstützen.[5]

[4] Ebd., 491.

Zu den diversen Entscheidungen dieser Konferenz gehört die dringende Einberufung von Experten, die den Islam auf globaler Ebene propagieren, sowie die Einrichtung eines Djihad-Fonds, die als ersten Schritt bereits auch dessen Aufgaben festlegte. Es gab keine Beschränkungen in der Zeichnung von Anteilen, wobei die Mittel gemäß dem Aktionsplan (s.o. S. 100) in allen Bereichen des Djihad eingesetzt werden sollten. Als weiteres Ziel konzentrierte man sich auf die Unterstützung von Kulturzentren und muslimischen Organisationen sowie die Gründung zweier neuer Zentren in Europa.

In den nachfolgenden Jahrzehnten war die PAEAC das entscheidende Instrument für den Erfolg dieses Programms. In ihrer Straßburger Sitzung am 7. Juni 1975 forderte sie die neun Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft auf, den historischen Beitrag der arabischen Kultur zur Entwicklung Europas anzuerkennen, und hob den Nutzen hervor, den diese Kultur immer noch, speziell im Bereich der humanitären Werte, in den Euroländern beitragen könne. Die Kultursektion der PAEAC protestierte gegen die begrenzten, kulturellen Verbindungen zwischen europäischen und arabischen Ländern; sie beklagte die Indifferenz bei der Vermittlung der arabischen Sprache und Kultur und schlug Verbesserungen vor. Sie forderte die Euro-Regierungen auf, den arabischen Ländern großzügige Ressourcen verfügbar zu machen, um ihren Emigranten und deren Familien auch in Europa ein Leben nach den Regeln der arabischen Kultur und Religion zu ermöglichen. Sie bat die Regierungen der Neun, sich dem kulturellen Aspekt des Euro-Arabischen Dialogs in konstruktiver Weise zu nähern und der Verbreitung der arabischen Kultur in Europa die oberste Priorität einzuräumen. Diese Forderungen passen auffallend genau zu denen der OIC.

In den folgenden Jahren haben die PAEAC-Delegierten bei ihren Empfehlungen an die Euro-Regierungen nie aufgehört, die Errichtung gemeinsamer, europäisch-arabischer Kulturzentren zu erbitten, um die arabische Sprache und ihre Vermittlung in Schulen, Universitäten und sonstigen Bildungseinrichtungen zu verbreiten. Ihre Anfragen betrafen ebenso die Organisation von Reisen in den Orient sowie die Vergabe von Preisen und Sti-

[5] Bericht über den Islamgipfel 1974, *Al-Tuhamis* Diskurs, 195-219, Auszüge 198-202, 204, 215, 217. s.a. *Bat Ye'or*, Eurabia, 296-301.

* Anm. d. Übers.: Wenn man die für den „Dialog" konstruierte Soft-Version des Djihad annimmt, der aus dem „großen" Djihad der spirituellen Glaubensanstrengung und dem sehr „kleinen" Djihad des physischen Kampfes besteht, so bleibt als Konsequenz, dass Organisationen wie OIC und ISESCO mit der Zustimmung ihrer Partner wie UN und EU ganz offiziell das Töten von ihnen selbst definierter Gegner anordnen und durchführen können, weil es unter die „Religionsfreiheit" fällt und auch zu dem zivilisatorischen Beitrag gehört, den der Islam zum Aufstieg des Westens geleistet hat (s.o. S. 101).

pendien für das Studium und die Entwicklung der arabischen Kultur. Wenn Glaube und Kultur derart verknüpft werden, entsteht die Frage, was die europäischen Parlamentarier dazu motiviert, mit dem Rückhalt der Kommission die Islamisierung ihres Kontinents zu betreiben. Dabei nehmen die Vorschläge der PAEAC auf dem Hamburger Symposium 1983 das Programm voraus, das man 2001 in der *Strategie der islamischen Kulturaktion im Westen* festlegte.[6]

Diese beiden Dokumente erscheinen als wechselseitige Vorlagen bzw. Kopien, denn wie sich zeigen lässt, verzeichnete die PAEAC bemerkenswerte Erfolge bei der Realisierung ihrer Ziele in den OIC-Sektoren der Politik, Sozio-Ökonomie und Kultur.

2. Die Anna-Lindh-Stiftung

Ihrer Website zufolge hat die Anna-Lindh-Stiftung (s.o. S. 130) eine schlanke Struktur, die als Netzwerk von Netzwerken für 35 Zivilgesellschaften der Euro-Mediterranen Partnerschaft arbeitet. Insgesamt besteht diese Gruppierung aus den 27 Staaten der EU und den 10 Staaten des Südens, die Teilnehmer des Barcelona-Prozesses sind: Algerien, Marokko, Tunesien, Libanon, Israel, Jordanien, das Autonomiegebiet Palästina, Ägypten, Syrien und die Türkei. Die nationalen Netzwerke vertreten die Institutionen, die von den Mitgliedern der Partnerschaft ausgewählt werden. Diese Körperschaften haben wiederum die Aufgabe, innerhalb ihrer Gesellschaften Aktionsprogramme des Euromed-Komitees aufzulegen, das die 37 Außenministerien zusammenfasst. Nun vertreten aber die Zivilgesellschaften, wie man annehmen sollte, nicht das Volk, sondern sind damit beauftragt, die öffentliche Meinung auf die Zustimmung zur (undemokratischen - d. Übers.) Regierungspolitik zu trimmen.

Das Dreijahres-Programm der Stiftung (2005-2007) konzentrierte sich auf das Konzept eines dynamischen, interkulturellen Dialogs, der sich auf intellektuelle Kooperation, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Information und Bildung sowie auf die Jugend und Gleichheit der Geschlechter gründet. Innerhalb des Programms betreffen sechs Projekte der Stiftung spe-

[6] Euro-Arabischer Dialog: The Relations between the Two Cultures. Acts of the Hamburg Symposium, 11.-15. April 1983. Englische Version herausgegeben von *Derek Hopwood* (London: Croom Helm 1983), 305-16. Auszüge in *Bat Ye'or*, Eurabia, 296-301.

* Anm. d. Üb.: Laut Autorin gehört die Diskrepanz zwischen den 37 Staaten bzw. Außenministern sowie den 35 Zivilgesellschaften zur Aussage der zitierten Quelle und hat sich weder aus dem Dokument, noch durch weitere Recherchen klären lassen.

ziell die Jugend, der die vorstehend aufgeführten Aspekte besonders eingeschärft werden sollen.

Mit diesen Projekten preist das Kulturprogramm die Globalisierung der Kultur an, indem die nationalen Kulturen „entnationalisiert" werden. Zu diesem Zweck muss eine „kreative Diversität" im globalen Rahmen das Konzept der nationalen Kultur ersetzen. Insofern kann nicht mehr von deutscher oder französischer Kultur die Rede sein, sondern allenfalls von kulturellem Leben in Deutschland, Frankreich oder anderswo. Ebenso könnte man nicht mehr von deutscher Kultur oder sonstigen Fremdkulturen sprechen, sondern eher von der „Beteiligung Deutschlands am Dialog zwischen den Kulturen und Zivilisationen". Diese neue Formulierung muss integraler Bestandteil jeder Kultur- und Bildungspolitik, wissenschaftlichen Forschung und journalistischen Ausbildung werden.[7] Indem die Stiftung die europäischen Kulturen politisch entnationalisiert, löst ihr Verfahren sie in eine so mediterrane wie knetbare Masse auf. Mithin wird die Ausrottung der europäischen Kulturidentitäten den muslimischen Kulturimperialismus befriedigen, der vorgibt, so etwas wie die kulturelle Gebärmutter Europas zu sein. Die muslimische Enteignung europäischer Kultur umgeht (und befolgt - d. Übers.) das koranische Verbot, die Bräuche und Vorstellungen der Ungläubigen zu übernehmen (Sure 3, Vers 66; 5/56), sich zugleich allerdings diejenigen europäischen Denkweisen und Technologien anzueignen, die sich als Ergebnisse muslimischer Kreativität darstellen lassen.

Das Erziehungsprogramm der Stiftung basiert auf dem Konzeptbericht Jacques Delors', des Präsidenten des UNESCO-Weltkomitees und früheren Präsidenten der EU-Kommission (1985-1994). Dieses Konzept plant u.a. eine Lehreinrichtung, in der den Schülern Toleranz vermittelt wird, um auch den Standpunkt des anderen zu berücksichtigen. Delors zufolge bildet diese „multiperspektivische" Lehrzeit eine Übung, die den Schülern die Wahl bietet, zwischen den vielen Ideologien, die sie zu vereinnahmen suchen, bestimmte Prioritäten zu setzen. Mit anderen Worten: Die Vermittlung einer intellektuellen Fachschaft, die sich auf objektive Kriterien der Kritik gründet, würde durch die Gleichwertigkeit von Widersprüchen ersetzt.

3. Die Allianz der Zivilisationen (AZ)

Wie bereits erläutert, drückte sich in der Gründung der AZ ein traumatisches Echo auf den muslimischen Terroranschlag von Madrid aus. Diese Reaktion von 2005 wiederholte die von 1973, welche die Unterwerfung der

[7] Das Programm wurde für das IEMED - Mediterrane Jahrbuch 2004 von Dr. Traugott Schoefthaler, vorgestellt, Vorstandsmitglied der Anna-Lindh-Stiftung, www.iemed.org.

Europäischen Gemeinschaft unter den Terrorismus der PLO besiegelte, wie auch Italiens ehemaliger Präsident Francesco Cossiga zugegeben hat (s.o. S. 31 f.). Darin besteht der Gründungsakt der Euro-Arabischen Allianz und der Konstruktion Eurabiens. Im Gegensatz zu Amerika, das auf den Angriff durch den Terrorismus mit dem Krieg gegen denselben antwortete, wiederholten die Länder Europas nach dem Anschlag von 2005 die Strategie von 1973, als sie die PAEAC ins Leben riefen. Indem sie sich nun der OIC unterwarfen, so wie 32 Jahre zuvor der Terrorpolitik Arafats, bauten sie ein weiteres Netzwerk der Islamisierung auf. Dies kam unter der Ägide der Vereinten Nationen sowie auf Initiative der Regierungen von Spanien und der Türkei zustande, wobei letztere auch Mitglied der OIC ist. Im April 2007 bestellte UN-Generalsekretär Ban Ki Mun Jorge Sampaio zum Hohen Repräsentanten der AZ.

Dabei ist das AZ-Sekretariat nur eine weitere okkulte Organisation auf internationaler Ebene. Wie es heißt, operiert es „in Partnerschaft mit Staaten, internationalen und regionalen Organisationen, Gruppierungen der Zivilgesellschaft, mit Stiftungen und dem Privatsektor, um konzertierte Initiativen zu aktivieren, die kulturübergreifende Beziehungen zwischen unterschiedlichen Nationen und Gemeinschaften fördern".[8] Diese Aktivität stellt eine gigantische Lobbymaschine globaler Dimension dar, deren oberste Prioritäten bei UN-Tochterorganisationen mit gleichgerichteten Interessen liegen. Dazu gehören die UNESCO, die UNDP (United Nations Development Program) und weitere internationale und regionale Organisationen - die Europäische Union, die OIC und ISESCO, die Arabische Liga, die UCLG (United Cities and Local Governments) und die UNWTO (United Nations Tourism Organization).

Die AZ präsentiert sich als „eine globale UN-Initiative mit entsprechend globaler Ausrichtung, die besonderes Gewicht auf die Beziehungen zwischen dem Westen und der Muslimwelt legt". Eine solche Priorität erregt bereits Verdacht, denn warum gibt es keine Prioritäten für Russland, Indien oder China? Wahrscheinlich, weil diese Mächte nicht im Dauerkonflikt mit dem Westen liegen. Einige Mitglieder des AZ-Sekretariats sind für ihre Beiträge zur Islamisierung der europäischen Schulbücher bekannt (z.B. mit dem andalusischen Mythos), aber auch ihren antizionistischen Rassismus (z.B. mit der Gleichung Israel = Apartheid), wobei sich ihre Ansichten zumeist auf den Einfluss der OIC zurückführen lassen.

Die Allianz ist eine typische Lobby- und Pressure-Group auf internationalem Niveau, die sich um Kontakte und Dialoge zwischen Persönlichkei-

[8] „Allianz der Zivilisationen", Plan zur Implementation 2007-2009, Vereinte Nationen 2,3.

ten der Politik und Religion sowie der Medien und Zivilgesellschaft bemüht, um den mit der OIC geteilten Zielen näher zu kommen. Indem sie Ihsanoglus Straßburger Vorschlag von 2005 übernimmt, strebt die AZ einen umfassenden Dialog - medial, informatorisch, literarisch und sogar cartoontechnisch - auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene und somit ein Programm an, das der ISESCO-Medienstrategie auffallend ähnelt. Um diese Ziele zu erreichen, plant die Allianz, frühere und spätere Entwicklungsphasen zu vermischen, um günstige (weil verwirrende - d. Übers.) Bedingungen für den Druck auf Entscheidungsebenen zu schaffen und wichtige Gruppierungen zu mobilisieren. Denn auch die Karten für diese „Dialoge" sind längst gemischt, weil die Zensur und das Diktat der Islamophobie jede begründete Glaubwürdigkeit erübrigen.

Mit den Vorschlägen der Hochgradgruppe (s.o. S. 98 ff.) kann der Hohe Repräsentant der Allianz gezielte politische Initiativen betreiben, wenn es die Sachlage rechtfertigt. Mithin ist es die Hochgradgruppe, die zwar niemand gewählt hat und den meisten Europäern unbekannt ist, aber die Politik, das Leben und die Zukunft ihrer Staaten bestimmt. Sie arbeitet mit Partnerschaften, der Koordinierung von Projekten und der Vereinheitlichung von Zielen, um einen Multiplikatoreffekt bei der Verbesserung von Effizienz und Sichtbarkeit zu erreichen. Hier wird die Handschrift von Solana und Prodi (2000-2004) erkennbar, die sich mit dem integrierten Vorgehen der OIC verbindet. Bei ihren Zielen ist die Allianz nicht sonderlich gesprächig, ausgenommen das vage Versprechen, „im Interesse aller zu handeln, Aktionen gemeinschaftlicher Effektivität anzustreben und somit eine Perspektive der Zukunft anzubieten".

Es ist offensichtlich, dass man mit der Allianz und der Anna-Lindh-Stiftung die offene, demokratische Arena verlassen hat und zu einem internationalen System okkulter Gruppierungen übergewechselt ist, von wo aus nun die Fäden gezogen werden. In der Internationalen Konferenz über Erziehung, interkulturelle Verständigung und Dialog in Kopenhagen (22. Oktober 2008) erinnerte OIC-Generalsekretär Ihsanoglu daran, dass die OIC zu den ersten gehörte, die ab Mitte der 1990er Jahre den Dialog der Zivilisationen propagierten. So hatten die Vereinten Nationen auf Betreiben der OIC das Jahr 2001 zum Jahr des Dialogs der Zivilisationen erklärt. Der Euro-Arabische Dialog, die PAEAC, Medea, der Barcelona-Prozess, die Mittelmeer-Union, die Euro-Mediterrane Parlamentsversammlung, die Anna-Lindh-Stiftung und deren Zwilling, die Allianz der Zivilisationen,

* Anm. d. Üb.: Hier sind primär die riesigen Kulturunterschiede gemeint, die durch raumzeitliche Großlöschungen überbrückt werden sollen, z.B. durch die Verewigung des Negativen im Westen durch die Kreuzzüge sowie des Positiven im Islam durch den Zivilisationstransfer via Cordoba-Kultur.

arbeiteten fortwährend daran, den OIC-Einfluss in jedem Bereich der westlichen Politik, Gesellschaft und Kultur zu verstärken.

Um ihre Sendung zu erfüllen, konzentriert die Allianz ihre Anstrengungen auf „die Mobilisierung von Ressourcen, den Aufbau von Partnerschaften, die Einrichtung interner und externer Informationswege und sonstiger Mechanismen der Kommunikation sowie auf Vertretungen, die die Allianz selbst fördern".[9] Deren Implementation wird in zwei Teilen geplant. Zunächst formuliert der *Strategische und Strukturelle Rahmen* die wesentlichen Ziele: die Grundsätze der Allianz, den Mechanismus zur Schaffung von Partnerschaften und den Schutz von Interessen, Prioritäten und Finanzen. Im weiteren strebt das *Netzwerk der Partnerschaften* die Stärkung der Vereinten Nationen und den Entwurf von Projekten an, „um Partnerschaften für die interkulturellen Beziehungen anzuregen, speziell zwischen westlichen und muslimischen Gesellschaften, wobei auch die Bereiche der Jugend, Bildung, Medien und Migration eingebunden werden".[10] Mit dem Wissen über die OIC-Politik betreffend Bildung, Medien und Migration in Europa lässt sich die Allianz - wie auch die mit ihr verschwisterte Anna-Lindh-Stiftung - als ein weiteres Instrument für „Dialog" und „Partnerschaft" sehen (letztere Anführungszeichen v. Übers.), das die OIC dabei unterstützt, den Westen zu durchdringen und somit auch dessen weltweites Übergewicht zu nutzen.

Der *Strategische Rahmen* führt die AZ-Funktionen auf, die Ziele des Programms, Vorbereitung und Durchführung der Projekte, die Strategien der Kommunikation, die Organisation der Kontrollmechanismen und nicht zuletzt die Finanzierung. Zum zweiten wird betont, dass die AZ eine *universelle Perspektive* zur Darstellung bringt. Denn gleichzeitig soll *den Beziehungen zwischen den muslimischen und westlichen Gesellschaften ein gewichtiger Vorrang* erhalten bleiben, um internationale Stabilität und Sicherheit zu garantieren. Über die UNO agiert die Allianz als globaler Brückenbauer und *Versammler* (von Gemeinsamkeiten - d. Übers.) - einmal mehr zwischen den muslimischen und westlichen Gesellschaften. Der Abschnitt schließt mit der Erläuterung der AZ-Ideologie und ihrer globalen Machtorganisation, die für ganz bestimmte, politische und strategische Zwecke einzusetzen ist:

> Die AZ erleichtert die Kommunikation sowie die *informativen und strategischen Gemeinsamkeiten* [Kursivierung von der Autorin] bei den führenden internationalen Spenderorganisationen, Stiftungen, Unternehmen und Philanthropen, die an der kulturübergreifenden Verständigung arbeiten (mit besonderem Fokus auf die Beziehungen zwischen westlichen und muslimischen Gesellschaften).[11]

[9] Ebd., 3.
[10] Ebd., 4.
[11] Ebd., 10, Klammern im Text.

Das Orwellsche Polit-Neusprech, das unter Dialog die Überredung durch Bedrohung versteht, übersetzt auch Unterwerfung mit „kulturübergreifender Verständigung". Der zweite Abschnitt beschreibt das Aktionsprogramm von Mai 2007 bis Mai 2009, begleitet von einer Einschätzung des erreichten Fortschritts, einer Analyse der zu überwindenden Hindernisse und den entsprechenden Lösungsvorschlägen und Programmverbesserungen. Ebenso sind hier eingeschlossen das Programm des Hohen Repräsentanten, Organisation und Sekretariat der Allianz sowie neben anderem deren spezielle Finanzierung. Zudem werden die wesentlichen Foren und Konferenzen aufgeführt, die Projektentwicklung, die Einrichtung der globalen Allianz-Kommunikation und der Ausblick auf die Zukunft.

Die Allianz will eine Datenbank für die Praxis, Dokumentation und Potentialität des metakulturellen Dialogs und der Kooperation mit den vier erwähnten Sektoren werden: Jugend, Bildung, Medien und Migration,[12] die mit den Aktionsfeldern der OIC identisch sind. Würde also die Allianz der *Nukleus* einer Regierung für den neuen transnationalen Euro-OIC-Kontinent sein können? Die Botschafter stellen sie bereits als einen solchen in den diversen Ländern und in den Büros internationaler Organisationen vor. Es wird offenbar, dass die neue Datenbank, zusammen mit den Netzwerken zur Indoktrination der Jugend, ein umfassendes System zur Kontrolle Europas und Amerikas darstellt. Denn wie es heißt, beherbergen nur diese beiden Erdteile Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie, weshalb sie ihre Grenzen öffnen und den Kampf gegen die friedensfeindlichen Kräfte zwischen den Zivilisationen an der Heimatfront führen müssen.

Diese Aktivitäten werden durch die „Gruppe der Allianzfreunde" verstärkt, die weitere Unterstützung von prominenten Vertretern der Zivilgesellschaft und Partnerschaften akquirieren soll. Die Bestrebungen konzentrieren sich auf den Dialog und die metakulturelle Zusammenarbeit, die Ausbildung der Medien und Journalisten, sowie akademische Kurse und sonstige Initiativen, die dem Machtzuwachs der islamischen Immigranten in Europa und Amerika dienen. All dies bestätigt die Forderungen, die einst von Ihsanoglu und dem Mekka-Gipfel erhoben wurden. Von der Muslimwelt ist erneut keine Rede, was den einzigen Schluss zulässt, dass es dort weder die Anstachelung zu Hass, noch Rassismus gibt. So sind die Allianz-Vorschläge deckungsgleich mit den Forderungen Ihsanoglus: 1. interkulturelle und interreligiöse Dialoge, 2. mediale Ausbildung, 3. Religionsunterricht in den Schulen, 4. Programme und Initiativen in Regierung, Universität und Zivilgesellschaft, „die die muslimischen Immigranten in Europa und Amerika mit Kenntnissen und Vollmachten ausstatten".[13]

[12] Ebd., 14.
[13] Ebd., 13.

In weniger rätselhaften Worten bedeutet dies, muslimische Immigranten in politisch relevante Positionen zu hieven, eine Praxis, die es für Nichtmuslime im Islamland nicht gibt, von Immigranten ganz zu schweigen. Die Übertragung von Macht in Europa auf muslimische Zuwanderer, die auf Wunsch fremder Mächte stattfindet, reproduziert die historische Dynamik, als einst die christlichen Gebiete rund ums Mittelmeer islamisiert und vom Kalifat beherrscht wurden.[14] Auf den Status von Dhimmi-Wesiren gestutzt, arbeiteten die christlichen Führer von Andalusien bis Armenien in den glanzvollen Palästen ihrer Gebieter am Abbau der eigenen Gesellschaften. Sie waren indessen nur Rädchen im Getriebe des politsozialen Wandels in der so universalen wie zeitlosen Ausdehnung des Dhimmitums. Ebenso reproduziert die ISESCO-Politik den politsozialen Fortschritt der muslimischen Zuwanderer in den westlichen Gesellschaften:

> Die Muslime in Europa sollten einen einheitlichen Plan für die langfristige Präsenz des Islam entwerfen. Diese Strategie sollte die erforderlichen Bedingungen schaffen, die es Mitgliedern der muslimischen Gemeinschaften ermöglichen, Schlüsselpositionen der Gastgebergesellschaft im Bereich der Politik, Ökonomie, Kultur und Information zu besetzen.[15]

Die Allianz führt aus, dass sie für ihre Aktivitäten ein internationales Netzwerk prominenter Persönlichkeiten für den interkulturellen Einsatz nutzt, deren imposantes, offenbar ikonenhaftes Ansehen jeder Kritik entzogen ist. Ihre Kommentare sollen die Spannungen und Konflikte zwischen den Kulturen klären, in diverse Sprachen übersetzt und von den wesentlichen Verlegern der Printmedien veröffentlicht werden. Der extreme Furor der Medienkampagne, den die israelische „Cast Lead"-Operation in Gaza (Dezember 2008/Januar 2009) auslöste, und die Flottillenaffäre wurden wahrscheinlich von den Netzwerken der OIC und Allianz provoziert.

Die zahlreichen Projekte der Hochgradgruppe (HGG) beinhalten u.a. den so genannten *Weg Abrahams.* Diese Initiative, die an der Harvard Universität ersonnen wurde, umfasst eine Langstreckenroute, kombiniert aus Tourismus und Wallfahrt, die auf den Spuren des „Propheten Abraham" in mehrere nahöstliche Länder führt.[16] Hier geht es ersichtlich um den islamischen Ibrahim im Koran, dessen Geschichte und Prophetie in den beiden anderen monotheistischen Religionen nicht vorkommt. Da dem Koran zufolge Abraham mit seinem Sohn Ismael den ersten Tempel der Menschheit in Mekka errichtete, wird es interessant zu erfahren, ob Nichtmuslime auf

[14] *Bat Ye'or,* The Decline of Eastern Christianity under Islam: From Djihad to Dhimmitude, Vorwort von *Jacques Ellul* (Cransbury, N.J., AUP. 1996), Kap. 4, „Die eroberten Gebiete: Prozesse der Islamisierung". (Deutsche Übersetzung: Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam, Gräfelfing 2002).

[15] www.isesco.org.ma/english/strategy/documents/Strategy %20West.pdf, 16.

[16] Plan zur Implementation 2007-2009, 15.

dem Wege Abrahams auch zu seinem Heiligtum zugelassen werden.* Der Titel des Propheten statt des Patriarchen, die generelle anti-israelische, pro-palästinensische Tendenz, die Beschränkung des programmierten Multikulturalismus und der obligatorischen Korrektheit auf Europa und Amerika verweisen auf den dominanten Einfluss der OIC auf die Allianz der Zivilisationen. Ihre Funktionen - im UN-Rahmen und global - sind auf ihrer Website für folgende Leistungsbereiche definiert:

- Als Brückenbauer und Versammler (s.o. S. 168), der Menschen und Organisationen verknüpft, welche sich der Förderung von Vertrauen und Verständigung zwischen verschiedenen Gemeinschaften verschreiben, speziell zwischen den muslimischen und westlichen Gesellschaften;
- als Katalysator und Förderer, der die Polarisierung zwischen Nationen und Kulturen durch die Schaffung von Partnerschaften mildert;
- als Anwalt für den Aufbau von Respekt und Verständnis zwischen den Kulturen;
- als Plattform, die die Brücken zwischen den Kulturen sichtbarer macht;
- als Potential, das den Zugang zur Information über erfolgreiche Initiativen öffnet, nutzbar für Mitgliedsstaaten, Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen.

Hinzu kommt die erwähnte Gruppe der „Eiders" (s.o. S. 30, 56), die sich aus ehemaligen Staatsoberhäuptern wie Jimmy Carter und Mary Robinson und anderen politischen Führungsfiguren wie Martti Ahtissari und Kofi Annan, insgesamt aus 12 Personen, zusammensetzt. Der frühere südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, Initiator der Weltkampagne gegen den Apartheidstaat Israel, ist derzeitiger Chairman der Gruppe. Tutu gratulierte der Türkei zur Entsendung der Flottille mit pseudo-humanitärer Besatzung nach Gaza im Juni 2010, wobei seine Gruppe Israels anschließende Reaktion verurteilte. Sie verfügt über erhebliche Finanzkraft und internationale Einflussmöglichkeiten und unterstützt die pro-palästinensischen Djihadangriffe auf Israel unter dem Deckmantel des Humanklischees „Frieden und Gerechtigkeit". Ihrer früheren Politik weiterhin treu, präsentieren die Eiders Israel als die ungerechte und kriegerische Partei, während die Palästinenser

* Anm. d. Übers.: Dem „Dialog" zufolge soll sich die Gemeinsamkeit der drei Weltreligionen auf die „Abstammung" von Abraham stützen. Die Muslime lehnen dies ab, weil sie den Stammvater als „ersten Muslim" beanspruchen, eine Lesart, die sie den Christen abgeschaut haben. Nach Justinus (gest. um 165) erscheint der „Barbar" Abraham als prächristliches Muster, das Jesus vorzeichnet, denn „er vertraute dem (Gott), der den Schuldigen freispricht" - als Einzelmensch - während der Gegengott Allah kollektiv alle Juden und Christen schuldig spricht und das Dhimmitum begründet.

als friedvolle Opfer erscheinen, deren Anliegen, die Beseitigung Israels, die Gerechtigkeit selbst darstellt.

4. Das moderne Kalifat

Die OIC ist eine religiöse und politische Organisation. Ideologisch der Weltliga der Muslimbruderschaft nahe, teilt sie deren strategische und kulturelle Sichtweise. Mit der Umma visiert sie eine universale Religionsgemeinschaft an, die auf dem Koran, der Tradition Muhammads und auf dem orthodoxen Recht der Scharia fußt. Die OIC repräsentiert 56 Länder und die Autonomiebehörde, die Staatsstatus hat. Das Ganze bildet die universale Umma mit einer Gemeinschaft von 1.3 Milliarden Gläubigen.

Die OIC weist unter allen Nationen und menschlichen Gesellschaften eine einmalige Struktur auf. Der Vatikan und die diversen Kirchen haben keine politische Macht, selbst wenn sie an politischen Entscheidungen mitwirken, da im Christen- wie auch im Judentum Politik und Religion getrennt sein müssen. Auch asiatische Religionen basieren nicht auf Systemen, die Religion, Politik und Recht in einer einzigen Struktur zusammenfassen. Darüber hinaus enthält keine dieser Religionen den Befehl, alle anderen Glaubensformen zu eliminieren bzw. zu unterwerfen.

Durch die Verbindung mit allen Körperschaften des Islam verfügt die OIC nicht nur über unbegrenzte Macht, sondern auch eine Unfehlbarkeit, die ihr die Religion zusätzlich verleiht. Auf der Basis von 56 Ländern, darunter einige der reichsten der Welt, kontrolliert die OIC den Löwenanteil der globalen Energiereserven. Die EU, die weit davon entfernt ist, die Probleme seitens einer solchen Machtkonzentration zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn in die Diversifikation und Unabhängigkeit der Energie-Ressourcen zu investieren, war statt dessen bemüht, Amerika international zu schwächen und durch die UNO zu ersetzen, die folgsame Agentin der OIC. In der Hoffnung, sozusagen Brosamen vom Tisch ihrer Herrin aufzuschnappen, setzte die EU eine massive Zuwanderung in Gang, zahlte viele Milliarden an die Mittelmeer-Union und Palästina, das Trojanische Pferd der Islamisierung, schwächte damit ihre Mitgliedsstaaten, untergrub ihren Zusammenhalt und hüllte sich in das Banner palästinensischer Gerechtigkeit, als ob dies alles Schutz gegen den Djihad böte, den auf Israel umzulenken sie denn auch zur zentralen Anstrengung machte.

Die Religion als Hauptaspekt der OIC kommt in ihrer Sprache und Zielsetzung zum Ausdruck. Es scheint, als wollte sie im 21. Jahrhundert wieder das Kalifat aufrichten, das höchste Kontrollorgan aller Muslime. So nannte man die Konferenz von Dakar (März 2008) „die Konferenz des Islamischen Gipfels, Sitzung der Islamischen Umma im 21. Jahrhundert". In dieser Kon-

ferenz gab sich die OIC eine neue Charta, deren Hauptpunkte nachfolgend zusammengefasst werden.

In der Präambel bestätigen die Mitgliedsstaaten ihre Einheit und Solidarität, inspiriert durch die Werte des Islam. Ebenso bekräftigen sie den Willen, ihre gemeinsamen Interessen und die islamischen Werte in der internationalen Arena zu stärken. Sie verpflichten sich, die Pionierfunktion des Islam in der Welt zu beleben, um den Wohlstand der Mitgliedsländer und - im Gegensatz zu Europa - die Verteidigung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität abzusichern. Sie verkünden ihre Unterstützung für Palästina mit Al-Quds, der Erhabenen (arabischer Name Jerusalems) als Hauptstadt und ermahnen sich gegenseitig, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, den Rechtsstaat sowie die Demokratie gemäß ihrem Verfassungs- und Rechtssystem zu fördern, d.h. also, weiterhin den Vorschriften der Scharia (und dem Koran als Staatsverfassung - d. Übers.) zu folgen. Ebenso engagieren sie sich für die Aktivierung der edlen Islamwerte, die Bewahrung ihrer Symbole und gemeinsamen Kulturerbschaft, die Verteidigung der universalen Religion, die sich in der Da'wa, im islamischen Missionsruf, ausdrückt. Sie behaupten, dass sie die Rechte der Frauen fördern und deren aktive Beteiligung auf allen Wegen des Lebens ermutigen, ganz wie es das Recht der Mitgliedsländer verlangt. Sie stimmen darin überein, den Muslimkindern die Islamwerte einzuimpfen, und den islamischen Minderheiten und Gemeinschaften außerhalb der OIC dabei zu helfen, ihre Würde sowie ihre kulturelle und religiöse Identität zu bewahren.

Mit einigen Wiederholungen werden im ersten Kapitel der Charta die Ziele und Prinzipien aufgezählt, welche die OIC-Staaten zum einen direkt miteinander sowie zum anderen ihren gegenseitigen Respekt vor dem Grundsatz der Nichteinmischung in ihre jeweiligen Angelegenheiten verbinden. Unter Betonung der Solidarität fordert Artikel 1-4, „die Wiederherstellung der vollen Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedsstaaten zu unterstützen, die unter fremder Besatzung stehen". Ein solches Prinzip könnte auf jeden Djihad zutreffen, den Muslime in diversen Ländern führen, um die Reichweite des Islam auszudehnen und dort die Scharia zu installieren, ob in Europa, Afrika oder Asien. Das Massaker von Mumbai am 26. November 2008 hat demonstriert, ebenso wie viele andere Anschläge, dass sich der Djihad nicht auf den israelisch-arabischen Konflikt beschränkt. Es trifft zu, dass die Charta formal das internationale Recht und die Kooperation beschwört, um Konflikte zu regeln. In letzter Instanz ist es jedoch in jedem Falle das islamische Recht der Scharia, welches gegenüber dem Recht der Ungläubigen die Oberhand behält.

Die strategische Zielrichtung der Charta beabsichtigt, „die aktive Beteiligung der Mitgliedsstaaten [der OIC] an den globalen politischen, öko-

nomischen und sozialen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten, und ihre gemeinsamen Interessen abzusichern" (1-5), sowie „die vereinte Position zu Fragen des gemeinsamen Interesses in internationalen Foren zu verteidigen und zu fördern" (1-17).

Diese Beschlüsse machten sich rasch bezahlt. Die OIC-Kontrolle der UNO ließ sich an der Gewalt ablesen, die am 24. November 2008 wieder aufflammte. Der Präsident der UN-Voliversammlung, Miguel d'Escoto Brockmann aus Nicaragua, ließ vom Rednerpodium aus eine ungezügelte Hassattacke gegen Israel vom Stapel, in der er die ganze Welt dazu einlud, sich an einer Art Lynchjustiz durch Apartheidpolitik zu beteiligen. Im Namen der Liebe zu den „palästinensischen Brüdern und Schwestern", die von Israel „gekreuzigt werden",[17] und in judenfeindlicher Leidenschaft vergaß Brockmann, ehemaliger katholischer Priester, den kriminellen Terrorismus gegen Israel, den globalen islamischen Terrorismus und die Apartheid, die gegen seine christlichen Brüder im arabischen Raum und speziell in Gaza praktiziert wird. Nicht zuletzt führte die OIC-gestützte Hamas hier wieder das islamische Strafrecht ein, die Kreuzigungen im Sudan inklusive.

Brockmanns Anschuldigungen wurden von Reverend Edwin Makue aufgegriffen, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrats, womit deutlich wurde, dass diese beiden Männer des Glaubens bereits die Bibel durch den Koran ersetzt hatten. Aber auch Kofi Annan, früherer UN-Generalsekretär und Aktivist der AZ, machte sich den salbungsvollen Ton zueigen und bemerkte, dass der Internationale Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk ein „Tag der Trauer und Traurigkeit" war. Damit würden jedoch auch die Befreiung Israels vom Dhimmitum unter islamischem Joch und die Anerkennung seiner Souveränitätsrechte im eigenen Land zu betrauern sein, wo wie von der Bibel und nicht vom Koran berichtet, die Propheten in den Städten und Dörfern Hebräisch sprachen. Ein solcher Trauertag bedeutet also, die Freiheit der Menschen und das Gewissen der gesamten Menschheit (bzw. den Verlust der ersteren - d. Übers.) zu betrauern.

Am 28. November, zwei Tage nach dem brutalen Massaker an den Juden von Mumbai, sorgte Brockmann, der zuvor im Ökumenischen Kirchenrat tätig war, sinnbildlich für die triumphale Rückkehr der Allianz des Nationalsozialismus und palästinensischen Djihad in den Jahren 1930-1940. Er ließ die Kohorten von islamisierten Christen, Patriarchen, Geistlichen und gewöhnlichen Menschen wieder auferstehen, die ihre eigenen Gemeinschaften zerstörten, indem sie sie unter der Knute des Dhimmitums hielten. Wenn die AZ auch nicht den geringsten Respekt vor Israel zuließ, so hat

[17] *Ann Bayefsky,* EYEontheUN.org www.eyeontheun.org/assets/attachments/documents/7245_Brockmann_GA.pdf (Zugriff 6. Januar 2011).

sie andererseits durchaus selbstvergessen die Unterwerfung der Vereinten Nationen unter die OIC und deren antisemitische Paranoia enthüllt.

Zu den Zielen der OIC-Charta zählen die Förderung, Fortpflanzung und Erhaltung der auf Mäßigung und Toleranz gegründeten Lehren und Werte des Islam, die Verbreitung der islamischen Kultur und die Bewahrung des islamischen Erbes (1-11). Artikel 1-12 propagiert Schutz und Verteidigung des wahren Islambildes, Kampf gegen seine Diffamierung und Dialog zwischen den Religionen und Zivilisationen. Weitere Ziele betreffen den Schutz der inhärenten Familienwerte (1-14), die Wahrung der Rechte und Würde sowie religiösen und kulturellen Identität der muslimischen Gemeinschaften und Minderheiten in Nicht-OIC-Staaten (1-16). Dieser Aspekt verweist auf die OIC-Autorität über die Immigranten im Ausland sowie - durch den Dialogkanal - ihren Druck auf die Regierungen der nichtislamischen Gastgeberländer.

Wir konnten bereits beobachten, wie die OIC die Djihad-Bewegungen unterstützt, die wie das „besetzte Kaschmir" als Widerstand gegen „fremde Okkupation" betrachtet wird, und wie sie die „Unterdrückung und Entwürdigung" der Muslime in Indien verurteilt. Dass am Mumbai-Blutbad pakistanische Terroristen beteiligt waren, die in ihrem Land ausgebildet wurden und - offiziell strikt geleugnete - Kontakte zum dortigen Geheimdienst hatten, ist Teil des globalen Djihad. Die Saudi-Presse entlastete Pakistan und folgte damit der OIC-Aufforderung zur Einheitsfront gegen nichtislamische Staaten. Y. Yehoshua, Forschungsdirektor der Memri, merkt an, dass

> diese Befürchtung in der Saudi-Presse manifest ist, indem sie eine Einheitsfront bildete, um Pakistan von jeglicher Verantwortung zu befreien und Konflikte zwischen den beiden Ländern zu verhindern. Alle Editoriale in den saudischen Tageszeitungen - *Al-Hayat, Al-Djazira, Al-Riyad, Al-Watan* - widmeten sich dieser Botschaft. In einem Artikel der Saudi-Zeitung *Al-Yaum* kam sogar die Möglichkeit zur Sprache, dass das Attentat eher vom westlichen als von pakistanischen Kräften ausgeführt wurde - eine Meldung, die auch in der syrischen und iranischen Presse kursierte,[18]

womit eine Parallele zur CIA als angeblich verantwortlich für 9/11 aufscheint (vgl. S. 138, 141).

Artikel 2 der Charta legt fest: „Die Mitgliedsstaaten verbürgen sich, zur Realisierung der Ziele in Artikel 1 von den edlen Lehren und Werten des Islam geleitet und inspiriert zu sein und in Harmonie mit den folgenden Prinzipien zu handeln". Letztere beziehen sich auf den Respekt vor den Grundsätzen der Vereinten Nationen, ohne auf die Widersprüche zwischen säkularen und islamischen Gesetzen einzugehen. Diese Prinzipien wiederholen die Verpflichtung der OIC-Mitgliedsstaaten, jeden Konflikt unter-

[18] www.memri.org/bin/latestnews.cgi?ID=IA47808 (Zugriff 6. Januar 2011).

einander zu vermeiden und etwaige Dispute friedlich zu regeln. In der gegenwärtigen Kontroverse über die iranischen Atompläne hat der türkische Ministerpräsident Erdogan wiederholt bestätigt, dass die Türkei eine diplomatische Lösung der verfahrenen Situation anstrebt.

Artikel III-2 bestimmt die Bedingungen für die Mitgliedschaft in der OIC: ‚Jeder Staat, der Mitglied der Vereinten Nationen ist, eine muslimische Mehrheit hat, sich der Charta unterwirft und einen Antrag auf Aufnahme in die OIC stellt, kann Mitglied der Organisation nur dann werden, wenn darüber auch im Rat der Außenminister Konsens besteht, der auf der Basis seiner Entscheidungskriterien herbeizuführen ist".

Kapitel III legt auch die Organe der OIC fest: 1. Islamischer Gipfel, 2. Rat der Außenminister, 3. Ständige Komitees, 4. Exekutiv-Komitee, 5. Internationaler Islamischer Gerichtshof, 6. Ständige Unabhängige Menschenrechtskommission, 7. Komitee der Ständigen Vertreter, 8. Generalsekretariat, 9. Nachgeordnete Körperschaften, 10. Angegliederte Institutionen.

Kapitel IV, Artikel 1 zufolge setzt sich der Islamische Gipfel aus Königen sowie Staats- und Regierungschefs zusammen und bildet die höchste Autorität der Organisation. Die Charta sieht im weiteren vor, dass der Internationale Islamische Gerichtshof das Hauptrechtsorgan der Organisation werden soll (IV-14) und „dass die Ständige Unabhängige Menschenrechtskommission die bürgerlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Rechte fördert, die in den Verträgen und Deklarationen der Organisation sowie in den allgemein und mit den Werten des Islam konform vereinbarten Instrumenten der Menschenrechte verankert sind" (Art. 15).

Dieser Artikel kollidiert indes mit dem Verbot der Einmischung in die Angelegenheiten anderer OIC-Staaten. Würden die pakistanischen Terroristen der Lashkar-e-Taiba (Armee der Reinen), die das Mumbai-Massaker ausführten, unter die Jurisdiktion eines pakistanischen Gerichts oder des Islamischen Gerichtshofes fallen? Nach dem Verständnis der OIC müssen Kämpfer gegen „fremde Okkupation" - im vorliegenden Fall Indien - sowie gegen die Demütigung von Muslimen durch Hindus als „Widerständler" gelten, die Anspruch auf OIC-Hilfe haben. Wird es der Staat Pakistan oder der Islamische Gerichtshof sein, der die Führer des ISI (pakistanischer Geheimdienst) vor Gericht stellt? Denn der duldete nach Aussage beider die amerikanischen und indischen Geheimdienste und unterstützte bzw. stiftete sogar die Terroristengruppe an, die ihrerseits Kontakte zu einem nebulösen Wohltäter unterhalten haben soll.[19] Insofern ist das ideologische und

[19] *Jane Perlez/Eric Schmitt/Marc Mazetti,* „Pakistan raids camp of Kashmir militants, but Lashkar-eTaiba has thrived with Islamabad's backing", International Herald Tribune, 9. Dezember 2008.

taktische Verfahren des Djihad gegen Indien identisch mit dem des palästinensischen Djihad gegen Israel.

Trotz der Anstrengungen in Eurabien, Israel zur alleinigen Ursache des Krieges zu erklären, besteht kein Zweifel, dass Frieden nur entstehen kann, wenn die OIC die Menschenrechte sowie die religiösen, historischen und nationalen Grundfreiheiten der einheimischen, aber enteigneten Völker, der Opfer des vergangenen und gegenwärtigen Djihad und Dhimmitums, anerkennt und sich zudem von dieser Ideologie lossagt. Hier lässt sich der sudanesche Präsident Umar al-Bashir anführen, der nach westlichen Kriterien wegen Völkermords im Südsudan und Darfur angeklagt, aber vom Islamischen Gerichtshof nicht behelligt wird. Seine Kollegen bei der OIC sehen in ihm keineswegs einen Kriminellen, sondern empfangen ihn - wie auch Erdogan - mit großem Respekt.

Der Islamische Gerichtshof hat auch ein internationales Mandat und kann somit Ausländer, Muslime und Nichtmuslime (Gotteslästerer, Abtrünnige, Widerständler gegen den Dhihad) vor Gericht stellen, die irgendwo in der Welt die Gesetze der Scharia gebrochen haben. Der Anspruch der OIC, Bewacher und Beschützer aller muslimischen Immigranten in Nicht-OIC-Ländern zu sein, dehnt ihre Jurisdiktion und politische Einflussnahme auf alle Muslime in Europa, Nord- und Südamerika und das übrige Gebiet des Nichtislam aus. Diese Sachlage verschärft auch die Gefahr, der nichtreligiöse Muslime - Freidenker und Atheisten - ausgesetzt sind.

Innerhalb ihrer Organisation lässt die Charta bestimmte Merkmale erkennen, die Ähnlichkeiten mit der EU herstellen, aber zu deren Geist, d.h. ihren Funktionen, Prinzipien und Zielen, die vollständige Antithese bilden. Selbst wenn die OIC die Sprache der internationalen Organisationen verwendet, wird die Bedeutung der Wörter schlicht beseitigt, weil sie in der Begriffswelt des Koran verwurzelt sind und mithin in fundamentalem Gegensatz zum säkularen Denken des Westens stehen. So erklärt Artikel 11-32: „Der Rat der Außenminister [der OIC] wird die Konferenzordnung des Islamischen Gipfels vorschlagen", womit das islamische Welt- und Politikverständnis festgelegt ist.

5. Al-Quds - Sitz des Kalifats

Bei verschiedenen Anlässen bringt die OIC ihre Entschlossenheit zum Ausdruck,

> den Kampf der Palästinenser zu unterstützen, die derzeit unter Fremdbesatzung stehen, um sie in den Stand ihrer unveräußerlichen Rechte zu versetzen. Dazu gehört das Recht auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit mit Al-Quds der Er-

habenen als Hauptstadt, wobei deren historische bzw. islamische Charakteristik sowie ihre heiligen Stätten zu bewahren sind (Vorwort der Charta).

Gemäß den Rechtsregeln des Djihad eliminiert diese Formulierung jede Geschichte und Rechtsposition der indigenen Bevölkerung aus vorislamischer Zeit, denn die Weltgeschichte begann mit der Geburt des Islam im 7. Jahrhundert. Artikel 11 teilt mit, dass die Organisation ständige Komitees geschaffen hat, um Angelegenheiten voranzubringen, die für die OIC und ihre Staaten von entscheidender Bedeutung sind, allen voran das Al-Quds-Komitee. So legt Artikel 18 fest: „Die Position eines Stellvertretenden Generalsekretärs wird der Al-Quds-Sache und Palästina mit der Maßgabe gewidmet, dass der Staat Palästina seinen Kandidaten nominiert", und Artikel 21: „Die Zentrale des Generalsekretariats befindet sich in Djidda, bis Al-Quds befreit ist, das dann das ständige Hauptquartier der Organisation wird".

Während die Muslime die Shoah leugnen und Hitler zu ihrem Superhelden küren, hat sich die anti-israelische Obsession so verschärft, dass die OIC den Europäern die praktische Gleichsetzung von Antisemitismus und Islamophobie aufzuzwingen sucht. Die Überzeugungsarbeit ist schon mit der Nakba gelungen, die unter dem Taktstock von Kofi Annan, Nobelpreisträger und Großmeister der Allianz, inzwischen weltweit betrauert wird. Als Möchtegern-Kalifat hat die OIC mit dem Schuldspruch der Apartheid den Bannstrahl gegen Israel geschleudert, wobei als Sprachrohr der Erzbischof Tutu auftrat, ebenfalls Nobelpreisträger und Edelmitglied der Allianz.

Zweifellos wird die OIC auch weiterhin gescheiterte Politiker einsetzen, die von ihren Bürgern abgelehnt werden. Sie wird für sie neue Tätigkeiten finden in den vielfältigen Kreisläufen und Korridoren der Partnerschaften und Dialoge, wo sie - von der Öffentlichkeit unbeobachtet - ihre Arbeit an der fortgeschrittenen Auflösung Europas erfolgreich fortsetzen können. Die mit der OIC vernetzten Seilschaften und Kanäle in Europa haben bereits die Position bezogen, nach der die Unterdrückung der Muslime in Europa eng verwandt mit Antisemitismus ist.[20] Gleichwohl stellt Ali Merad[21] in seinem Buch über das Kalifat fest, dass es für fast 13 Jahrhunderte „für die meisten Muslime das ideale Modell des islamischen Staates darstellte" (S. 7). Mit Wirkung vom 3. März 1924 hat Atatürk dieses Modell freilich abgeschafft.

Eine solche politreligiöse Kombi-Institution, die sich zwischen Politik und Religion verankert, befindet sich am äußersten Rand westlichen Denkens. Auch wenn sich die gegenseitige Beeinflussung der beiden Macht-

[20] *Matthias Küntzel,* „.Islamophobia or Truthophobia'? Berlin's Anti-Semitism Center is going astray", Wall Street Journal, 7. Dezember 2008.

[21] Emeritierter Professor an der Neuen Sorbonne, Paris III.

Sphären fortsetzte, so hat doch das Trennungsprinzip die Emanzipation der Wissenschaft und Politik von der religiösen Deutungsmacht und die Entwicklung kritischen Denkens in Europa erleichtert. Daher kann der aktuelle Wunsch der Umma, sich der politreligiösen Mischeinrichtung des Kalifats zu unterwerfen, nur die Westler überraschen, aber auch die Kluft betonen, die sie vom Islam trennt. Mit ihren Wurzeln im Individualismus pflegen die Europäer die Suche nach dem Glück und schätzen die Freiheit des Denkens, der Meinung und der rationalen, wissenschaftlichen Forschung, die mithin als das größte Privileg und zugleich auch Abenteuer der menschlichen Existenz empfunden wird.

Auf der anderen Seite verweist der Kalifatswunsch auf die Sehnsucht nach einer höchsten Autorität, die ihre Unfehlbarkeit Allah und seinem weltlichen Mittler Muhammad verdankt. Indem die Politik der globalen Expansion des Islam dienstbar gemacht wurde, geriet diese Institution - so Ibn Khaldun (islamischer Sozialhistoriker, gest. 1409 - d. Übers.) - zum Werkzeug der globalen Pflichtislamisierung. Heute mit diesem archaischen Politikstil konfrontiert, sucht der gebrochene, zersplitterte Westen Zuflucht in der Leugnung dieses Zustands und klammert sich an den grotesken Rettungsring der Beseitigung des winzigen Israel. Während derweil der Wasserstand gewissermaßen ständig steigt, gibt der Westen seine Identität weiterhin preis und tauscht sie laufend gegen Multikulturalismus und Scheinsicherheit ein - die Aussichten zu überleben sind dabei denkbar gering.

In seinem Buch, aus dem eine altmodische Drittwelt-Ideologie mit starken Anzeichen antiwestlicher Vorurteile hervorgeht, liefert Merad eine Analyse der gegenwärtigen Trends von Asien bis nach Afrika, die auf den Aufbruch eines neuen Kalifats hinarbeiten, wie es heißt, „ohne die muslimischen Minderheiten in Europa und die islamische Diaspora in Amerika zu vergessen". Der Autor fährt fort:

> Diese Völker und Gemeinschaften wollen ihre Präsenz auf internationaler Ebene stärken, um ihre eigene Solidarität zu organisieren und der Muttergemeinde (der Umma) ihre historische Sichtbarkeit zurückzugeben, denn deren universale, göttliche Berufung ist für lange Zeit von der westlichen Expansion und Hegemonie bekämpft worden (S. 9).

Merad untersucht die Neuschöpfung des Kalifats als einer genossenschaftlichen Struktur und bemerkt dazu, „dass die derzeitige Organisation der Islamischen Konferenz auf die Verwirklichung eines solchen Paradigmas hinausläuft" (S. 183). Indem er sich auf die Diskussionen über den geographischen Standort des Hauptsitzes des Kalifats bezieht, unterbreitet er die Möglichkeit „eines der ärmlichsten Länder auf der internationalen Bühne", das zugleich auch „eines der Entschädigung würdigsten" ist. Allerdings hat die OIC in ihrer Charta bereits festgelegt, welches dieses ärmliche

Land sein soll, das auf der internationalen Bühne so bewundert wird: das zukünftige Palästina mit Jerusalem als Hauptstadt, das der Westen von Israel zu trennen sucht. Gekrönt als Sitz des Kalifats, als Garant des Schariarechts und des Djihad, wird Al-Quds die Erhabene (Jerusalem) Zeugnis davon ablegen, wie das Christentum das Zeitliche segnet.

Es wäre auf keinen Fall die geringste Ironie der Geschichte, wenn die europäische Entschlossenheit, Israel zu vernichten, auch das Christentum vernichten würde. Die Stufen dieser Entwicklung, die erst Europa und dann Amerika angeführt haben, wurden mit unzähligen Milliarden alimentiert - für mediale Indoktrination, Wirtschaftshilfe, weltweite Lobby-Seilschaften an allen Fronten, um die internationale Popularität Palästinas zu gewährleisten. Sie vollzog sich über Jahrzehnte und wird, indem sie Amerika erfolgreich lähmt, im Kalifat von Jerusalem kulminieren, das vom Christentum gereinigt ist, also einer Art zweitem Mekka. Dieser Zielsetzung arbeiten die blinden Termiten in den Kanzleien Europas und Amerikas heute so emsig zu. Sie ist die krönende Errungenschaft eines knappen Jahrhunderts arabisch-nazistischer Kollaboration und kann durchaus auch an die Zeit erinnern, als Christen den Juden in die Konzentrationslager folgten.

Kann man diesen Prozess ändern? Ich bezweifle es. Mit der Wahl Präsident Obamas im Jahre 2008 ist die Maschine außer Kontrolle geraten, und nur das öffentliche Bewusstsein davon, was auf dem Spiele steht - von der EU-OIC-Nomenklatur ohnehin kriminalisiert - kann die Maschine aufhalten.

6. Eurabia: der jingoistische Aufruhr

Auch die politische Entwicklung des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan lässt sich im Kontext des auftauchenden Kalifats erklären. Die öffentlichen Demütigungen, die er Israel beibrachte, kombiniert mit arroganten Forderungen nach respektvollen Verbeugungen bedeuten eine echte Rückkehr zum verächtlichen Verhalten der Kalifen gegenüber den Dhimmis. Diese völlige Abkehr eines alten Verbündeten, zusammen mit seiner Unterstützung für die Hamas und Palästina, brachte Erdogan die höchste Auszeichnung des wahhabitischen Königreichs ein.

König Abdullah von Saudi-Arabien verlieh sie ihm am 9. März 2010 für seine enormen Verdienste um den Islam - die Verteidigung der islamischen

* Anm. d. Übers.: Der Begriff des Jingoismus - das englische Pendant zum Chauvinismus aus dem 19. Jahrhundert - steht für gewaltbesetzten Nationalismus und wurde in die englische Version eingeführt, um - sozusagen als „gemäßigte" Variante des Totalitarismus - den proislamischen Radikalismus zu kennzeichnen, der sich mit der Überhöhung der Palästinenser einen Nationalismusersatz verschafft.

Nation und speziell der palästinensischen Sache. Darüber hinaus war er ein Schlüsselfaktor im Dialog der Zivilisationen, näherte sich dem iranischen Präsidenten Ahmad-e-Nadjad an und lud mehrfach den sudanesischen Präsidenten Umar al-Bashir ein.

Während Eurabiens Minister alle Sünden der Welt auf Israel häufen, setzt die islamische Geschichte ihren gelassenen Jahrtausendfortschritt in unbeirrbarer Selbsttreue fort. Das blutige Chaos im Irak, das zwischen den sunnitischen und schiitischen, den arabischen und kurdischen Klanen und Stämmen abläuft, und deren Opfer und Geiseln die Christen und andere Minderheiten sind, wurde zwar von den eurabischen Medien US-Präsident Bush zugeschrieben, wiederholt aber nur eine weitere Episode aus den Jahrhunderten der Islamisierung eroberter Länder. Hier finden sich die blutigen, innermuslimischen Stammeskriege, die Zerstörung, Ausbeutung und Massaker, mit denen fremde Invasoren Juden und Christen überwinden, die ihr Überleben durch Zahlung erpresserischer Tribute erkaufen.[22]

Als der chaldäische (assyrisch-katholische) Erzbischof Paulos Faradj Rahho im Februar 2008 die Lösegeldzahlungen (*djizya)* für die Sicherheit seiner Gemeinde einstellte, wurde er entführt und sein Chauffeur getötet. Zwei Wochen später fand man seine Leiche in der Nähe von Ninive. Dadurch wurde offenbar, dass alle irakischen Christen gemäß dem koranischen Gesetz (9/29) für ihre Sicherheit bezahlen müssen. Jahrelang hatte der Erzbischof den muslimischen Terroristen und Aufrührern das Lebensrecht seiner Gemeinde mit ruinösem Lösegeld abgekauft. Nachdem die US-Armee die Sicherheitslage verbessert hatte, unterbrach Rahho diese Zahlungen, die seine Gemeinde zu hoher Verschuldung gezwungen hatten. Daher bat er seine Mitgläubigen, obwohl entführt und von Terroristen bedroht, das Lösegeld für seine Freilassung nicht zu zahlen.[23] Seine Hinrichtung erscheint nur als so triviales wie logisches Ereignis im Jahrtausend des Dhimmitums, das sich in den antichristlichen Grausamkeiten in Irak und Ägypten wiederholte (2010-2011).

Trotz gegenteiliger Versprechungen der OIC fahren die islamischen Länder fort, die religiösen Minderheiten nach allen Regeln des Dhimmitums zu diskriminieren. Die meisten von ihnen bewahren auch die Todesstrafe für den Apostaten, ohne sie durchgängig anzuwenden, wenngleich Indonesien wieder ein Blasphemiegesetz eingeführt hat. Christlichen Islamkonvertiten ist die Rückkehr zum Christentum verboten, wer den Islam „herabwürdigt", kommt ins Gefängnis, die Kopten werden ständig verfolgt, bedroht, ernied-

[22] *Bat Ye'or,* The Decline; *Mark Durie,* The Third Choice, Islam, Dhimmtude and Freedom. Vorwort von *Bat Ye'or* (Australien: Deror Book 2010).

[23] *Andrew E. Kramer,* „For Iraqi Christians, Money Bought Survival", nytimes.com, 26. Juni 2008.

rigt, zuweilen auch getötet, so dass sie gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Denn oft werden sie angegriffen, ihre Geschäfte geplündert und ihre Frauen entführt. Der Bau und die Reparatur von Kirchen erfordert eine Lizenz, die selten erteilt wird. Juden, die als Touristen die Orte besuchen, an denen ihre Vorfahren ein Jahrtausend lang gelebt haben, wird nicht erlaubt, die restlichen Spuren ihrer Geschichte zu photographieren. Die Bahai-Religion, die nach dem Islam entstand, wird demgemäß nicht anerkannt, ihre pazifistischen Anhänger ihrer elementarsten Rechte beraubt. Die tausendjährigen Gesetze der Scharia werden in allen Ländern des Islam mehr oder weniger streng angewendet. Die tief greifende Neo-Islamisierung der OIC-Staaten führt zu einer wachsenden Aggressivität gegenüber religiösen Minderheiten und Nichtmuslimen.

Die Strategie der Dialoge und Partnerschaften, d.h. der westlichen Konzessionen, akzentuiert durch Terrorismus und Chaospolitik (Brandstiftung in französischen Vororten, Demonstrationen, Bedrohungen, Gewalt), entspricht der Djihadtaktik der Durchdringung und Einschüchterung im Westen, die dem expansionistischen Interesse des universalen Kalifats dient. Die Dialognetze werden aktiviert, um die OIC-Taktiken zu beschönigen und hinter einer humanitären, universalistischen, pazifistischen Begrifflichkeit zu verbergen, welche die europäischen Akademiker, Politiker, Kleriker und Filmemacher formulieren und der Öffentlichkeit einbläuen.

Während seiner zehn Jahre als britischer Premierminister etablierte Tony Blair die Gesetze und Bankregeln der Scharia im Vereinten Königreich, das von den Muslim-Netzwerken überzogen wurde. Er plädierte für eine Allianz der Werte[24] mit Argumenten wie „Globalisierung ist die Zukunft" und: „um effektiv zu arbeiten, braucht die Globalisierung Werte wie Vertrauen, Zuversicht, Offenheit und Gerechtigkeit". Dabei soll der Glaube eine wichtige Hilfestellung leisten können, wenn er offen und nicht geschlossen ist, „wenn er auf Mitleid und Hilfe für andere beruht und nicht auf einer ausgrenzenden Identität".

Damit die Globalisierung gedeihen kann, brauchen wir gegenseitiges Vertrauen, das uns auch Zuversicht für die Zukunft geben wird. Ebenso ist spirituelles Kapital ein wichtiger Teil des sozialen Kapitals. Im globalen Zeitalter müssen multireligiöse Gesellschaften nicht nur einfache Toleranz praktizieren, sondern auch Respekt vor anderen Religionen. Der Schlüssel zu diesem Respekt ist Verständnis, aus dem unser Bedürfnis strömt, zu lernen und uns gegenseitig zu unseren jeweiligen Glaubensformen zu erziehen. Werte wie Vertrauen und die Fähigkeit, sich auf das Wort der Menschen

[24] *Tony Blair*, „Faith and Globalization: An Alliance of Values", International Herald Tribune, 19. Dezember 2008.

oder die langfristige Perspektive zu verlassen, werden weiteres Vertrauen schaffen. Dies beweist, dass eine interdependente Welt nicht ohne Werte funktionieren kann, die die Bande des Vertrauens knüpfen. Frieden zwischen Israel und Palästina ist überaus wichtig, denn er hat eine symbolische Bedeutung, die den Terrorismus aufhalten wird, wie schon Ihsanoglu so schön gepredigt hat. Allerdings wurde Großbritannien mit all dem Glauben und Mitleid in den zehn Blair-Jahren zu einem der antisemitischsten Länder Europas, direkt nach Schweden und fast noch vor Chiracs Frankreich, was eine Menge bedeuten will.

Blair schloss mit der Erkenntnis, dass wir glauben müssen, um die Krise zu meistern, allerdings nicht mit dem Glauben an unsere Tradition und Identität, sondern an Werte, die nicht einfach Demokratie und Freiheit bedeuten, sondern Gemeinwohl, Mitleid und Gerechtigkeit. Blairs Artikel hätte Wort für Wort auch von Ihsanoglu geschrieben sein können. In seiner Kopenhagener Rede vor der Zweiten Internationalen Konferenz für Bildung und interkulturellen Dialog im Oktober 2008 forderte der Generalsekretär zu Kooperation und Konsens auf, die Empathie, Mitleid, Verständnis, Respekt, Menschenrechte und internationales Recht bedingten. Im Gegensatz zu Blair, der dazu rät, auf eine Eigenidentität zu verzichten, bemüht sich die OIC jedoch darum, die muslimische Identität im Koran und in der Tradition zu verankern. Der britische Premier schrieb, dass wir vor allem eine Allianz der Werte brauchen, die die Gleichheit der Würde und den Wert des Individuums anerkennt. Hier würde Blair indes die OIC zu überzeugen haben, die Djihad-Terroristen als „Widerständler" sieht.

Offenbar passt Blairs Beitrag in die Strategie der Allianz, die Artikel, Bücher und Filme von bekannten Persönlichkeiten vorsieht, um für ihre Politik und die der OIC zu werben. Tochter ISESCO hat sie im Konzept zur Kontrolle und Unterwanderung des Westens erläutert (s.o. S. 69 f.). Schon erinnert eine ganze Lawine von Artikeln, Büchern, Filmen und Werbespots die bösen Europäer daran, dass ihre Kultur und ihr Land nicht ihnen, sondern der großartigen islamischen Zivilisation gehören, deren Blüte man in Afghanistan, Pakistan, Iran, Irak, Syrien, Libanon, Ägypten, Libyen, Gaza, Somalia, Sudan und anderswo beobachten könne. Derweil sollte ein ruiniertes Großbritannien in Saudi-Arabien um sein Überleben betteln, wie es Premierminister Gordon Brown mit dem Versprechen vorexerzierte, einen gesteigerten Einfluss für das saudische Königreich in internationalen Foren zu unterstützen.[25]

In einem Artikel mit dem Titel „Die Muslime und wir, oder wie man den Islam für sich gewinnt" rieten Olivier Roy und Justin Vaisse von einer

[25] *Melanie Phillips,* „Fortune takes Britain Hostage", Daily Mail, 10. November **2008.**

Rede Barack Obamas an die Führer der Muslimwelt ab.[26] Aus ihrer Sicht sollte der Zweck eines solchen Vortrags darin bestehen, jeden Gedanken eines Krieges Amerikas gegen den Islam zu verwerfen. Er sollte eher die Werte und Interessen der USA erläutern und den muslimischen Block auffordern, den Terrorismus in einer gemeinsamen Anstrengung auszuschalten. Doch würde diese Initiative der Versöhnung des Islam mit dem Westen, so die Autoren, in die falsche Richtung führen, unbeschadet ihrer guten Absichten. Denn tatsächlich würde sie fälschlicherweise implizieren, dass Islam und Westen zwei unterschiedliche Einheiten mit gänzlich gegensätzlichen Werten seien. Diejenigen, die den Dialog und Frieden zwischen den „Zivilisationen" und „Kulturen" fördern wollten, sollten Usama bin Ladin nicht in die Hände spielen, indem sie an die Existenz unterschiedlicher Zivilisationen glaubten.

Sagt die OIC etwas anderes? Sie stellt fest, dass Europa und der Westen Teil der universalen Umma sind und dieselbe einzige Zivilisation repräsentieren, wobei die islamische Zivilisation die Mutter der westlichen Kultur ist. Nach Meinung der Autoren ist Obama der erste postrassistische Präsident, was eine unglückliche Begriffskehre impliziert, indem ein weißer Präsident notwendigerweise auch ein Rassist wäre. In dieser Eigenschaft sollte Obama keine Zeit mit einem Scheinkrieg zwischen Amerika und Islam verschwenden, sondern lieber seine gesamte Kraft gegen das Irrtumskonzept richten, dem zufolge ein monolithischer Islam die Quelle aller Weltprobleme sei. Wie die Autoren behaupten, wurden auch die kürzlichen Anschläge in Mumbai nicht von der Religion verursacht. Die Terroristen hätten aus Pakistan heraus operiert und schlicht normale Beziehungen zwischen Pakistan und Indien unmöglich machen wollen. Wie es weiter heißt, repräsentierten weder die Muslime, noch ihre Führer und Imame den Islam.

Darüber hinaus würde ein solcher Vortrag Obamas die unkorrekte Vorstellung einschließen, dass es eine natürliche Verbindung zwischen Islam und Terrorismus gebe, was wiederum die westlichen Muslime verärgere. Mithin würde Obama sich in die merkwürdig janusköpfige Position eines Repräsentanten manövrieren, der implizit Christentum und/oder Säkularität vertritt. Die Autoren schließen: „Nicht zuletzt haben die Amerikaner gerade einen Präsidenten mit dem mittleren Namen Hussein gewählt, ein Name, der seit langer Zeit viele Muslime begleitet". Mit anderen Worten: Die Muslime verlassen sich darauf, dass Obama zum Schaden der amerikanischen Interessen den Zielen der Umma und des universalen Kalifats dient. Dabei liegt es ohnehin auf der Hand, dass sich im Rahmen einer einzigen, umfassenden Zivilisation die Interessen der Amerikaner mit denen des Kalifats decken.

[26] *Olivier Roy/Justin Vaisse,* „The Muslims and us: How to win Islam over", *International Herald Tribune.* 9. Dezember 2008.

Kurioserweise bestreiten Roy und Vaisse, dass es eine islamische Körperschaft gibt. Sie scheinen blind für die OIC, eine gezielt eingerichtete, politische Organisation, die die universale Umma mit 56 Staaten und über 1,3 Milliarden Muslimen repräsentiert, mit einer Charta, einem Gerichtshof, einer Menschenrechtskommission und diversen politischen und kulturellen Spezialinstitutionen, die auf Koran und Sünna aufsetzen. Hier erhebt sich die Frage, inwieweit die Anerkennung verschiedener Zivilisationen notwendig auch die Vorstellung von Krieg bedingt. Eine solche Korrelation zwingt uns, zur Vermeidung des Krieges die eigene Identität und Kultur zu leugnen und mit der islamischen Identität zu verschmelzen. Wir sind sicher fähig, die spezifischen Merkmale der chinesischen, japanischen und indischen Zivilisationen zu akzeptieren, ohne sie notwendigerweise bekämpfen zu wollen, nur weil sie verschieden sind. Gleichwohl hielt Präsident Obama - trotz der Beratung - seine Rede vom Podium der Al-Azhar, wobei allerdings das Wort „Terrorismus" nicht vorkam, was wiederum seinem Vornamen Hussein Ehre machte.

Die westlichen Medien agieren als Chor (bzw. Echo - d. Übers.) der OIC und wurden nicht müde, für George W. Bush immer weiter gesteigerte Schmähungen zu finden. Als weißer, christlicher Präsident hatte er der Öffentlichkeit die nackte Realität des Djihad enthüllt, die die EU-OIC-Allianz hinter Anschuldigungen von Amerika und Israel zu verbergen sucht, die bekanntlich von ISESCO und OIC formuliert wurden. Sogar die schrecklichen Massaker im Irak im Zweiten Weltkrieg legte man Bush retroaktiv zur Last, obwohl jeder weiß, dass sie innerislamische Tötungsaktionen waren. Die Westmedien, Teil der EU-OIC-Seilschaften, applaudieren Obama, dessen Familie mit der Muslimwelt verbunden ist, und dessen Programm des Wandels große Ähnlichkeit mit der selbstzerstörerischen Appeasement-Politik Europas hat. Die EU-Eliten erscheinen bescheiden im Triumph, doch erwarten sie ungeduldig das Verschwinden Israels „für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina".

So kehrte Somalia mit Piraterie und Lösegelderpressung zu seinem alten Geist zurück, während Europa, selbst Geisel des Terrorismus, auf eigenem Boden Scharia-Gerichtshöfe und Islamic Banking einführt. Unter diversen Vörwänden hat es bereits sämtliche Vorschläge Ihsanoglus übernommen, durchgesetzt und der Öffentlichkeit in der Verpackung von Menschenrechten und kolonialistischer Schuld aufgedrängt. Während es unlautere Werbung mit den Menschenrechten betreibt, bereitet es drakonische Gesetze gegen „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Anstachelung zu Hass" vor. Dazu macht es die Steuergelder der Bürger verfügbar, um durch Myriaden von NGO's das Schüren der Aggression gegen Israel zu finanzieren. Zugleich treibt es die Auflösung des Landes von innen voran, indem es israelische (antizionistische - d. Übers.) NGO's alimentiert.

Die Kirchen haben sich bereits von einer Bibel getrennt, die sich des Bekenntnisses zum Recht Israels auf sein Stammland schuldig macht. Sie schlossen sich der Häresie des Marcionismus an,* die vom palästinensischen SaM-Zentrum (arab.: Weg - d. Übers.) gepredigt wird und die eigentliche Quelle für den Euro-Import des Dhimmitums ist. Sie zelebrierten die Einführung der Scharia in Europa und das Wucherwachstum der Moscheen, verhängten jedoch ein totales Schweigegebot über das Verschwinden des Christentums aus dem Land seines Ursprungs oder lasten es einfach Israel an. Wie früher mit Nazisymbolen, schmücken sich heute viele Jugendliche mit palästinensischen Hoheitszeichen, die Israels Ende versprechen, während sie dasjenige Europas vorbereiten.

Während der Wallfahrt nach Mekka im Dezember 2008 schlossen sich viele westliche TV-Stationen vorsichtig der Da'wa-Mission an, indem sie in Verfälschung der Bibel behaupteten, dass Abraham den Sohn Ismael in Mekka opfern wollte und nicht Isaak in Jerusalem. Auch im Gefolge des Attentats von Mumbai und der Folterung von Bewohnern eines dortigen jüdischen Zentrums hielt sich die Presse sorgfältig an die islamischen Sprachregelungen. Die Gesetze zu Gotteslästerung und Glaubensabfall haben nun auch Europa erreicht. Säkulare Muslime und Atheisten leben unter ständiger Bedrohung; sie müssen sich Bodyguards zulegen oder in den Untergrund gehen, obwohl sie kein Gesetz gebrochen, sondern nur ihr Recht auf freie Meinung genutzt haben. Sie werden eher noch mehr bedroht durch Artikel 14 der islamischen Weltliga (Rom, 25.-27. Februar 2000), der es allen Muslimen, Führern und Nationen zur Pflicht macht, die Vorschriften der Scharia auf jeden Bereich des Lebens anzuwenden.

Im September 2008 hat Großbritannien offiziell Scharia-Gerichte für Zivilverfahren eingeführt und die Durchsetzung ihrer Entscheidungen im Rahmen des (englischen) Rechtssystems autorisiert. Laut Auskunft des briti-

* Anm. d. Übers. Hier geht es um die gnostische Lehre des Marcion (gest. 160), in der Gott sich spaltet - in den alten Gott Israels und einen neuen Gott, den Jesus vertritt, allerdings nicht in klassisch christlicher Manier. Marcion nimmt den Gottmenschen aus der Trinität heraus und weist ihn als Propheten eines „Fremdengottes" aus, als einen Allverkünder, der den „kommenden Gott" einer jeden Weltauslegung predigt. Mithin passt er perfekt in die anonyme Selbstbezüglichkeit des Luhmannschen Prozessgottes, der nun den Übergang vom verbrauchten Altgott zum neuen Allah bewerkstelligt und sich dabei sogar explizit den Fremden öffnet. Marcions Gott ist damit auch der Gott der Eliten, nämlich eine alchemiehaltige Kraft, welche die herrschenden Weltlenker erleuchtet, die globale Migration in die richtigen Erdteile zu schleusen und die Wahrheiten der realen Religionen korrekt zu mischen. Er ist die göttliche Passform, der sakrale Katalysator, der die jeweils machtgünstige Religionsvariante dienstbar machen und auch heute die geldnormierte Gottesfusion islamverträglich sichern kann (vgl. Einl. 3.).

sehen Professors Anthony Glees, Direktor der Brunei-Universität, haben acht Universitäten, Oxford und Cambridge inklusive, seit 1995 Sponsorengelder von mehr als 233 Millionen Pfund (über 400 Millionen US-Dollar) aus Saudi- oder sonstigen Muslim-Quellen erhalten. Zudem verwandelte Gordon Brown London in die westliche Drehscheibe für Scharia-Finanzierungen.[27]

Das in Großbritannien wie auch in anderen EU-Ländern etablierte Konzept, muslimischen Vertretern die Aufgabe zu übertragen, ihre Glaubensgenossen zur Folgsamkeit gegenüber den nationalen Gesetzen zu zwingen, legt die Annahme nahe, dass nur die Autorität von Muslimen das Gesetz legitimieren kann. Im Umkehrschluss bestätigt dieser Transfer von Macht auf Muslime zur Ausübung über andere Muslime (Immigranten) eine der Hauptregeln des Dhimmitums, nach der nämlich kein Ungläubiger Macht über Muslime ausüben darf.

Die Blasphemie, deren Begrifflichkeit durch die offizielle Zulassung der Scharia aktualisiert wird, sichert bei Muslimen wie auch Ungläubigen die Überzeugung, dass sie, wenn dieses Verbrechens beschuldigt, verfolgt und auch getötet werden. Diese Gefahr zwingt nicht nur Politiker, unabhängig von ihrer Religion, erhebliche Nachteile auf privater, beruflicher und sozialer Ebene in Kauf zu nehmen, wenn sie es ablehnen, sich den Vorschriften des Dhimmitums - nun auch von den eigenen Ministern verordnet - zu unterwerfen. Heute erscheinen diese Freidenker als Helden einer Freiheit, die in vom Multikulturalismus zunehmend ausgehöhlten Gesellschaften zum Absterben verurteilt ist.

Der Fall des Geert Wilders, Mitglied des niederländischen Parlaments und Führer der Freiheitspartei (PVV), ist kennzeichnend für diese Situation. Eine jordanische Gruppe, die sich „Der Gesandte Allahs vereint uns" nennt, erreichte seine Verurteilung durch ein jordanisches Gericht, das sein Erscheinen innerhalb von 15 Tagen anordnete. Eine Weigerung würde das Ersuchen um einen internationalen Haftbefehl der Interpol nach sich ziehen - eine neue Politik, die in den legalen Djihad einführt und als „Rechtstarif' *(lawfare*) bezeichnet werden kann. Eine Person, die im eigenen Land rechtskonform lebt, aber gegen eine in einem anderen Land geltende Scharia-Vorschrift verstößt, kann mithin als Rechtsbrecher verurteilt werden. Das Risiko der Auslieferung einer (westrechtlich - d. Übers.) unschuldigen Person an ein islamisches Land, das ihn/sie nach Scharia-Kriterien für schuldig befunden hat, beendet die Freiheit der Ortswahl und macht das Reisen zu einer gefährlichen Angelegenheit. Aufgrund dieser unangenehmen Sachlage befinden sich Muslime, die Modernität und Demokratie vor-

[27] *Melanie Phillips,* Daily Mail, 10. November 2008.

ziehen und in die europäische Gesellschaft integriert sind, in einer besonders gefährdeten Position.

Am 21. Januar 2009 ordnete ein niederländisches Gericht die Eröffnung eines Verfahrens gegen Geert Wilders an, der wegen seines Films *Fitna* (arab. = Sünde, Aufruhr - d. Übers.) der Beleidigung des Islam angeklagt wurde. Dieses Vorgehen, das durch OIC-Druck auf niederländische Geschäftskreise zustande kam, beseitigt die Meinungsfreiheit, da jedwede Rede irgendeinen Muslim irgendwo stören und gerichtliche Maßnahmen auslösen kann. Solche Schranken für Grundfreiheiten, deren Opfer in Europa, ob Muslim oder nicht, an Zahl zunehmen, bezeugen den offiziellen Import von Scharia-Vorschriften in die Länder des Kontinents

Während die Verteidiger der Verfassungsrechte verfolgt und mit dem Tode bedroht werden, empfahl Jet Bussemaker, niederländischer Gesundheitsminister und Mitglied der Arbeitspartei, der Rolle der Muslime bei der Befreiung Hollands im Zweiten Weltkrieg mehr Aufmerksamkeit zu widmen.[28] Martin Bosma, Abgeordneter der Freiheitspartei, erklärt diese Vorstellung mit dem Wunsch, die Gunst muslimischer Wähler zu erringen, wenngleich sie der historischen Realität widerspricht. Denn die Bewunderung für Hitler und die Nazi-Ideologie in den islamischen Kolonien Europas, die bis heute anhält, war einer der Gründe für die Abweisung jüdischer Flüchtlinge.[29]

Bussemaker schlug vor, die Rolle der Minderheiten im Zweiten Weltkrieg in die Schulbücher und Lehrerausbildung aufzunehmen. Er war der Meinung, dass das den Schülern vermittelte Wissen deren Integration erleichtern würde, was Bosma zufolge eine Frage „der multikulturellen, historischen Fälschung" ist. Könnte sich demnach nicht auch die EU zu Lehrzwecken Artikel 16 und 22 der Kairoer Deklaration (1990) aneignen - bestätigt von OIC und ISESCO - die Kultur und Religion verknüpfen und alle wissenschaftlichen, literarischen, künstlerischen und technologischen Kenntnisse und Meinungen verbieten, die der Scharia zuwider laufen?

In einigen Schulen mit muslimischer Schülermehrheit verzichten die Lehrer auf die Vermittlung der Shoah und anderer Inhalte, die als „europäischer Unterricht" auf die Verachtung und Feindseligkeit der Muslime stoßen - eine Situation, die zum Normalzustand an vielen europäischen Schulen gerät. Muslimische Schüler von ausländischen Eltern diktieren also die schu-

[28] Den Haag, 5. Mai 2008, www.nisnews.nl.

[29] *André Chouraqi,* La condition juridique de l'Israelite marocain, Vorwort *René Cassin* (Paris: Presse du Livres Français, 1950); *David G. Littman,* ‚Jews under Muslim Rule II, Morocco 1903-1912", Wiener Library Bulletin, Vol. 29, No. 37-38 (1976), 3-19; *Paul B. Fenton/David G. Littman* (Hrsg.), L'exil au Maghreb. La condition juive sous l'Islam, 1148-1912 (Paris: Pups-Sorbonne 2010).

lische Erziehung in Bezug auf eine europäische Tragödie von globaler Dimension. Immerhin hat sie die Konzeption und Annahme der UN-Konvention zur Vorbeugung und Bestrafung von Verbrechen des Völkermords (9. Dezember 1948) sowie einen Tag später auch der Universalen Deklaration der Menschenrechte bestimmt.

Frank Furedi, Professor für Soziologie an der britischen Kent Universität weist darauf hin, dass einige dänische Schulen jüdische Schüler unter dem Vorwand ablehnen, dass sie die muslimischen Schüler „aufregen".[30] Universitäten und Lehrkräfte, die es wagen, eine Bresche in die Dogmenfront der OIC zu schlagen, werden oft von ihren Kollegen zurechtgewiesen. In Frankreich machte Sylvain Gouguenheim, Professor für Geschichte an der Ecole Normale Supérieure (ENS) in Lyon seine einschlägigen Erfahrungen, als er eine wissenschaftliche Studie über den Transfer der griechischen Kultur über griechische und lateinische Kanäle im Mittelalter veröffentlichte. Dieses hoch spezialisierte und unstrittige Gebiet verwandelte sich in ein bösartiges Schlachtfeld, weil seine Forschung der muslimischen Version widersprach, die darauf beharrt, dass die gesamte griechische Wissenschaft ausschließlich von Muslimen nach Westeuropa vermittelt worden sei. Heute aber ist Vielfalt der Meinungen fast identisch mit Blasphemie, und objektive Information wird des Rassismus verdächtigt, während sich jüdisch-christliche und humanistische Werte sowie die nationalen und kulturellen Identitäten Europas in Fremdenfeindlichkeit verwandeln.

Im September 2008 wurde eine kleine Demonstration - „Stoppt die Islamisierung Europas" - in Köln auf Geheiß des Bürgermeisters unter Einsatz überdimensionierter Polizeikräfte gewaltsam aufgelöst. Im Januar 2009 litten fast alle Hauptstädte Europas unter massiven Hassdemonstrationen, die sich dank der palästinensischen Insignien kompletter Straflosigkeit erfreuten. Zahllose Demonstranten, primär muslimische Einwanderer, die von den EU-OIC-Netzwerken und -Pressekadern organisiert und alimentiert werden, verbrannten israelische Flaggen und brüllten Aufforderungen zum Völkermord, um im Namen Palästinas den Hass gegen Israel und die Juden weiter zu schüren.

Als Israel die Hamas-Banden neutralisierte, die seine Dörfer über sieben Jahre unaufhörlich bombardiert hatten, wobei die Tunnel für den Waffentransport unter Häusern und Schulen fortwährend weiter ausgebaut wurden, demonstrierte ganz Europa für das Recht auf Terrorismus und gegen das Recht auf Selbstverteidigung. Es wurden Synagogen angegriffen, Fenster eingeschlagen, Aufrufe zu Boykotten und Rassismus skandiert, jüdische Schüler aus Schulen vertrieben (Dänemark). Ebenso wurde von der deut-

[30] *Frank Furedi,* „Giving Voice to Anti-Semitism", The Australian, 15. Januar 2009.

sehen Polizei eine israelische Fahne aus einer Privatwohnung konfisziert, was darauf hindeutet, dass sich die vornehmen Prinzipien der universalen Menschenrechte in Europa zu einer Fata Morgana verflüchtigen könnten. In Rom, Bologna und Mailand leiteten die Imame die Gebete immenser Muslim-Massen auf öffentlichen Plätzen, an denen zuweilen auch Kathedralen standen. Im Zentrum Londons unweit vom St. James Palast flohen Polizisten vor muslimischen Horden, die sie mit Wurfgeschossen und Beleidigungen bearbeiteten: „Lauf, verdufte, Feigling, Ungläubiger". Europaweit erschallten die Kampfrufe der Eroberer - „Allahu Akbar" (Allah ist der Größte) und „Tod für Israel".

Mit der Demonstration der Stärke durch das Kalifat und dessen Vertretung, die Hamas, war vor den Augen der entsetzten Europäer die Palästinisierung ihres Kontinents zur unbestreitbaren Tatsache geworden. Als einzige Ausnahme von diesem Pöbel traten in Rom hundert Parlamentarier dem Hasstrend entgegen und schlossen sich einer großen Menge an, die mit zahllosen Israelfahnen Zeugnis gegen das Töten und für das Recht auf Leben ablegte. Die Ukraine folgte diesem Beispiel.

Unter dem Druck des Kalifats plagte die westliche Presse die Öffentlichkeit mit der Frage, die offenbar von unübersteigbarer Bedeutung für die ganze Menschheit war: Würde Obama Israel den Wölfen in den Rachen werfen? Konnte dieses winzige Volk, Objekt der Verfolgung durch Christentum und Islam, immer noch die Freiheit gegen Sklaverei bezeugen, den Geist gegen Barbarei, den Mut gegen Kriechertum? Würde Obama Israel unter Druck setzen? Diese brennende Frage erregt die westliche Presse und die ganze Welt, während zahllose Menschen leiden - an Hunger, Krieg, Terrorismus, Armut und Krankheit, insbesondere in den weiten Gebieten, die vom Djihad heimgesucht und kolonisiert wurden.

Die Netzwerke der Allianz der Zivilisationen, ISESCO und Anna-Lindh-Stiftung, die allesamt der UNO und OIC angegliedert sind, formulieren weiterhin gewissenhaft ihre Anklagen gegen Israel. Dagegen haben EU und UN nach 1988 weder die Mordcharta der Hamas gerügt, die die Menschenrechte mit Füßen tritt, noch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit acht Jahren mit pausenlosem Raketenbeschuss der israelischen Dörfer und Städte ablaufen. Sie werden straffrei von Gazanern begangen, die die Hamas gewählt haben, weil sie mit deren Charta und Politik einverstanden sind. Im Gegensatz zu ihrem opferfixierten Anspruch sind freilich die Palästinenser, die von der OIC, deren 56 Staaten und der EU unterstützt werden, keineswegs Opfer, sondern für ihre Wahl voll verantwortlich.

Während man die palästinensischen Hassdemonstrationen in ihren Hauptstädten zelebrierte, entdeckten die bestürzten Europäer die nicht wieder gut zu machende Aushöhlung ihrer Grundfreiheiten, die Unterwanderung der

Menschenrechte und den abstoßenden Import eines rassistischen, antisemitischen Nazi-Barbarismus in ihre eigenen Länder. Sie realisierten den Verrat ihrer Regierungen, die nicht fähig waren, den Schutz der nationalen Sicherheit sowie der verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte zu gewährleisten, und die den Feind in ihren eigenen Mitbürgern sehen.

Die globalistischen und pazifistischen Trends in Eurabien lassen sich derzeit an der demokratischen US-Administration unter Präsident Barack Hussein Obama ablesen. Die Politik der Selbstüberbietung im Engagement für die Muslimwelt und in der Unterstützung der UN-Weltordnung kam in einer Broschüre zum Ausdruck mit dem Titel *Kurswechsel: Eine neue Richtung für die US-Beziehungen zur Welt des Islam,* die 2007 und 2008 herausgegeben wurde. Für einen Europäer, der sich in der Verzichtspolitik der EU auskennt, barg die Obama-Politik keinerlei Überraschungen. Westliche Schuld, Abbitte, Schmeichelei, Tributzahlung, Immigration der offenen Tür sowie Anti-Zionismus/Anti-Semitismus gehören sämtlich zum Arsenal des Dhimmitums. Der OIC-Einfluss läßt sich leicht in Obamas Ansprachen an die Muslimwelt erkennen, zum Beispiel in der Al-Azhar-Rede vom 4. Juni 2009:

> Wir werden die Austauschprogramme im Bildungsbereich ausweiten und die Stipendien aufstocken, wie das, welches meinen Vater nach Amerika brachte, und zugleich mehr Amerikaner zum Studium in der muslimischen Gesellschaft ermutigen. Wir werden Medizinpraktika in Amerika für begabte, muslimische Studenten finden, weltweit ins Online-Lernen für Lehrer und Kinder investieren, so dass ein Teenager in Kansas jederzeit mit einem Teenager in Kairo kommunizieren kann. Für Wissenschaft und Technologie werden wir einen neuen Fonds auflegen, der die technologische Entwicklung in mehrheitlich muslimischen Ländern fördert und Hilfestellung leistet beim Knowhow-Transfer in den Wettbewerbsmarkt, damit sie Arbeitsplätze schaffen können. Wir werden daher Zentren für die wissenschaftliche Exzellenz in Afrika, Nahost und Südostasien eröffnen.

Wie gesehen, stimmen eben diese Vorschläge mit den Empfehlungen der Allianz der Zivilisationen überein. Ihnen folgte auch der *International Professional Exchange Act von 2010,* unter dem Vorsitz von John Kerry (Demokrat aus Massachusetts), des Chairman des Senatskomitees für Außenbeziehungen. Das Gesetz plante ein berufstechnisches Austauschprogramm zwischen den USA und einigen Ländern mit Muslim-Mehrheit, das die Karriereplanung und interkulturelle Verständigung für Berufstätige im jüngeren bis mittleren Laufbahnalter unterstützen sollte. In seiner Grußadresse zum Ramadan 2009 beschwor Obama die Rolle des Islam in der „Förderung von Gerechtigkeit, Fortschritt, Toleranz und der Würde aller Menschen".

7. Schluss

Bei der Niederschrift dieser Studie wurde ich an eine Frage erinnert, die mich 25 Jahre zuvor erheblich beunruhigt hatte, als ich mich mit Recherchen für mein Buch über *Les Chrétientés d'Orient entre jihad et dhimmitude* beschäftigte (1991).[31] Wie brachen eigentlich die christlichen Staaten und Völker zusammen, von denen einige sogar über mächtige Armeen und die reichsten Kulturen ihrer Zeit verfügten, als sie mit dem Ansturm des Djihad und Dhimmitums vom 7. bis 15. Jahrhundert konfrontiert wurden? Diese Frage brauche ich mir nicht mehr zu stellen, denn ich habe sehen können, dass sich der Verfallsprozess, den ich zuvor in den Dokumenten alter Chroniken untersucht hatte, nun auch im heutigen Europa vollzieht. Unter meinen Augen wiederholte die Gegenwart, was die Analyse der Vergangenheit ergab.

In der Tat ruft die derzeitige Situation Erinnerungen an die Zeit wach, die den islamischen Eroberungen folgte. Indem man die christlichen Amtsträger in ihren Positionen beließ, wurde der Anschein von Kontinuität aufrechterhalten. Hinter ihnen als einer Art Machtvorhang konnte die Islamisierung jede Schicht der überwundenen Gesellschaften durchdringen. Im Lauf der Zeit enthüllte jedoch der Kollaps des Sozialgebäudes die wahre Rolle dieser Minister, deren Aufgabe es war, ihrem Volk - unter Androhung der Todesstrafe bei Widerstand - die Vorschriften des Kalifats aufzuzwingen. Mir fehlte dabei ein essentielles Glied in der Entwicklungskette: die Motive von Menschen, die sie im Chaos der Ereignisse auf einem unerschütterlichen Kurs, auf einem unbeirrbaren Weg zu einem ultimativen Ziel halten. Dieses Glied offenbart sich derzeit in einer Mischung aus Furcht, Feigheit, Korruption, Hass und kurzfristigem Ehrgeiz, die Europa nun schon vierzig Jahre lang auf der Straße nach Eurabien führt, einer Interimsphase in einem eher noch tiefer reichenden Wandel.

Gibt es eine Moral in dieser Geschichte? Für jüdisch-christliche Gesellschaften ist die Antwort positiv, weil deren spirituelles Fundament, die Bibel, jedem Menschen Freiheit und Würde garantiert sowie auch deren natürliche Folge: Verantwortlichkeit. Indem die biblische Bedeutung von Gut und Böse jeden Aspekt des Christentums durchdrungen hat, kann es seinen Hass auf Israel ebenso wenig überleben wie die Einnahme von Gift. Folgerichtig arbeitet Europa an der Ablehnung der Hebräischen Bibel, während es zugleich seine Islamisierung betreibt. So erwies sich die Loyalität zu den Ursprüngen als eine Art Nachhut-Kampf heroischer Widerständler. Unter

[31] Ins Englische übersetzt als The Decline of Eastern Christianity under Islam, 1996; ins Deutsche als Der Niedergang des Christentums unter dem Islam (Gräfelfing 2005), s.a. Anm. 217.

dem Druck der Regierungen schlossen sich die Kirchen der palästinensischen Häresie an, die vom *Sabil*-Zentrum für Ökumenische Befreiungstheologie gepredigt wird. Sie bekennt sich zu einem islamisierten, marcionitischen Christentum, das nicht nur die biblischen Wurzeln beseitigt, sondern das jüdische Volk auch seines zeitlosen Erbes beraubt hat. Dies ist nun an die Palästinenser übertragen, an ein „arabisches Palästina", wobei die Kirche kein Neues Israel mehr werden kann - eine Bewegung, die als Waffe der OIC heute den Mainstream in Europa antreibt. Von seinen Wurzeln abgeschnitten, kann das Christentum nun vom Islam beansprucht werden, was auch die Sendung des Jerusalemer Sab//-Zentrums und der Ostkirchen zu sein scheint.

Neben dem Hasskult gegen Israel und die Bibel lassen sich weitere Kräfte in der Auflösung Europas ausmachen. Dennoch erscheint dieser Aspekt als eines der wesentlichen Elemente im Europa-OIC-Bündnis, weil das Verschwinden Israels die essentielle Voraussetzung für die OIC-Eroberung des christlichen Westens ist. Israel wurde aus der Befreiung von Mann und Frau aus der Sklaverei geboren, und ihre neue Freiheit brachte die moralische Verantwortung hervor, deren Merkmale seit der Antike wesensgleich mit der Bedeutung von Israel sind. Die Abkehr und hasserfüllte Trennung von diesem Freiheitsgeist öffnete zum einen den Weg zum Dhimmitum, wie ihn die arabischen Kirchen predigen, und zum anderen zur totalen Ablehnung der eigenen Identität, wie sie die Christen vollziehen. Dabei lieferte die faschistisch-nazistische Erneuerung des EU-OIC-Bündnisses die Substanz für den islamo-christlichen, palästinensischen Kult, der Israel ersetzen soll. Der Kampf gegen den Judenstaat, der sich intrinsisch aus der Palästina-Mission ergibt, schafft die Basis für die Aufrichtung Eurabiens. Diese Ideologie leugnet den Djihad und treibt die zerstörerischen Kräfte an, mit denen sich Europa moralisch und politisch islamisiert.

Es liegt auf der Hand, dass solche Entscheidungen, die in christlich fundierten Gesellschaften inzwischen endemisch geworden sind, unausweichlich zur Vernichtung der jüdisch-christlichen und aufklärerischen Wertvorstellungen führen.

Wie sich heute beobachten lässt, bedingen sie die Priorität der Knechtschaft vor Freiheit, die keinen Kompromiss hinsichtlich der individuellen Identität und Freiheit zulässt, es sei denn, man ist bereits Sklave oder … Dhimmi.

Europa hat offenbar den Kürzeren gezogen. Als Geisel des Israelhasses glaubt es seit den 1960er Jahren, den Frieden zu retten, indem es sich dem palästinensischen Terror ausliefert. Der Kontinent poliert die Instrumente der eigenen Unterwerfung auf, indem man behauptet, dass Terrorismus nicht durch die Militäroption besiegt wird, sondern nur durch Dialog und

multiplen Kulturalismus bzw. Lateralismus, jenes Patentinstrument des kommenden Kalifats. Man hat diese Werkzeuge effizient genutzt, um die Verzichtsstrategie zu rechtfertigen, Israels militärische Siege in politische Niederlagen zu verdrehen und dessen unversöhnlichen Feinden dabei zu helfen, den Konflikt am Leben zu erhalten.

Die Palästinisierung Europas hat inzwischen das Kalifat in die Städte getragen, wo es sich mit Leugnung der Gefahren und Verfälschung der Geschichte ständig weiter entwickelt. Es schreitet fort auf den goldenen Teppichen in den Korridoren des Dialogs, der Netzwerke der Allianzen und Partnerschaften, der Korruption ihrer Führer, Intellektuellen und NGO's, insbesondere bei den Vereinten Nationen. Das Kalifat in Europa ist voller Leben und Wachstum, indem es die Grundfreiheiten löscht, die Gedanken, Meinungen und Kultur kontrolliert, die demokratischen Gesetze mit Scharia und Fatwen sowie Selbstzensur und Furcht unterwandert - also mit den unzertrennlichen Komplizen des Dhimmitums.

Nachdem Europa ihm ein Sprungbrett in den Vereinten Nationen schuf, steht uns das universale Kalifat bevor, das nun wieder die politischen und religiösen Mächte zusammenführt. Es handelt als Schutzherr der Massen muslimischer Immigranten in der Welt und verlangt, dass sie fest verwurzelt bleiben in den islamischen Regeln des Koran und der Tradition und so den Gesetzen der Scharia folgen. Derweil sind die Europäer aufgefordert, ihre historisch gewachsenen, als Islamophobie verurteilten Werte und Identitäten preiszugeben. Allerdings beginnt sich in den Völkern Europas gedämpftes Murren zu regen, das den Verursachern dieser Situation ankündigt, dem Urteil der Geschichte nicht entgehen zu können.

Vorwort der englischen Ausgabe

Von *Michael Curtis*

Bat Ye'or, eine unabhängige Wissenschaftlerin, die keiner politischen oder ideologischen Gruppe, geschweige denn einer Partisanenorganisation angehört, hat über die letzten drei Jahrzehnte mit einem Strom von Büchern und Artikeln einen so einzigartigen wie herausfordernden Beitrag zur Diskussion über die historische und aktuelle Rolle des Islam in Europa und anderswo geleistet. Während ihrer Karriere als Autorin hat sie über diverse Themen geschrieben, aber ihre wohl wichtigsten Arbeiten befassen sich mit der Behandlung von Nichtmuslimen, den „Dhimmis", unter islamischer Herrschaft sowie mit der Natur und Stoßkraft dieser Machtform.

Ihre Schriften enthalten Kommentare von wissenschaftlichem Standard und so scharfe wie neuartige Beobachtungen; sie verknüpfen sich aber zugleich auch intensiv mit ihrem persönlichen Hintergrund. Hier geht es um die schmerzliche Geschichte einer jungen jüdischen Frau, die gezwungen wurde, ihre ägyptische Heimat zu verlassen, als die dortige jüdische Gemeinschaft nach 2.600 Jahren aufhörte zu existieren. Bat Ye'or schrieb eine Chronik dieser Gemeinde, die als eines ihrer frühen Bücher 1971 unter dem Titel *Les Juifs en Egypte* erschien.

Wenn Bat Ye'or ein bedeutender und mutiger Faktor in der Islamdiskussion war (und noch ist - d. Übers.), so trat sie immer auch als kontroverse und politisch unkorrekte Person auf, deren Werk von den konventionelleren Kritikern als zu geharnischt empfunden wurde. Man kann verstehen, dass nicht jeder mit ihren Aussagen, strikten Schlussfolgerungen und politischen Empfehlungen übereinstimmt, aber es steht ebenso fest, dass ihre Argumente und Analysen klar und unmissverständlich, zuweilen emphatisch vorgestellt werden, dabei aber mit exakten Anmerkungen, einer Fülle von genauen Daten und einem wissenschaftlichen Apparat ausgestattet sind. Im Zeitalter der politischen Korrektheit, in dem kritische Kommentare zum islamischen Verhalten in westlichen Ländern diversen Formen der Leugnung und Zensur und sogar persönlichen Angriffen (auf ihre Autoren - d. Übers.) ausgesetzt sind, ist es erfrischend, Bat Ye'ors gut formulierten, anregenden und nachdrücklichen Gedanken sowie ihre oft unmodischen Sichtweisen zu lesen. Auch wenn man mit ihnen nicht immer einverstanden ist, so ist es doch ersprießlich, sie aufzunehmen, zu überdenken und in näheren Betracht zu ziehen.

Ihre neuartige Methodik begann Bat Ye'or mit ihrem ersten wesentlichen Werk über *Le Dhimmi,* das 1980 erschien. In dieser und in weiteren Arbeiten untersucht sie die Texte islamischer Theologen und Juristen sowie die Berichte von Augenzeugen über die Behandlung ihrer nichtmuslimischen Landsleute in diversen islamischen Ländern, womit sie die Mainstream-Position vieler Wissenschaftler herausfordert. Einer von ihnen, Mark Cohen, stellt seine Position in einer Reihe von Schriften dar, speziell in seinem Buch *IJnder Crescent and Cross: The Jews in the Middle Ages.* Das generelle Argument Cohens und anderer lautet, dass die Nichtmuslime unter islamischer Herrschaft toleriert wurden, wenngleich in nicht gerade wohlwollender Weise. Man betrachtete sie als „geschützte Leute", deren Leben und Eigentum sowie kommunale Autonomie mit eigenen Führern und Richtern garantiert wurden, wobei sie ihre persönlichen und familiären Angelegenheiten nach eigenen Gesetzen regeln und ihre Religion relativ ungestört ausüben konnten. Obwohl man die Dhimmis in den Beziehungen zu Muslimen ungleich behandelte, wird oft behauptet, dass man mit Juden in muslimischen Ländern toleranter umging als in solchen unter christlicher Herrschaft. Die orthodoxe Lesart geht dahin, dass die Juden und Christen als Gegenleistung für den muslimischen „Schutz" ihren untergeordneten Status akzeptiert haben sollen, der mit Zweitklassigkeit der Menschen sowie mit ungleich höheren Steuern, Zöllen und Abgaben einher ging.

Im Gegensatz dazu nimmt Bat Ye'or, obwohl sie einräumt, dass es keine einheitliche Behandlung der Juden im Islam gab, die Gegebenheiten in einen negativeren Blick und folgert, dass es sich bei der Mainstream-Perspektive größtenteils um einen Mythos handelt. Ihr zufolge begann dieser Mythos im 19. Jahrhundert, als das osmanische Imperium, das sich selbst als tolerante Islamherrschaft ausgab, verkündete, das geeignetste Regime für die Beherrschung der Christen auf dem Balkan zu sein. Mit dem Quellenmaterial und dessen Analyse vertritt sie allerdings die Ansicht, dass die Lebensbedingungen der Juden generell von Unsicherheit, Demütigung und Unterwerfung unter ein repressives System gekennzeichnet waren. Indem sie die allgemein akzeptierte Lesart zurückwies, nach der die Juden in der islamischen Rechtsordnung tolerant behandelt wurden, machte sie den Begriff des „Dhimmitums" bekannt. Hier geht es um die institutionelle Unterwerfung von Nichtmuslimen und ihre Diskriminierung durch die gesamte Geschichte islamischer Macht, das Thema ihres bahnbrechenden Buches *Islam and Dhimmitude: Where Civilizations Collide* (2002).

Diese Unterwerfung, so Bat Ye'or, bedingt Angst und Unsicherheit der Nichtmuslime, deren Pflicht es ist, sich in ihre erniedrigte Existenz zu fügen. Sie betrachtet diesen Zustand als Ergebnis des islamischen Glaubens und Rechts, das auf das 8. Jahrhundert zurückgeht. Das Ganze fußt auf der

Doktrin und Jurisdiktion des Djihad, der als Kampf, Anstrengung und heiliger Krieg bezeichnet wird und sich aus drei Quellen speist: Koran, Hadith (Muhammad zugeschriebene Worte und Taten) und des Islamverkünders Biographie. Nach Bat Ye'or ist der Djihad von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der islamischen Länder und die Forderung, den Islam weltweit zu verbreiten, sei es friedlich oder mit Gewalt. Sie hebt die Pflicht der Muslime hervor, die Doktrin durchzusetzen, nach der das „Haus des Islam" (arab: *dar al-islam),* in dem das islamische Recht vorherrscht, das „Haus des Krieges" (arab.: *dar al-harb),* das die Länder des Unglaubens umfasst, überwinden soll.

Wichtiger und für heutige Leser relevanter als der historische Aspekt in Bat Ye'ors Argumentation ist wahrscheinlich ihre Aussage, dass der Status der Nichtmuslime sich nicht verändert hat und in den aktuellen Praktiken der Muslimländer offenbar wird, die nach wie vor von den Gesetzen der Scharia beseelt sind. Diese Praktiken unterscheiden sich qualitativ von den westlichen Konzepten der Menschenrechte und Gleichberechtigung. Ihre herausfordernde Schlussfolgerung lautet, dass das islamische Gewicht auf Scharia und Djihad sowohl impliziert als auch verlangt, ewigen Krieg gegen diejenigen zu führen, die sich dem Islam nicht unterwerfen.

Diesen Denkstrang wendet die Autorin nun auf die Gegenwart an, wobei sie Europa in den Mittelpunkt stellt. In ihrem vorangegangenen Buch - *Eurabia: The Euro-Arab Axis* (Madison N.J. 2005) - beginnt sie eine eingehende Untersuchung der komplizierten und intensiven Beziehung zwischen den Ländern der Europäischen Union und den arabischen Staaten, wobei sie den Begriff „Eurabia" als Kurzbeschreibung dieser Verbindung benutzt, um den wachsenden Einfluss des Islam auf Europas politisches und soziales Leben zu kennzeichnen. Auch andere mögen sich dieses Einflusses bewusst gewesen sein, doch war Bat Ye'or die erste, die sich wissenschaftlich mit dieser Beziehung beschäftigte und deren Details konkret darstellte. Diese begann 1973 als politische Realität mit informellen Bündnissen zwischen den seinerzeit neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft (später umbenannt in Europäische Union) und den arabischen Anrainern des Mittelmeers. Das Verhältnis wurde formeller, als man 1974 in Paris den Europäisch-Arabischen Dialog (EAD) sowie die Parlamentarische Assoziation für euro-arabische Kooperation gründete, die mit über 600 Mitgliedern der europäischen Parteien sowie arabischen Repräsentanten über eine Agenda der beidseitigen politischen Entwicklung beraten sollten.

Die hier erarbeiteten Vorschläge führten über speziell geschaffene diplomatische, parlamentarische und ökonomische Organisationen auf einer breiten Sachbasis zur europäisch-arabischen Kooperation bzw. Kollaboration: Handel, Medien, Kultur, Schulbücher, Jugendorganisationen, Tourismus,

Immigration und Außenpolitik. Diese Wechselwirkung war das Ergebnis einer Mischung aus wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Faktoren: das wechselseitige Interesse an der Ölversorgung, die arabischen Märkte, europäisches Interesse an der arabischen Industrieentwicklung, allgemeine politische Unterstützung der Palästinenser im Konflikt mit Israel, das sie überproportionaler Kritik unterziehen, und ein regelmäßiger Anti-Amerikanismus.

Im Zentrum von Bat Ye'ors Beweisführung steht ihre Kritik an der islamischen Präsenz und Propaganda in Europa sowie ihre Warnung vor deren schädlichem Einfluss und der daraus folgenden Unterwürfigkeit seitens einer erheblichen Zahl von Akteuren in Politik und Medien. Statt der erhofften Mäßigung des islamischen Extremismus bzw. der von manchen angenommenen Europäisierung des Islam erwartet sie eher die Islamisierung Europas, die sich in den aktuellen Denk- und Verhaltensweisen in Europa widerspiegelt. Weder unterzieht sie dabei den Charakter des Islam einer hygienischen Reinigung, noch verkleinert sie das Ausmaß der Beschönigung, das derzeit die europäischen Führungspersönlichkeiten mit der Unterwerfung unter islamische Interessen praktizieren.

Sollten sich diese Aktivitäten gleichgerichtet fortsetzen, würde als härteste Konsequenz der Bat-Ye'or-Linie anzunehmen sein, dass Europa an den Islam verloren wird. Für sie wandelt sich der Kontinent bereits in „Eurabien", ein Begriff, der erstmals Mitte der 1970er Jahre in einer französischen Publikation auftauchte, die sich für eine gemeinsame euro-arabische Politik und die europäische Unterstützung der arabischen Politik gegen Israel einsetzte. Mithin ist Eurabien der Feind Europas, wobei die Autorin auf die mehrheitlich ablehnende Haltung der Europäer verweist. Gleichwohl handelt es sich um eine Ideologie, die ein Bündnis zwischen der Europäischen Union (EU) und der arabischen Welt fördert, damit auch die Außen- und Sicherheitspolitik der EU erfasst und automatische Kritik an Israel auslöst. Die aktuelle Gefahr besteht darin, dass der Islam eine wachsende Stoßkraft auf das Leben in Europa ausübt und dies nicht nur im politischen Sektor, sondern auch mit der Einrichtung politkultureller Zentren in den europäischen Städten, über welche die Verbindungen der muslimischen Immigranten zu ihren Heimatländern aufrecht erhalten werden. Modische Konzepte des europäischen Multikulturalismus' haben dies mit der Empfehlung unterstützt, dass die Muslime sich nicht in die EU-Gesellschaften integrieren, sondern im Status von Teilnehmern an koexistierenden Parallelgemeinschaften verbleiben sollten.

Das nun vorliegende neue Buch - *Europe, Globalization and the Coming Universal Caliphate* - verlängert, aktualisiert und erweitert die zentrale Argumentation und Analyse des vorangehenden Werkes über *Eurabien.* Eu-

ropa wird nicht nur einfach unterdrückt und von islamischen Interessen und Machtbefugnissen verdrängt, sondern willigt auch fügsam in die eigene Erniedrigung ein. Die Autorin stellt fest, dass Europa seinen moralischen Kompass verloren hat, indem es in Zögern und Apathie verfällt, statt die Werte der liberalen Demokratie zu verteidigen, den wahren Charakter des islamischen Terrorismus zu erkennen und zu bekämpfen und sich mithin stärker für seine jüdisch-christliche Identität zu engagieren. Obwohl das neue Buch nicht gerade umfangreich ist, enthält es eine detaillierte Präsentation des Themas und eine Fülle genauer, nicht leicht zugänglicher Informationen über die Aussagen und Handlungsweisen sowie den politischen und diplomatischen Druck seitens der islamischen Organisationen und Aktivisten, deren ehrgeizige und unaufhörliche Vorschläge und Initiativen sowie nicht zuletzt die - mit wenigen Ausnahmen — überaus gleichgültige Reaktion der europäischen Führungsebenen, Medien und maßgeblichen Gruppierungen.

Bat Ye'or beschreibt die diversen Methoden der islamischen Körperschaften, die darauf abzielen, dem Westen und speziell Europa die islamischen Werte und Traditionen einzupflanzen, die zunehmend wachsende Immigration in die EU weiter zu vervielfältigen und letztendlich die ultimative Konversion Europas in den islamischen Wirkungskreis zu erreichen. In diesem Kontext erläutert sie, auf welchen Wegen die Globalisierung und deren Konzepte - Multikulturalismus und Relativismus - die Islamisierung in wachsendem Maße vorangebracht haben. Sie entwickelt herausfordernde Passagen über die islamische Herabwürdigung von Juden und Christen sowie die Bedrohung Israels durch den Islam.

Ebenso weist sie erfreulich deutlich darauf hin, dass die Muslime ihren Kritikern absichtlich eine geistige Verfasstheit zuschreiben, die sie „Islamophobie" nennen.

Insofern erscheint Bat Ye'ors Bild der gegenwärtigen Zustände noch erfreulicher (im Sinne eines Tabubruchs - d. Üb.). Die EU hat eine umfangreiche, weiter wachsende Zuwanderung in ihre Länder zugelassen sowie massive Subventionen für die Mittelmeer-Union und die von ihr unterstützte Palästinensische Autonomiebehörde (PA) verfügbar gemacht. Die Autorin weist auf die Bedeutung hin, die die Gründung des Dialogs zwischen Völkern und Zivilisationen der euro-mediterranen Zone (2003) hat, zumal dieser Dialog von einer eigens zur Stärkung von Gegenseitigkeit und Solidarität eingerichteten Stiftung durchgesetzt wird. Dabei hat die EU keinerlei (offizielle - d. Üb.) Kenntnis von der prominenten Rolle der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) genommen, einer politischen und religiösen Institution, die 56 Länder, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und eine nominelle Gemeinde von weltweit 1.3 Milliarden Gläubigen vertritt.

Mithin sieht Bat Ye'or in der OIC den Versuch zur Restauration des Kalifats, das aus den Nachfolgekämpfen nach Muhammads Tod im Jahre 632 hervorging und im Mittelalter die oberste Instanz des islamischen Imperiums war, die Spitze von Religion und Staat. Sie betrachtet daher das angestrebte neue Kalifat als oberste Kontrollautorität, die von den islamischen Kultur- und Wertvorstellungen unter dem Recht der Scharia inspiriert ist, und die Islamisierung der ganzen Welt anvisiert. In umfassender Weise betreut die OIC die Angelegenheiten der muslimischen Immigranten in der EU und hat zu diesem Zweck eine Reihe von Mechanismen eingerichtet, die Allianz der Zivilisationen inklusive, die mit den europäischen Instanzen zusammenarbeiten.

Um Bat Ye'ors Werk bewerten zu können, sollte man es in den Kontext des aktuellen Geschehens stellen. Der Westen ist Zeuge und Ziel zahlreicher Angriffe auf Kritiker des Islam geworden, von Anschlägen auf die Freiheit der Meinung, Todesdrohungen und sogar Morden. Zu den schlimmeren Beispielen gehören die Ermordung Pim Fortuyns im Jahre 2002, der angeblich den Islam herabgewürdigt hatte, das Todesurteil von 1989 gegen den Schriftsteller Salman Rushdie, der es hatte an „Respekt" vor Muhammad fehlen lassen, die Verfolgung des Politikers Geert Wilders, der kritische Anmerkungen zum Islam und zum Koran gemacht hatte, die Ermordung des Filmproduzenten Theo van Gogh im Jahre 2004 und die Attacken auf die dänische Zeitung, die Karikaturen von Muhammad veröffentlicht hatte. Ebenso sind zu erwähnen die Absetzung der Berliner Inszenierung von Mozarts Oper *Idomeneo,* weil sie eine Szene enthielt, in der man das abgetrennte Haupt Muhammads vorzeigte, die Selbstzensur der Presseagenturen Reuters und Associated Press, die es ablehnten, die Attentäter des 11. September „Terroristen" zu nennen, und schließlich die Annahme von Resolutionen in der UNO und anderen internationalen Institutionen, welche die „Diffamierung der Religion" ächteten, um Kritik am Islam zu verhindern.

Bat Ye'ors Werk erlangt also beachtlichen, zeitgenössischen Wert, weil der Westen es nun mit der Gefahr des Djihad und der Furcht vor dem Dhimmitum zu tun bekommt. Im Grunde genommen ist ihr Buch ein Aufruf zur Gegenwehr, weil sie die westliche Kultur in Gefahr sieht, in einer Gefahr, die viele Westler nicht wirklich verstehen. Sie warnt davor, dass wenn der Islamisierungsprozess Europas andauert, die USA herausgefordert würden durch das Auftauchen eines euro-arabisehen Kontinents, der sich mit der Muslimwelt verknüpft und über erhebliche politische und wirtschaftliche Macht verfügt. Selbst wenn sie ihr Anliegen zuweilen übertrieben ausdrückt, so lassen sich ihre Aufrichtigkeit, ihr intellektueller Mut und ihre sorgfaltige wissenschaftliche Arbeitsweise keineswegs bestreiten. Ihre

kritische Wahrnehmung eines traditionell mythischen Denkens sowie einer Mentalität der Verweigerung und Apathie verweist darauf, dass es den Verantwortlichen an Gefahrenbewusstsein mangelt. Es ist ratsam, Bat Ye'ors Argument zu überdenken, dass sich Menschen an destruktive Mythen klammern, als ob sie allein ihr Überleben garantieren könnten, während sie aber faktisch ihren Weg in den Untergang ebnen.

Michael Curtis

Professor em. für Politikwissenschaft,
Rutgers University,
New Brunswick N.J. (USA)

Nachwort zum Text und zur Autorin

Von *Hans-Peter Raddatz*

Diverse, letztlich zwingende Umstände haben dazu geführt, nicht der normalen Prozedur zu folgen, nämlich der ursprünglichen Absicht, die deutsche Übersetzung des *Kommenden Kalifats* aus dem französischen Original anzufertigen (*Le spectre du califat hante l'Europe*), sondern statt dessen die englische Version zugrunde zu legen. Damit waren textliche Ungenauigkeiten in Kauf zu nehmen, die sich aus dem Umwegeffekt erwarten ließen, aber auch in der Entstehung der englischen Version liegen. Hier waren zwei Personen beteiligt, die offenbar weder das Französische, noch das Englische so beherrschen, dass es ihnen möglich gewesen wäre, fehlende Kenntnisse in den Spezialitäten der französischen Sprache durch einen souveränen Umgang mit den idiomatischen Möglichkeiten des Englischen auszugleichen.

Dieses Manko kam erst *ex post* zum Vorschein, weil, wie die Autorin selbst bedauert, ihre Aufmerksamkeit zur gleichen Zeit von den Übersetzungen ins Italienische und Hebräische abgelenkt wurde. Das Ergebnis präsentiert sich als ein recht spröder Text, dem auch ein externes Urteil eine gewisse Ungelenkigkeit bescheinigte, was ein kritisches Licht auf das Lektorat des amerikanischen Verlages wirft. Darauf deutet die häufige Inkonsistenz der Zeitenfolge sowohl zwischen als auch in den Sätzen und auch ein mangelndes Verständnis der Zeitformen des französischen Verbs hin. In die gleiche Richtung weist der Befund, dass ein zuweilen unenglischer Satzbau die Folge einer zu engen Orientierung an der Syntax des französischen Originals sein, aber auch in der Natur der Sache liegen konnte. Wichtig ist hier der Befund der *Prosopopoie,* der Personifizierung von Abstraktem („das Projekt schlägt vor"), die im Umgang der Autorin mit vielen Konferenzen und Zitaten aus offiziellen Resolutionen und deren Beamtensprache zwar nicht immer vermeidbar ist, aber den Fluss des Textes hemmen und ihm zuweilen einen etwas hölzernen Anstrich geben kann.

Wenngleich Michael Curtis' leichter Kritik an Bat Ye'ors Neigung zu prononcierten Wertungen zuzustimmen ist (s.o. S. 200), so muss zugleich betont werden, dass es bei all diesen Gegebenheiten um eher formale Kriterien geht, die keinen wesentlichen Einfluss auf die von der Autorin angestrebte und durchweg belegte Eindringlichkeit der Information haben. Ihre Botschaften sind so gravierend und die geschilderten Begleitumstände so

monströs, dass die Tragweite und Korrektheit ihres Essays nicht zu bezweifeln ist. Dies befreite indes nicht von der Notwendigkeit, im Interesse eben dieser Botschaft kurze Hinweise in den Text zu stellen bzw. mit Kursivierungen und Anführungszeichen bestimmte, möglicherweise missverständliche Bedeutungen und Nuancierungen zu präzisieren. Gleiches gilt für Anmerkungen des Übersetzers, die den meisten Lesern unbekannte, von der Autorin nicht erklärte, aber für das Verständnis nützliche Begriffe und Sachverhalte darlegen und mit Asterisken von der Nummerierung der laufenden Fußnoten abgesetzt sind. Hinzu kommen gelegentliche, im Text fehlende Querverweise, die wichtige Aspekte in Erinnerung rufen und die Orientierung des Lesers in der enormen Vielzahl der interkulturellen Konferenzen und Resolutionen unterstützen. Ebenso wurde ein brauchbares Inhaltsverzeichnis erforderlich, das sich in der englischen Vorlage auf die Überschriften der fünf Kapitel beschränkt. Nicht zuletzt war bei Quellenangaben der Schrifttypus im Original von normal/kursiv für Autor/Titel auf die verlagsübliche Konstellation kursiv/normal umzustellen. Sämtliche Zusätze wurden mit der Autorin abgestimmt, um ihren Intentionen zu entsprechen und die verlagsinterne Prüfung insgesamt zu erleichtern.

Da es sich um eine hochbrisante, machtrelevante Thematik handelt, ist es bei der Übersetzung hilfreich, sowohl über die fremdsprachliche als auch die erforderliche, wissenschaftliche Expertise zu verfügen. Und dies nicht nur für den orientalistischen Fachbereich, sondern auch den komplexen akademischen Diskurs, der zwischen Philosophie, Soziologie, Ideologie, Ökonomie und Politik schillert und sich weigert, die unbequemen Analysen des Bat-Ye'or-Werkes zur Kenntnis zu nehmen. Zudem besteht vorliegend breite Erfahrung im *Kulturdialog* in Presse, Rundfunk, Fernsehen sowie Podien, Vorträgen, Symposien, um die Materialien und Zusammenhänge angemessen einzuordnen und sachgerecht zu formulieren. Hinzu kommt langjährige Erfahrung im Umgang mit elitären Kreisen in Orient und Okzident - speziell im Bank- und Militärbereich welche die Einschätzung der Autorin hinsichtlich der Islam-Nazi-Tradition und des muslimisch dominierten Wandels in Europa bestätigt. Bestimmte Fragen, die sich aus unklaren Sachverhalten ergaben und in der englischen Version - den Essaycharakter des Buches nutzend - mit Verlegenheitsphrasen überspielt werden, ließen sich zunächst im Abgleich mit dem französischen Original, in jedem Falle aber zuverlässig in der direkten Abstimmung mit der Autorin klären.

Dies gibt Gelegenheit, Bat Ye'or für die sachlich und persönlich jederzeit konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Der Übersetzer hat die Autorin als hoch gebildete und kosmopolitisch geprägte Persönlichkeit kennen gelernt, der die Freiheitstradition der jüdisch-christlichen Kultur Europas sowie die Selbstbestimmung des individuellen Menschen und demokratischen Staates wichtig sind. Als Konsequenz ergibt sich nicht nur für sie das un-

verzichtbare Überleben Israels in Frieden und Freiheit, das die europäische Zukunft beeinflussen wird, sondern auch für David Littman, dem sie dieses Buch widmet. Vor seinem Tod im Mai 2012 hatte er ihr als UNO-Spezialist für die Juden unter islamischer Herrschaft immer wieder auch wichtige Dokumente zugänglich gemacht. Das ungewöhnliche Paar wurde nicht nur durch zahlreiche Bücher und Vorträge, sondern schon 1961 durch die Evakuierung von 530 jüdischen Kindern bekannt, die es aus Marokko nach Israel schleuste. Präsident Shimon Peres bedankte sich 27 Jahre später: „Diese Zeremonie kommt spät, aber nicht zu spät für die bewegende Erfahrung, Ihnen im Namen der Nation unsere Anerkennung für Ihre unvergessliche Rettungstat, ihre Kühnheit, Klugheit und Entschlossenheit unter schwierigen Umständen auszusprechen."

Bibliographie

Allgemein

Alliance des civilisations? Controverses, no. 9, November 2008, Editions de l'Eclat, Paris: 2008.

Archeld, Ray: UE-Israël: nouveau chapitre, Guysen International News http://www.guysen.com/articles.php?sid=8724.

Al-Banna, Hassan: IkhwanWeb - Cairo, Egypt, To What Do We Invite Humanity?, http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=804&LevelID=1&SectionID=117 (accessed September 19, 2010).

Bat Ye'or: The Decline of Eastern Christianity under Islam. From jihad to Dhimmitude, pref. by Jacques Ellul, AUP, Cranburry, NJ, 1996.

- Islam and Dhimmitude. Where Civilizations Collide. Fairleigh Dickinson University Press, 2002.

- Le dialogue Euro-Arabe et la naissance d'Eurabia. Observatoire du monde juif, Bulletin n°4/5, dec. 2002, pp. 44-55. Translated into English as „The Euro-Arab Dialogue and The Birth of Eurabia", at http://www.dhimmitude.org/d_today_eurabia.html (Zugriff 19. September 2010).

- Eurabia: the Euro-Arab Axis. Fairleigh Dickinson University Press, 2005.

Blair, Tony: Faith and Globalization. An Alliance of Values. International Herald Tribune, Dec. 19, 2008. p. 8.

Bôle-Richard, Michel: Le pari israélien de l'Union européenne. Le Monde.fr, 12/20/08.

Bostom, Andrew G. (Hrsg.): The Legacy of Islamic Antisemitism, from Sacred Texts to Solemn History, pref. by Ibn Warraq, Prometheus Books, New York: 2008.

Bourdeillette, Jean: Pour Israël. Seghers, Paris 1968.

Bourrinet, Jacques (Hrsg.), Le Dialogue Euro-Arabe, Economica, Paris 1979.

Bulletin de la Ligue Arabe. Centre d'Informations Arabes, Geneva.

Cahier de Chaillot, Vol. V, no. 75, Brüssel, 25.-26. März, 2004.

Caroll, James: Onward, Christian Zionists. International Herald Tribune, August 26, 2010.

Cazzullo, Aldo. Corriere délia Sera, July 8, 2008.

Changing Course. A New Direction for U.S. Relations with the Muslim World. Report of the Leadership Group on U.S. Muslim Engagement. U.S.-Muslim Engagement Project, Washington, D.C. Cambridge MA, 2008, 2009.

Chouraqui, André: La condition juridique de l'Israélite marocain, Vorwort von René Cassin, Presses du Livre Français, Paris 1950.

Coudron, Stephanie: Terrorism phrase book to put officials on guard. The Times, London, 4/2/08.

Cuppers, s. a. *Mailman.*

Curtis, Michael (Hrsg.): Orientalism and Islam. Cambridge University Press, Cambridge, 2009.

Diène, Doudou: Reports to the UN General Assembly on September 20, 2006 and August 21, 2007. A/HRC/2/3, 20. Sept. 2006 und A/HRC/6/6, 21. Aug. 2007. Report to the Council on Human Rights vom 20. Februar 2008, A/HRC/7/19. Report on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia, and on the manifestations of defamation of religions and in particular the serious impact of Islamophobia on the enjoyment of all rights ... 2. September 2008. A/HRC/9/12.

Documents d'Actualité Internationale, Direction de la Documentation française, Ministère des Affaires Etrangères, Paris.

Donadio, Rachel: Pope highlights plight of Christians in Mideast. International Herald Tribune, June 7, 2010.

Durie, Mark: The Third Choice, Islam, Dhimmitude and Freedom. Vorwort von Bat Ye'or. Deror Book, 2010, Australia.

Enyo, Anatomie d'un désastre, l'Occident, l'islam et la guerre au XXIe siècle, S. 238, Denoël, Paris, 2009.

Erdem, Suna: Recep Tayyip Erdogan threatens to expel 100,000 illegal Armenians. The Times on line, 18. März 2010, London (Zugriff 9. April 2010).

EURO-ARAB DIALOGUE. The relations between the two cultures. Acts of the Hamburg symposium. April 11th to 15th 1983. Englische Version herausgegeben von Derek Hopwood, London, Sydney, Dover (New Hampshire): Croom Helm, 1983.

Fasanella, Giovanni/*Priore,* Rosario: Intrigo Internazionale. Chiarelettere, Mailand 2010.

Fenton, Paul *B./Littman,* David G. (Hrsg.): L'exil au Maghreb.La condition juive sous l'Islam - 1148-1912. Pups-Sorbonne, Paris, 2010.

Frattini, Davide. Corriere della Sera, August 14, 2008.

Furedi, Frank: Giving voice to anti-Semitism. The Australian, January 15, 2009 http://www.theaustralian.news.com.au/story/0,25197,24913868-7583,00.html.

Ganz, Menahem. Israel News, 08/17/2008.

Ginsberg, Roy H.: The European Union in International Politics: Baptism by Fire. Rowman and Littlefield publishers, Maryland, 2001.

Glick, Caroline B.: The Ironies of the West's Collusion with the Arabs and Iran, 7/10/2008, http://www.jewishworldreview.com/1008/glickl00708.php3 (Zugriff 20. September 2010).

Groupe d'études sur le Moyen Orient, n° 80, December 1979, Geneva.

Haaretz.com, June 21, 2008.

El-Hudaibi, Mohammad Ma'mun: The Principles of the Muslim Brotherhood, http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=813&LevelID=2&SectionID= 116 (accessed May 3, 2009).

Ibn Warrak: Defending the West: A Critique of Edward Said's Orientalism. Prometheus Books, Amherst/New York, 2007.

Ihsanoglu, Ekmeleddin: Ansprache S. E. Prof. Ekmeleddin Ihsanoglu, Generalsekretär der OIC an die Islamische Konferenz anläßlich der Ersten Internationalen Konefrenz der OIC zum Thema „Challenging Stereotypes in Europe and the Islamic World: Working Together for Constructive Policies and Partnerships", Wilton Park Conference Center - London, 2. Mai 2006. http://www.wiltonpark/ organization/uk/documents/conferences/WPS)6-27/pdfs/WPS06-27.pdf.

- Speech … at the Eleventh Session of the Islamic Summit Conference, Dakar - Republic of Senegal, 13-14 March, 2008. http://www.oic-oci.org/isll/english/ SG-speech-sum.pdf.

- Copenhagen Meeting. 22 October 2008. http://www.oic-oci.org/topic_detail.asp? t_id= 1548&x_key= (accessed May 3, 2009).

International Herald Tribune, July 16, 2010.

International Islamic News Agency. „ISESCO/UNESCO: ISESCO fordert die UNESCO zu Maßnahmen gegen Israel auf, um dessen Verfälschung der islamischen Geschichte zu beenden" - 3. März 2010. http://www.iina.me/english/ news.php?go=fullnews&newsid=105.

Jihad Watch: Expansion of Israeli settlements … legt die zionistischen Pläne zur Judaisierung Ost-Jerusalems offen - http://www.jihadwatch.org/2010/03/expansion-of-israeli-settlementsshows-the-zionist-plans-to-accelerate-judaization-of-east-jerusalem.html.

Johnson, Ian: A Mosque in Munich. Nazis, the CIA, and the Rise of the Muslim Brotherhood in the West. Houghton Mifflin Harcourt, New York 2010.

The Koran, übers, mit Anmerkungen von Nfessim] Jfoseph] Dawood, Penguin Books, 1987, N.Y. first ed. 1956.

Kramer, Andrew E.: For Iraqi Christians, Money Bought Survival, nytimes.com, June 26, 2008.

Kiintzel, Matthias: ‚Islamophobia' or ‚Truthophobia'? - Berlin's anti-Semitism center is going astray (Berlins Antisemitismus-Zentrum auf Abwegen). The Wall Street Journal, Dec 7, 2008.

Laske, Karl: Le banquier noir. François Genoud, Seuil, Paris: 1996.

Le Temps, Geneva, May 24, 2007. Kommentar zum Bericht der Amnesty International 2007.

Littman, David G.: Jews under Muslim Rule, II: Morocco 1903-1912. Wiener Library Bulletin, vol. 29, n. 37-38, 1976, pp. 3-19.

- UN Human Rights Council: Any mention of the word ,shari'a' is now taboo. June 19, 2008, http://www.jihadwatch.org/archives/021461.php.

Littman, David G*JFenton,* Paul B.: L'exil au Maghreb.La condition juive sous l'Islam - 1148-1912. Pups-Sorbonne, Paris 2010.

Al-Makdisi, Elias/Soloman, Sam: Al-Yahud: The Islamic Doctrine of Enmity & the Jews. Advancing Native Missions, P.O. Box 5303, Charlottesville, VA 22905, 2010.

Mailman, Klaus-Michael/Cuppers, Martin: Nazi Palestine - The Plans for the Extermination of the Jews in Palestine. Enigma books, New York 2010.

MEMRI. Discussion on Al-Jazeera: The Arab Rulers, http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/826.htm.

Merad, Ali: Le califat, une autorité pour l'islam? [The Caliphate, an authority for Islam?]. Desclée de Brower, Paris 2008.

NGO Monitor. November 26, 2009.

- Israeli Apartheid Week 2010: NGO Involvement, http://www.ngo-monitor.org/article/israeli_apartheid_week_ngo_involvement (accessed October 6, 2010).

Nugent, Neill: The Government and Politics of the European Union. Palgrave Macmillan, UK, 2003.

PAEAC. 1974-1994.

Péan, Pierre: L'Extrémiste, François Genoud, de Hitler à Carlos. Fayard, Paris 1996.

Perlez, Jane/*Schmitt,* Eric/*Mazetti,* Marc: Pakistan raids camp of Kashmir militants, But Lashkar-e-Taiba has thrived with Islamabad's backing. International Herald Tribune, 9 Dec. 2008.

Phillips, Melanie: Fortune Takes Britain Hostage. Daily Mail, November 10, 2008.

Priore, s.a. *Fasanella.*

Prodi, Romano: Sharing stability and prosperity. Tempus MEDA Regional Conference - Bibliotheca Alexandrina, Alexandria, 13 October 2003. http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/03/458&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

Rauffer, Xavier: La Nébuleuse: le terrorisme du Moyen-Orient. Fayard, Paris: 1987.

Roy, Olivier/Vaisse, Justin: The Muslims and us. How to win Islam over. International Herald Tribune, Dec. 23, 2008.

Said, Edward: Orientalism. Routledge & Kegan Paul, London, 1978.

Schoefthaler, Traugott.: The First Steps of Establishing the Anna Lindh Euro-Mediterranean Foundation for the Dialogue between Cultures. Beitrag zum IEMED

Mediterranean Jahrbuch 2004. http://www.iemed.org/documents/lindhstepsang.pdf.

Seibert, Thomas: Enmity with Islam ‚crime against humanity'. The National, Sept. 17, 2008. http://www.thenational.ae/article/20080916/FOREIGN/253853817/1011/NEWS&Profile=1011.

Shariah. The Threat to America, The Center for Security Policy, 2010.

Solana, Javier: The European Security Strategy - The Next Steps? *Cahier de Chaillot,* Vol. V, no. 75, Sécurité et Défense de TUE, Textes fondamentaux, 2004. Institut d'Etudes de Sécurité, Union européenne, February 2005, Paris.

Solomon, Sam/a/ *Maqdisi,* E.: Al Hijra, the Islamic Doctrine of Immigration.- Accepting freedom or imposing Islam? - Pilcrow Press, 2009, www.pilcrow press.com.

Spencer, Robert: Stealth Jihad. How Radical Islam is subverting America without Guns or Bombs, Regnery, Washington DC: 2008.

Steinberg, Gerald M.: Europe's Hidden Hand. EU Funding for Political NGOs in the Arab-Israeli Conflict. Analyzing Processes and Impact. NGO Monitor Monograph series. April 2008.

Tibi, Bassam: „War and Peace in Islam" in Islamic Political Ethics. Civil Society, Pluralism, and Conflict, herausgegeben von Sohail H. Hashmi, mit einem Vorwort von Jack Miles, Princeton University Press, 2002.

Today's Zaman. Ankara to propose joint NATO-OIC conference in talks with Rasmussen. 28. August 2009. http://www.todayszaman.com/tz-web/news-185374-ankara-to-propose-joint-nato-oic-conference-in-talks-with-rasmussen.html (accessed October 6, 2010).

Védrine, Hubert: To Paris, U.S. Looks Like a „Hyperpower". International Herald Tribune. February 5, 1999. http://www.nytimes.com/1999/02/05/news/05iht-france.t_0.html (accessed September 21, 2010.

Waterfield, Bruno: Don't Confuse Terrorism with Islam, says EU. Telegraph.co.uk, 31/03/2007. http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/1547133/Dont-confuse-terrorism-with-Islam-says-EU.html (accessed September 21, 2010).

World Council of Churches: Kairos Palestine, formuliert von palästinensischen Theologen und veröffentlicht in Bethlehem am 11. December 2009 durch den Weltkirchenrat, Genf., und online gestellt von Menahem Macina, 02/22/2010, http://www.debriefing.org/30011 .html.

EG/EU-Dokumente

Joint Resolution of the Nine countries of the EEC (Gemeinsamer Beschluss der Gemeinschaft der Neun), Brüssel, 6. November 1973. http://www.ena.lu/joint_statement_governments_eec_november_1973-020002394.html (Zugriff 6. October 2010).

Declaration of the Nine (Erklärung der Neun), London 29. Juni 1977. http://aei.pitt.edu/1410/01/Londonjune_1977.pdf (Zugriff 6. October 2010).

Venice Declaration (Erklärung von Venedig), Juni 1980. http://domino.un.org/unispal.nsf/fd807e46661 e3689852570d00069e918/fefO 15e8b 1 a 1 e5a685256d810059d922?OpenDocument (Zugriff 6. October 2010).

Council of Europe, Parliamentary Assembly (Parlamentarische Versammlung des Europarats), Beratungen der Versammlung am 19. September 1991 (11. Sitzung) - siehe Doc. 6497, report of the Committee on Culture and Education, Berichterstatter Mr. de Puig), Strassburg, 1992.

Official Journal of the European Communities, „Common Strategy of the European Council of 19 June 2000 on the Mediterranean Region (2000/458/CFSP)." http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/mediterranean_partner_countries/r15002_en.htm (accessed October 6, 2010).

A Union Of Values, Endfassung verabschiedet vom XIV EPP-Kongress, Berlin, Januar 2001, www.euractiv.com/en/culture/dialogue-islam-key-parteuropean-intercultural-year/article-169403.

Council of Europe Parliamentary Assembly. Recommandation 1590 - Empfehlung der Pari. Vers, des Europarats (2003) - „Cultural co-operation between Europe and the south Mediterranean countries." Text angenommen von der Versammlung am 28. Januar 2003 (3. Sitzung), http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta03/EREC 1590.htm (Zugriff 6. Oktober 2010).

Council of Europe Parliamentary Assembly. „Cultural co-operation between Europe and the south Mediterranean countries" - Bericht der Kommission vom 8. November 2002, über Kultur, Wissenschaft und Bildung, vorgestellt vom Berichterstatter der spanischen Sozialisten, Lluis Maria de Puig. http://assembly.coe.int/Mainf.asp?link=/Documents/WorkingDocs/Doc02/EDOC9626.htm (Zugriff 6. Oktober 2010).

Communication from the Commission to the Council and the European Parliament, „The European Union and the United Nations: The Choice of Multilateralism", Brussels, 10/9/2003 [COM(2003) 526 final - Nicht veröffentlicht im Offiziellen Journal], http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0526:FIN:EN:DOC (Zugriff 21. September 2010).

Dialogue Between Peoples and Cultures in the Euro-Mediterranean Area. Report by the *High-Level Advisory Group*, gegründet auf Initiative des Präidenten der EU-Kommission (2004). http://www.iemed.org/documents/lindhgroupen.pdf (Zugriff 6. Oktober 2010).

A Secure Europe in a Better World: European Security Strategy, Brüssel, 12 December 2003, S. 3. http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/78367.pdf (accessed September 20, 2010).

Euro-Mediterranean Parliamentary Assembly (EMPA) Meeting in Kairo 12.-15. März 2005. - http://www.europarl.europa.eu/intcoop/empa/plenary_sessions/cairo_2005/cairo_03_05_final_declaration_en.pdf.

European Commission. Proposal for a decision of the European Parliament and of the Council concerning the European Year of Intercultural Dialogue - (Vorschlag zur Entscheidung von EU-Ministerrat und -Parlament über das Europäi-

sehe Jahr des Interkulturellen Dialogs - 2008). [SEC(2005) aaaa] http://ec.europa.eu/culture/portal/events/pdf/proposal_en.pdf.

Council of Europe, 2005 Ordinary Session (Fourth part), Report Twenty-seventh sitting, 4. Oktober 2005. http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/Records/2005/E/0510041500E.htm#7 (Zugriff 21. September 2010).

Decision No. 1983/2006/EC of the European Parliament and of the Council of December 18, 2006 concerning the European Year of Intercultural Dialogue (2008), Official Journal of the European Union, 30/12/2006, L 412/44 - L 412/50.

Council of the European Union, Partial Declassification - Annex. 6 June, 2007. http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/07/st05/st05469-re03ex01.en07.pdf (September 21, 2010).

European Parliament, Parliamentary Questions - Reply, September 27, 2007. - (Fragestunde des Europäischen Parlaments) http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2007-3587&language=EN (Zugriff 21. September 2010).

„European Commission launches PEGASE - a new mechanism to support the Palestinian people." http://europa-eu-un.org/articles/es/article_7681_es.htm.

Parliamentary Assembly of the Council of Europe … Resolution 1605 (2008). European Muslim communities faced with extremism (Europäische Muslime mit Extremismus kondrontiert) - Text von der Versammlung angenommen am 15. April 2008 (13. Sitzung).

Med Union: Empa Asks Foreign Ministers For More Powers (Ansamed) - Brüssel, 13. Oktober 2008.

Les institutions communes aux trois piliers - La Commission des Communautés européennes (Die drei Säulen der EU-Institutionen gemäß der Kommission) - Siehe http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/europe_828/union-europeenne-monde_13399/politique-etrangere-securite-commune_851/fonctionnement-pesc_15060/les-institutions-communes-aux-trois-piliers_15061/commission-communautes-europeennes_40924.html (Zugriff 20. September 2010).

Guide de la PESC, Ministère des Affaires Etrangères, Paris. http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/IMG/pdf/pesc.pdf.

„Les Objectifs de la PESC". Ministère des Affaires Etrangères, Paris. http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/europe_828/union-europeenne-monde_13399/politique-etrangere-securite-commune_851/est-pesc_15055/les-objectifs-pesc_15102/les-objectifs-pesc_41284.html (Zugriff 20. September 2010).

A secure Europe in a better world - European security strategy (Ein sicheres Europa in einer besseren Welt - Europäische Sicherheitsstrategie), Brüssel, 12. December 2003 [nicht veröffentlicht im Offiziellen Journal], http://europa.eu/legislation_summaries/justice_freedom_security/fight_against_terrorism/r00004_en.htm (accessed September 21, 2010).

The History of the European Union, http://europa.eu/abc/history/index_en.htm.

Dokumente islamischer Organisationen

Report on Islamic Summit (Bericht über den Islamgipfel) im Rahmen der Islamischen Konferenz von London 1973.

Report on Islamic Summit 1974: Pakistan. Lahore, 22.-24. Februar, Karachi 1974.

Cairo Declaration on Human Rights in Islam Adopted and Issued at the Nineteenth Islamic Conference of Foreign Ministers in Cairo on August 5, 1990 (Bericht über die Kairoer Erklärung zu den Menschenrechten im Islam, verabschiedet von den Außenministern (der OIC) auf ihrer 19. Sitzung am 5. August 1990) - http://nifcon.anglicancommunion.org/work/declarations/cairo.cfm.

The Strategy for Islamic Cultural Action outside the Islamic World, (früherer Titel: Strategy of Islamic Cultural Action in the West). Angenommen von der 9. Islamischen Gipfelkonferenz in Doha/Qatar 2000. Veröffentlichungen dazu von der ISESCO - Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization, Rabat, Marokko, 1422H/2001 A.D. http://www.isesco.org.ma/english/strategy/documents/Strategy %20 West.pdf.

Protection of Islamic and Christian Holy Sites in Palestine. Veröffentlichungen von der ISESCO — Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization 1425H/2004 A.D. Durchführung der Konferenz ebenfalls von der ISESCO in Rabat, 7.-8. Juni 2002, organisiert.

Protection of Islamic and Christian Holy Sites in Palestine. (Schutz der heiligen Stätten des Islam und Christentums in Palästina) - Verhandlungsführung der Zweiten Internationalen Konferenz in Amman, November 23-25, 2004/1428H durch die ISESCO.

Final Recommendations approved by the Commission of the OCI of Eminent Personalities (C.E.P) at the 3rd Extraordinary Session of the Islamic Conference at the Summit of Makkah Al-Moukarramah - Kingdom of Saudi Arabia 5.-6. Dhoul Qaada 1426/7-8 December 2005. (Abschlusskommunique genehmigt von der OIC-Kommission der Eminenten Persönlichkeiten auf der 3. Außerordentlichen Sitzung der Islamkonferenz im Rahmen des Mekka-Gipfels vom 7.-8. Dezember 2005/5. - 6. Dhu'l-Qa'da 1426H).

ISESCO, Implementation Plan, 2007-2009.

OIC. „Resolutions on the cause of Palestine, The City of al-Qods Al-Sharif, and The Arab-Israeli Conflict, adopted by the Thirty-Fifth Session of the Council of Foreign Ministers (Session of Prosperity and Development) Kampala - Republic of Uganda 14-16 Jumadal Thani 1429H (18-20 June 2008)." OIC/CFM-35/2008/PAL/RES/FINAL. http://www.oic-oci.org/is 11 /english/SG-speech-sum.pdf (accessed May 3, 2009).

2nd Observatory Report on Islamophobia June 2008 to April 2009, issued at the 36th Council of Foreign Ministers, Damascus, Syrian Arab Republic, May 23-25, 2009, http://www.oic-un.org/document_report/Islamophobia_rep_May_23_25_2009.pdf.

„The Three-Year Action Plan and Budget for the Years 2010-2012." http://www.isesco.org.ma/english/actionPlan/action.php?idd=TDD_REF_ACT.

Arab Interparliamentary union (UIPA) Arab Inter-parliamentary Union - News, at http://www.arab-ipu.org/english/ (accessed September 19, 2010).

http://reveiI-des-consciences.over-blog.com/article-dr-said-ramadan-les-prieres-avant-le-pouvoir-37316496.html (accessed September 19, 2010).

Hassan Albanna, IkhwanWeb - Cairo, Egypt, To What Do We Invite Humanity,

- http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=804&LevelID= 1 &SectionID= 117 (accessed September 19, 2010).
- http://www.memriiwmp.org/content/en/report.htm?report=2877 (accessed September 19, 2010).
- http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/prep-docs.htm (accessed September 21, 2010).

The Third Extraordinary Session, Secretary General's Report, „New Vision for the Muslim World: Solidarity in Action", Presented at the Third Extraordinary Session of the Islamic Summit Conference, http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/sg-report.htm (accessed September 21, 2010).

Ten-Year Programme Of Action To Meet The Challenges Facing The Muslim Ummah In The 21st Century, http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/10-years-plan.htm (accessed September 21, 2010).

Final Communiqué of the Third Extraordinary Session of the Islamic Summit Conference - „Meeting the challenges of the 21st century, solidarity in action." http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/fc-exsumm-en.htm (accessed September 21, 2010).

Recommendations of the OIC Commission of Eminent Persons (C.E.P) Saudi Arabia, 5-6 Dhoul Qaada 1426/7-8 December 2005. http://www.oic-oci.org/ex-summit/english/em-persons-rep.htm (accessed September 21, 2010).

OIC, The Executive Committee Meetings, http://www.oic-oci.org/page_detail.asp?p_id=193 (accessed May 3, 2009).

Final Communiqué adopted by the First Ministerial Meeting of the Executive Committee of the Organization of the Islamic Conference (OIC Troikas) Jeddah - Kingdom Of Saudi Arabia, 15 Safar 1427h (15 March 2006). http://www.oic-oci.org/english/conf/exec/OIC%20TROIKAS%20-%20En.pdf § 7. (accessed September 21, 2010).

OIC, 11th session of the Islamic Summit Conference - Dakar Declaration, 13-14 March 2008. http://www.oic-oci.org/isl 1 /english/DAKAR-DEC-11SUMMIT-E.pdf (accessed September 21, 2010).

The Principles of the Muslim Brotherhood, http://www.ikhwanweb.com/Article.asp?ID=813&LevelID=2&SectionID= 116 (accessed May 3, 2009). http://www.oic-oci.org/isl 1/english/SG-speech-sum.pdf (viewd, May 3, 2009).

Resolutions on the cause of Palestine, The City of al-Qods Al-Sharif, and The Arab-Israeli Conflict, adopted by the Thirty-Fifth Session of the Council of Foreign

Ministers (Session of Prosperity and Development) Kampala - Republic of Uganda 14-16 Jumadal Thani 1429H (18-20 June 2008). http://www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35CFM-PAL-RES-FINAL.pdf (accessed May 3, 2009).

Oic/Cfm-35/2008/Pol/Res/Final, Resolutions on Political Affairs adopted by the Thirty-Fifth Session of the Council of Foreign Ministers (Session of Prosperity and Development) Kampala Republic of Uganda 14—16 Jumada Al-Thani 1429H (18-20 JUNE, 2008) Resolution No. 5/35-P on the Situation in Cyprus, pp. 15-18. http://www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35-CFM-%20RES-POL-FINAL.pdf (accessed May 3, 2009).

Resolution No. 6/35-P on the Aggression of the Republic of Armenia against the Republic of Azerbeijan. pp. 19-22. http://www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35-CFM- %20RES-POL-FINAL.pdf (accessed May 3, 2009).

Resolution No. 2/35-P on the Jammu and Kashmir Dispute, pp. 7-9. http://www.oic-oci.org/35cfm/english/res/35-CFM-%20RES-POL-FINAL.pdf (accessed May 3, 2009).

http://www.todayszarnan.com/tz-web/news-185374-ankara-to-propose-joint-nato-oic-conference-in-talks-with-rasmussen.html 28/8/2009.

UN-Organisationen

„Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and all forms of racial discrimination: Situation of Muslim and Arab populations in various regions of the world." Commission on Human Rights, United Nations, Geneva, E/CN.4/2006/17, February 13, 2006.

Alliance of Civilizations, Report of the High level Group, November 13, 2006, New York: United Nations, 2006, www.unAOC.org.

Alliance of Civilizations, Implementation Plan, 2007-2009, United Nations. Statement of H.E. Miguel D'Escoto Brockmann, President of the United Nations General Assembley, at the 57th Plenary Meeting on Agenda Item 16, The Question of Palestine: United Nations, New York, 24 Novewmber 2008. http://www.eyeontheun.org/assets/attachments/documents/7245_Brockmann_GA.pdf.

United Nations, Human Rights Council. OIC proposal against the defamation of religions, co-sponsored by Pakistan … March 25, 2010. United Nations, Human Rights Council, Geneva, A/HRC/13L.1, Thirteenth Session, Agenda item 9.

Diene, Doudou: Reports to the UN General Assembly on September 20, 2006 and August 21, 2007. A/HRC/2/3, 20. Sept. 2006 und A/HRC/6/6, 21. Aug. 2007. Report to the Council on Human Rights vom 20. Februar 2008, A/HRC/7/19. Report on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia, and on the manifestations of defamation of religions and in particular the serious impact of Islamophobia on the enjoyment of all rights … 2. September 2008. A/HRC/9/12.

Personenregister

Abbas, Abu 28, 151
Abdullah (Saudi Arabia) 180
Abdullah II (Jordanien) 116
Abraham (biblisch - s.a. *Ibrahim)* 10, 55, 91, 101, 129, 170 f., 186
Abulmagd, Ahmed Kamal 73 Anm. 20
Abu Sharif, Bassam 33
Adenauer, Konrad 17
Ahmad-i-Najad, Mahmud 181
Ahtissari, Martti 171
Amerikaner 85, 123, 125, 184, 191
Andreotti, Giulio 32, 72 A. 10
Animisten 101
Annan, Kofi 98, 171, 174, 178
Antisemiten 12
Apostaten 155, 181
Araber
- allgemein 38, 84, 85, 119, 120, 121, 123, 130, 155
- christlich 12
- palästinensisch 16, 84, 99, 104, 113, 120, 152
Arabische Liga 9, 14, 20, 21, 23, 41, 43, 62, 68, 72, 73, 83, 85, 98, 99, 106, 146, 153, 154, 162, 166
Arafat, Yasser 12, 18, 18 Anm. (Üb.), 23, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 35, 45, 155, 166
Armenier 46, 97, 99, 111, 144
Ashton, Catherine 157
Assyrer 46, 99
Atatürk 178
Aznar 85

Bahai 80, 155, 182
Al-Banna, Hassan 5, 6, 17
Al-Bashir, Omar 177, 181
Benedikt XVI. 126, 127
Berber 92, 149
Berlusconi, Silvio 152
Bin Laden, Usama 184
Blair, Tony 182, 183
Bokova, Irina 129
Bosma, Martin 188
Bostom, Andrew 24 Anm. 36
Bourdeillette, Jean 34, 161
Brandt, Willy 17
Brockmann, Miguel d'Escoto 174
Brown, Gordon 183, 187
Bush, George W. 12, 25, 26, 30, 40, 52, 100, 121, 122, 150, 181, 185
Bussemaker, Jet 188

Carter, Jimmy 171
Chebel, Malek 78 Anm. 20
Chirac, Jacques 52, 121, 151, 155, 183
Christen, Christentum
- allgemein 9, 12, 60, 94, 101, 115, 117, 118, 119, 128, 129, 147 Anm. (Üb.), 151, 160, 172, 180, 181, 184, 186, 190, 192
- im Islam 3 Anm. (Üb.), 10, 11, 12, 48, 55, 67, 92, 93, 102, 115, 127, 174, 193, 196, 199
  - arabisch 20, 79, 92
  - assyrisch 94
  - balkanisch 196
  - irakisch 20, 181
  - katholisch 126
  - koptisch 47
  - palästinensisch 20, 116, 126
Christenverfolgung 36, 92, 94, 127, 149, 160

Cohen, Mark 196
Cossiga, Francesco 32, 33, 154, 166
Costea, Dorn 95
Craxi, Bettino 32
Curtis, Michael 117 Anm. (Üb.), 195 ff.

Daniel (biblisch) 129
Davutoglu, Ahmet 66
Delors, Jacques 165
Deutsche, deutsch 17, 19, 73, 170, 192 Anm. 31, 202
Dhimmis, Dhimmitum 3 f., 5 f., 8, 10, 18 Anm. (Üb.), 20, 21, 39, 46, 62, 69, 72, 77, 83, 90, 103, 104, 105, 114, 126, 144, 145, 148, 157, 160, 162, 170, 174, 177, 180, 181, 186, 187, 191, 192, 193, 194
Dickopf, Paul 34
Diene, Doudou 87, 90, 91, 148
Djihadisten
- allgemein 38, 39
- palästinensisch 12, 13, 19, 23, 27, 30, 32, 33, 35, 38, 43, 47, 56, 58, 79, 82, 84, 87, 96, 104, 113, 114, 119, 121, 123, 126, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 171, 177, 180, 190, 193, 198

Eco, Umberto 78, Anm. 20
Eisenstadt, Samuel 78 Anm. 20
Al-Hudaybi, Mohammad Ma'mun 60
Erdogan, Recep T. 66, 86, 97, 144, 156, 160, 176, 177, 180, 206
EU-Kommissare 15, 151, 157, 162
Europäer 12, 13, 26, 38, 39, 43, 47, 49, 53, 61, 65, 77, 79, 80, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 95, 110, 114, 121, 123, 125, 130, 131, 152, 153, 167, 178, 179, 183, 190, 191, 194, 198

Fallon, William J. 144
Faschisten 16, 20, 31, 32, 115, 193
Fayyad, Salam 156
Fenton, Paul B. 188 Anm. 29
Ferrero-Waldner, Benita 156
Fortuyn, Pim 200
Frattini, Franco 151, 152, 155
Furedi, Frank 189 Anm. 30

Ganz, Menahem 189
Gaulle de, Charles 18 Anm. 17, 19, 20, 34, 161
Genoud, François 19 Anm. 20
Genscher, Hans-Dietrich 34, 73
Ginsberg, Roy H. 154 Anm. 20
Glees, Anthony 187
Globke, Hans 17
Gogh van, Theo 17
Goldstone, Richard 61
Gouguenheim, Sylvain 189
Griechen, griechisch 46, 47, 89 Anm. (Üb.), 99, 104, 111, 126, 154, 189

Habash, George 32
Hallstein, Walter 17
Hesekiel (biblisch) 129
Hindus 55, 92, 93, 149, 176
Hitler, Adolf 13, 16, 18, 19 Anm. 20, 157, 178, 188
Hussein, Saddam 26, 84, 101
Al-Husseini, Amin 5, 16, 18 Anm. (Üb.). 157

Ibrahim (koranisch), s. a. *Abraham* 170
Ihsanoglu, Ekmeleddin 46, 47, 48, 49, 50, 52, 60, 61, 64, 65, 73, 76, 77, 78 Anm. 19, 93, 105, 107, 124, 141, 148, 167, 169, 183, 185
Irak, irakisch 16, 20, 24, 26, 27, 36, 40, 46, 57, 85, 87, 94, 99, 111, 126, 129
Isa (koranischer Jesus), s.a. *Jesus* 10, 11, 12
Isaak (biblisch) 178

Islamisten 85, 86, 92
Ismael (koranisch) 170, 186

Jebusiten 120, 120 Anm. (Üb.)
Jesus (biblisch), s.a. *lsa* 10, 11, 12, 91, 94, 118, 136, 171, 186
Johnson, Ian 17, 17 Anm. 15
Jordanien, jordanisch 18 Anm. 17,23, 84, 96, 103, 119, 152, 153, 161, 164, 187
Juden
- allgemein 15, 60, 93, 94, 171
- europäisch 12, 13, 15, 18, 19, 19 Anm. 20, 28, 29, 30, 32, 33, 99, 111, 144, 147 Anm. (Üb.), 152, 153, 154, 155, 157, 180
- islamisch 3 Anm. (Üb.), 10, 11, 12, 16, 18 Anm. (Üb.), 45 Anm. (Üb.), 47, 48, 55, 67, 91, 92, 94, 96, 101, 105, 108, 111, 117 118, 126, 128, 136, 149, 159, 171, 181, 182, 196, 199, 204
- palästinensisch 27, 31, 34, 61, 79, 102, 108, 125, 129, 151, 159, 174, 189, 193

Kanaan, Abdallah 119, 123, 124
Kaschmir 52, 62, 63, 64, 104, 113, 175
Kassar, Wafiq 78 Anm. 20
Kendali, Raymond 34
Kerry, John 191
Khader, Bishara 78 Anm. 20
Ibn Khaldun 179
Khan, Irene 89
Kiesinger, Kurt Georg 17
Klibi, Chadli 153
Klinghoffer, Leon 33
Kurden 47, 92

Laske, Karl 34
Lindh, Anna (-Stiftung) 5, 47, 53, 64, 74, 76, 78, 83, 84, 98, 107, 118, 125 Anm. 49, 130, 148, 155, 160, 164 ff., 167 f., 190
Littman, David G„ 87 Anm. 27, 95 f., 96 Anm 37, 116 Anm. 36, 188 Anm. 29, 204, 206, 208

Macina, Menahem 209
Makue, Edwin 174
Matvejevic, Pedrag 78 Anm. 20
Maxima (Prinzessin der Niederlande) 85
Mayhew, Christopher 19
von Mende, Gerhard 16, 17
Merad, Ali 5, 178, 179
Merkel, Angela 136, 155
Mernissi, Fatima 87 Anm. 20
Montaron, Georges 18
Moro, Aldo 32, 33
Moses (biblisch) 10
Mottaki, Manoucher 127
Muhammad (Verkünder des Islam) 1, 4 Anm. 1, 9, 10, 46, 49, 62, 77, 85, 116, 119, 137, 172, 179, 197, 200
Muhammad VI (König von Marokko) 115
Muslimbruderschaft 5, 5 Anm. (Üb.), 6, 16, 17, 24, 60, 131, 133 f., 157, 172
Muslime
- allgemein 1,4-12, 20 f., 39 ff., 45 ff. 65 f., 69, 77, 79 ff., 82, 87, 90, 97, 102 f., 107 f., 112 f., 116, 118, 119, 121, 124 f., 127 ff., 137, 160, 166, 168 f., 171, 171 Anm. (Üb.), 172, 177, 178, 182, 188, 198 f., 199
- anti-jüdisch-amerikanisch 4 ff. 11 ff., 18 ff.
- amerikanisch 116, 118, 119, 121, 124, 141 ff., 183 ff., 191
- europäisch 9, 15 f., 39, 44 f., 77, 85 f., 90 f., 128, 132 f., 134, 137, 138, 146, 148 f., 162, 163, 165, 178, 182, 183 ff., 187, 190 f., 194, 203

- Immigranten 2, 23, 25, 26, 41, 48 ff., 55, 60 f., 66, 68 ff., 79, 88, 98, 108 ff., 128, 133, 134 ff., 139 ff., 170, 173, 175, 179, 187, 188 f., 198, **200**

Mussolini, Benito 13

Nazismus
- allg. 3,12,16,116,154,191
- Ex- 12, 16, 17, 20, 20 Anm. 21, 33 f., 52, 73 Anm. 13, 154
- Neo-/Islamo- 13, 17, 19, 20, 31, 34 f., 41, 78, 91 Anm. (Üb.), 92, 104 f., 117 Anm. (Üb.), 125, 157, 160, 162, 180, 186, 188, 193, 203

Nepote, Jean 34
Netanyahu, Benjamin 121
Nichtmuslime (s. a. Dhimmi) 3, 6 ff., 36, 45 f., 49 ff., 62, 67 f., 77, 79 f., 84, 88, 90, 92, 94, 96, 107, 109, 110 ff., 115, 136, 140, 142, 145, 170, 177, 182, 195 ff.
Nugent, Neill 161, 162

Obama, Barack Hussein 2, 13, 52, 55, 100, 108 Anm. 23, 121, 127, 144, 148, 160, 180, 184 f., 190, 191
Oberländer, Theodor 17
Offroy, Raymond 19
Osmanen 46

Palästinenser (s.a. Terroristen) 5, 12, 13, 15, 16, 18, 19, 19 Anm. 20, 21 ff., 27 Anm. (Üb.), 30-35, 37, 38, 40, 43, 47, 52, 58, 62, 73, 79, 82, 84 f., 87, 96, 99, 102 ff., 112, 113 f., 116, 117, 119, 121, 123, 125 ff., 149, 153-159, 164, 171, 174, 177, 180 Anm. (Üb.), 181, 186, 189 f., 193, 198 f.
Patten, Chris 15, 52, 155, 157
Pean, Pierre 19, 21, 34
Petain, Marschall 16
Priore, Rosario 32
Prodi, Romano 15, 26, 29 Anm. 33, 38, 43, 52, 72, 72 Anm. 10, 78, 79, 84, 121 Anm. 42, 151, 152, 155, 157, 167
Propheten
-biblische 10,81,108,116,117, 118, 129, 136, 174
- muslimische (s.a. Muhammad) 7, 8, 10, 12, 46, 57, 85, 94, 97, 108, 116, 118, 135, 170

Rahho, Paulos Faraj 181
Ramadan, Said 5, 17, 131
Ramadan, Tariq 5, 78 Anm. 20
Rasmussen, Anders Fogh 65 f.
Rettman, Andrew 157
Rosenberg, Alfred 16
Roy, Olivier 183 ff.
Rushdie, Salman 200

Said, Edward 21
Sampaio, Jorge 166
Sarkozy, Nicolas 37,110,155
Saudis 133, 175
Schoefthaler, Traugott 165 Anm. 7
Schröder, Gerhard 155
Schwimmer, Walter 71 f.
Serben 157
Shen, Faruk 78 Anm. 20
Sizer, Stephen 12
Skali, Fauzi 78 Anm. 20
Solana, Javier 29 Anm. 33, 30, 38, 42-44, 52, 73
Al-Subah, Adnan 117
Sünna, Sunniten 1, 4, 8, 11, 50, 60, 62, 77, 80, 95, 108, 111, 181, 185
Susskind-Weinberger, Simone 78 Anm. 20
Swann, Robert 19

Taliban 24
Terroristen (s.a. Palästinenser) 15, 19 Anm. 20, 31, 32, 33 f., 38,39, 52, 112, 154, 175, 176,181, 183, 184, 200

Tibi, Bassam 6, 89
Al-Tuhami, Mohammed Hassan 68
Türken 5, 17, 24, 62 f., 65, 66, 86, 97, 103, 136, 156, 157, 160, 176, 180
Tutu, Desmond 30, 56, 171, 178
Al-Tuwaydjiri, Abdulaziz Othman 116, 129

Vaisse, Justin 183 ff.

Wahhabiten 5, 5 Anm. (Üb.), 180
Waldheim, Kurt 154
Weizsäcker, Richard von 73
Wilders, Geert 187, 200

Zapatero. Jose 85, 86 Anm. 26, 98, 141
Zionismus, Zionisten 12, 18, 23, 55, 99, 117, 118, 119, 121, 122, 125, 149, 154

Ortsregister

Afghanistan 24, 40, 66, 111, 183
Afrika 4, 24, 26, 37, 47, 50, 92, 93, 96, 99, 103, 116, 145, 159, 162, 173, 179, 191
Ägypten 5, 17, 18 Anm. 17, 36, 45 Anm. (Üb.), 47, 87, 92, 126, 154, 155, 161, 164, 181, 183
Alexandria 9, 74, 78 Anm. 21, 126
Algerien 40, 164
Algier 98
Amerika
- Latein 54, 140, 177
- USA 1, 2, 6, 12, 13, 17, 18, 21, 23, 24, 26, 28, 34, 35, 38, 41, 42, 45, 73, 94, 100, 104, 110, 119, 121, 122, Anm. 45, 124, 144, 145, 150, 153, 154, 160, 166, 169, 171, 172, 179, 180, 184, 185, 191
Amman 115,116,118,157,212
Amsterdam 85
Andalusien 83, 149, 170
Ankara 65, 66
Arabien (s.a. Saudi-Arabien) 9, 10, 22, 41, 94, 103, 116
Arabische Länder, Staaten, Welt (s. a. muslimische bzw. OIC-Länder) 9, 13, 14, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 28, 31, 34, 35, 36, 38 f., 41, 43, 49, 68, 69, 73, 73 Anm. 13, 75, 78, 83, 84, 98, 99, 104, 105, 106, 113, 120, 121, 123, 124, 126, 138, 145, 146, 151, 152, 153, 162, 163, 174, 197, 198, 200
Armenien 8, 62, 63, 157, 170
Asien 24, 26, 55, 92, 99, 101, 103, 140, 173, 179, 191
Auschwitz 105, 114

Bagdad 9
Balkan 8, 16, 46, 55, 93, 99, 101, 104, 157, 160, 196
Belgien 19, 22, 136
Berlin 16, 45, 72, 73, 77, 152, 158, **200**
Bethlehem 11, 126, 129
Bilal-Ibn-Rabah-Moschee (Rachels Grab) 129
Bologna 32, 190
Bombay, s. Mumbai
Brüssel 19, 23 Anm. 25, 25, 37, 38, 42, 78
Byzantinische Gebiete 41, 93

China 54, 67, 109, 166
Christliche Länder und Staaten 58, 150, 170, 174, 192, 193

Dakar 46, 57, 58 f., 60, 65, 105, 109
Damaskus 97 Anm. 40, 141
Dänemark 19, 23, 57, 65, 189
Darfur 101, 177
Den Haag 85
Deutschland 17, 22, 31, 120, 136
Djidda 57, 73, 97, 178
Doha 69, 132, 212
Dublin 37, 83

Europa 1-6, 8, 9, 12-27, 30-35, 37-13, 47, 48, 49, 53, 57, 60, 62, 64, 65, 67-79, 83-90, 92, 96, 98-101, 103-106, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 119, 121, 123, 124, 127, 130-140, 142, 144-163, 165, 166, 168-171, 173, 176, 178, 179, 180, 183-186, 188, 189, 190, 192-195, 197-200, 203

Frankfurt 35
Frankreich 16, 19, 22, 31, 34, 35, 85, 110, 122, 151, 152, 153, 165, 183, 189

Galiläa 11, 102
Gaza 5, 23, 36, 56, 58, 61, 87, 96, 102, 126, 151, 156, 159, 170, 171, 174, 183
Genf 5, 18, 60, 86, 87
Griechenland 104, 131, 154
Großbritannien 18, 19, 23, 153, 183, 186, 187

Hamburg 17, 34, 73
Al-Haram al-Ibrahimi (Patriarchengrab von Machpelah) 129
Al-Haram-Moschee (Mekka) 120
Hebron 129
Hidjaz (Westarabien) 94
Holland, s. Niederlande

Indien 8, 52, 63, 64, 67, 96, 104, 109, 113, 166, 175, 176, 177, 184
Indonesien 47, 87, 181
Irak 16, 20, 36, 40, 46, 57, 85, 87, 99, 111, 126, 129, 181, 183, 185
Iran 87,96,126,127,183
Irland 19, 23, 153
Israel, israelisch 1, 4, 8-13, 15, 17-23, 25-32, 34, 25, 37-41, 45, 47, 49, 52, 56, 58, 61, 62, 73, 74, 77, 78, 79, 84, 85, 87, 88, 89, 92, 93, 96, 98, 99, 102-105, 108, 112-123, 125-130, 138, 144-147, 149-161, 164, 166, 170-174, 177-181, 183, 185, 186, 188, 189, 190, 192, 193, 194, 196-199
Istanbul 62, 72, 86
Italien, italienisch 19, 23, 31 ff., 72, 154, 155, 166, 202

Jammu 52, 63, 64
Japan 54, 67, 109, 185
Jericho 129
Jerusalem (s.a. Quds, al-) 5, 16, 58, 62, 96, 99, 102, 108 118 ff., 122, 123, 125 Anm. 49, 126, 127, 150, 153, 158, 159, 173, 180, 186, 207
Jordanien 18 Anm. 17, 84, 103, 119, 152, 153, 161, 164
Judäa 11, 58, 84, 99, 102, 151 ff.
Jugoslawien 16

Kairo (s.a. Kairoer Deklaration) 5, 16, 18, 25, 36, 45, 51, 72, 73, 80, 84, 88, 95, 108, 113, 140, 188, 191
Kampala 57, 61, 63 Anm. 76 ff., 150 151 Anm. 15
Kaschmir 52, 62, 63 f., 104, 113, 175
Kaukasus 99
Köln 189
Konstantinopel 129
Kopenhagen 64, 167, 183
Korea 54
Kuweit 24

Lahore 68, 162, 212
Libanon 16, 18, 20, 33, 36, 96, 102, 126, 164, 183
Libyen 183
London 53, 77, 106, 154, 162, 187, 190

Machpelah (Patriarchengrab) 129
Madrid 71, 77, 85, 98, 141, 154, 165
Maghreb 36, 87
Marokko 40, 116, 164, 204, 212
Mediterrane Region 13, 15, 25, 26, 27 Anm. 26, 35, 37, 41, 67, 74, 78, 79, 80, 83 f.
Mekka (bzw. Mekka-Gipfel) 5, 49, 53, 58, 59, 76 f., 85, 86, 94, 96, 101, 103, 107, 108, 111, 120, 138, 140, 144 f., 148 f., 150, 169, 170, 180, 186

Mittelmeer-Länder, -Gebiete 1, 18, 21, 24, 27, 28, 29, 35, 36, 38, 40, 41, 70, 75, 78, 107, 131, 146
Mumbai 150 f., 173, 174, 175 f., 184, 186
München 5, 17
Muslimische Länder, Gebiete, Welt 1, 4, 9, 11, 12, 26, 40, 45, 47, 49 Anm. 62, 50 f., 52 Anm. 65, 55, 59, 79, 80, 101, 102, 109, 113, 142, 165, 187, 191, 196

Nagorno-Karabakh 52, 63
Nazi-Deutschland, s. Deutschland
New York 60
Nichtmuslim-Länder 7 f., 49, 50, 51, 68, 69, 79, 90, 109, 111, 140, 142
Niederlande 22, 85, 125 Anm. 49, 136, 188
Nikosia 127

OIC-Länder (s. a. arabische bzw. muslimische Länder) 6, 25, 50, 54, 65, 96, 108, 109, 135, 144, 177
Osmanisches Reich 41, 46, 62, 69, 83, 99, 104, 157, 196

Pakistan 24, 40, 63, 96, 108, 175 f., 183, 184
Palästina 11, 18, 20, 23, 34, 36, 38, 39, 45, 57, 58, 61, 62, 84, 93, 103 f., 111, 116, 123, 127, 129, 130, 150-156, 158 f., 164, 172, 173, 178, 180, 183, 185, 189, 193
Paris 14, 19, 34, 42 Anm. 54, 71, 153, 161, 197
Portugal 93, 104

Qatar 57 Anm. 70
Quds al- (s.a. Jerusalem) 58, 61 f., 116, 118 f., 121, 122 f., 124 f., 150, 151, 173, 177 ff., 180

Rabat 115,116,118,140,212
Rachels Grab 129
Rom 32 f., 81, 82, 186, 190
Russland (s.a. Sowjetunion) 140, 158 Anm. (Üb.), 166

Samaria 11,58,84,99,102,151, 152, 153
Saudi-Arabien 4, 5, 57, 72, 87, 108, 148, 180, 183
Schweiz 96
Senegal 57 Anm. 70, 58
Serbien 24, 104
Sizilien 33, 104
Somalia 53, 183, 185
Spanien 8, 46, 55, 85, 93, 98, 101, 104, 136, 154, 166
Sudan 47, 99, 101, 174, 177, 183
Süden, Länder (s. a. muslimisch, mediterran) 1, 54, 55, 79, 101, 112, 148, 149, 164
Syrien 18 Anm. 17, 20, 36, 99, 126, 161, 164, 183

Tunesien 32, 164
Tunis 112, 146, 153
Türkei 46, 57, 65, 66, 85, 86, 86 Anm. 26, 87, 92, 97 f., 136, 164, 166, 171, 176

Uganda 61,63,64,151

West Bank 58, 151
Westen, der 1, 4, 12, 21, 24, 39, 45, 47, 49, 51, 55, 56, 64-70, 77 f., 80, 84, 86, 87. 91-95, 98, 99,101, 102, 106, 108, 109, 111, 112, 114, 118-125, 127, 128, 129, 132-135, 137, 138, 141, 142, 143, 145, 148, 149, 151, 163, 164, 166, 167 Anm. (Üb.), 168, 177, 179, 180, 182, 183, 184, 193, 199, 200

Register der Begriffe und Institutionen

Abrahams Weg 170 f.

Afrikanische Union 50

Allianz der Zivilisationen (AZ - s. a. Hochgradgruppe)

- Aktion 57, 64, 85, 98-101, 105, 106, 113, 117 f., 141, 144, 165-169, 190 f. 166 ff.
- Struktur 64, 66, 106, 110, 119, 130, 143, 148, 168-171, 178, 183, 200

Amnesty International (AI) 19, 89

ANAF (Arab/Non-Arab Fund) 19

Anna-Lindh-Stiftung (ALF - s. a. Hohe Beratergruppe) 5, 47, 53, 64, 74, 76, 78 f., 81, 83, 85, 98, 107, 118, 125 Anm. 49, 130, 148, 164, 165 Anm. 7, 167 f., 190

Antisemitismus

- Euro- (inkl. deutsch) 13, 17, 29 Anm. 30, 78, 86, 93 f., 105, 122, 146, 152, 161
- Arabo-Islamo- 9, 21, 79, 94 Anm. 36, 105, 147, 162

Arabisch-Interparlamentarische Union (AIPU) 21,22

Arabische Liga 41, 73, 85, 153, 166

ARADESC (Arab Research on Economic, Social and Cultural Rights) 128

Arabismus 23, 24

Association for World Education (AWE) 95

Außenminister (EU-OIC-Fusion) 34, 37, 38 Anm. 51, 46, 57, 61, 63, 64, 66, 72, 73, 73, Anm. 13, 74, 80, 83, 127, 141, 151 Anm. 15, 156, 157 f., 164, 176, 177

Außen- und Sicherheitspolitik (euro-arabisch) 1, 24, 27, 28, 30, 33, 35, 38, 44, 73 f., 157, 198

Al-Azhar-Universität 185, 191

Barcelona-Prozess 24, 35 ff., 69, 71, 84, 98, 130, 164, 167 (s.a. Euro-Mediterrane Partnerschaft; Mittelmeer-Politik; Mittelmeer-Union)

Britisches Mandat 16, 102, 104, 152, 153

Bundeskriminalamt (BKA, Deutschland) 34

Cambridge University 187

Center for Research in Islamic History, Art and Culture (IRCICA) 65

CIA 17, 24, 39, 175

Commercial Arab Bank 19 Anm. 20

Commission of Eminent Personalities (C.E.P.) 54 Anm. 68, 148 Anm. 11, 212, 213

Committee on Culture, Science and Education (CoE) 210

Common Foreign and Security Policy (CFSP) 1, 24, 27, 28, 30, 33, 35, 38, 44, 73 f., 157, 198 (s.a. Außen- und Sicherheitspolitik)

Common Strategy for the Mediterranean Region 27 Anm. 26, 210

Da'wa (isl. Missionspropaganda) 6, 45, 68, 71, 103, 109, 132, 135, 137, 138, 146, 149, 162, 173, 186

Dakar-Deklaration 213

Dänisches Zentrum for Kultur und Dialog 64 f.

Declaration on Human Rights in Islam, s. Kairoer Deklaration

Dialog (zwecks islamischer Dominanz)

- euro-arabisch (s.a. EAD) 14, 16, 19, 20, 22, 24, 35, 50, 69, 71 ff., 105 f., 124, 127, 130, 145 f., 153, 163, 167
- interkulturell 20, 34, 37, 67, 109, 135, 143, 150, 164, 168 f.
- politisch 15, 16, 21-26, 30, 31, 38, 43, 49, 78, 154, 155, 166, 197, 198, 200
- zivilisatorisch 14, 20, 78, 98, 100 f., 109, 128, 137 f., 141, 143, 165, 167

Al-Djazira (TV-Station) 125, 175

Djihad

- dialogisch palliative Funktion 39, 55, 58, 77, 80, 103, 104, 150, 160, 183, 190
- historisch korrekte Version 3-9, 22, 25, 39, 45, 47, 51. 62, 69, 93, 102, 104, 115, 163, 173, 178, 180, 182, 192, 197, 200
- ideologische Gewaltpraxis 22, 25, 37-40, 43, 52, 88, 89, 90, 93, 99, 104, 124, 141, 150, 171, 172, 174, 183, 185, 197
- politisch pragmatische Version 12, 23, 30, 35, 39, 40, 41, 86, 111, 113, 144, 145, 148, 149 ff., 157, 163 Anm. (Üb.), 175, 177, 187, 193

Djizya (Kopfsteuer auf Nichtmuslime) 7, 94, 181

EAD - Euro-Arabischer Dialog (EU-Institution - s.a. Dialog) 16, 20, 34 f., 145 f., 197

Eiders, s. Group of Eiders

Eurabien (Eurabia - Ziel des Kalifats) 5 Anm. 3, 13-16, 17, 18-21, 25, 26, 34, 41, 53, 79, 138, 145, 162, 166, 177, 180, 181, 191, 192, 193, 197, 198

EU-OIC-Netzwerke 12, 54, 57, 91 Anm. (Üb.) 131, 145, 148, 150, 156

Euro-Mediterrane Parlamentsversammlung (EMPA) 37, 38, 83, 130

Euro-Mediterrane Partnerschaft (EUROMED - s. a. Mittelmeer-Union, Barcelona Prozess) 35, 37, 74, 84, 161, 164

Europäisch-Arabischer Dialog (EAD - s.a. Dialog)

Europäische Union

- Europarat 22, 29, 30, 35, 37, 44, 48, 50, 60, 64, 65, 70, 71, 72, 74, 83, 131, 136, 139, 140, 146, 154, 162
- Kommission 15, 17, 19, 23, 26, 27-30, 38, 43, 44, 50, 71-77, 84, 110, 127, 130, 131, 146, 151, 155, 156, 157, 162, 165, 210, 211
- Ministerrat 15, 19, 22, 26, 27, 28, 29, 42, 43 Anm. 57, 48, 71, 75, 131, 211
- Parlament 20, 43 Anm. 57, 46, 71, 74, 75, 76, 107, 124, 136, 157

Europäischer Islamrat (Islamic Council of Europe) 68

Faschismus, faschistisch 3, 31, 72, 162, 193

Flottilla-Aktion 156 f.

Friedensprozess (Nahost) 12, 61, 144, 151, 155, 158, 158 Anm. (Üb.), 159

Genfer Konventionen 100, 153

Gerichtshof

- international 61, 105
- islamisch 176 f.

Group of Eiders 30,56,171

Hadith (isl. Tradition), 5 Anm. (Üb.) 120, 132 Anm. 2, 197

Hamas 5, 18. 56, 58, 61, 80, 96, 103, 126, 156, 157, 159, 174, 180, 189, 190

Hizbullah 18, 33, 96

Hochgradgruppe HGG (Allianz der Zivilisationen - High Level Group [HLG]) 98-101, 103, 106-109, 112, 113, 114, 170
Hohe Beratergruppe (Anna-Lindh-Stiftung - High Level Advisory Group) 78 Anm. 20

IHH (türk. Flottilla-Terroristen) 156
Immigration s. Muslimische Immigration
International Humanist and Ethical Union (IHEU) 95
International Professional Exchange Act (USA) 191
Internet 112, 124 f.
Interpol 15,34,41,52,187
ISESCO, (Islamic Educational, Scientific and Cultural Organization)
- Aktionspläne 69, 70, 107, 108, 116 ff., 127 ff., 135, 136, 183
- Konferenzen, Publikationen 108, 109, 115, 132, 135, 136, 157
- Strategie 64, 65, 69, 72, 140, 163 Anm. (Üb.), 166, 167, 170, 185
Islamische Bildung 36, 46, 48, 49, 54, 55, 60, 70, 76, 83, 103, 107, 108, 109, 119, 124, 127, 128, 130, 133-137, 139, 140, 142, 143, 144, 146, 160, 163, 164, 165, 168, 169, 183, 188, 191, 210
Islamische Immigration 1, 14, 21, 23, 25, 37, 39, 41, 65, 69, 76, 85, 88, 108 f., 110, 130, 132, 139, 145, 146, 148, 160, 191, 197 f., 199
Islamische Weltliga 5, 41, 81, 172, 186
Islam-Konferenz/Kooperation - OIC)
- Alternativen zum Westen 53-56
- Kanäle zum Kalifat 49-52
- Regeln und Programme 45—48
- Schlüsselkonferenzen 57-66
Islamophobie 1, 26, 39, 47, 49, 50, 51, 56, 59, 60, 65, 77, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 93, 95, 96, 97, 103 Anm. 13, 111, 113, 115, 128, 137, 139, 141, 142, 143, 143 Anm. (Üb.), 145, 160, 167, 169, 178, 194, 199

Judäophobie 93, 94
Jyllands-Posten (Zeitung) 49, 85

Kairoer (OIC-)Deklaration (zu den Menschenrechten im Islam) 5, 25, 36, 45, 65, 80-83, 97, 100, 107, 108, 113, 139, 144, 177, 212
Kairos Palestine 126, 209
Kalifat 1,5,45,49,51,113,132, 143, 155, 170, 172, 177, 180, 182, 184, 190, 192, 194, 200
Kirchen
- europäisch 12, 16, 172, 174, 182, 186, 193
- islamisiert 12, 30, 116, 118, 126, 127, 138, 182
- orientalisch 12, 59, 62, 92, 94, 116, 172, 193
Kommunismus 3, 13, 20
Kopenhagener Konferenz über den interkulturellen Dialog (2008) 64, 65, 167, 183

Land für Frieden 62, 153

Maastricht-Vertrag, 15, 28, 140
Medea (EU-OIC-Medienarm) 19, 130, 167
Mekka-Gipfel (bzw. Mekka) 5, 49, 53, 58, 59, 76 f., 85, 86, 94, 96, 101, 103, 107, 108, 111, 120, 138, 140, 144 f., 148 f., 150, 169, 170, 180, 186
Mittelmeer-Politik 24, 28, 30, 35, 37, 38, 39, 41, 130, 131
Mittelmeer-Union 24, 35, 37, 67, 79, 83, 130 (s.a. Barcelona-Prozess, Euro-Mediterrane Partnerschaft
Multikulturalismus 1, 9, 21, 22, 24, 25, 26, 31, 39, 60, 67 f., 78, 83, 85,

86, 90, 93, 95, 98, 106, 130, 131, 157, 172
Multilateralismus 1, 9, 15, 26, 41, 42, 44, 142
Muslimbruderschaft 5, 16, 17, 18, 24, 60, 131, 157, 172
Muslimische Immigration 21, 23, 25, 39, 41, 65, 76, 89, 108 ff., 130, 132, 139, 148, 191, 198

Nakba (isl. Opferkult) 105, 113, 151, 178
NAM - Non-Aligned Movement 45, 45 Anm. (Üb.), 123
National Liberation Front (FLN, Algerien) 19
NATO 9, 24, 65, 66
Nazismus
- allg. 3, 12, 16, 116, 154, 191
- Ex- 12, 16, 17, 20, 20 Anm. 21, 33 f., 52, 73 Anm. 13, 154
- Neo-/Islamo- 13, 17, 19, 20, 31, 34 f., 41, 78, 91 Anm. (Üb.), 92, 104 f., 117 Anm. (Üb.) 125, 157, 160, 162, 180, 186, 188, 193, 203
NGO (euro-palästinensisch) 95, 118, 125, 127, 128, 130, 139, 185, 194
NGO-Monitor 127, 208

Observatory Report über Islamophobie 182, 212
Offizielles Journal der Europäischen Gemeinschaften 27, 42, 43 Anm. 57, 70 Anm. 8, 75 Anm. 18, 131 Anm. 1
OIC - s. Islamkonferenz/Kooperation
Ökumenischer Kirchenrat 174, 193 (s.a. Kirchen)
OPEC 22
Operation Cast Lead 56, 61, 170
Organization of the Islamic Conference/Cooperation (OIC) s. Islamkonferenz, (s. a. CEP - Commission of Eminent Personalities, Außenminister, Islamische Bildung)
Oslo-Abkommen 24, 35
OSZE - Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 29, 50, 60, 106
Oxford Universität 187

PAEAC - Parliamentary Association for Euro-Arab Cooperation (OIC-Arm und Motor der EU-Islamisierung) 19, 20, 21, 22, 68, 106, 146, 161-164, 166, 167
Palästinensische Autonomiebehörde (Palestinian Authority [PA]) 4, 25, 96, 126, 129, 158, 186, 193
Palästinensische Befreiungstheologie 12, 193
Palästinensische Politik
- Ideologie 5, 12, 21, 31, 157, 162, 171, 172
- Staatlichkeit 37, 103, 120, 138, 156
- Strategie 18, 22, 23, 32, 62, 73, 84 f., 99, 105, 113, 116, 119, 125, 149, 153, 161, 171, 174, 186, 189, 190
- Terror 12, 15, 19, 21, 22, 31-34, 40, 52, 79, 113, 116, 153, 154, 156, 174, 177, 193
Peace process, s. Friedensprozess
PEGASE (Palästina-Fonds) 156, 211
PFLP - Popular Front for the Liberation of Palestine 32, 33
PLO - Palestine Liberation Organization 18, 20-24, 28, 31, 32, 33, 52, 100, 150, 153, 154

Al-Qaida 156
Quartett (Friedenskontrolle Nahost: UNO, EU, USA, GUS) 158
Al-Quds-Komitee/Sekretariat 116, 119 Anm. 40, 178

Sabil-Center 186, 193
Scharia (isl. Rechtssystem) 3, 4, 5, 36, 39, 40, 45, 56, 60, 61, 65, 68, 69, 80-84, 86, 87, 90-93, 95, 97,

100, 107, 108, 113, 116, 123, 132, 137, 140, 144, 148, 149, 159, 160, 172, 173, 177, 180, 182, 185-188, 194, 197, 200

Shoah 17,105,111,117,145,160, 178, 188

Sicherheits- und Außenpolitik (euro-arabisch) 1, 24, 27, 28, 30, 33, 35, 38, 44, 73 f., 157, 198

Sünna 1, 4, 8, 11, 50, 60, 62, 77, 80, 95, 108, 111

T ' „

Terronsmus

- islamisch bedingt 21, 22, 34, 35, 37, 38, 40, 47 f., 52, 53, 54, 63, 72, 77, 80, 82, 84, 86, 87, 88, 89, 93, 95, 112, 131, 137, 138, 145, 150, 174
- palästinensisch bedingt 9, 52, 55, 82, 96, 100, 105, 151, 152, 154, 156, 166, 174, 183, 189, 190
- unislamisch (EU-Sicht) 14, 30, 31, 40, 50, 52, 53, 55, 59, 72, 86, 88, 89, 93, 95, 96, 99, 100, 103, 113, 144, 147, 149, 152, 166, 182

Umma (isl. Gemeinschaft) 4, 39, 46, 51, 54, 58, 59, 61, 77, 108, 132, 135, 147, 150, 151, 155, 172, 179, 184, 185

UNDP - United Nations Development Program 166

UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) 41, 64, 72, 65, 106, 107, 127, 128, 129, 131, 165, 166

Union for the Mediterranean (UfM - s. Mittelmeer-Union)

United Cities and Local Governments (UCLG) 107, 166

United Nations (UN) 1, 18, 25, 29, 40, 41, 45, 61, 82, 86, 92, 118, 130, 131, 158, 168, 172, 174, 190, 200, 204

UN-Menschenrechtskommission s. UN-Menschenrechtsrat (Human Rights Council)

UN-Menschenrechtsrat 86 f., 90, 91, 92, 95, 96 f.

UNWTO - World Tourism Organization 107, 166

Vatikan 59, 62, 127, 154, 172

Vereinte Nationen, s. United Nations

Zionismus 18, 55, 99, 122, 125, 149, 154

Zur Autorin

Bat Ye'or wurde in Kairo geboren und erhielt 1957 als staatenloser Flüchtling in London Asyl. Nach ihrer Heirat 1959 wurde sie britische Staatsbürgerin und übersiedelte mit ihrem Mann in die Schweiz, wo ihre drei Kinder geboren wurden. Seit 1971 hat sie fünf Bücher und unzählige Artikel verfasst, die sich mit dem Schicksal von Nichtmuslimen unter islamischer Herrschaft beschäftigen und ab 1974 unter ihrem Autorenpseudonym Bat Ye'or („Tochter des Nils") herauskamen. Ihrem ersten Essay (*Les Juifs en Egypte* - 1971 in Französisch und eine erweiterte Ausgabe in Hebräisch 1974) folgte die grundlegende Studie *The Dhimmi: Jews and Christians under Islam - From Jihad to Dhimmitude* (Französisch 1991, Englisch 1996, Deutsch 2002). Dieses Werk machte die Thematik zu einem neuen Forschungsfeld und begründete ihren Ruf als dessen Vorkämpferin. Nach dem 11. September 2001 untersuchte sie in ihrer Studie *Dhimmitude. Where Civilizations Collide* (2002) die Entwicklung des Dhimmitums im 20. Jahrhundert, die eine plausible Einschätzung der traditionellen islamischen Djihad-Ideologie erleichtert.

In ihrem nächsten Buch *Eurabia: The Euro-Arabic Axis* (2005; Italienisch, Deutsch, Holländisch und Hebräisch) öffnet sie Erkenntnisse über die schrittweise Umwandlung Europas, die mit der 1973 begonnenen Mittelmeerpolitik eingeleitet wurde. Sir Martin Gilbert kommentierte: „Mit der dramatischen Ausdruckskraft eines Meistererzählers schildert Bat Ye'or, wie die Europäische Union und damit ihre eigenen ethischen Grundsätze und Werte durch die islamische Feindseligkeit unterwandert wird." Ein anderer namhafter britischer Historiker, Niall Ferguson, schrieb: „Kein Autor hat mehr dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf die Bedrohung durch den islamischen Extremismus zu lenken als Bat Ye'or. Künftige Historiker werden eines Tages ihre Wortprägung des *Eurabia* als prophetisch erkennen. Wer in einer freien Gesellschaft leben will, muss daher stetig wachsam bleiben, wobei Bat Ye'or's Wachsamkeit unerreicht ist".

Über den bedeutenden Wandel in Europa, den die Strategie der OIC (Organization oft the Islamic Cooperation) verursacht hat, publizierte die Autorin 2008 einen Essay unter dem Titel *Europe, Globalization and the Coming Caliphate* (Italienisch 2008, Französisch 2010, Englisch 2011), der nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt.

Bat Ye'or hat als Autorin an verschiedenen Sammelbänden mitgewirkt und schrieb Artikel für die Encyclopedia of the Jewish Diaspora, 3 vol. 2009 (M. Avrum Ehrlich ed.)

Bat Ye'or

wurde in Kairo geboren und erhielt 1957 als staatenloser Flüchtling in London Asyl. Nach ihrer Heirat 1959 wurde sie britische Staatsbürgerin und übersiedelte mit ihrem Mann in die Schweiz. In ihren Büchern und Artikeln, die seit 1974 unter ihrem Autorenpseudonym Bat Ye'or („Tochter des Nils") herauskamen, beschäftigt sie sich mit dem Schicksal von Nichtmuslimen unter islamischer Herrschaft. *Veröffentlichungen*: Les Juifs en Egypte (Französisch 1971, erweiterte Ausgabe in Hebräisch 1974); The Dhimmi: Jews and Christians under Islam – From Jihad to Dhimmitude (Französisch 1991, Englisch 1996, Deutsch 2002); Dhimmitude. Where Civilizations Collide (2002); Eurabia: The Euro-Arabic Axis (2005; Italienisch, Deutsch, Holländisch und Hebräisch); Europe, Globalization and the Coming Caliphate (Italienisch 2008, Französisch 2010, Englisch 2011).

Dr. Hans-Peter Raddatz M.A.

Hans-Peter Raddatz vertrat als promovierter Orientalist und Volkswirt sowie in New York graduierter Investmentbanker über viele Jahre die Interessen renommierter Banken und Unternehmen mit Schwerpunkt im Nahen Osten. Danach entwickelte er mathematische Methoden für die Analyse von Finanzmärkten, die sich auch auf psychokollektive Prozesse (Sozialprognosen, Wahlumfragen, Produktverläufe) ausweiten ließen. Ab Mitte der 1990er Jahre verband Raddatz orientalistische Forschung und naturwissenschaftliche Systemanalyse zu einer Fülle von Artikeln und Büchern über die interkulturellen Aspekte der Begegnung zwischen Islam und Westen, die ein fundiertes Gegengewicht zur Gefahr ideologischer Radikalisierung aufbauten und graduell in ein übergeordnetes Governance-Konzept der strategischen Konfliktkontrolle überleiten.